

AUFTRAG



Schwerpunkt:
31. Woche der Begegnung

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

31. WOCHEN DER BEGEGNUNG IN HEILIGKREUZTAL

Vorkonferenz	3
Verabschiedung von ehemaligen Mitgliedern des Vorstands ZV am 28. 4. 1991 in Zwiefalten durch den ZV-Vorsitzenden, Heinrich Havermann	3
Grüßworte des Vorsitzenden der ZV an die Teilnehmer der 31. Woche der Begegnung am 29. 4. 1991	5
Tag der GKS	7
Einführende Worte durch den Bundesvorsitzenden, Paul Schulz	7
Der Auftrag des Soldaten in einem zusammenwachsenden Europa (<i>Karl Majcen</i>) ..	11
Bericht des Bundesvorsitzenden vor der Bundeskonferenz der GKS am 30. 4. 1991	30
Zur Zukunft der allgemeinen Wehrpflicht im geeinten Deutschland — Sozialethische Aspekte (<i>Thomas Hoppe</i>)	39
Lagebericht 1990 zur Bundeskonferenz der GKS (<i>Paul Schulz</i>)	50
Bericht zur Bundesvorstandswahl (<i>Klaus Brandt</i>)	67
Tag der Zentralen Versammlung	68
Wort zur Eröffnung der Zentralen Versammlung am 1. Mai 1991 von Militär- generalvikar Dr. Ernst Niermann	68
Einbringen der Beschlußvorlagen	70
„Es geht um das Leben“ (<i>Frau Thye</i>)	70
„Nachbarschaftshilfe 1991“ (<i>Hptm Erkes</i>)	74
Nachwahl eines Vertreters für das ZdK	75
Das Recht auf Leben im Konflikt mit dem Selbstbestimmungsrecht (<i>Hermann Tallen/br</i>)	76
Wort des Vertreters des Priesterrates (<i>MilPf Schadt</i>)	78
Vortrag Arbeitsgruppenergebnisse GKS (<i>Klaus Brandt</i>)	79
Bericht des Vorsitzenden der ZV Heinrich Havermann vor der ZV am 1. Mai 1991 ...	80
Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS vor der Zentralen Versammlung am 2. 5. 1991 (<i>Paul Schulz</i>)	98
Wort des Militärbischofs an die Delegierten der 31. Woche der Begegnung am 2. 5. 1991 (<i>Johannes Dyba</i>)	103
Pontifikalamt	108
Reden aus Anlaß des Gästeabends zur 31. Woche der Begegnung	108
Generalvikar Eberhard Mühlbacher	108
Generalmajor Horst Albrecht	110
Bürgermeister Karl Wolf	112
Direktor Bacher	113
Bundesvorsitzender GKS Oberstleutnant i. G. Paul Schulz	116
Vorsitzender ZV Oberstleutnant Heinrich Havermann (mit Scheckübergabe für Kloster Trebnitz)	119
Militärbischof, Erzbischof Dr. Dr. Dyba (mit Ernennung von Oberstarzt Dr. Wigbert Werner zum Ritter des Hl. Papstes Sylvester)	122
Schlußwort am 3. Mai 1991 in Heiligkreuztal (<i>Walter Hütten</i>)	125
Zur Zusammenarbeit zwischen der GKS und den Militärggeistlichen, Pastoralreferenten und Pfarrhelfern	126

VERSCHIEDENES

Deutsche und polnische Soldaten reichen sich die Hand zur Versöhnung (<i>Heinz-Gerhard Justenhoven</i>)	132
UdSSR: Glaube nimmt zu (<i>Joachim G. Görlich</i>)	134
Internationaler Kongreß über soziale Kommunikation und Massenmedien (<i>Willy Trost</i>) ..	135
Ganztagsbetreuung nicht allein durch die Schule	138
„Europäische Sicherheit — Chancen und Risiken“ (<i>Jürgen Bringmann</i>)	141
Die Akademie des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr (<i>Arthur Schopf</i>) ..	148
Seligspredung Kolpings am 27. 10. 1991 in Rom	150
Adolph Kolping — Ein Seliger für unsere Zeit (<i>Heinrich Festing</i>)	150
Das Kolpingwerk heute	153
Wettbewerb „SOZIALE IDEEN“ verlängert	154

AUS GKS UND PGR

Wallfahrt der Militärkirchengemeinde Mainz (<i>Heinz Dorndorf</i>)	155
20 Jahre GKS Freyung (<i>Klaus Brandt</i>)	156
Grüßwort zum 20jährigen Gründungsjubiläum der GKS Freyung am 5. Juli 1991 (<i>Friedrich Mecke</i>)	157
Rückschau und Ausblick (<i>Heinrich Vierlinger</i>)	159
Vortrag anlässlich des 20jährigen Bestehens der GKS in Freyung am 5. Juli 1991 (<i>Michael Greipl</i>)	166
Pressebericht aus Weser-Kurier vom 24. 7. 1991 zur Jakobuswallfahrt	170
Gespräche mit Pax Christi (<i>Hans Bott</i>)	172
5. AMI-Familienfreizeit (<i>Günter Thye</i>)	174
Österreich (<i>Ditmar Feimer</i>)	175
Frankreich (<i>Jean Weigel</i>)	176
Spanien (<i>Agustín Aviles Urunuwa</i>)	177
Gedanken zur Gemeinschaft (<i>Günter Thye</i>)	177

BUCHBESPRECHUNGEN

179

31. WOCHEN DER BEGEGNUNG IN HEILIGENKREUZTAL

Vorkonferenz

Verabschiedung von ehemaligen Mitgliedern des Vorstands ZV am 28.4.1991 in ZWIEFALTEN durch den ZV-Vorsitzenden Heinrich Havermann

1. Es ist eine gute Gewohnheit geworden, im Rahmen der Vorkonferenz zur jährlichen WOCHEN DER BEGEGNUNG die Ehemaligen zu verabschieden, und zwar dann, wenn die Vorstände nach getaner Arbeit

- sich ein wenig Muße gönnen,
- sich Zeit nehmen für das notwendige persönliche Gespräch,
- sich an den schönen Dingen erfreuen, die Landschaft, Kultur und auch die Küche jeweils bieten.

Nach dem Blick ins Grüne, den wir heute Nachmittag wagten, und vor dem Blick ins Glas, den wir heute Abend gewiß nicht scheuen, — wollen wir den Realitäten ins Gesicht schauen.

2. Nicht zu leugnen ist die Wirklichkeit, daß Frau BRODA sowie die Herren ODEN und PETERSEN seit einem Jahr nicht mehr dem Vorstand der Zentralen Versammlung angehören.

Es gibt die unterschiedlichsten Wege, einen Vorstand mit der dort

wahrzunehmenden Arbeit zu verlassen: Tod, Resignation, Abwahl bzw. Pensionierung. Der Vorstand ZV hat Mitglieder auf all den genannten Wegen davongehen sehen. Sie sind uns im Gedächtnis geblieben. Schön ist auch ein Abschied wie der heutige in gemütlicher, geselliger Runde, nicht, weil das ihm anhaftende Merkmal des Scheidens weder wegzureden noch wegzutrinken ist. Es ließe sich nicht einmal im Wein ersäufen. Und weil dem so ist, wollen wir uns ohne Verzug das erste Opfer vorknöpfen.

2. Frau BRODA:

— war bereits vor ihrer Mitarbeit im Vorstand ZV wie auch danach engagiert im PGR RENDSBURG.

— Sie wurde am 30.4.1986 in FREISING in den Vorstand ZV gewählt.

— Im Vorstand übernahm sie die Leitung des SA „Information“, für dessen Arbeit sie mehrere Männer begeisterte. Ihr Name ist verbunden mit dem ersten Presseseminar, das für Angehörige von PGR zusammen mit dem KMBA in der Karl-Arnold-Stiftung in BAD GODESBERG durchgeführt wurde und großen Anklang fand.

— Die geschäftsmäßig trockene, zielorientierte Vorstandsarbeit der Mannsleute wußte Frau BRODA

immer wieder durch typisch weibliche Fragen und Bemerkungen aufzulockern, vielleicht sogar manchmal in Frage zu stellen.

— Weil ihr Lebensweg von der Militärseelsorge weg zu persönlicher beruflicher Weiterbildung nach MARBURG führte, stellte sie sich letztes Jahr nicht mehr zur Wahl.

— Nun verläßt sie auch diesen Kreis, hinterläßt uns aber noch ihren Mann.

— Unsere guten Wünsche für ihren weiteren Berufs- und Lebensweg soll das Abschiedsgeschenk zum Ausdruck bringen: „HEL-LAS“ — das Land des Lichtes und der Kultur, das Mutterland europäischer Demokratien.

3. Hauptmann ODEN

— war schon lange Jahre hindurch ein engagierter Vertreter des Wehrbereichs VI in der Zentralen Versammlung gewesen, als er 1982 bei den Vorstandswahlen in WÜRZBURG auf die Kandidatenliste geriet, auf einen Nachrückplatz gelangte und von dort bei der 24. WOCHEN DER BEGEGNUNG 1984 in BAD SEGEBERG für den StFw ÜBERSCHÄR in den Vorstand einzog.

— Von seinem Vorgänger übernahm er die Leitung des SA „Organisation“, mit dem er drei Jahre hindurch wirksam arbeitete.

— Anerkennung fand seine Arbeit bei der Zentralen Versammlung, die ihn am 30.4.1986 in FREISING als Mitglied des Vorstandes bestätigte.

— 1987 übernahm er nach Einzug von Oberstlt PETERSEN in den Vorstand eine Wunschaufgabe, die Leitung des SA II „Gemeindearbeit“. Seine bisherigen Erfahrungen in der Militärseelsorge und in der Bundeswehr, seine Interessen und sein Engagement waren die richtigen Voraussetzungen für eine gute Arbeit des Sachausschusses. In diese Arbeit band er wirksam die Moderatoren der Arbeitskonferenzen bei den Wehrbereichsdekanen ein, so daß „die in BONN“ die Probleme der Basis, gebündelt durch den SA, bei jeder Vorstandssitzung präsentiert bekamen.

— Neben seinem Engagement in Vorstand und Sachausschuß fand er noch die Zeit, sich — wie in seinen bayrischen Standorten — im PGR des Standortpfarrers KOBLENZ I zu betätigen.

— Hauptmann ODEN stellte sich 1990 nicht mehr zur Wahl, weil er seiner Zuruhesetzung entgegensteht. Die von ihm gewünschte und von uns allen gewollte Berufung in den SA „Dienstalltag und Christsein“ konnte leider bislang nicht verwirklicht werden, weil der SA seine Arbeit noch nicht aufnahm.

Hauptmann ODEN hat sich als Abschiedsgeschenk einen SCHOTT für verschiedene Anlässe gewünscht. Ich denke, Sie werden unser gedenken wenn Sie ihn benutzen, und Sie sollten dann wissen, daß wir uns Ihrer in Dankbarkeit erinnern und Ihnen alles Gute wünschen.

4. Oberstleutnant PETERSEN:

— geriet bei der Wahl zum Vorstand am 30.4.1986 in FREISING auf die Kandidatenliste und wurde von der Zentralen Versammlung auf einen aussichtsreichen Platz der Nachrückliste gesetzt.

— Der Bitte des Vorsitzenden, sich für die Vorstandssitzungen als Protokollführer zur Verfügung zu stellen, kam er ohne Zögern nach. In der Folgezeit erledigte er rasch und in enger Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden — ohne Stimmrecht, doch nicht stimmlos — die Schriftführertätigkeiten im Vorstand, bis ihn ein Profi, Herr HEINZ vom KMBA, ablöste.

— Was mit der Einbindung des Kandidaten PETERSEN in die Vorstandsarbeit bezweckt war, liegt auf der Hand: 1987 wurde er Mitglied des Vorstandes und übernahm verzugs- und reibungslos die Leitung des SA „Organisation“ vom Hptm ODEN.

— Mit diesem Ausschuß, in dem stets auch die erfahrenen Streiter des KMBA mitwirkten, diente Oberstleutnant PETERSEN meistens im Hintergrund des Geschehens der sorgfältigen Vorbereitung und der erfolgreichen Durchführung mancher Veranstaltung der letzten Jahre.

— Seit dem Frühjahr befindet er sich im Ruhestand und gehört deshalb nicht mehr zum Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs. Er konnte also letztes Jahr nicht wieder gewählt werden.

Wie ich ihn kenne, wird er aber bei der GKS wohl weiter aktiv sein.

— Unser Abschiedsgeschenk für ihn ist das Buch „Menschen und Heilige“; er war nie so sehr für das Theoretisieren; faßbar an Vorbildern ist wohl auch eher das, was wir alle anstreben — Leben mit Gott.

— Leben Sie wohl! Wir danken Ihnen für das Miteinander bei der Wahrnehmung des Laienapostolates und bei vielen geselligen Runden.

Grußworte des Vorsitzenden der Zentralen Ver- sammlung an die Teilnehmer der 31. Woche der Begegnung am 29.4.1991

Zur 31. Woche der Begegnung, die wir heute abend mit einer Eucharistiefeier begonnen haben, heiße ich Sie alle hier im Kloster HEILIGKREUZTAL willkommen.

Es gibt Orte, an denen man bei nur ein wenig dafür ausgebildeter Empfindsamkeit die Steine reden

hören kann. Dieses alte Zisterzienserkloster, das uns in dieser Woche beherbergt, gehört gewiß zu diesen den Besucher ansprechenden Orten.

Der Zisterziensorden war vor 900 Jahren im Hochmittelalter einer der damals neu entstandenen Orden im Gegensatz zu dem Benediktinerorden. Diese neuen Orden waren nicht nur Träger der Idee eines strengeren monastischen Lebens, sie waren zugleich offen für Besiedlungsmaßnahmen und Neulandgewinnung. In einer von Golo Mann und August Nitschke herausgegebenen Weltgeschichte heißt es dazu:

— Die Küste Flanderns und sogar manche Teile des flandrischen Binnenlandes haben den Zisterziensern und den Augustinerchorherren, Brabant den Prämonstratensern vieles zu danken. Schwerlich läßt sich bestreiten, daß die Zisterzienser in der Gascogne in großem Umfang kultiviert haben. In den christlichen Königreichen der iberischen Halbinsel lag seit dem 12. Jahrhundert die Initiative im wesentlichen bei den Zisterzienserabteien, die damals jenseits der Pyrenäen gegründet wurden und meistens Tochterstiftungen von Cîteaux, Clairvaux oder von den großen Abteien im südlichen Frankreich waren. In Deutschland haben die neuen Orden wohl den tätigsten Anteil an der Kultivierung gehabt. In Sachsen, Thü-

ringen, der Lausitz, in Bayern waren es Zisterzienserabteien, gewöhnlich Tochtergründungen älterer rheinischer Häuser, wie Altenburg und Altenkamp. Die Prämonstratenser und in sehr viel höherem Maße die Zisterzienser spielten im 12. und 13. Jahrhundert die entscheidende Rolle in der Kultivierung der jenseits der Elbe unterworfenen Gebiete.

Was trieb die Zisterzienser, sich für die Weiterentwicklung unseres Kontinents so einzusetzen?

Das Leben eines ihrer Äbte, nach dem die Zeit von 1125—1150 benannt wurde, kann uns einer Antwort auf diese Frage ein wenig näher bringen. Arno Borst schreibt in der schon zitierten Weltgeschichte von Golo Mann und August Nitschke:

— Bernhard von Clairvaux riß den Zisterzienser-Orden zu stürmischer Ausbreitung über ganz Europa mit! Fast siebzig Klöster hat er selber neu gegründet. Wenn er nicht auf Reisen war, saß er schreibend in der Zelle, von der Matutin bis in die Nacht, und er schrieb weniger einsame theologische Traktate als Briefe an Mitmenschen, in einer hochgebildeten und doch lebendigen, wuchtigen und doch nuancenreichen Sprache. In diesen Briefen — über fünfhundert sind uns erhalten — kritisierte Bernhard das Weltleben, förderte die religiösen Kräfte, mahnte die Großen der

Welt. Vollends seit 1130 wurde er auch politisch mächtig; er wollte die Nachfolge Jesu und das apostolische Leben in die Welt der Macht hineintragen...

Das Leitthema der Woche „Europäische Sicherheit — unser Beitrag zu einer gemeinsamen Werteordnung“ müßte in diesem ehemaligen Zisterzienserkloster leichter unser Interesse finden, die Ge-

schichte unseres Kontinents, von der auch dieses Kloster zu erzählen weiß, müßte uns anregen, zu gemeinsamen Wertvorstellungen zu finden.

Ich wünsche uns die Muße zur Begegnung miteinander und mit dem, was Europa war — ist und sein kann.

Heute liegt es an uns, das Apostolat Jesu in Europa zu verwirklichen.

Tag der GKS

Einführende Worte durch den Bundesvorsitzenden „Europäische Sicherheit — unser Beitrag zur gemeinsamen Werteordnung“

Begrüßung der Teilnehmer und Gäste

Wenn Soldaten sich mit dem Thema Sicherheit beschäftigen, wird unter Sicherheit oft nur der Schutz vor militärischer Bedrohung verstanden. Dies greift zu kurz. Im subjektiven Empfinden der Menschen bedeutet Sicherheit die Gewißheit eines einzelnen, einer Gruppe oder eines Staates, vor möglichen Gefahren geschützt zu sein. Der Grad der Sicherheit bzw. der Bedrohung hängt in beträchtlichem Maße vom subjektiven Empfinden, den historischen Erfahrungen, dem Selbstverständnis und dem Verhältnis zur Umwelt ab. So sind die unterschiedlichen Reak-

tionen europäischer Staaten auf die brutale Annektion Kuweits durch Saddam Hussein z. B. auch auf ihre eigene Erfahrung mit dem Phänomen Hitler zurückzuführen.

Sicherheit ist heute das Produkt innen- und außenpolitischer, wirtschaftlicher, ökologischer und militärischer Faktoren. Diese Feststellung muß unbedingt beachtet werden, wenn wir heute über europäische Sicherheit sprechen und den Auftrag des Soldaten in diesen Komplex einordnen wollen.

Die Jahre 1989/90 waren gekennzeichnet durch

- die Überwindung der Ost-West-Konfrontation,
- den tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel in den mittel-osteuropäischen Ländern,
- den Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus,
- das friedliche Erlangen der deutschen Einheit und schließlich
- den erfolgreichen Abschluß des KSZE-Prozesses durch die

„Charta von Paris für ein neues Europa“ vom November 1990.

So schienen Frieden und Sicherheit in Europa militärisch und ideologisch nicht mehr bedroht zu sein. Nach solcher Friedenseuphorie der Jahre 89/90 wurde um so stärker die durch den Golfkonflikt erzeugte Unsicherheit wahrgenommen, welche sich in einer von den elektronischen Massenmedien geschürten Kampagne hier in Westdeutschland zu einer kaum noch zu überbietenden Kriegsphobie¹⁾ steigerte.

Gerade der Golfkonflikt hat deutlich gemacht, wie unterschiedlich europäische Staaten ihre Sicherheitsinteressen definieren und auf Gefahren von außen reagieren. Die Rolle, die das gerade geeinte Deutschland in diesem Konflikt spielte, ist national wie international umstritten. Deutsche Politik war nicht in der Lage, ihre Interessen rechtzeitig deutlich zu machen und das Vertrauen der Verbündeten in unsere politische wie militärische Zuverlässigkeit zu erhalten.

Deutschland wird seinen Einfluß als zentrale Mittelmacht zukünftig nicht allein auf Wirtschaftsmacht, Handelsbeziehungen und Zahlungskraft aufbauen können.

Es genügt auch nicht, Streitkräfte allein durch nationalen Souveränitätsanspruch und die Schutzpflicht des Staates für seine Bürger zu begründen. Nachdem die Prämisse nicht mehr Sicherheit

vor-einander, sondern mit-einander lautet, muß schon definiert werden, welche Rolle Deutschland in einer zukünftigen europäischen Sicherheitspartnerschaft, die vielleicht eine Verteidigungsgemeinschaft wird, spielt und welche sinnvolle Aufgaben es für die Bundeswehr unter den geänderten Rahmenbedingungen in Europa geben wird.

Deutschland wird sich auf Dauer nicht aus internationaler Verantwortung stehlen können, wenn es um Fragen des Weltfriedens geht. Die Völkergemeinschaft wird von Deutschland Solidarität und Risikobeteiligung einfordern. Neben „UN-Blauhelm-Kontrollfunktionen“ und Eindämmungsaufgaben werden vor dem Hintergrund klarer Entscheidungen des Weltsicherheitsrates auch Militäraktionen zur Bestrafung von Rechtsbrechern mit deutscher Beteiligung unverzichtbar sein.

Der Golfkonflikt hat — trotz aller persönlichen Vorbehalte, die gegen die Militäraktion vorgebracht werden können — eines deutlich gemacht: Macht ohne Recht und Freiheit ist Terror und Diktatur, welche die Menschen existentiell bedroht. Freiheit ohne Recht und ohne Macht wird zum Chaos und zur Anarchie. Aggressive Macht kann nur durch Gegenmacht eingegrenzt und — wenn notwendig — zurückgedrängt werden. Erst „Gerechtigkeit schafft Frieden“! Diese Kurzformel der deutschen Bischöfe bedeutet, daß

Frieden nicht von allein entsteht. Er muß immer wieder geschaffen und erhalten werden, denn „insofern die Menschen Sünder sind, droht ihnen die Gefahr des Krieges...“ (GS 78), und „solange die Gefahr von Krieg besteht und solange es noch keine internationale Autorität gibt, die mit entsprechenden Mitteln ausgestattet ist, kann man, wenn alle Möglichkeiten der friedlichen Regelung erschöpft sind, einer Regierung das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung nicht absprechen“ (GS 79).

Deshalb muß es auch in einer gerechten Ordnung, die nach allen historischen Erfahrungen allein der demokratische Rechtsstaat gewährleistet, militärische Macht geben, damit diese gerechte Ordnung gesichert werden kann.

„Frieden ohne Macht ist eine gefährliche Illusion. Regionale Sicherheitssysteme ohne angemessene militärische Machtmittel sind zwecklos. Diese an sich alte Erkenntnis ist durch vollständiges Fehlen glaubwürdiger regionaler Sicherheitsstrukturen beim Einmarsch der Iraker in Kuwait aktualisiert worden. Auf unsere (europäische) Situation übertragen, bedeutet das vor allem, daß wir bewährte, militärisch effektive Sicherheitssysteme nicht ablösen oder aushöhlen lassen dürfen durch „Schön-Wetter“-Strukturen, die im Falle einer ernststen Herausforderung auf Reden und Konferenzen beschränkt wären.“⁽²⁾

„Das westliche Bündnis ist heu-

te die einzige funktionierende Sicherheitsstruktur in Europa. Es hat eine Stabilitätsfunktion weit über das eigentliche NATO-Gebiet hinaus, und das haben die Regierungen unserer Nachbarn in Ost- und Südosteuropa längst erkannt.“⁽³⁾

Während deutsche Streitkräfte sich in der Vergangenheit aus der kommunistischen Bedrohung und dem potentiellen Feind begründeten („Wogegen“), legitimieren sie sich in Zukunft wesentlich stärker, wenn auch nicht ausschließlich durch die Antwort auf die Frage „Wofür“. Dieses Wofür in Verbindung mit einer auch heute unerläßlichen Bedrohungsanalyse kann nicht mehr mit einem nationalstaatlichen Souveränitätsanspruch, sondern — so man eine regionale oder internationale Friedensordnung anstrebt — ausschließlich im multinationalen Rahmen beantwortet werden.

„Die Antwort auf aktuelle wie zukünftige Gefährdungslagen kann nur in vorausschauender, möglichst in gesamteuropäischer Verantwortung konzipierter Politik bestehen, nicht im Einsatz solcher Politik durch möglichst ungehinderte nationale militärische Machtentfaltung. Nur zur Absicherung solcher kooperativ ansetzender politischer Problemlösungen gegen einen Rückfall in alte oder neue Konfrontationsmuster können und dürfen auch in Zukunft noch militärische Kontingente erforderlich sein. . . . In der Perspektive einer neuen europäischen

Friedensordnung, als regionales Sicherheitssystem in Übereinstimmung mit Artikel 52 der UN-Charta entworfen, sollten vielmehr militärische Befehlsstrukturen und Zuständigkeiten möglichst weitgehend in supranationale Entscheidungsorgane eingebunden werden.⁴⁴⁾

Wir können als GKS solchen Konditionen für Streitkräfte in Europa durchaus zustimmen, müssen aber unsere eigenen Bedingungen daran knüpfen. Denn für uns als Gemeinschaft Katholischer Soldaten ist es unverzichtbar, daß auch multinationale Streitkräfte — so wie es Prinzip der Bundeswehr ist — voll in die Gesellschaft integriert sind und am Leitbild vom Staatsbürger in Uniform unverrückbar festhalten. Dabei ist es unerheblich, ob es sich bei dem deutschen Kontingent dieser zukünftigen multinationalen Armee um Wehrpflichtigen- oder Freiwilligen-Streitkräfte handelt. Auch müssen die in der Bundeswehr vorhandenen Möglichkeiten effizienter demokratischer Kontrolle über die gegebenen Befehlsstrukturen beibehalten werden, „die über die Respektierung derjenigen Freiräume für die Soldaten wachen, ohne welche ethisch reflektierter und mit der Personwürde vereinbar militärischer Gehorsam nicht möglich ist.“ Schließlich „darf nur eine Armee, deren Organisationsformen nicht die in ihr dienenden Menschen ihrer sittlichen Selbstbe-

stimmungsfähigkeit und damit letztlich ihrer personalen Identität berauben, den Anspruch erheben, ‚der Sicherheit und Freiheit der Völker‘ (GS 79) einen Dienst leisten zu können.“⁴⁵⁾

Meine Damen und Herren, mit dem Jahresthema 1991 „Europäische Sicherheit — unser Beitrag zur gemeinsamen Werteordnung“ stellen sich uns zunächst mehr Fragen, als wir Antworten bereit haben. Sie sehen dies auch an der unvollendet vorgelegten Handreichung. Jedes Teilthema schließt mit einer Reihe ungeklärter Fragen ab. Dies bedeutet keine Kapitulation vor dem selbstgewählten Thema. Vielmehr sollen der heutige Tag und die Handreichung Anregung geben und einen Einstieg in die Arbeit vor Ort mit dem Jahresthema ermöglichen. Diese Arbeit soll uns einstimmen auf den Katholikentag 1992 in Karlsruhe, den Vollzug der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Januar 1993 und sensibel machen für die sicherheits- und militärpolitischen Veränderungen der 90er Jahre.

Wir katholischen Soldaten wollen an dem Veränderungsprozeß bewußt teilnehmen und sowohl im Rahmen unserer dienstlichen Möglichkeiten als auch in Wahrnehmung unseres Laienapostolats gestaltend daran mitwirken. Dafür müssen wir uns zunächst sachkundig machen.

Als einen im besonderen Maße sachkundigen Referenten hat die

GKS für den Vortrag des heutigen Vormittags „Der Auftrag des Soldaten in einem zusammenwachsenden Europa“ Herrn General Karl Majcen gewinnen können, der in doppelter Hinsicht für uns ein Fachmann ist:

General Majcen ist

- Generaltruppeninspekteur des österreichischen Bundesheeres und damit höchster und von der Funktion her kompetentester Soldat eines neutralen Landes mit reichen Erfahrungen im UN-Blauhelm-Einsatz;
- katholischer Soldat, der nach Selbstverständnis und Grundhaltung zu uns zählt; bis 1990 langjähriger Präsident der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten Österreichs (AKS); 1972—75 Generalsekretär des Apostolat Militaire International (AMI); 1985—90 Präsident des AMI.

Herr General, wir sind gespannt auf Ihren Vortrag, ich bitte Sie um Ihr Wort.

Paul Schulz

Anmerkungen:

- 1) Phobie, krankhaft gesteigertes Angstempfinden.
- 2) BMVg Dr. Gerhard Stoltenberg: Rede vor der Kommandeurtagung '91 in Bonn am 13.3.91; in IPStag — Pressereferat — Material für die Presse XXVIII/3 vom 13.3.91, S. 2f.
- 3) BMVg Dr. Gerhard Stoltenberg, a.a.O. S. 7.
- 4) Dr. Thomas Hoppe, Hamburg, Institut für Theologie und Frieden: „Zur Zukunft der allgemeinen Wehrpflicht im geein-

ten Deutschland, Sozialethische Aspekte“; in: NIMM 1991/11 vom 21.3.91; Hrsg. Persönl. Sekretariat des Kath. Militärbischofs, Fulda/Bonn; S. 19f.

- 5) „Empfehlung für eine zeitgemäße Form des militärischen Gehorsams“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax und der Kommission Justitia et Pax der Berliner Bischofskonferenz; Bonn/Berlin, 14.8.90; S. 9f. Zit. nach Dr. Th. Hoppe a.a.O. S. 21.

„Der Auftrag des Soldaten in einem zusammenwachsenden Europa“

„Im Europa der Waffenbrüder“ — so lautet der Übertitel eines Artikels in der „Wiener Zeitung“ vom 12. Februar 1991 zum Thema der militärischen Emanzipation der EG in Form einer eigenen Armee. Wächst dahin das Europa zusammen, und ist deshalb die in unserem Thema enthaltene Frage gestellt? Was zutrifft ist, daß Wandel angesagt ist, Wandel der immer auch Unsicherheiten mit sich bringt und auf dem Weg zu neuen, oft unbekanntem Zielen Änderungen vermuten, erwarten, befürchten (?) läßt. Auch wenn sich daraus die Berechtigung der Fragestellung nach dem — neuen? — Auftrag ableiten läßt, ergeben sich doch wohl einige Fragen: Was ist mit Auftrag gemeint? (Die Rolle, die Aufgabe?). Was ist unter Soldat zu verstehen? (Ist er ein Synonym für Streitkräfte, oder ist wirklich das Individuum angesprochen? Der einzelne in einem Wehr-

pflichttheer oder in einer Berufsarmee?) Welches Europa ist gemeint? (Das Europa der 12? Der EWR? DAS KSZE-Europa? Das gemeinsame Europäische Haus GORBATSCHOWS?) Wie ist es zusammengewachsen? (Unter starken Geburtswehen? Über lange Zeit oder eher rasch?) Meinen wir ein Europa in Richtung auf mehr Eigenständigkeit oder eines, das sich weiterhin als wesentlichen Teil der atlantischen Partnerschaft sieht?

Fragen über Fragen also, deren Beantwortung zu einer durchaus unterschiedlichen Behandlung des gestellten Themas führen könnte. Greifen wir angesichts so vieler Variablen zur bewährten Methode sich an Fixpunkten zu orientieren. Einer der gerade für katholische Soldaten sich anbietenden ist der bekannte Satz aus Artikel 79 der Pastoralkonstitution „Die Kirche in der Welt von heute“, der da lautet: „Wer als Soldat im Dienste des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und der Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“ Ist dieser Satz brauchbar als Fixpunkt beim Nachdenken über den Auftrag des Soldaten in einem zusammenwachsenden Europa? Ich sage ja, und ich denke er ist aktueller und gültiger denn je, vor allem, wenn wir beachten, daß das Kapitel von „Gaudium et spes“, dem er entstammt, die Überschrift trägt: „Die

Förderung des Friedens und der Aufbau der Völkergemeinschaft“.¹⁾

Er sei somit bewußt zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen gemacht, vielleicht kann auch er als Anstoß für weitere Gedanken dienen.

Als nächstes Angebot sei auf die Aussagen von J. BRINGMANN bei der AMI-Jahreskonferenz 1989 in TOLEDO verwiesen. Unter dem Titel „Die Herausforderung an den christlichen Soldaten in den 90er Jahren“ sagte er u. a. folgendes:

„Letztendliches Ziel — und dies ist die sechste und letzte Herausforderung, die ich heute nennen will — unseres Dienstes als Soldaten und Christen sollte es sein, unseren Beitrag zur weltweiten Überwindung der Gegensätze zwischen Völkern und Nationen zu leisten, uns wirklich im Sinne des Konzils „als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ zu sehen und damit „zur Festigung des Friedens“ beizutragen — eines Friedens, der vielleicht eines Tages in einer umfassenden Weltfriedensordnung seinen Ausdruck und seine Garantie finden mag.

Der Weg dorthin ist sicher noch lang und bedarf eines langen Atems. Aber ich denke, es gibt Schritte, die Soldaten, gerade christliche Soldaten, in diese Richtung gehen können:

Wenn Soldaten an friedenserhaltenden Einsätzen der Vereinten Nationen teilnehmen, wenn Soldaten sich zum Einsatz gegen Hunger und Krankheit in

den Ländern Afrikas und Asiens bereit erklären,
 wenn Soldaten weltweit Natur- und Hungerkatastrophen bekämpfen,
 wenn Soldaten daran mitarbeiten, die Zerstörung der Umwelt — eine, wenn nicht die größte Gefahr für die Zukunft unserer gesamten Welt — zu verhindern oder rückgängig zu machen,
 dann sind all dies kleine Schritte hin zu mehr Frieden zwischen den Menschen, zwischen den Völkern, zwischen den Kontinenten und vielleicht einmal für die ganze Welt.

Ich denke, gerade Soldaten, die die furchtbare Wirkung von Waffen und Kriegen kennen, sind die besten Anwälte für die Erhaltung des Friedens, für die Völkerverständigung, für das gemeinsame Interesse der Menschheit, menschenwürdig zu leben und zu überleben. Soldatischer Dienst, der in dieser Intention geleistet wird, ist wirklich christlicher Dienst und wird auch über die Wende dieses Jahrtausends hinaus seine Bedeutung für unsere Mitmenschen, für unsere Länder, für unsere Welt nicht verlieren, sondern noch an Wichtigkeit gewinnen.“²⁾

Sollten wir uns angesichts höchst aktueller Vorgänge rund um die Welt dieser Herausforderung bewußt werden, und dürfen wir mit Bezug auf unser Thema nicht schlußfolgern: ja, das ist Auftrag, Aufgabe des Soldaten auch in einem zusammenwach-

senden Europa? Ganz sicher sind wir aber auf die Bedeutung verwiesen, die sicherheitspolitisches Denken, die ein viel breiteres Verständnis von Sicherheit für den Auftrag des und als Auftrag an den Soldaten heute hat und morgen haben wird.

Solche Herausforderungen zu erkennen ist in einer Welt im Wandel, in einem Europa im Wandel wichtig, sich ihnen zu stellen ist notwendig, im genannten Bezug oft auch notwendig; dann aber über den Auftrag, den geänderten bzw. den sich ändernden Auftrag des Soldaten nachzudenken ist Gebot einer konsequenten Schrittfolge im politisch-militärischen Planungsablauf.

Weil aber das Wort vom langen Atem gefallen ist, kommt mir ein Beitrag des österr. Bgdr DANZMAYR in den Sinn, der in einer Veröffentlichung im „Auftrag“, Heft Nr. 168 (also 1987!) nachzulesen ist. Er geht darin u. a. auf das Problem des 5. Gebotes und seiner Beachtung ein, besonders durch Christen in Uniform, und sagt dazu:

„Das Christentum stellt dem Soldaten aber nicht bloß harte Fragen, denen er sich nicht entziehen darf, sondern bietet sich ihm auch als Quelle jener Kraft an, deren er für die rechte Erfüllung seiner durch innere Spannung unausweichlich stigmatisierten Aufgabe bedarf. Das Wissen um die Relativität und Endlichkeit allen menschlichen Bemühens verleiht ihm einen

„langen Atem“; ein Christ gibt die Hoffnung nie auf, Resignation und Panik ist gleichermaßen unchristlich.“³⁾

Und an anderer Stelle führt er nach Überlegungen zum Problembereich der Gewaltminimierung folgendes aus:

„Diese somit mehrfach abzuleitende Verpflichtung, an Gewaltminimierung aktiv mitzuwirken, läßt den Christen als Soldaten im Rahmen einer entsprechend akzenturierten Sicherheitspolitik besonders angesprochen sein, die nicht einfach auf Wahrung der (eigenen) Sicherheit durch Maximierung dazu bereitgestellter Gewaltmittel, sondern auf Optimierung der Bedingungen für eine Vermeidung, zumindest aber Eindämmung, Kanalisierung und Kontrolle von Gewaltanwendung ausgerichtet ist.“⁴⁾

Gerade weil heutzutage soviel von Veränderungen, stattgefundenen und prognostizierten, die Rede ist, sei, im Sinne einer Teilerantwort zu unserem Thema, nochmals aus DANZMAYRS Beitrag „Christentum und Landesverteidigung“ zitiert:

„Da eine Armee sich stets darüber im klaren sein müßte, daß sie immer nur Mittel zum Zweck (definiert durch den Staat, dem sie zu dienen hat) ist, hat sie sich selbstverständlich und ausschließlich an diesem Zweck zu orientieren. Kommt der betreffende Staat nun zur Überzeugung, die eigenen Armee — das selbstgeschaffene und

erhaltene Mittel — diene dem angestrebten Zweck nur noch entsprechend vorzunehmender Veränderung, nach einer gewissen, vielleicht sogar beträchtlichen Relativierung oder stehe dem eigentlichen Zweck — der Friedenserhaltung — gar im Wege, dann ist es nur gutes Recht, ja Pflicht dieses Staates seinen eigenen Bürgern gegenüber, daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Die Armee hat die Pflicht zu warnen, aber nicht das Recht, sich zu empören.

Auftragsorientierung, ernst genommen, schließt die Bereitschaft mit ein, der Auftragserfüllung (Rechtmäßigkeit des Auftrages vorausgesetzt) alles andere, in letzter Konsequenz auch die eigene Position, unterzuordnen. Die Ehre des Gehorsams einer Armee äußert sich in strikter Respektierung des Primats der Politik — zumindest in einer Demokratie.“⁵⁾

Beim Nachdenken über den Auftrag des Soldaten sollte jedenfalls der Nachweis auf schon Gedachtes und/oder Gesagtes hilfreich sein. Hilfreich auch dabei, mit katholischen Meinungen katholische Soldaten einzustimmen auf unser Thema, diese Seite unseres von manchen vielleicht durchaus als ambivalent empfundenen Seins als christlicher Soldat anzutönen. Vielleicht ist es an dieser Stelle nützlich, kurz innezuhalten und darüber nachzudenken, mit welchen Änderungen einzelne im Laufe eines Soldatenlebens konfron-

tiert sein können und wie sie darauf, vielleicht auch im Vergleich zu uns, reagiert haben. Nicht mit Unsicherheit, sondern mit Festigkeit, nicht mit Flucht in Nebensächlichkeiten, sondern mit dem Sichstellen der jeweiligen Herausforderung. Mir kommen dabei, um auf einen Soldaten der Bundeswehr einzugehen, die Worte in den Sinn, die Bischof Dr. KUNST beim Trauergottesdienst für Gen. Hans SPEIDEL am 3. 12. 1984 u. a. sagte: „Es kamen hierzu seine ihm im Vollzug seines Dienstes gestellten Aufgaben. Wie sollte er sich verhalten 1918, 1933, 1942, 1950? Im zweiten Kriege mußte er lernen, daß das schlagende Gewissen eines Christen um die Verantwortung eines zur Führung bestellten Soldaten verpflichten, seine militärische Aufgabe im Zusammenhang mit dem Wege seines Volkes zu erkennen und Entscheidungen zu treffen. Sie waren von einer Art, daß ihm Ärgeres drohte als der Soldatentod auf dem Schlachtfeld. Wie war es, als 1950 bei vehementem Widerstand in seinem Volk der politische Wille die Aufstellung einer neuen deutschen Armee verlangte und nun die Einsicht durchgesetzt werden mußte: Das Pathos des Soldaten in unserer Zeit und Lage ist der Friede?“⁶⁾

Gibt es vielleicht und vor allem aus der Sicht der Verantwortung gegenüber dem eigenen Staat nicht aktuellere Antworten? Für die Bundeswehr gilt doch wohl in erster Linie was ihr Generalinspek-

teur in die zutreffende Formel faßte: „Den Wandel absichern!“ Auch das, was er über die zukünftigen Aufgaben der Bundeswehr in 16 Thesen in einem Kommandantenbrief formulierte, wird vermutlich eine weithin akzeptierte Antwort sein — ohne den Begriff der historischen Stunde bemühen zu müssen. Ähnliches gilt für das, was Dieter CLAUSS unter dem Titel schrieb: „Soldat wozu — Nachdenkliches über den Sinn soldatischen Dienens.“

Ist mit diesem Berufen auf Admiral WELLERSHOFF die Aufgabe des heutigen Referenten schon erfüllt? Unbestritten ist mit dem Hinweis auf diese Aussagen schon sehr viel erreicht, unbestritten — so meine ich — kann damit ein Angehöriger der Bundeswehr sehr viel anfangen. Worauf aber besonders aufmerksam gemacht werden soll, ist das Zunehmen des Stellenwertes von Sicherheitspolitik, des Redens über eine neue Sicht von Sicherheit, des Nachdenkens über kollektive und/oder kooperative Sicherheitssysteme. Das bringt nicht nur für den Auftrag des Soldaten eine geänderte Sichtweise von Streitkräften, sondern verlangt vielmehr auch eine andere Einstellung zur Teilnahme am Meinungsbildungsprozeß. Es sei nochmals auf Admiral WELLERSHOFF verwiesen, der im Vorwort des Buches „Frieden ohne Macht? — Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Wandel“, (Herausgeber und Autor wegweisender eigener Bei-

träge) u. a. schreibt:

„Mit dem WOGEGEN allein kann die Landesverteidigung jedenfalls auf Dauer nicht legitimiert werden. Wir wollen Sicherheit durch Stabilität und Vertrauensbildung, aber auch durch Wachsamkeit und ausgewogene Kräfteverhältnisse. In einer vorhersehbar konfliktärmeren Zeit in Europa wird dabei die Ausrichtung auf das „WOFÜR“ entscheidend sein.

Die Betrachtung der Notwendigkeit, die Staatsziele abzusichern, verlangt die Untersuchung der Natur des Menschen genau so wie die der möglichen politischen Konfliktursachen und deren Wahrscheinlichkeit. Wir werden die Argumente für eine veränderte Sicherheitspolitik und neu orientierter Streitkräfte in sechs Argumentationsfeldern darstellen. Politikfähigkeit, Bündniseinfluß und Souveränitätsschutz gehören dazu wie auch die Notwendigkeit, den Wandel abzusichern, und der Beitrag der Streitkräfte zu einem verlässlichen Neubau der europäischen Sicherheitsstruktur und zur Wahrnehmung der internationalen Verantwortung Deutschlands und Europas.

Die sehr geringe Wahrscheinlichkeit militärischer Konflikte im Europa unserer Tage — leider gilt das nicht überall auf der Welt — führt zu einer schwachen öffentlichen Aufmerksamkeit für die Landesverteidigung. Viele Äußerungen über Fragen der äußeren Sicherheit lassen das notwendige

Verantwortungsbewußtsein vermissen. Die äußere Sicherheit, im Extremfall der Krieg, ist eine zu ernste Sache, um polemisch oder emotionsgeladen simplifiziert zu werden.

Diese Feststellung gilt für beide Ränder des Spektrums: weder Verharmlosung noch Übersteigerung werden der Sache gerecht. Strenge Sachlichkeit, Zurkenntnisnahme von militärischen Fakten, nüchterne Analyse der Konfliktwahrscheinlichkeit sind gefragt. Die Auswertung der Geschichte und die Betrachtung der Welt außerhalb Europas werden die Erkenntnis fördern können, daß Frieden in Freiheit eine räumlich und zeitlich begrenzte Sache sind, die aller Anstrengungen zu ihrem Erhalt und Schutz wert ist.⁷⁾

Und an anderer Stelle heißt es: „Deshalb erfordert die verantwortliche Beschäftigung mit der äußeren Sicherheit beides, das Vermitteln von soliden Kenntnissen und die vertrauensfördernde Kommunikation.

Da Verteidigung mit der Existenz von Völkern und Menschen zu tun hat, kann auch kein Verantwortlicher an den ethisch-moralischen Fragen vorbei, die mit Recht und Macht verbunden sind. Die Chancen eines Staates, sich und die Interessen seiner Bürger international in kritischen Zeiten zu behaupten, sind nicht nur eine Funktion der Politik und der Einsatzbereitschaft ihrer Kräfte, sondern auch des Selbstbehauptungswil-

len des Volkes.

Sicherheitspolitik hat also eine nicht zu unterschätzende psychologische Komponente. Der Wille, für die Sicherheit einzustehen, hängt von der Einstellung der Bürger zu ihren Werten und Interessen ab. Diese Einstellung ist sicherlich auch eine Frage der Kommunikation, des ernsthaften Bemühens um Verstehen und Verständnis. Die bisherige Geheimhaltung mancher strategischer Überlegung und die von den Spezialisten benutzte Sprache wurden diesem Kommunikationsbedürfnis nicht immer gerecht. Michael Quinlan empfiehlt: „In der Terminologie der öffentlichen Diskussion und strategischer Studien sollte man jedoch vielleicht von der Idee der Abschreckung (mit ihrem Unterton von ständiger Angst und dem Bild eines ständig einsatzbereiten Erzfeindes) abweichen, sich mehr zu einer gemeinsamen Neutralisierung militärischer Optionen als Teil eines vernünftigen und wohl-durchdachten Managements internationaler Sicherheit hin bewegen.“

Ein modernes Wörterbuch zur Sicherheitspolitik definiert Sicherheit so: „Sicherheit ist ein Zustand, in dem sich Individuen, Gruppen und Staaten nicht von ernststen Gefahren bedroht bzw. wirksam vor ihnen geschützt fühlen oder — positiver ausgedrückt — in dem sie sicher sind, ihre Zukunft nach eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Der

Grad der Sicherheit bzw. Bedrohtheit hängt also im beträchtlichen Maße vom subjektiven Empfinden, den historischen Erfahrungen, dem Selbstverständnis und dem Verhältnis zur Umwelt ab.“

Ich bin deshalb davon überzeugt, daß es der Kombination von Sachkenntnis der internationalen Interessen- und Kräfteverhältnisse, der glaubwürdigen Vertretung der Werte und des Vertrauens in den Handelnden bedarf, um eine hinreichende Sicherheitsvorsorge zu gewährleisten.“⁴⁸⁾

Wenn wir aber bei unseren Überlegungen zum Beitrag des Soldaten zur internationalen Sicherheit, zur Gestaltung von Sicherheitspolitik, den Wandel im Blick haben, stellen wir uns doch einmal die Frage, um welches Ausmaß von Wandel es sich handeln könnte? Und ob nicht doch eine historische Stunde größerer Bedeutung vorliegt als das „Ende des kalten Krieges“, die Beendigung der Konfrontation zweier Machtblöcke? Und wenn ja, warum das so sei? Die von Prof. Dr. MAIER am 21.1.1988 in einem Festvortrag zum Thema: „Christlicher Friede und Staatenfriede“ dargelegten Hinweise zum Einfluß katholischen Friedensdenkens auf das Gestalten der weltlichen Ordnung regen zum Nachdenken an. Besonders wenn er im Kapitel „Die Bewegung des Gottesfriedens“ u. a. sagt:

„An diese Bewegung des Gottesfriedens knüpfte die von der weltlichen Autorität ausgehende Land-

friedensbewegung nach Form und Inhalt an, jene Bewegung also, die überall in Europa die autonome Herrschaftsgewalten entmächtigte, die Fehde durch Gericht und Polizei ersetzte, die Ausübung „rechter Gewalt“ beim Staat monopolisierte und damit schließlich den — und heute ganz selbstverständlich geworden — innerstaatlichen Friedensraum schuf. Friede wird vom modernen Staat vermittelt kraft politischen Zusammenschlusses und herrschaftlicher Organisation der Gesellschaft; Friede wird zugeteilt in räumlichen und zeitlichen Quanten, die sich schließlich auf das ganze Staatsgebiet ausbreiten, den ganzen Untertanenverband einschließen. Der ‚Ewige Landfriede‘ ist die erste *realpolitische* Form des Ewigen Friedens und die Verdrängung des Krieges aus Privatrecht und Staatsrecht ist ein Vorgang, der in Pax Dei und Treuga Dei erstmals exemplarisch vorweggenommen wird.“⁹⁾

Betrachte man die im Gange befindlichen Veränderungen in Europa, kann man sich doch — das wäre gleichzeitig auch ein Gedankenexperiment — die Frage stellen: Befinden wir uns vielleicht am Ende des zweiten Jahrtausends christlicher Zeitrechnung in einer Periode, in der wir nicht nur im Osten unseres Kontinents die möglicherweise opferreiche Umwandlung eines Imperiums zu einem Commonwealth erleben, sondern in ganz Europa den Übergang

vom Faustrecht egoistisch handelnder Kollektive, auch Nationalstaaten genannt, hin zur Monopolisierung der Gewaltanwendung bei höherrangigen Autoritäten? Trägt damit, neben machtpolitischen Einflüssen, in unserem bislang doch christlich geprägten Kontinent katholisches und damit auch realitätssinnaufweisendes Friedensdenken ähnlich Frucht, wie dies im ausgehenden Mittelalter der Fall war. Ist nicht dies die wirkliche Bedeutung der Geschichtsperiode, die wir gerade erleben?

Vergleichen wir dazu, was das „Wiener Dokument“ unter der Randziffer (2) sagt:

„Die Teilnehmerstaaten erinnerten daran, daß es das Ziel der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa als substantieller und integraler Bestandteil des durch die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eingeleiteten multilateralen Prozesses ist, etappenweise neue, wirksame und konkrete Schritte zu unternehmen, die darauf gerichtet sind, Fortschritte bei der Festigung des Vertrauens und der Sicherheit und der Verwirklichung der Abrüstung zu erzielen, um der Pflicht der Staaten, sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt in ihren gegenseitigen Beziehungen sowie in ihren internationalen Beziehungen im allgemeinen zu enthalten, Wirkung und Ausdruck zu verleihen.“¹⁰⁾

Gerade eine Organisation wie

der GKS, die zur Friedensdiskussion in aufgeregter Zeit soviel Sachkundiges und von echter Katholizität Geprägtes beigetragen hat, wird die Frage nach dem Wert und dem Wirken christlichen Friedensdenkens vor dem Hintergrund der vorhin angestellten Überlegungen in einem neuen Lichte sehen können. Auch dies aber ist eine Antwort auf die Frage nach dem Auftrag des Soldaten in einem zusammenwachsenden Europa.

Wo aber sind wir in unserer Rolle als Aufgabenträger in Streitkräften gefordert, eine Sicherheitspolitik gestaltbar zu machen, die zu einem Zusammenleben höherer Ordnung führt? Auch hier geht es um unser Verständnis von militärischer Sicherheitspolitik. Wir sollten mehr sehen als jene Bereiche, in denen das Instrument Streitkräfte zur Erreichung national formulierter Ziele eingesetzt wird. Militärische Sicherheitspolitik muß Fragen stellen und Antworten geben, die sich, auch unabhängig von aktuellen Bedrohungen, mit der Rolle und Funktion von Streitkräften im jeweiligen Staat, in Europa und der Welt beschäftigen. Sie muß sich dem militärischen Beitrag zur internationalen Sicherheit, von der Rüstungskontrolle bis zur Mitwirkung beim Aktivieren kollektiver oder kooperativer Sicherheit auseinandersetzen. Und sie muß sich im jeweiligen nationalen Bereich mit der Mitwirkung der Streitkräfte an der Erreichung der Staatsziele — und umgekehrt — mit den

Auswirkungen allfälliger Änderungen der Staatsziele auf die Streitkräfte auseinandersetzen.

Lassen sie mich dazu einige Anmerkungen machen:

Von der Bedrohung der Gefahr:

Sicherheitspolitik, insbesondere militärische Sicherheitspolitik in Europa, war in der Vergangenheit von der militärischen Konfrontation der beiden großen Militärbündnisse in Europa geprägt. Diese Konfrontation mußte von jeder der beiden Seiten und von den politisch und/oder räumlich „dazwischen“-liegenden Nichtmitgliedstaaten der Bündnisse als bedrohlich empfunden werden.

Dennoch war die Konfrontation auch eine Basis der Stabilität und damit des relativen Friedens, der in Europa, trotz gelegentlicher Krisen, seit Ende des 2. Weltkrieges vorherrschte. Die Bipolarität der militärischen Konfrontation in Europa brachte einen Ausgleich der durchaus unterschiedlichen Machtpositionen der beiden Bündnissysteme. Sie stellte im Wege der Eskalationsdrohung bis in den nuklearstrategischen Bereich — und damit der Drohung der Selbstvernichtung — die Neutralisierung machtpolitischer Aspirationen sicher.

Mit der Erklärung der 22 Mitgliedstaaten der beiden Bündnisse am 19.11.1990 in Paris wurde die Konfrontation zwischen ihnen formell für beendet erklärt. Mit den

einseitig eingeleiteten Truppenreduzierungen, vor allem auf Seiten der Staaten der in Auflösung befindlichen Warschauer Vertragsorganisation, mit dem Abschluß und der hoffentlich bald erfolgenden Ratifizierung und Umsetzung des Vertrages über die konventionellen Streitkräfte in Europa, mit der abgeschlossenen Vernichtung der bodengestützten nuklearen Mittelstreckenwaffen und sich anbahnenden weiteren Rüstungskontrollabkommen im nuklearen und konventionellen Bereich ist die militärische Konfrontation und die Gefahr von Konflikten in Europa auch tatsächlich im Schwinden begriffen.

Andererseits war aber auch in der Charta von Paris für ein Neues Europa festgestellt, daß „andere Gefahren die Stabilität unserer Gesellschaften bedrohen“. Was sind die Ursachen hierfür?

Zunächst ist es wohl die Unsicherheit, die das Aufbrechen alter, gewohnter, wenn auch vielleicht nicht geliebter Strukturen mit sich bringt. Der Übergang von der Bipolarität zur Multipolarität in Europa erzwingt die Schaffung neuer Beziehungsgeflechte, die ihre Tauglichkeit erst unter Beweis stellen müssen. Es wird sich noch zeigen müssen, ob unter den Aspekten der Multipolarität Instrumente oder Verfahren entwickelt werden können, die ausreichende sicherheitspolitische Stabilität sicherstellen. Auch wenn Rückschläge und Wellentäler einzukalkulieren

sind, scheinen mir vielversprechende Ansätze vorhanden zu sein.

Der zweite Bereich, der die Gefahr der Instabilität in sich birgt, ist das Risiko, daß mit dem Verschwinden der „großen“, bipolaren Konfrontation eine Verlagerung der machtpolitischen Anstrengungen auf andere Gebiete und eine „Zerlegung“ in kleinere Konfliktfelder auftreten könnte.

Es ist sehr wahrscheinlich und in Teilbereichen bereits manifestester Bestandteil der Entwicklung in Europa, daß in Hinkunft mit mehr lokalen oder regionalen Spannungen zu rechnen sein wird. Die „große“ ideologische Konfrontation wird durch eher „traditionelle“, ethnisch, religiös, sozial oder wirtschaftlich bedingte Auseinandersetzungen abgelöst werden, sowohl zwischen als auch innerhalb von Staaten.

Hier wird sich, wie am aktuellen Problem der Kurdenflüchtlinge zu sehen, möglicherweise ein Problemfeld zwischen den Prinzipien der Beobachtung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker und dem Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten von Staaten auf tun, das bald einer Lösung zugeführt werden sollte. Man muß die Auffassung begrüßen, wonach sich niemand auf die Einhaltung des Nichteinmischungsprinzips berufen können sollte, der die anderen Prinzipien in flagranter Weise verletzt. Für die Sicherheit in

Europa wird sich in diesem Zusammenhang beispielsweise die Frage stellen, wie weit Konfliktlösungsmechanismen nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb von Staaten angewendet werden können und sollen.

Und schließlich besteht eine Gefahr, der wir uns heute und in Zukunft gegenübersehen in der Instabilität der Gesellschaften, die erst kürzlich ihre Gesellschaftssysteme zu Demokratien umgewandelt haben oder noch auf dem Weg dorthin sind und die sich daran machen, aus heruntergekommenen, planwirtschaftlichen Systemen Marktwirtschaften und Wohlstandsgesellschaften zu entwick-

Wandel des Sicherheitsbegriffs — neue Aufgaben der Sicherheitspolitik?

Das Bedrohungsempfinden vieler Menschen in Europa deutet darauf hin, daß sich die Vorstellung von Sicherheit ändert. Auch in der UNO-Charta und in den KSZE-Dokumenten wird Sicherheit immer in einem umfassenden, soziale, wirtschaftliche, kulturelle und humanitäre Aspekte einschließenden Sinn verwendet. Der Wandel des Sicherheitsbegriffs ist somit in erster Linie quantitativ zu begreifen. Im Bedrohungs- oder Gefahrenspektrum — verstanden als Negation der Sicherheitsbedürfnisse — treten Akzentverschiebungen und Änderungen bei den Wahrscheinlichkeiten — den

empfundene und auch den realen — auf.

Hierzu sind aber zwei Dinge festzustellen:

Erstens sind Meinungsbilder und Lagebeurteilungen Momentaufnahmen. Mit der Änderung oder Nicht-Durchsetzbarkeit von politischen Absichten, durch die Vernetztheit von Entscheidungsprozessen und Interessenkonstellationen können sich Entwicklungen ergeben, die weder in ihrer Richtung noch in ihrer Geschwindigkeit vorhersehbar sind. Die Ereignisse des Jahres 1989 sollten hierfür ein deutliches Mahnmal sein. Sicherheitspolitik auf Momentaufnahmen, auch wenn sie nach noch so gründlicher Analyse zustande gekommen sind, aufzubauen wäre verfehlt.

empfundene und auch den realen — auf.

Hierzu sind aber zwei Dinge festzustellen:

Erstens sind Meinungsbilder und Lagebeurteilungen Momentaufnahmen. Mit der Änderung oder Nicht-Durchsetzbarkeit von politischen Absichten, durch die Vernetztheit von Entscheidungsprozessen und Interessenkonstellationen können sich Entwicklungen ergeben, die weder in ihrer Richtung noch in ihrer Geschwindigkeit vorhersehbar sind. Die Ereignisse des Jahres 1989 sollten hierfür ein deutliches Mahnmal sein. Sicherheitspolitik auf Momentaufnahmen, auch wenn sie nach noch so gründlicher Analyse zustande gekommen sind, aufzubauen wäre verfehlt.

Zweitens ist klar zwischen Gefahren zu unterscheiden, die machtpolitisch bedingt sind, und solchen, die anderen Ursachen haben. So, wie es auch im Bereich '90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz festgestellt wird, hat sich Sicherheitspolitik mit den machtpolitisch bedingten Gefahren, sei es politische, wirtschaftliche oder auch militärische Machtausübung zu befassen. Der übrige Gefahrenbereich wäre den anderen staatlichen Politikbereichen zuzuordnen, sei es nun Umwelt-, Gesundheits-, Energie-, Verkehrs-, Flüchtlings- oder Innenpolitik.

In analoger Vorgangsweise wäre auch die Zuordnung der Mittel des Staates, die geeignet sind, diesen Gefahren zu begegnen, vorzunehmen. Für Streitkräfte bedeutet es, daß ihre Hauptaufgaben die Beherrschung militärisch relevanter, machtpolitisch bedingter Gefahren ist und bleiben muß.

Ein kurzer Exkurs sei hier gestattet: Auch wenn der Krieg als Möglichkeit derzeit in weite Ferne gerückt zu sein scheint, er ist nicht „abgeschafft“, solange es militärische Machtmittel gibt. Es ist sogar zu fragen, ob aktuelle Entwicklungen, wie die Abrüstung von besonders „gefährlich“ empfundenen Waffensystemen und die Entwicklung neuer Hochtechnologien, welche eine Kriegsführung unter starker Begrenzung der Kollateralschäden und der (eigenen) Verlu-

ste ermöglichen könnten, nicht dazu führen, daß die „Hemmschwelle“ zum Entschluß, den Krieg wieder als Mittel der Politik anzusehen, wieder niedriger wird.

Auch wenn dies zumindest für Europa im Hinblick auf das noch immer sehr hohe vorhandene Rüstungspotential mittelfristig nicht relevant sein sollte, die Streitkräfte müssen als Mittel der Selbstbehauptung des Staates für den Fall, daß militärische Machtübung angewandt oder auch nur angedroht werden könnte, für ihre Hauptaufgabe zur Verfügung stehen und danach strukturiert werden.

Dies schließt allerdings nicht aus, daß Streitkräfte zur Bewältigung anderer, nicht machtpolitisch bedingter Gefahren eingesetzt werden, soweit es Ausrüstung und Ausbildung erlauben. Es schließt auch nicht aus, daß in der Friedensstruktur mehr auf die aktuellen Sicherheitsbedürfnisse der Gegenwart eingegangen wird und die Beherrschung der machtpolitisch bedingten Gefahren erst in der Struktur nach Mobilmachung im Vordergrund steht.

Die machtpolitisch bedingten Veränderungen in Europa, insbesondere der strategische Rückzug der Sowjetunion, haben uns hier sicher mehr Handlungsspielraum, z.B. hinsichtlich der verfügbaren Zeit zur Rekonstituierung von Streitkräften, die auch Bedrohungen höherer als derzeit absehbarer Intensität beherrschen können, gegeben.

Kollektive oder kooperative Sicherheit?

In der Charta von Paris versprechen alle durch ihre Staats- bzw. Regierungschefs vertretenen Mitgliedstaaten der KSZE „eine neue Qualität in ihren Sicherheitsbeziehungen anzustreben“. Die Seiten, die vor und nach dieser Erklärung mit den Entwürfen für eine neue Sicherheitsordnung oder Sicherheitsarchitektur Europas gefüllt worden sind, sind Legion.

Die meisten dieser Entwürfe gehen aber von zwei Voraussetzungen aus, die durchaus hinterfragbar sind: Davon, daß sofort ein Gesamtsystem entwickelt werden muß, das alle Aufgaben lösen kann, und davon, daß es vor allem neuer militärpolitischer Instrumentarien bedarf, wie etwa die Schaffung eines Militärbündnisses innerhalb oder als Teil der EG.

Wenn es richtig ist, daß die militärische Konfrontation abnimmt, aber vorwiegend nicht militärisch bedingte Instabilitäten die Sicherheit Europas gefährden, so haben die Instrumente und Verfahren vor allem diesen Instabilitäten Rechnung zu tragen. Worauf es daher ankommt, ist, bei voller Akzeptanz der Notwendigkeit einer „militärischen Rückversicherung“, die sich entwickelnden Demokratien zu stärken, den Menschenrechten zum Durchbruch zu verhelfen, die offenen Streitfragen in und zwischen Staaten zu klären, die wirtschaftlichen und sozialen Un-

gleichheiten in Europa zu verringern und gleichzeitig die gemeinsamen Werte Europas, als Basis für dessen Sicherheit, zu entwickeln und zu festigen.

All diese Ziele gleichzeitig zu verfolgen wird eine einzelne Organisation wohl überfordern. Ein Zusammenwirken verschiedenster Organisationen, die sich den gleichen Zielen verpflichtet fühlen, könnte dies aber möglicherweise schaffen. Und hier stellt sich die Frage, ob nicht auch die Annahme, von der manche Vorschläge für zukünftige europäische Sicherheitssysteme ausgehen, nämlich, daß kollektive und kooperative Sicherheit einander ausschließen, falsch ist.

Schon bisher wurde die Sicherheit in Europa durch verschiedene gleichzeitig wirksame Konzepte, Systeme und Organisationen gewährleistet: durch zwei kollektive Verteidigungssysteme (NATO und WVO), durch die Sicherheitskonzepte Neutralität und Blockfreiheit und ab 1975 durch die KSZE. Ein Vergleich der Funktionen und Wirkungsbereiche zeigt, daß alle diese Systeme und Konzepte jeweils einen Beitrag geleistet haben — Konkurrenzsituationen waren nur in Ausnahmefällen gegeben.

Mit der beginnenden Institutionalisierung der KSZE; unter anderem mit der vor kurzem erfolgten Installierung des Konfliktverhütungszentrums in Wien ist ein Ansatz vorhanden, die KSZE zu einem System kooperativer Sicher-

heit auszubauen. Die Hauptaufgaben dieses Systems lägen etwa im Bereich der Rüstungskontrolle und der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, in der friedlichen Streitbeilegung (evtl. bis hin zur Installierung eines europäischen Peace-keeping-Mechanismus) und in der Förderung von Demokratien und Zusammenarbeit in Europa. Damit würde die KSZE weder mit dem kollektiven Sicherheitssystem der UNO konkurrieren, sondern teilweise in dem Vorfeld bzw. als regionale „Untergruppierung“ agieren, noch würde sie die Aufgabe der individuellen oder kollektiven Verteidigung übernehmen, die weiterhin den Einzelstaaten oder kollektiven Verteidigungssystemen (NATO, WEU) überlassen bliebe.

Gleichzeitig wären mit der Übernahme von vermehrten Sicherheitsfunktionen durch die KSZE, als System kooperativer Sicherheit, zwei weitere Effekte verbunden: Andere Organisationen, wie etwa die EG, der Europarat und die OECD, könnten sich verstärkt der wirtschaftlichen und sozialen Einigung ganz Europas widmen, ohne Ressourcen (geistige und materielle) auf Sicherheitsfragen im engeren Sinn „verschwenden“ zu müssen. Und vor allem wären die USA und die UdSSR sowie alle „osteuropäischen“ Staaten von Haus aus in das europäische Sicherheitssystem eingebunden, womit Ausgrenzungen, welche automatisch zu Konfrontationen

führen würden, vermieden werden könnten.

Mit dem Fortschreiten der Entwicklung, die, wie dargestellt, von vielen Unwägbarkeiten abhängt, wird sich zeigen, ob diese Form des koordinierten und kooperativen Nebeneinanders ausreicht, ob sie einer Ergänzung bedarf oder ob sie schließlich in ein integriertes, kollektives System, in ein Europa völlig neuer Art entwickelbar ist.

Die Internationalisierung der Sicherheit:

Unabhängig von der Diskussion um das zukünftig europäische Sicherheitssystem ist festzustellen, daß bereits jetzt eine verstärkte „Internationalisierung der Sicherheit“ und damit vermehrte Aufgabenzuweisungen für die Streitkräfte auftreten.

Innerhalb des KSZE-Prozesses sind als Folge der Festlegungen im Wiener Dokument 1990 der VVSBM neue Aufgaben im Bereich der militärischen Informationen, die ja nicht nur auszutauschen, sondern vorher zu sammeln und danach auszuwerten sind, der Überprüfung dieser Informationen und der Intensivierung der militärischen Kontakte vorgesehen. Mechanismen zur Verminderung militärischer Risiken und die Weiterführung der Beobachtungs- und Verifikationsaktivitäten werden ebenfalls als Aufgaben zu Buche schlagen.

Auch wenn man den Kuwait-

Konflikt nicht als Beispiel für das zukünftige Funktionieren der UNO als System kollektiver Sicherheit ansehen will — wofür einige Besonderheiten dieses Konflikts sprechen —, ist eindeutig, daß bei der UNO tendenziell ein höherer Bedarf an Peace-keeping-Kräften besteht.

Eine solche Aufgabenstellung, möglicherweise zur friedlichen Streitbeilegung bzw. zur Herabsetzung von Eskalationsrisiken, könnte auch im Rahmen der KSZE entwickelt werden. Es sollte nicht übersehen werden, daß ein Beispiel für peace-keeping auf europäischem Boden, allerdings unter UNO-Mandat, schon seit langem existiert — nämlich auf Zypern.

Sicherheit im umfassenden Sinn tendiert ebenfalls zu verstärkter Internationalisierung. Katastrophenhilfe, Hilfe nach ökologischen Katastrophen, Flüchtlingsversorgung u.ä. nehmen Dimensionen an, die nur mittels internationaler Solidarität lösbar scheinen. Wo die Streitkräfte helfen können, werden sie auch gefordert sein, dies zu tun.

Gerade in diesem langfristigen Ziel einer Weltfriedensordnung, für die der Dienst des Soldaten im Rahmen einer ehrlichen Friedenspolitik eine Bedingung für den Erfolg ist, schließt sich der Kreis zu den drei eingangs erwähnten fundamentalen Dimensionen menschlichen Daseins. Personalität, Sozialität und Naturalität des Menschen verpflichten den Soldaten als Trä-

ger der Staatsgewalt im besonderen zur Verantwortung für das Ganze, für die Möglichkeit menschenwürdigen Lebens überall auf der Welt.

Dieser Ausflug in das Gebiet der Betrachtung von Sicherheitspolitik diene dem Zweck, das Feld abzustecken, in dem der Soldat heute gefordert ist, seinen Auftrag in einem zusammenwachsenden Europa zu erkennen. Was und wie er konkret dann darüber redet und etwas tut, ist seine Entscheidung.

Eine wichtige Hilfestellung dazu findet er im Referat von Paul SCHULZ anlässlich der 29. Woche der Begegnung zum Thema „Das Selbstverständnis der Soldaten“. Er sei, auch im Sinne einer Antwort auf die Frage nach dem Auftrag des Soldaten, zitiert:

„Deshalb gilt es, nicht Friedensutopien zu entwickeln, sondern für ein nüchternes Selbstverständnis der Streitkräfte realistische Ziele zu setzen.“ Hierzu zählen als Zwischenziele:

1. Kriegsverhinderung
2. Friedenssicherung
3. Kooperative Sicherheitspolitik
 - Abrüstungsschritte, die Überlegenheit abbauen, Gleichheit auf niedrigem Niveau
 - Qualitative Veränderung der Strukturen von Streitkräften
 - Weltweites Krisenmanagement
 - Vertrauensbildende Maßnahmen
 - Multinationale Rüstungskontrollvereinbarungen mit universeller Geltung

- Abbau von Feindbildern
- Zusammenarbeit in allen Bereichen und

4. als langfristiges Ziel die Schaffung einer Weltfriedensordnung, d.h. einer internationalen Ordnung, in der ein umfassender Völkerrechtskonsens wächst und internationale Institutionen dieses Recht auch durchzusetzen vermögen.

Gerade in diesem langfristigen Ziel einer Weltfriedensordnung, für die der Dienst des Soldaten im Rahmen einer ehrlichen Friedenspolitik eine Bedingung für den Erfolg ist, schließt sich der Kreis zu den drei eingangs erwähnten fundamentalen Dimensionen menschlichen Daseins. Personalität, Sozialität und Naturalität des Menschen verpflichten den Soldaten als Träger der Staatsgewalt im besonderen zur Verantwortung für das Ganze, für die Möglichkeit menschenwürdigen Lebens überall auf der Welt.

Katholische Soldaten bekennen sich bereits zu diesem Ziel einer Weltfriedensbewegung, wenn sie ihr Selbstverständnis in dem Grundsatz zusammenfassen:

„Wir stehen im Dienst

- der Sicherheit und Freiheit der Völker,
- der Verteidigung der Rechte aller Menschen gegen Angreifer,
- der unterschiedslosen Verwirklichung der Menschenwürde in den Streitkräften.“

Deutlich wird hierin auch die

eingangs getroffene Feststellung, daß durch die Wahl des Menschenbildes unseres Grundgesetzes bereits das Bild des Soldaten und sein Selbstverständnis mitentschieden wurden.¹¹⁾

Es trifft aber wohl auch zu, und es ist wichtig, sich das einzuprägen, was der Schweizer Bundesrat im Vorwort seines Berichtes „Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel“ u.a. ausführt:

„Wenn wir auf die Karte der Hoffnung setzen, dürfen wir es dennoch nicht an der gebotenen Wachsamkeit fehlen lassen. Gerade in einer Zeit erhöhter Ungewißheit kann ein Rückfall in machtpolitisch gefährliche Entwicklungen nicht ausgeschlossen werden. Bedrohungen können aus neuen, unerwarteten Richtungen kommen. Möglicherweise entstehen für Europa als Ganzes Herausforderungen von außen, die entsprechende Antworten verlangen. Auch solchen Entwicklungen hat unsere Sicherheitspolitik Rechnung zu tragen.“

Unter diesen Umständen ist eine erhöhte Flexibilität das Gebot der Stunde: Flexibilität bei der Konzipierung und Anwendung der sicherheitspolitischen Mittel, Flexibilität auch im Denken jener, die diese Mittel einsetzen.¹²⁾

Kein Auftrag eines Soldaten, an Streitkräfte, schon gar nicht aus der Sicht eines auf christlichem Gedankengut stehenden Soldaten, kann die ethische Dimension, die moralischen Verpflichtungen, vor

allem aber die Menschennatur übersehen.

Daher lassen Sie mich nochmals Hans MAIER zitieren:

„Zweifellos war der einzelne in primitiven Verhältnissen mehr vom Krieg und vom Tod bedroht als wir; dafür aber verteilte sich das Risiko, da die Todesdrohung jeweils nur punktuell war, nur einen kleinen Kreis erfaßte. Mit dem modernen Staat wird ein weit größerer Kreis von Menschen einerseits in seiner Sicherheit nach innen geschützt, zugleich aber auch in Staatenkriegen in die kollektive Todesdrohung einbezogen; und heute, im Zeitalter weltweiter technischer Einheit, ist die Wolke möglicher Selbstauslöschung über die

Konsequenzen militärischer Sicherheitspolitik

Wenn auch vieles, was als neu hervorgehoben wird, so neu nicht ist, wenn der Wandel, der zweifellos stattfindet, auch in seinem Umfang und schließlich Zielrichtung noch nicht völlig erkennbar ist, das Erfordernis für Anpassungen ist gegeben.

Es wird notwendig sein, die Fähigkeiten von Streitkräften zur aktiven Mitwirkung an der in Gang befindlichen Errichtung eines europäischen Systems der Friedenssicherung und Friedensförderung zu entwickeln. Man sollte dabei nicht nur an die Vollziehung der im militärischen Bereich umzusetzenden KSZE-Verpflichtungen den-

ganze Menschheit gewachsen. Mit dem Fortschritt zur Einheit der Menschheit wächst auch die Allgegenwart des Todes, der der ständige Begleiter des Menschen ist von Anfang an. Diesem Tod werden wir nur entgehen, wenn wir in uns selbst die Versuchung zur Kainstat am Nächsten überwinden und dem Willen zur kollektiven Vernichtung in geduldiger Arbeit Räume des Friedens abringen — dauerhaftes Räume, in denen der Mensch zu wohnen vermag.“¹³⁾

Wir sind also moralisch und fachlich gefordert. Fachlich könnte man folgende Konsequenzen heutiger Sicherheitspolitik als Hintergrund und Begründung für den Auftrag des Soldaten sehen:

ken, sondern etwa auch die Unterstützung der neuen Demokratien in unserer Nachbarschaft bei der Entwicklung demokratisch legitimer und defensiv strukturierter Streitkräfte in einer demokratischen Gesellschaft anbieten. Man könnte ihnen unsere militärischen Ausbildungsstätten öffnen, um ihnen nicht nur unsere Kenntnisse, sondern auch unsere Werte zu vermitteln, auf deren Basis wir ein neues, gemeinsames Europa mitbauen wollen.

Angesichts der zunehmenden Vernetzung von Gefahren und Risiken muß sich das militärische Element ebenfalls zunehmend in die Sicherheitspolitik und in die übrige Politik zur Sicherung der Staatsziele integrieren. Es muß

den zunehmenden Interdependenzen zwischen äußeren und inneren Gefährdungen der Sicherheit des Staates und dem zunehmenden Zusammenhang zwischen nationaler und internationaler Sicherheit Rechnung getragen werden. Es sei an dieser Stelle aber darauf hingewiesen, daß wir Soldaten, wollen wir den Primat der Politik weiterhin beachten, von der Staatsführung nicht im Stich gelassen werden dürfen. Realistische sicherheitspolitische Zielsetzungen und adäquate Mittel zur Aufgabenerfüllung sollten wir uns nicht erkämpfen müssen, sondern sie sollten uns, als selbstverständliches Instrument staatlicher Selbstbehauptung, vorgegeben werden.

Bei aller Hoffnung auf eine positive Weiterentwicklung zu einem neuen, friedvolleren Europa — dieses ist noch nicht Realität. Angesichts der Instabilitäten und möglicher Rückschläge sind Vorkehrungen gegen die Eskalation von Auseinandersetzungen, gegen die Ausweitung von Konflikten, gegen sich gegenseitig verstärkende Spannungen, die schließlich auch zu Gewaltausbrüchen führen können, zu treffen. Streitkräfte werden daher zur Bewältigung solcher Krisenlagen und zur Stabilisierung des Friedens in unserer Region optimiert werden müssen.

Wir sollten aber auch nicht vergessen, daß eine völlig unerwartete Entwicklung, zurück zu mehr Konfrontation, niemals aus-

schließbar ist. Die Möglichkeit bei Erkennen einer solchen Richtungsänderung die Streitkräfte wieder akuter werdenden Bedrohungen anzupassen, darf nicht verbaut werden. Die Struktur des Bundesheeres muß flexibel bleiben, die Aufwuchsfähigkeit bis hin zur umfassenden Selbstverteidigung gewährleistet bleiben, zumindest so lange, als ein Ersatzsystem für die individuelle Selbstverteidigung nicht in Sicht ist und die europäische Sicherheit nicht auf absolut sicheren kollektiven Pfeilern steht.

In funktionaler Hinsicht bleiben somit, trotz aller Akzentverschiebungen im Gefahrenspektrum, die militärischen Aufgaben, vom peace-keeping über Grenzsicherung bis zur Verteidigung, die Kernaufgaben. Sie sind allerdings vom Ballast allfällig noch wirksamer überlebter Feindbilder zu befreien und noch stärker als Mittel der Friedensförderung und Stabilisierung der Sicherheit im europäischen Rahmen zu begreifen und darzustellen.

Über diese im Grundsatz klassische, in der Durchführung durchaus neu zu gestaltende Aufgabenstellung von Streitkräften und die bereits erwähnten neuen Herausforderungen bei der Mitwirkung an der Schaffung kooperativer Sicherheitsstrukturen hinausgehend, verbleiben natürlich nach wie vor die ebenfalls klassischen Aufgaben der Unterstützung anderer Aufgabenträger, in jeglicher

Form von Hilfeleistung. Aber auch sind natürlich Anpassungen, u. a. an die auch hier erfolgenden Internationalisierung erforderlich.

Insgesamt gesehen scheint es mir, daß die Aufgabenstellungen für Streitkräfte zwar dem Inhalt nach Modifikation unterworfen sein werden, in ihrem Umfang und ihrer Vielfältigkeit aber eher zunehmen werden. Dies bedeutet nicht nur eine Herausforderung für Planung und Ausbildung, sondern auch ein klares Bekenntnis zur Nützlichkeit der Streitkräfte in einer sich verändernden Umwelt.

Stabilitätsbewahrung, Friedenserhaltung und vielleicht sogar präsumtive Konfliktverhinderung sind wichtige Elemente bei der Gestaltung des Neuen Europa, so wie es in der Charta von Paris als Vision dargestellt wurde.

Dies sollten wir als Soldaten schon heute stets im Blick haben, wollen wir uns als „Diener der Sicherheit und der Freiheit der Völker“ in einer sich ändernden Welt verstehen.

Dies alles aber, und das, liebe Freunde, sollten wir nicht vergessen, ereignet sich vor einem Hintergrund, den ich mit dem Bild umschreibe, das Papst PAUL VI in der Schlußansprache des Konzils am 7.12.1965 verwendete: *Es treffen in dieser Welt auch heute und vielleicht heute noch mehr aufeinander die Religion des Gottes, der Mensch wurde, und die Religion des Menschen, der sich zu Gott macht.*

Wir als Katholiken, als Christen und als Soldaten sind in unserem Auftrag auch in einem zusammenwachsenden Europa mitgemeint, wenn Paul VI bei der gleichen Gelegenheit sagt: „Auch wir und wir mehr noch als alle sind Freunde des Menschen!“

Mit dieser Einstellung zum Menschen sind wir Diener der Sicherheit und der Freiheit der *Völker*. Wir zielen auf das Neue, das vielfach unbekannte Neue und all seinen Unsicherheiten und Unwägbarkeiten, die wir zu bedenken und zu beachten haben.

Für unseren Auftrag als Soldaten, unseren neuen Auftrag in einem zusammenwachsenden Europa — und damit es zusammenwachse, kann dabei aus katholischer Überzeugung als sicher gelten: Neu ist der Mensch, der liebt. Dies gilt zuerst für jeweils unsere Heimat, für die uns Schutzbefohlenen. Wir wissen aber, es gilt dem konkreten Menschen überall.

In dieser Sicht unseres Auftrages versehen wir unseren Dienst recht und tragen so zum Frieden bei, wie es die Konzilsväter gemeint haben!

Ein Meßlied hat in seiner 2. Strophe folgenden Text:

„Herr, Deine Liebe ereignet sich in unserem Streben/Aus unserem Reden *und* Tun wird sich Zukunft ergeben. Mach uns bereit, daß auf die Zeichen der Zeit unsere Antwort wir geben.“

Daran sollten wir uns halten.

Als ein dem sogenannten Zeit-

geist durchaus skeptisch gegenüberstehender Zeitgenosse gebe ich doch auch in weltlicher Hinsicht abschließend folgendes zu bedenken: Wer nicht mit der Zeit geht — wird mit der Zeit gehen (— müssen?). Wenn wir dies bedenken, dann sehen wir vielleicht die eingangs zitierte Aussage des II. Vaticanums zum Dienst des Soldaten und damit unseren Auftrag in einer neuen Sicht. Bewährtes immer wieder neu zu sehen, Gutes durch den Wandel zu tragen ist das Gebot der Stunde. Auch bei der Frage nach dem Auftrag des Soldaten in einem zusammenwachsenden Europa.

Karl Majcen

- 1) Siehe dazu: „Kleines Konzilskompendium“, Herausgeber RAHNER/VORGRIMMER, Herderbücherei
- 2) Jürgen BRINGMANN: „Die Herausforderung an den christl. Soldaten in den 90er Jahren“, in „Auftrag“ Nr. 185/186, S. 123f., BONN.
- 3) Heinz DANZMAYER: „Christentum und Landesverteidigung“, in „Auftrag“ Nr. 168, S. 47f., BONN.
- 4) Heinz DANZMAYER: a.a.O., S. 48.
- 5) Heinz DANZMAYER: a.a.O., S. 46.
- 6) Bischof Dr. KUNST: Predigt in Trauergottesdienst am 3. Dez. 1984, in „De officio — zu den ethischen Herausforderungen des Offiziersberufes“, S. 302ff. Herausgegeben v. Evangelischen Kirchenrat für die Bundeswehr, BONN, 1985.
- 7) Dieter WELLERSHOFF: Vorwort zu „Frieden ohne Macht“, S. 13f., BOUVIER Verlag, BONN 1991.
- 8) Dieter WELLERSHOFF: a.a.O., S. 15f.
- 9) Hans MAIER: „Christlicher Friede und Staatsfriede“, in „Auftrag“ Nr. 171, S. 22.
- 10) Zitiert nach Fassung in deutscher Spra-

che gem. Bundesministerium für Ausw. Angelegenheiten, S. 3, WIEN.

- 11) Paul SCHULZ: „Das Selbstverständnis des Soldaten“, in „Auftrag“ Nr. 180, S. 15f.
- 12) „Sicherheitspolitik im Wandel“, Bericht 90 des Schweizer. Bundesrates an die Bundesversammlung, S. 1, 1990, BERN.
- 13) Hans MAIER: a.a.O., S. 32.

Bericht des Bundesvorsitzenden vor der Bundeskonferenz der GKS am 30.4.91

Bei der letzten Woche der Begegnung in Bad Segeberg haben wir staunend von der dynamischen Kraft gesprochen, die das Aussehen Europas veränderte. Als Christen hatten wir in dieser Kraft das Wirken des Hl. Geistes erkannt, so wie es im Gebet der GKS heißt: „Sende aus deinen Geist, und alles wird neu geschaffen, und du wirst das Angesicht der Erde erneuern.“

Im Vertrauen auf den uns von Christus zugesagten Beistand des Geistes haben wir den Mut gehabt, uns in den Veränderungsprozeß gestaltend einzubringen, uns den Herausforderungen an die Streitkräfte zu stellen und die Zukunftsaufgaben der GKS anzupacken.

Heute stellt sich die Frage, ob jeder einzelne von uns und die GKS in ihrer Gesamtheit den Herausforderungen gerecht geworden und die Zukunftsaufgaben erfolgreich angegangen sind; aber auch, wie wir mit Rückschlägen und

nicht ausgebliebenen negativen Entwicklungen fertig geworden sind.

Das letzte halbe Jahr hat uns eindringlich gezeigt, daß überraschende Veränderungen der Weltlage jederzeit möglich sind. Ursache für Rückschläge, kurzfristige Veränderungen und die Zunahme von Instabilität der Weltlage ist neben dem Wechsel im politischen Kurs der Sowjetunion vor allem die dramatische Entwicklung am Golf gewesen:

- gezielte Mißachtung und aggressive Verletzung des Völkerrechts,
- mit ungeheurer krimineller Energie herbeigeführte Umweltkatastrophen,
- Völkermord an Kurden und Schiiten, nachdem der Krieg selbst beendet ist,
- systematische Verfolgung von 500000 chaldäischen, syrischen und nestorianischen Christen, von denen niemand spricht.

Im Irak gab es vor den beiden Golfkriegen noch mehr christliche Gemeinden als in der gesamten übrigen nahöstlichen Region. Bereits im 1. Golfkrieg mußten die irakischen Christen einen hohen Blutzoll zahlen. Heute werden sie durch Saddam Hussein systematisch ausgerottet.

Gefährdet wird die Sicherheit Europas¹⁾ aber auch durch die wegen des bisherigen Ost-West-Gegensatzes unterdrückte, heute aber deutlich zutage tretende, un-

gelöste Problematik der nationalen und ethnischen Minderheiten. Aus diesen heraus entwickelt sich ein Gewaltpotential, dem mit herkömmlichen politischen Mitteln nicht mehr beizukommen ist. Gefährdet wird die europäische Sicherheit durch das übergroße ökonomische Gefälle von West nach Ost und von Nord nach Süd. Hieraus werden sich zunehmend Verteilungskonflikte um knappe Ressourcen ergeben, die wiederum von wachsenden Wander- und Fluchtbewegungen von Ost nach West und von Süd nach Nord begleitet werden.

Gefährdet wird unsere Sicherheit nicht zuletzt durch fundamentalistische und radikale Strömungen, die im Interesse ideologischer Ziele bereit sind, Gewalt anzuwenden und den Dialog mit Andersdenkenden nur als Verrat an ihren eigenen Zielen anzusehen.

Ungerechte politische wie soziale Verhältnisse sind Nährboden für ein Gewaltpotential, das durch klassische außen- und militärpolitische Sicherheitsstrategien nicht einzudämmen ist. Nur „Gerechtigkeit schafft Frieden!“

Ich meine, die Problematik mit Rückschlägen fertig zu werden, wird auch deutlich im Wort der deutschen Bischöfe zum Golfkrieg. Es ist der Versuch der Bischöfe, trotz aller Differenzen in der politischen Bewertung, einen theologischen Konsens herzustellen und die gemeinsame Überzeugung deutlich zu machen. Das Pa-

pie erteilt Rat, es gibt keine Handlungsanweisungen. Der in der Welt stehende Laie kann aufgrund fachlicher Kompetenz und nach gewissenhafter Prüfung anderer Meinung sein, auch zu anderen Entscheidungen und abweichendem Handeln kommen, dies aber nicht unter Berufung auf theologische Texte.

Die GKS hat durch eine Erklärung ebenfalls versucht, mit dem Defizit fertig zu werden,

- daß auch katholische Gruppen in dieser konkreten Situation zur Gehorsams- und Kriegsdienstverweigerung aufgerufen haben,
- „daß die Bundeswehr geistig nicht auf einen Einsatz im Krieg vorbereitet ist,
- daß viele, vor allem junge Soldaten auf eine eventuelle Verteidigung von Recht und Freiheit außerhalb unserer Landesgrenzen nicht eingestellt sind und
- daß die Artikulation von Angst mehr gilt als ihre Überwindung“.²⁾

Diese Erklärung hat zwar keine publizistische Beachtung gefunden. Ihr ist aber sowohl im kirchlichen Raum von seiten der Bischöfe als auch im BMVg durch die militärische Führung höchste Anerkennung gezollt worden. Beide haben die Position der GKS als qualifizierte und hilfreiche Äußerung von kompetenter Seite an der Schnittstelle von Kirche und Welt betrachtet.

Die GKS darf darüber jedoch nicht zur Tagesordnung zurückkehren. Golfkonflikt und entschlossenes Handeln der Völkergemeinschaft müssen unter dem Aspekt der kirchlichen Friedenslehre analysiert und daraus Folgerungen für die Haltung des Verbandes gezogen werden. Entweder haben wir, „wenn (katholische) Soldaten Frieden sagen“, uns geirrt, dann müßten wir einen völligen Neuanfang wagen, oder es war richtig, was wir in den letzten 30 Jahren gedacht, gesagt und getan haben, dann müssen wir diese Linie auch durchhalten. Diese aber um die Erfahrungen des Rückschlags ergänzen. D.h., die GKS muß sich an eine überarbeitete Neuauflage ihres Bestellers „Wenn Soldaten Frieden sagen“ heranwagen.

Ich bleibe dabei, was ich auf der Grundlage des Konzilstextes (GS 79) wiederholt zum Selbstverständnis des Soldaten gesagt habe: Der Soldat der Bundeswehr ist nicht dem Kriege zugeordnet; militärische Leistungen werden heute im Frieden erbracht; die Bundeswehr dient dem Frieden. Der Soldat muß aber auch wissen, daß er notfalls Recht und Freiheit tapfer zu verteidigen hat. Verteidigen aber heißt kämpfen, und kämpfen bedeutet

- Leben einsetzen — töten und getötet werden,
- Güter einsetzen — beschädigen, zerstören und vernichten.³⁾

Die GKS steht im Dienst

- der Sicherheit und Freiheit der Völker,
- der Verteidigung der Rechte aller Menschen gegen ungerechte Angriffe,
- der unterschiedslosen Verwirklichung der Menschenwürde in den Streitkräften.

General Dieter Clauß bringt es auf die prägnante Kurzformel: „Soldat sein ist heute nur vertretbar bei positiver Wertbestimmung des Wehrmotivs: für Frieden, Freiheit und Recht!“⁴⁾

Hinter diese Aussagen — so will ich es mit dem neuen Militärbischof, Erzbischof Dr. Johannes Dyba, ausdrücken⁵⁾ — gehen wir nicht mehr zurück.

Fast schon überdeckt durch die Diskussion um den Golfkonflikt mit den anhängenden Fragen nach dem Einsatz deutscher Soldaten in der Türkei und der zukünftigen Teilnahme der Bundeswehr an UN-Aktionen, lag der Schwerpunkt der GKS-Arbeit im Jahr 1990 beim Prozeß der deutschen Einheit mit der uns besonders betreffenden Integration von Teilen der ehemaligen NVA in die Bundeswehr. Bereits bei der Bundeskonferenz in Bad Segeberg hatte die GKS dieses Thema aufgegriffen, erste Richtungsmarken gesetzt und vor einem falschen Schulterschuß gewarnt.

Beim 90. Katholikentag in Berlin konnte im Mai eine kleine Delegation vor Ort Erfahrungen sammeln, was es bedeutete, in einem atheistischen Parteistaat praktizieren-

der Katholik zu sein.

In einem Positionspapier zu Kontakten von Soldaten der Bundeswehr zur NVA vom 15.6.90 hatte sich die GKS bewußt und deutlich von Verbrüderungstendenzen mit der NVA abgesetzt und ihre Vorbehalte gegen die bisherige NVA als Repressionsinstrument eines totalitären Staates wiedergegeben, ohne die einzelnen Angehörigen dieser Streitkräfte zu verurteilen. Diese Erklärung sollte und hat ein unkontrolliertes und unreflektiertes Zusammenwuchern zweier Armeen mit gegensätzlichen Wertauffassungen verhindert. Die militärische Führung fühlte sich durch die Erklärung der GKS in ihrem Bestreben, einen Staat — eine Armee, die NVA aufzulösen und die Bundeswehr zum Modell für die Streitkräfte des geeinten Deutschlands zu machen, bestätigt. Mit ihrer „Bonner Erklärung zur Bildung gesamtdeutscher Streitkräfte am 3. Oktober 1990“ ging es der Gemeinschaft nicht um Vergangenheitsbewältigung, sondern um die Gestaltung der gesamtdeutschen Zukunft in den Streitkräften. Soldaten waren die letzten, die im Rahmen der sich vollziehenden Einheit miteinander sprechen konnten; sie waren jedoch die ersten, die die Einheit vollziehen mußten. Auch ging es bei der durch den politischen Primat gestellten Aufgabe nicht um „das Zusammenführen zweier ehemals verfeindeter Armeen“.⁶⁾ Statt dessen hatte die in 35 Jahren be-

währte Armee des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland die verbliebene NVA aus der Konkursmasse eines bankrott gegangenen totalitären Parteiensystems zu übernehmen und einen Teil der ehemaligen NVA-Soldaten in die Bundeswehr zu integrieren.

Die GKS hat in dieser Erklärung erneut deutlich gemacht, daß sie ihre Ablehnung der Institution NVA nicht automatisch auf die in ihr dienenden Menschen übertragen hat und Kriterien genannt, unter denen ein ehemaliger NVA-Angehöriger von uns als Kamerad im Sinne des § 12 SG akzeptiert werden konnte. Die Erklärung diente aber auch — und das war vielleicht sogar der wichtigere Aspekt — der Verdeutlichung, daß Soldaten auf der Grundlage von Grundgesetz und Wehrverfassung einen Anspruch auf Militärseelsorge haben und wir von den Kirchen die Erfüllung dieser Seelsorgeaufgabe erwarten.

Die Strategie der GKS, mit Bildung gesamtdeutscher Streitkräfte in den neuen Bundesländern durch katholische Soldaten vor Ort das Apostolat offensiv auszuüben, wo immer möglich, in Uniform im kirchlichen und gesellschaftlichen Raum Flagge zu zeigen, Verbindungen zu den Ortspfarrern und ihren Gemeinden aufzunehmen und stets die Notwendigkeit von Seelsorge an Soldaten deutlich zu machen, hat sich bewährt. Katholische Soldaten in den unterschied-

lichsten Positionen im BwKdo Ost haben sich trefflich geschlagen und einen wichtigen Teil zur Vertrauensbildung in die Bundeswehr beigetragen. Wenn die Streitkräfte heute vielleicht die einzige funktionsfähige gesamtdeutsche Institution sind, haben katholische Soldaten mit ihrer Wertauffassung und ihrer Bereitschaft zum Dienst am Gemeinwohl einen wesentlichen Anteil daran. Der Vorsitzende der GKS im Wehrbereich III, Oberstleutnant Klein, wird über seine Erfahrungen als Kommandeur des Instandsetzungsbataillons in Potsdam bei der Zentralen Versammlung berichten.

Dem Zweck, Flagge vor Ort zu zeigen, um Vertrauen zur Bundeswehr (als Armee in einem demokratischen Rechtsstaat im Gegensatz zur NVA als Repressionsinstrument eines totalitären Staates) und um Verständnis für die Notwendigkeit von Seelsorge an Soldaten zu werben, dienten die Sitzungen der Sachausschüsse „Sicherheit und Frieden“ sowie „Innere Führung“ am 1. Advent in Dresden. Die Teilnehmer hatten Gelegenheit zu ausführlichen Gesprächen mit Bischof Reinelt von Dresden-Meißen, seinem Weihbischof und dem Dompfarrer der Hofkirche Dresdens, Dr. Ullmann.

Die GKS wird sich Gedanken darüber machen müssen, wie sie das Erreichte ausbaut, in den Wehrbereichen VII und VIII eine GKS-Struktur aufbaut und vor allem die angelaufene Arbeit der Mi-

litärpfarrer in den neuen Bundesländern wirkungsvoll unterstützen kann.

Im Dezember habe ich versucht, über die Wehrbereichsvorsitzenden eine Aktion Rekrutenbetreuung zu initiieren. Schwerpunkt sollte zunächst das Sichkümmern um die Rekruten sein, die am 2. Januar aus den neuen Bundesländern in Garnisonen im alten Bundesgebiet einberufen wurden. Da „Kompaß“ darüber berichtet hat, kann ich die Aktion als bekannt voraussetzen. Langfristig sollte diese Aktion in ein allgemeines Betreuungssystem für alle Rekruten als den schwächsten Gliedern der militärischen Organisation übergehen, aus der heraus sich ein System katholischer Ansprechpartner entwickeln sollte. Im übrigen ist das keine isolierte Idee des Bundesvorsitzenden, sondern ein nach alten Anfängen aus den 70er Jahren im Wehrbereich II wieder aufgegriffenes und in den Sachausschuß „Innere Führung“ eingebrachtes Anliegen des ehemaligen Beauftragten des Generalinspektors für Erziehung und Ausbildung in der Bundeswehr, Brigadegeneral Richter — heute Befehlshaber im Wehrbereich VII, Leipzig.

War das Echo wirklich so gering, wie es bei mir den Anschein hat? Gibt es tatsächlich keinen Bedarf für Betreuungsmaßnahmen, weil auch Rekruten aus dem Osten *jede freie Minute* nutzen, um nach Hause zu fahren? Sollten wir

uns als katholische Soldaten nicht Gedanken darüber machen, wie wir unser christliches Engagement in den Alltagsdienst einbringen können, um die oft kritisierte menschliche Kälte in den Streitkräften in ein wenig Wärme, Menschlichkeit und praktizierte Achtung der Menschenwürde zu verwandeln? Ich bitte Sie, das hernach in der Aussprache zum Problem der Rekrutenbetreuung aus Sicht der Kreise berichtet oder auch nachgefragt wird.

Hierhin gehört auch das Bemühen der GKS, die Zusammenarbeit zwischen dem Verband und den Militärgeistlichen, Pastoralreferenten und Pfarrhelfern sowie den Pfarrgemeinderäten zu verbessern. Dazu hat der Bundesvorstand ein zunächst vorläufiges „Passauer Positionspapier“, daß im Sachausschuß „Konzeption und Information“ erarbeitet wurde, zur Prüfung an die angesprochenen Gremien gegeben. Mittlerweile liegen die Stellungnahmen der Dekankonferenz und des Priesterates vor. Die Änderungswünsche wurden anerkannt und eine neue Fassung erarbeitet, die der Bundeskonferenz durch den Vorsitzenden des zuständigen Sachausschusses, Oberstleutnant Köpflinger, zur Zustimmung und Verabschiedung vorgestellt wird. Bemerkenswert an den Stellungnahmen ist, daß Militärpfarrer — obwohl sie von Amts wegen Geistliche Beiräte der GKS-Kreise ihres Seelsorgebezirkes sind — gelegentlich

nicht wissen, ob es bei ihnen einen GKS-Kreis gibt. Nicht wenigen Seelsorgern sind die Mitglieder der örtlichen GKS-Kreise nicht bekannt, „obwohl es solche Mitglieder dort zu geben scheint“. Ich bitte die Sprecher der örtlichen GKS-Kreise, nicht zuletzt über die Wahrnehmung ihres Mandats im Pfarrgemeinderat, eine ständige vertrauensvolle Verbindung zu ihrem Geistlichen Beirat aufzubauen und zu halten. Dazu gehört es, daß der Militärpfarrer und/oder seine Dienststelle über den namentlichen Mitgliederstand sowie Veränderungen regelmäßig informiert werden.

Lassen Sie mich noch einige weitere Punkte ansprechen, die für die Verbandsarbeit und unser Selbstverständnis von Bedeutung sind.

Vom 20.—24.9.90 fand in Wien die 25. Generalversammlung der internationalen Vereinigung katholischer Soldatenverbände „Apostolat Militaire International“ (AMI) statt. An dieser Jubiläumsveranstaltung nahmen Delegierte und Beobachter aus 11 Ländern sowie der Vizepräsident des Päpstlichen Rates für die Laien, Bischof Dr. Paul Josef Cordes, teil. Wegen der besonderen deutschen Lage hatte ich davon abgesehen, den üblichen nationalen Lagebericht abzugeben. Statt dessen informierte ich die Generalversammlung über den Stand der deutschen Einheit und trug in Abwandlung die Position der GKS „Die Ein-

heit lohnt jede Anstrengung“ vor. In herzlicher Weise nahm die Generalversammlung Anteil an unseren Bemühungen. Die Konferenz sandte einen Brief an den Katholischen Militärbischof für die deutsche Bundeswehr, in dem sie dem deutschen Volk zur staatlichen Einheit Glück wünschte und sich für die Verwirklichung christlicher Normen auch in den gesamtdeutschen Streitkräften aussprach.

Einstimmig wählten die Delegierten Deutschland für drei Jahre zum Sitz des Präsidiums des AMI. Präsident des AMI wurde — als Nachfolger von (damals noch) Divisionär Karl Majcen, Österreich — der ehemalige Bundesgeschäftsführer der GKS, Oberst i.G. Jürgen Bringmann. Zu Vizepräsidenten wurden Oberst i.G. Franz Thiele und Oberstabsbootsmann Günter Thye gewählt.

Bei einem Festakt zum 25jährigen Bestehen des AMI, der in Anwesenheit des österreichischen Bundespräsidenten, des Wiener Erzbischofs und der in Österreich akkreditierten Militärattachés stattfand, wurde Jürgen Bringmann für seine Verdienste um die internationale Zusammenarbeit durch den Militärbischof von Österreich mit dem silbernen Verdienstkreuz vom Orden des Hl. Georg ausgezeichnet.

Die diesjährige AMI-Konferenz findet vom 6.6.—11.6.91 in Flensburg statt. Aus Anlaß der Feier des 500. Jahrestages der Entdeckung Amerikas wird 1992 die AMI-Konfe-

renz auf Einladung des Militärbischofs von Columbien in Bogotá durchgeführt.

Das Stichwort Columbien gibt mir Gelegenheit, kurz auf den Einsatz der GKS für die Menschenrechte einzugehen. Seit 1990 ist die Gemeinschaft durch OTL a.D. Tenschert in der Arbeitsgruppe „Menschenrechte“ der deutschen Kommission Justitia et Pax vertreten. Ziele, Methoden und Aktivitäten unserer Menschenrechtsarbeit wurden im „Auftrag“ 195 ausführlich dargestellt. Gerade der Einsatz für die Einhaltung der Menschenrechte eignet sich in besonderer Weise für die dezentrale Arbeit vor Ort. Ich bitte die Kreise, hier Aktivitäten zu entwickeln. Wenden Sie sich dazu an den Beauftragten der GKS für Menschenrechtsfragen, OTL Tenschert. In mehreren Briefaktionen — natürlich noch ohne spektakulären Erfolg — sind wir bisher tätig geworden. Zuletzt hatte ich in einem Brief vom März an den Bundesminister der Verteidigung auf die eklatanten Menschenrechtsverletzungen durch das Militärregime im Sudan hingewiesen und Fragen zur Militärhilfe und Ausbildungsunterstützung durch die Bundeswehr für die sudanesishe Armee gebeten.⁷⁾ Eine Antwort ist bis heute nicht eingetroffen. Ich werde nach der Woche der Begegnung hierzu erneut tätig werden und bitte hierzu um das ausdrückliche Votum dieser Bundeskonferenz.⁸⁾

Gerade auch wegen des Einsatz

es für die Rechte unterdrückter und benachteiligter Menschen begrüßt die GKS den Einsatz von Bundeswehrsoldaten in der Hilfe für die kurdischen Flüchtlinge im Iran und in der Türkei.

Die Aktivitäten der GKS auf Bundesebene haben zu einem enormen Bekanntheitsgrad der GKS sowohl im kirchlichen als auch im politischen, besonders aber im militärischen Raum geführt. Daraus ergeben sich Forderungen an den Verband, denen ich mich als Bundesvorsitzender nicht mehr entziehen kann.

So wurde ich im Sommer des vergangenen Jahres vom Referat Zivildienstseelsorge der Zentralstelle Pastoral der Deutschen Bischofskonferenz gebeten, für ein Themenheft „Soziale Verteidigung“ der ZDL-Informationen einen Artikel zu schreiben, wie ein Soldat die Soziale Verteidigung bewertet.

Aufgrund der Erklärung zum Golfkrieg wurde ich von der Bonner CDU eingeladen, bei einer öffentlichen Solidaritätsveranstaltung aus Anlaß des Golfkonflikts unter dem Motto „Freunde halten zusammen“ den Standpunkt der GKS vorzutragen.⁹⁾

Nicht zuletzt wegen meiner Funktion als Bundesvorsitzender und weil die GKS zuverlässige Aussagen zu den ethischen Grundlagen des soldatischen Dienstes trifft, erhielt ich den Auftrag, zur Mai-Ausgabe der Zeitschrift „Truppenpraxis“ einen Artikel zur Be-

gründung der allgemeinen Wehrpflicht zu schreiben.

Lassen Sie mich zur Frage der Allgemeinen Wehrpflicht noch eine Anmerkung machen. Die katholische Friedens- und Soziallehre liefert weder eine Begründung für noch gegen die Wehrpflicht, auch nicht für andere Dienste. Allerdings können sozialethische Normen — Goldene Regel, Gebot der Nächstenliebe, Solidarität, Dienst für das Gemeinwohl — sowohl Pflichtdienst als auch freiwillige soziale Dienste begründen.

Ein kluger Aufsatz, der unsere Meinungsfindung begünstigen kann, hat Dr. Thomas Hoppe vom Institut Theologie und Frieden in Hamburg dazu verfaßt.¹⁰⁾ Ich bitte den Redakteur „Auftrag“, den Aufsatz im Anschluß an diesen Bericht im „Auftrag“ abzudrucken. Dr. Hoppe kommt zu dem Ergebnis, daß eine erhebliche Entschärfung der mit der heutigen Auslegung von Art. 4(3) GG verbundenen Gewissensproblematik durch eine Wahlfreiheit zwischen Wehr- und Zivildienst erreicht werden könnte. Aus sozialpädagogischen wie aus Gerechtigkeitsüberlegungen wäre eine Wahlpflichtkonzeption vorzugswürdig gegenüber einem Freiwilligenkonzept im engeren Sinne, bei dem auch die Option offen bliebe, sich jedwedem Dienst an der Gemeinschaft zu entziehen.

Bei all diesen sehr zeitaufwendigen und vor allem in die Öffentlichkeit wirkenden Aktionen darf nicht vergessen werden, daß die Masse

der Verbandsarbeit im stillen und kleinen, auf allen Ebenen, zuverlässig und wirkungsvoll stattfindet. Der Ihnen ausgehändigte Lagebericht 1990 zur Bundeskonferenz informiert Sie über weitere Aktivitäten des Verbandes, die ich hier nicht weiter darstellen will. Ohne diese Arbeit vor Ort, in den Sachausschüssen und dort, wo sie gar nicht bekannt werden, würden Bundesvorstand und Bundesvorsitzender im luftleeren Raum und ohne Balancestange auf einem dünnen Seil tanzen, ständig vom Absturz bedroht. Deshalb bedanke ich mich bei allen, die ihren Beitrag geleistet haben, damit die GKS im vergangenen Jahr auf allen Ebenen erfolgreich arbeiten konnte.

- 1) Zur „Gefährdungsanalyse und der Eingebundenheit europäischer Politik in den Bezugsrahmen weltpolitischer Entwicklungslinien“ siehe: Dr. Thomas Hoppe, Hamburg, Institut für Theologie und Frieden: „Zur Zukunft der allgemeinen Wehrpflicht im geeinten Deutschland. Sozialethische Aspekte“; in: NIMM 1991/11 vom 21.3.91; Hrsg. Persönl. Sekretariat des Kath. Militärbischofs, Fulda/Bonn; S. 15—19.
- 2) Admiral Dieter Wellershoff: Schlußbemerkungen des Generalinspektors der Bundeswehr anlässlich der 32. Kommandeurtagung der Bundeswehr in Bonn am 13.3.91; zit. nach BMVg FÜ S 13 — Az 35-20-3 vom 18.3.91; Betr.: Truppeninformation; S. 2f.
- 3) Paul Schulz: Das Selbstverständnis des Soldaten; in: „Auftrag“ 180/April 1989; S. 14.
- 4) Dieter Clauß: Dienst am Frieden — die Sicht eines katholischen Soldaten; in: NIMM 1991/4 vom 30.1.91, S. 19—25;

Hrsg. Persönl. Sekretariat des Kath. Militärbischofs, Fulda/Bonn.

- 5) Predigt des neuen Militärbischofs bei seiner Amtseinführung im Bonner Münster nach Bw-aktuell vom 26.2.91.
- 6) „Süddeutsche Zeitung“ vom 9.10.90.
- 7) Siehe „Auftrag“ Nr. 197, S. 99.
- 8) Das erbetene Votum der Bundeskonferenz erfolgte einstimmig.
- 9) Siehe „Auftrag“ Nr. 197, S. 138.
- 10) Hoppe, Dr. Thomas, „Zur Zukunft der allgemeinen Wehrpflicht im geeinten Deutschland. Sozialethische Aspekte“; in NIMM vom 21.3.91.

Zur Zukunft der allgemeinen Wehrpflicht im geeinten Deutschland — Sozial-ethische Aspekte

Aus sozialetischer Sicht möchte ich Ihnen einiges über den Problemhorizont mitteilen, aus dem heraus m. E. die Frage nach der Zukunft der allgemeinen Wehrpflicht diskutiert werden müßte. Ich werde versuchen, die Kriterien erkennbar werden zu lassen, an denen man sich in einer sozialetischen Debatte zu orientieren hätte. Bitte erwarten Sie aber zum Ende keine eindeutigen Voten in Richtung auf die Erhaltung der heutigen Wehrpflicht, eine Ablösung der Wehrpflicht durch eine Freiwilligenarmee oder eine irgendwie geartete Mischform beider Strukturprinzipien. Mir geht es vielmehr darum, zunächst einige Überlegungen zur Legitimation von Streitkräften überhaupt, angesichts des Endes des herkömmlichen Ost-West-Konflikts, anzustellen (I); sodann

möchte ich Grundsätze in Erinnerung rufen, die bei jeder Strukturreform oder Neustrukturierung deutscher Streitkräfte, auch im Hinblick auf die Problematik des Verhältnisses von Befehl und Gehorsam, zu berücksichtigen wären (II); schließlich möchte ich auf solche Implikationen aufmerksam machen, die sich für die Gewissensproblematik gemäß Art. 4 III Grundgesetz ergäben, wenn die heutige Wehrpflichtkonzeption durch eine formelle Wahlmöglichkeit zwischen Wehr- und Zivildienst(en) bzw. durch eine allgemeine Dienstpflicht abgelöst würde (III).

Zum Stichwort „Wehrgerechtigkeit“ eine Bemerkung vorab: Dieser Frage kommt eine nur relative Bedeutung innerhalb der Gesamtdiskussion zu; sie kann nicht der alleinige und m. E. nicht einmal der ausschlaggebende Faktor der Urteilsbildung sein. Dies zumal deswegen nicht, weil es offenbar verschiedene Möglichkeiten gibt, auch bei einem stark reduzierten Streitkräfteumfang die Probleme der Wehrgerechtigkeit gegenüber der heutigen Situation zumindest nicht zu verschärfen. Es erscheint also keineswegs zwingend, daß unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten nur die Abkehr von der allgemeinen Wehrpflicht und die Hinwendung zu einer Freiwilligenarmee eine akzeptable Lösung darstellt. Und selbst wenn dies so wäre, ließe sich noch immer fragen, ob mit der Einführung eines Berufsheeres zwar ein Problem der

Verteilungsgerechtigkeit von Dienstpflichten beseitigt würde, aber nur um den Preis, andere damit verbundene Probleme womöglich zuzuspitzen.

I. Zur Legitimationsfrage von Streitkräften nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Am Anfang jeder Debatte um die Strukturierung von Streitkräften muß eine Vergewisserung darüber stehen, welchem Zweck sie zu dienen haben und wieweit sie zur Erreichung dieses Zwecks tatsächlich geeignet sind. Bisher war insbesondere die erstgenannte Frage, gegen welche Bedrohung nationale wie Bündnisstreitkräfte eine Sicherungsfunktion zu übernehmen hätten, im Grundsatz wenig kontrovers; eher schon strittig war die Folgefrage, ob nämlich die jeweils verfügbaren Streitkräfte und Strategien zur Abwehr dieser Bedrohungslagen besonders tauglich seien. Beim Versuch einer ethischen Einschätzung sicherheitspolitischer und militärischer Strategien ging das Friedenswort der deutschen Bischöfe von 1983 „Gerechtigkeit schafft Frieden“ von einer „Zwei-Gefahren-Theorie“ aus, die einerseits eine Bedrohung durch „totalitäre Systeme“ und deren potentiell Expansionsinteresse konstatierte, andererseits eine „Rüstungseskalation“, „die eines Tages, wie viele fürchten, in die Katastrophe eines Krieges führen könnte“.¹⁾ Beide Bedrohungs-

faktoren haben sich mittlerweile signifikant verändert. Der politische Umbruch in Ost- und Ostmitteleuropa hat schon heute die Strukturen und die strategische Rolle des bisherigen östlichen Militärbündnisses tiefgreifend beeinflußt — seine Auflösung steht unmittelbar bevor. Infolge der in den letzten Jahren vollzogenen einseitigen Truppenverminderungen wie insbesondere angesichts der militärstrategischen Ost-West-Relation, die nach einer Implementierung des ersten Abkommens über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-I) entstanden sein wird, scheinen auch die rein physischen Möglichkeiten zu einer mit nur kurzer Warnzeit vorgetragenen, raumgreifenden Offensivoperation gegen die NATO-Staaten weitgehend beseitigt.

Infolge dieses gewandelten sicherheitspolitischen Umfeldes ergaben sich neue Fragen nach der Legitimität und der zukünftigen Rolle von nationalen Streitkräften. In dieser Debatte findet eine Auffassung Resonanz, die ich aus zwei unterschiedlichen Überlegungen heraus für problematisch halte. Ich meine die These, zu einem selbstbehauptungsfähigen Gemeinwesen gehörten quasi begriffsnotwendig militärische Kontingente — sie ließen sich gewissermaßen direkt und zeitlos aus einem nicht weiter zu hinterfragenden Souveränitätsverständnis herleiten. Solche Argumentationen stehen nicht nur in der Gefahr, die

heutige Form militärisch gestützter Sicherheitspolitik auf lange Sicht festzuschreiben; sie geben darüber hinaus keine Möglichkeiten an die Hand, über die notwendige Größe und Struktur von Streitkräftekontingenten Aussagen zu machen, die auf im einzelnen benannte, wandelbare Rahmenbedingungen internationaler Politik zu beziehen und in diesem Sinn auch reversibel wären.

Dabei scheint es mir gar nicht erforderlich, die gegenwärtige Legitimationsdiskussion von Streitkräften auf einer derart prinzipiellen Ebene wie derjenigen der Souveränitätsthematik zu verhandeln. Notwendig und hinreichend für den heutigen Kontext der Legitimationsdebatte ist vielmehr eine Neuformulierung unserer herkömmlichen Gefährdungsanalyse. Denn mit der hoffnungsvollen Perspektive, die ich Ihnen soeben eröffnete, kontrastieren deutlich wahrnehmbare politische Konfliktformationen. Sie beinhalten z.T. ein erhebliches Gewaltpotential und ergeben sich einerseits aus ungelösten ordnungspolitischen Fragen in Europa selbst, andererseits aus der Eingebundenheit europäischer Politik in den Bezugsrahmen weltpolitischer Entwicklungslinien. Sechs von ihnen möchte ich wenigstens kurz andeuten:

1. Mit der Überwindung der überkommenen Ost-West-Konfrontation gelangt auch eine politische Konstellation an ihr Ende, die wesentlich durch die antagonistische

Bipolarität zweier Supermächte geprägt war und die politische Gestaltungsfreiheit der nationalen Akteure im geteilten Europa stark einschränkte. Wie läßt sich der Gefahr entgehen, daß an die Stelle antagonistischer Bipolarität nunmehr eine Konstellation anarchischer Multipolarität der Machtverteilung in Europa tritt, die derjenigen Kräftekonfiguration auf fatale Weise ähnelt, aus der heraus bereits zwei Weltkriege entstanden sind? Eine solche multipolare Struktur könnte jene krisenhaften Entwicklungen zusätzlich katalysieren, die sich bereits heute an verschiedenen Stellen in Osteuropa vollziehen und die im Kern auf der zwar seit dem Zweiten Weltkrieg unterdrückten, aber schon vor Versailles politisch ungelösten Problematik der nationalen und ethnischen Minderheiten in vielen dortigen Staaten beruhen. Schon heute erschreckt das Gewaltpotential, das in den teilweise bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen im Kontext des „postkommunistischen Nationalismus“ (Brzezinski) ansichtig wird und mit herkömmlichen politischen Mitteln offenkundig immer schwerer einzudämmen ist. Grenzstreitigkeiten zwischen verschiedenen ost- und südosteuropäischen Staaten, deren einvernehmliche politische Regelung bis auf weiteres aussteht, erhöhen das ohnehin vorhandene Konfliktpotential zusätzlich.

2. Gesamteuropäische Politik

steht für die nächsten Jahre vor allem vor der Aufgabe, das immense ökonomische Gefälle von West nach Ost, in dessen Folge eine neue Armutsgrenze an Oder und Neiße oder am Bug zu entstehen droht, in Richtung auf einen längerfristig stabilen Zustand zu vermindern. Dabei gilt es gleichzeitig zu gewährleisten, daß die dafür notwendigen Anpassungsprozesse nach Art und Dauer die Leidenfähigkeit der Betroffenen nicht überfordern. Wie läßt sich sicherstellen, daß eine effizienzorientierte Strategie zur Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse sozial und ökologisch verträglich bleibt? Die Wertschätzung klassisch-liberaler individueller Grund- und Freiheitsrechte in den Demokratien Westeuropas wird nur dann auf Dauer auch in den Ländern des Ostens als tragendes Element der politischen Kultur verankert werden können, wenn diesen Freiheiten ein sozialer Standard korrespondiert, der sich letztlich von den Prinzipien der Gerechtigkeit und der Solidarität mit den Schwachen herleitet. Ohne eine sozial erträgliche Strategie wirtschaftlicher Konsolidierung dürfte es kaum möglich sein, schwere innenpolitische Erschütterungen, insbesondere in den osteuropäischen Staaten, mit Rückwirkungen auf die politische Ordnung in Europa insgesamt zu vermeiden. Diese könnten sich daraus entwickeln, daß zunehmend Verelendungsfurcht und Hoffnungslosigkeit

in diesen Ländern um sich greifen — ein Prozeß, der beispielsweise in der Sowjetunion bereits heute in akuter Weise droht.

3. Die Aufgaben europäischer Regionalpolitik sind den damit unlösbar verbundenen Herausforderungen politischer Verantwortung im weiteren internationalen Umfeld zuzuordnen. Solche Herausforderungen begegnen europäischer Politik schon im direkten und eminent sicherheitspolitischen Bezug, den auswärtige Regionalkrisen mitsamt ihrem Eskalationspotential wie derzeit am Persischen Golf aufweisen; als mehr indirekt, aber nicht weniger folgenreich auch für sicherheitspolitische Analysen und für die Frage nach der Steuerbarkeit internationaler Politik insgesamt erweisen sie sich dort, wo die Nord-Süd-Problematik, wo Hunger und bittere Armut als entscheidendes Thema politischer Gerechtigkeit und wo schließlich die Frage nach den Grenzen der Belastbarkeit der natürlichen Umwelt ins Zentrum treten. Gegenwärtige Analysen internationaler Politik befürchten zunehmende Verteilungskonflikte um knappe Ressourcen und eine wachsende Wander- und Fluchtbewegung von Süd nach Nord, die eine verzweifelte Reaktion auf das Fehlen wirksamer Konzepte zur wirtschaftlichen Konsolidierung gerade der ärmsten und bevölkerungsreichsten Gegenden der Erde darstellen könnte.²⁾ Die Brisanz dieser (noch) latenten Kon-

flikte wird zusätzlich dadurch verschärft, daß es bislang weder durch Kriegswaffenkontroll- noch durch Außenwirtschaftsgesetze gelang, die Proliferation modernster konventioneller wie nuklearer, chemischer und allem Anschein nach auch biologischer³⁾ Waffentechnik ernsthaft zu behindern oder gar zu unterbinden.

4. Ungeachtet spektakulärer Umweltschädigungen, die infolge von Unfällen z.B. in großtechnischen Anlagen — aber auch durch Kriegseinwirkung, wie derzeit am Persischen Golf — eintreten können, droht bereits durch einfaches Beibehalten bisheriger umweltschädigender Wirtschaftsweisen die Lebensgrundlage der heutigen und zukünftiger Generationen aufs Spiel gesetzt zu werden. Treibhauseffekt, Reduzierung der lebenserhaltenden Ozonschicht, fehlende Müllentsorgungskonzepte, Bodenerosion und Landschaftszerstörung in vielen Ländern der Dritten Welt (für die die Bezeichnung „Zwei-Drittel-Welt“ eigentlich viel treffender ist) als Folgen der Abholzung und Brandrodung großer Waldgebiete sind Stichworte, die die Größenordnung andeuten können, der sich hier fachliche Problemlösungskompetenz und politische Entschlossenheit herausgefordert sehen. Wenn es nicht gelingt, die schon heute unübersehbare ökologische Krise zu bewältigen, so könnten sich einst zu den bekannten Flüchtlingsbewegungen neue

hinzugesellen, in denen die Menschen ihrer zunehmend zerstörten und lebensfeindlich gewordenen Heimat wie ihrem wachsenden Hunger zu entfliehen suchen. Was berechtigt zu der optimistischen Prognose, daß sich auch diese neuen Verteilungskämpfe und das in ihnen stets latent enthaltene Gewaltpotential politisch begrenzen lassen?⁵⁾

5. Die bisherige Abschreckungskonstellation zwischen den nuklearen Supermächten dürfte in ihrem prekären Charakter graduell entschärft werden, und zwar vor allem infolge der vorhin genannten stabilisierenden Tendenzen in der militärisch-strategischen Relation zwischen den europäischen Staaten sowie unter der — heute ungeicherten — Voraussetzung, daß ein erstes Abkommen über die Reduzierung der strategisch-nuklearen Potentiale der Supermächte (START-I) in absehbarer Zeit unterzeichnet und implementiert wird. Dennoch erscheint das System wechselseitiger Abschreckung auch unter solchen Voraussetzungen noch nicht entscheidend verändert, erst recht nicht überwunden. Die START-Reduzierungen dürften deutlich geringer ausfallen als zunächst anvisiert, nämlich nur maximal rund ein Drittel und nicht die Hälfte der beiderseits verfügbaren Sprengköpfe auf strategischen Kernwaffenträgern beseitigen. Auch die Modernisierungsprogramme sowohl der USA wie der UdSSR dürften durch die ins

Auge gefaßten START-Begrenzungen kaum behindert werden.⁶⁾ Abgesehen von den Schadensgrößen, die beim Versagen dieses Kriegsverhütungssystems in einem strategischen Kernwaffenkrieg zu gewärtigen wären, liegt eine seiner entscheidenden Schwächen in der inhärenten Kriseninstabilität: Auch nach START steht das beiderseitige Interesse, nach militärischen Effizienzkriterien einsetzbare Potentiale beizubehalten, in Spannung zu dem Ziel, Präemptionsanreize in Krisensituationen zu minimieren.⁷⁾

6. Weltweit sind fundamentalistische und meist radikale Strömungen unterschiedlicher Provenienz auf dem Vormarsch. Diese Bestrebungen finden sich häufig nicht nur faktisch bereit auch zur Anwendung von Gewalt im Interesse ideologischer oder ideologisch verbrämter Ziele, sondern ihnen erscheint darüber hinaus Dialog mit Andersdenkenden nur als Verrat an ihrem ureigenen Auftrag. Die Zunahme des Fundamentalismus weist dabei durchaus Bezüge zum jeweiligen politischen und sozialen Umfeld auf; so scheint seine islamische Variante besonders dort erfolgreich um Unterstützung zu werben, wo sie auf Massenarmut und/oder z.T. bereits lang andauerndes Flüchtlingselend (wie im nahöstlichen, besonders palästinensischen Raum) trifft, dessen Leidtragende sich von radikalen Politikkonzepten nur eine Besserung ihrer desolaten Lage erhoffen

zu können glauben. Ungerechte politische wie soziale Verhältnisse unterschiedlicher Genese erweisen sich damit als Nährboden für dasjenige Gewaltpotential, das man gleichzeitig von außen her durch klassische außen- und militärpolitische Sicherungsstrategien einzudämmen hofft. Tragisch verdient diese Situation vor allem auch deswegen genannt zu werden, weil moderate Kräfte auf allen Seiten in dem Maße an öffentlicher Unterstützung und politischem Einfluß verlieren, wie die Dynamik des Konflikts selbst eskaliert.

Die Antwort auf diese aktuellen wie zukünftigen Gefährdungslagen kann nur in vorausschauender, möglichst in gesamteuropäischer Verantwortung konzipierter Politik bestehen, nicht im Ersatz solcher Politik durch möglichst ungehindert nationale militärische Machtentfaltung. Nur zur Absicherung solcher kooperativ ansetzender politischer Problemlösungen auf allen angesprochenen Ebenen gegen einen Rückfall in alte oder neue Konfrontationsmuster können und dürften auch in Zukunft noch militärische Kontingente erforderlich sein. Jedoch ist damit wiederum nicht vorentschieden, daß sie ausschließlich oder weitgehend in der Verantwortlichkeit nationaler Akteure stehen müßten. In der Perspektive einer neuen europäischen Friedensordnung, als regionales Sicherheitssystem in Übereinstimmung mit Artikel 52

der UN-Charta entworfen, sollten vielmehr militärische Befehlsstrukturen und Zuständigkeiten möglichst weitgehend in supranationale Entscheidungsorgane eingebunden werden. Aus diesem Grund sollte eine wie auch immer geartete Entscheidung über bundesrepublikanische Streitkräftestrukturen zum gegenwärtigen Zeitpunkt für alle an der Entscheidungsfindung Beteiligten Züge der Vorläufigkeit tragen, weil sie die entscheidende politische Aufgabe, nationalstaatlich gebundene Streitkräftekontingente möglichst bald durch solche unter supranationale Kontrolle abzulösen, noch ungelöst läßt.

II. Sozialethische Grundsätze für die Neustrukturierung von Streitkräften, unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Befehl und Gehorsam

Ob Wehrpflichtarmee, Freiwilligenheer oder eine Kombination aus beiden Elementen: Für schlechterdings unverzichtbar halte ich, daß an einer Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft und am Leitbild eines „Staatsbürgers in Uniform“ festgehalten wird. Ich formuliere das deshalb in aller Deutlichkeit, weil mir keineswegs jede der genannten alternativen Organisationsformen gleichermaßen geeignet scheint, diese Integration zu gewährleisten. Funktionale Überlegungen allein, nach denen einem Berufsheer vergleich-

barer Größe eine höhere operative Effizienz zuzusprechen sei, wegen diesen Gesichtspunkt nicht auf. Gerade wir Deutschen haben allen Grund, darauf zu achten, daß das Primat demokratisch kontrollierter Politik vor rein militärischen Überlegungen und Rücksichten gewahrt bleibt. Die insgesamt positiven Erfahrungen, die in den letzten 40 Jahren mit parlamentarischen und anderen öffentlichen Kontrollmechanismen, unabhängig vom Prinzip der Wehrpflichtarmee, im Hinblick auf die Wahrung des Primats der Politik gegenüber militärischen Interessen gemacht wurden, lassen nicht quasi automatisch den Schluß zu, dies werde sich im Falle einer Berufsarmee ebenso verhalten; wer dies annimmt, wäre aufgefordert, seine Zuversicht im einzelnen näher zu erläutern.

In diesem Zusammenhang wäre auch zu diskutieren, wie sich das Verhältnis von Befehl und Gehorsam innerhalb der Streitkräfte so ausgestalten läßt, daß die individuelle moralische Verantwortlichkeit der in ihnen dienenden Menschen gewahrt bleibt. In den „Empfehlungen für eine zeitgemäße Form des militärischen Gehorsams“ der Deutschen Kommission *Justitia ex Pax* und der Kommission *Justitia et Pax* der Berliner Bischofskonferenz vom Juni 1990 heißt es: „Die gegenwärtige Entwicklung in Ost und West bietet ungeahnte Möglichkeiten, Frieden in und außerhalb Europas in neuen

Strukturen der Zusammenarbeit zu verankern, die uns über die bisherige Konfrontation zweier militärischer Blöcke hinausführen. Ob ein solcher friedens- und sicherheitspolitischer Neuanfang den Frieden auf Dauer zu bewahren vermag, entscheidet sich nicht zuletzt daran, wieweit sich seine tragenden Prinzipien in Selbstverständnis, politischem Auftrag und innerer Organisation von Streitkräften niederschlagen. Wo Befehls- und Gehorsamsstrukturen aus diesem Gut leben und entwickelt werden, bilden sie ein unverzichtbares Element in jener Neuordnung internationaler Sicherheit, die den Völkern Europas heute politisch aufgegeben ist.“ Dies bedinge u.a., „Formen effizienter demokratischer Kontrolle über gegebene Befehlsstrukturen zu schaffen, die über die Respektierung derjenigen Freiräume für die Soldaten wachen, ohne welche ethisch reflektierter und mit der Personenwürde vereinbarer Gehorsam nicht möglich ist.“ Schließlich „darf nur eine Armee, deren Organisationsformen nicht die in ihr dienenden Menschen ihrer sittlichen Selbstbestimmungsfähigkeit und damit letztlich ihrer persönlichen Identität berauben, den Anspruch erheben, ‚der Sicherheit und Freiheit der Völker‘ (GS 79) einen Dienst leisten zu können.“ Gerade unter der Voraussetzung, daß solchen Anforderungen in der Bundeswehr heute vergleichsweise weitgehend Rechnung getragen

werde, ruht auf jeder geplanten Veränderung der Streitkräftestruktur, die sich auf diesen Bereich auswirken müßte, eine beträchtliche Beweislast für ihre gesellschaftlich-politische Zuträglichkeit wie ihre Annehmbarkeit unter ethischer Rücksicht.

III. Wehr- oder Zivildienst(e) als Wahlpflichtdienst(e), allgemeine Dienstpflicht und die Konsequenzen solcher Neustrukturierungen für das Problem der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen (Art. 4 III GG)

Unmittelbar verknüpft mit der Frage nach einer Umstrukturierung der Streitkräfteplanung ist diejenige nach den Auswirkungen solcher Veränderungen auf das Verhältnis von Wehr- und Zivildienst. Sollte vom Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht abgegangen werden, so erscheint es zunächst grundsätzlich möglich, die Entscheidung für einen der genannten Dienste in das Ermessen des einzelnen zu legen; darüber hinaus läßt sich überlegen, ob es neben der Wahlmöglichkeit zwischen Wehr- und einer Form des Zivildienstes auch die Möglichkeit geben sollte, keinerlei vergleichbaren Dienst zu leisten, so daß es sich beim Wehr- wie beim Zivildienst nicht um einen Wahlpflichtdienst, sondern um einen echten Freiwilligendienst handeln würde.

Es liegt auf der Hand, daß sich schon durch eine Wahlpflicht zwi-

schen Wehr- und Zivildiensten vor allem die Gefahr wesentlich verringern würde, das Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen unbeabsichtigt in ihrem Gewissensurteil vergewaltigt werden könnten. Die bisherige Rechtsprechung zur Kriegsdienstverweigerung stellt bekanntlich darauf ab, daß es sich bei der von Art. 4 III GG abgedeckten Kriegsdienstverweigerung um eine generelle, nicht eine situationsbedingte Verweigerung handeln müsse. Unter ethischer Rücksicht brisant ist dieses Problem seit je deswegen, weil gerade nach traditioneller moraltheologischer Argumentation nicht die grundsätzliche pazifistische, sondern eine situationsbezogene Kriegsdienstverweigerung ggf. starke moralische Gründe auf ihrer Seite haben kann. Zum Beleg dieser These darf ich Ihnen die Auffassung von Gustav Ermecke zitieren, der noch 1961 im dritten Band seines moraltheologischen Handbuchs schrieb: „Die absolute Kriegsdienstverweigerung, die jeden, auch den gerechten Verteidigungskrieg ablehnt, ist... sittlich unerlaubt... Die relative Kriegsdienstverweigerung, d.h. gegenüber einem einzelnen Krieg oder einzelnen unsittlichen Kriegshandlungen, kann begründet und u.U. sittliche Pflicht sein.“⁶⁸ D.h., vom Grundgesetz in seiner bisherigen Auslegung ist gerade diejenige Variante der Kriegsdienstverweigerung geschützt, die aus Sicht herkömmlicher katholischer

Moraltheologie jedenfalls die schwächeren, wenn nicht gar überhaupt keine Argumente zu ihrer Rechtfertigung ins Feld führen kann. Mehr noch: In der bisherigen Situation bestand fortdauernd die Gefahr, daß ein Kriegsdienstverweigerer, um anerkannt zu werden, kontrafaktisch die durch Art. 4 III gedeckte absolute Verweigerung für sich beanspruchte, obwohl es sich in Wirklichkeit um eine insofern situationsbezogene Verweigerung handelte, als gerade in der möglichen Teilnahme an einem mit den heutigen Waffen geführten Krieg der Grund für die Gewissensbedenken des Verweigerers lag.

Diesem Problem, dem unter ethischen Gesichtspunkten erhebliche Bedeutung zuzusprechen ist, würde, soweit ich sehen kann, in einer Wahlpflichtdienst-Konzeption grundsätzlich und nicht auf eine wie auch immer pragmatische Weise abgeholfen. Gleichzeitig könnte ein solches Konzept sicherstellen, daß wenigstens im Regelfall jeder junge Staatsbürger irgendeine „Form des Dienstes an der menschlichen Gemeinschaft“ (GS 79) verrichtet, was auch unter sozialpädagogischen Gesichtspunkten m.E. ein durchaus erstrebenswertes Ziel darstellt. Eine weitgefächerte Pluralität möglicher Wahlpflichtdienste, von einer Beteiligung am sozialen Dienst für Frieden und Versöhnung (SDFV) über sozial-karitative Einsatzformen im In- und Ausland bis hin zu

ökologischen Betätigungsfeldern,⁹⁾ wäre mit einem Wahlpflichtdienst-Konzept, das auf eine allgemeine Dienstpflicht hinausläufe, ohne weiteres vereinbar.

Die Ausgestaltung von Wehr- und Zivildiensten als reine Freiwilligendienste, d.h. mit der Möglichkeit, sich für keinerlei derartigen Dienst zu entscheiden, erschiene mir dagegen aus Gründen der Gerechtigkeit wie aus sozialpädagogischen Gesichtspunkten heraus sehr problematisch. Denn einmal würden in diesem Fall solche Personen, die keinerlei sozialen Dienst zu leisten bereit sind, dafür noch zusätzlich durch eine Verbesserung ihrer Berufsaussichten belohnt, da sie mit einem früheren Ausbildungsende rechnen könnten und eher als ihre im sozialen Dienst tätigen Kollegen auf dem Arbeitsmarkt ihre Chancen nutzen könnten. Dies wiederum könnte sich auf die spätere Einkommensverteilung nochmals so auswirken, daß Sozialdienstleistende generell gegenüber Nichtdienstleistenden benachteiligt wären. Mindestens wäre hier zu diskutieren, welche kompensatorischen Möglichkeiten bestehen, um einen solchen Effekt zu vermeiden. Davon abgesehen, läßt sich begründetermaßen fragen, ob nicht gerade angesichts unserer hochgradig arbeitsteiligen, zur Vereinzelung von Tätigkeitsfeldern und ihre Abkoppelung von gesamtgesellschaftlicher Mitverantwortung neigenden Ausgestaltung des sozialen Lebens

eine begrenzte Phase im Leben jedes einzelnen dringend wünschenswert ist, in der ihm durch tägliche Praxis eine Möglichkeit der Einübung auch in solche Formen des Engagements eröffnet wird, die in überindividuellem Interesse liegen. Wer von uns könnte nicht von der Begegnung mit Wehr- wie mit Zivildienstleistenden berichten, deren Persönlichkeit durch die Erfahrung dieses ihres jeweiligen Dienstes in einer Weise beeinflußt wurde, daß man sich darüber eigentlich nur freuen kann?

IV. Resümee

Lassen Sie mich kurz resümieren:

- Die Entscheidung für konkrete militärische Organisationsformen, auch für oder gegen das Konzept einer Wehrpflicht- bzw. Berufsarmee, kann sachgemäß nicht vor oder unabhängig von einer spezifischen sicherheitspolitischen Gefährdungsanalyse gefällt werden. Wo sie auf eine solche Analyse bezogen bleibt, muß sie gleichzeitig erkennen lassen, daß sie die Bewältigung dieser Gefährdungen nicht allein oder auch nur primär von militärischen Mitteln erhofft. Vielmehr geht es in der heutigen politischen Entscheidungslage um ein neues Design gesamteuropäisch konzipierter Friedenspolitik, das weit über den militärischen Bezugsrahmen hinaus-

greift. Innerhalb dieses Kontextes stellt die Ablösung nationalstaatlich gebundener Streitkräftekontingente durch solche in supranationale Verantwortung sowie deren substantielle quantitative Reduzierung und qualitative Modifikation ein wesentliches Teilziel dar.

- Jede Neustrukturierung der Streitkräfte muß gewährleisten, daß sich daraus keine Abstriche am Ziel der bewußten Integration der Armee in die Gesellschaft ergeben. Die Vorstellung, geringere Integrationsfähigkeit lasse sich mit höherer Effizienz verrechnen, greift zu kurz. Speziell das Verhältnis zwischen Befehl und Gehorsam gilt es auch zukünftig

so auszugestalten, daß die individuelle moralische Verantwortlichkeit des Dienenden gewahrt bleibt.

- Eine erhebliche Entschärfung der mit der heutigen Auslegung von Art. 4 III GG verbundenen Gewissensproblematik könnte durch eine Wahlfreiheit zwischen Wehr- und Zivildienst(en) erreicht werden. Aus sozialpädagogischen wie aus Gerechtigkeitsüberlegungen wäre eine Wahlpflichtdienstkonzeption vorzugswürdig gegenüber einem Freiwilligenkonzept im engeren Sinne, bei dem auch die Option offenbliebe, sich jedweden Dienst an der Gemeinschaft zu entziehen.

Thomas Hoppe

Anmerkungen

- 1) GsF 49.
- 2) Vgl. z. B. Geoffrey Kemp, Regional Security, Arms Control, and the End of the Cold War, in: The Washington Quarterly (Autumn 1990) 33—51, hier bes. 36f.
- 3) Zur neuerdings gestiegenen militärischen Bedeutung von B-Waffen aufgrund wachsender Möglichkeiten, solche Waffen kontrolliert einzusetzen, vgl. z. B. Karl-Heinz Karisch, Gentechnik macht B-Waffen für das Militär wieder interessant, in: Frankfurter Rundschau 26.11.1990, 1.
- 4) So im Schlußdokument der Europäischen Ökumenischen Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“ in Basel 1989, Ziff. 85.
- 5) Vgl. zum Ganzen Thomas Hoppe, Bewahrung der Schöpfung als Beitrag zu Frieden und Gerechtigkeit. Sozialethische Argumentation angesichts der

Strukturgleichheiten weltweiter Verantwortungsfelder, in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 32 (1991).

- 6) Vgl. dazu Ernst-Christoph Meier, START vor dem Ziel?, in: Europäische Wehrkunde/Wehrwissenschaftliche Rundschau 39 (1990) H. 8, 446—450; Jean Reifenberg, Nur Umrüstung oder beginnender Abbau?, in: FAZ 1.3.1991, 10.
- 7) Michael J. Mazarr, Beyond Counterforce, in: Defense Analysis Vol. 9 No. 2 (1990) 147—162, hier 153ff., sieht in der voraussichtlich im Vertrag verabredeten Ausnahme der Bomberflotten von den ansonsten geltenden Zählkriterien (153: „Bombers that hold only gravity bombs or short-range attack missiles [SRAMs] ... are counted as just one warhead, no matter how many nuclear weapons they actually carry“) „the loophole [which] creates precisely the exception to START that could keep counterforce

strategies alive“ (154) (vgl. auch Meier, a.a.O. [Anm. 45] 449: „Die großzügigen Zählregeln für ALCMs/Bomben in START I dürften nicht zuletzt von dem Bestreben hergerührt haben, die Zielabdeckungserfordernisse des existierenden SIOP trotz der ‚deep cuts‘ von START I weiter erfüllen zu können“), ungeachtet der destabilisierenden Wirkungen solcher Rüstung in Krisensituationen. Daß die Counterforce-orientierte Strategieplanung sich der entstehenden Präemptionsprämien und des damit verbundenen, letzte Versuche zur politischen Konfliktbewältigung negativ betreffenden Zeitdrucks in solchen Krisen durchaus bewußt sei, spiegele sich auch im revidierten SIOP wider: „initial reports on SIOP-7 suggest that the new strategy places great emphasis on hitting Soviet nuclear and leadership targets very rapidly after the outset of a war“ (152). Insgesamt stehe zu befürchten, daß „an arms reduction treaty will therefore end the quantitative but not the qualitative arms race“ (152). — Für David S. Sorenson, *Stealth Bombers, Advanced Cruise Missiles, and Superpower Deterrence Stability*, in: *Armed Forces and Society* Vol. 16 No. 3 (Spring 1990) 405—420, hier 416f., drohen aus neuen düsengetriebenen Waffentechnologien (besonders weiterentwickelten Cruise Missiles [AMC] und Kampfflugzeugen, die sich mit konventionellem Flugabwehrradar kaum aufspüren lassen) der Abschreckungsstabilität in Krisen zusätzliche Gefahren: „In 1979 both sides had about .27 of their strategic arsenals as counterforce capable; by the end of the coming decade, or sooner, almost the entire nuclear force may have counterforce capacity. The new air-breathing weapons add, in particular, to strategic decapitation capability because they threaten (along with depressed-trajectory SLBMs) the very survivability of the central nervous system of strategic deterrence and, in addition, endanger what has been considered the second most survivable leg of the

triad — the land-based bombers. The United States is especially at risk from these weapons as a considerable number of time-urgent military targets are located near coastal areas; ... a number of Soviet targets are also located near coastal areas... If the ACM remains unlimited by arms control, the threat it now poses will become even more serious“. Vgl. weiter Dieter Senghaas, *Friedensforschung an der Schwelle der neunziger Jahre*, in: *Europa Archiv* 45 (1990) F. 20, 607—614, hier 608, sowie Robert Einhorn, *Revising the START process*, in: *Survival* 32 No. 6 (1990) 497—505, hier 503: „The current START treaty will leave plenty of work to be done in terms of achieving more stable force structures at substantially lower levels.“

- 8) Joseph Mausbach/Gustav Ermecke, *Katholische Moraltheologie* Bd. III, Münster 1961, 312.
- 9) Vgl. Wolf Graf von Baudissin (Int.), in: *Frankfurter Rundschau* 14.2.1991, 8.

(aus NIMM 1991/11, 21. März 1991 — *Der vorstehende Beitrag wurde am 14.03.91 im Rahmen einer Tagung der „Aktion Kaserne“ im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn gehalten.*)

Lagebericht 1990 zur Bundeskonferenz der GKS

1. Vorbemerkung

Wie im vergangenen Jahr in Bad Segeberg legt der Bundesvorstand einen schriftlichen Lagebericht zur Bundeskonferenz der GKS am 30.4.91 in Heiligkreuztal vor. Die schriftliche Vorlage macht es den Delegierten möglich, die Aktivitäten der Gemeinschaft und ihrer Organe noch während der Woche der Begegnung zu studieren, zu analysieren, zu vergleichen und dort, wo

Unklarheiten herrschen, Fragen an den Bundesvorstand zu richten.

Der Jahresbericht zur Lage der GKS im Jahr 1990 faßt die Berichte über die Arbeit des Bundesvorstandes, der (Wehr-)Bereiche und der Sachausschüsse zusammen. So wird eine Übersicht über deren Arbeitsweisen, Aufgaben, Aktivitäten und Arbeitsergebnisse, welche sich auf die Entschließungen, Erklärungen, Veröffentlichungen und Handlungen der GKS auswirken, ermöglicht, was sonst nur durch ein ausführliches Studium von Protokollen der entsprechenden Gremien nachzuvollziehen ist. Bonn im April 1991

Paul Schulz

Bundesvorsitzender

2. Aus der Arbeit des Bundesvorstandes der GKS

2.1 Bundesvorstand (BV GKS)

Der Bundesvorstand tagte im Berichtszeitraum dreimal:

(1) Während der 30. Woche der Begegnung 1990 in Bad Segeberg.

— Der BV beschloß, Kandidaten der GKS für die Wahl in den Vorstand der Zentralen Versammlung (ZV) zu unterstützen. Aus dem BuVorst wurde HptFw Walter Hütten in den Vorstand der ZV gewählt.

— Oberstleutnant Klaus Brandt wurde zum neuen Redakteur Auftrag, Oberstleutnant Jürgen Bringmann zum Pressesprecher und Hptm Günter Hagedorn zum Bundesgeschäftsführer berufen.

— Die Sachausschüsse (SA) „Konzeption“ und „Information und Öffentlichkeitsarbeit“ wurden zum SA „Konzeption und Information“ (K u. I) zusammengefaßt.

— Als Jahresthema 1991 wurde „Europäische Sicherheit — Unser Beitrag zur gemeinsamen Werteordnung“ gewählt, das zugleich zum Motto für die nächste Akademie Oberst Dr. Korn (8.10.—1.11.91) bestimmt wurde.

— Vorgestellt wurde die Veröffentlichung der GKS „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ (Redaktion J. Bringmann und H. Fettweis) sowie die von AKSF und GKS gemeinsam geförderte Broschüre von J. Bringmann und H. Bühl „Christen für den Frieden“.

(2) Vom 16.—18.11.90 in Passau mit den Themenschwerpunkten:

— Kontakte mit Angehörigen der ehem. NVA.

— Zusammenarbeit GKS — Militärseelsorge. Hierzu wurde eine von SA K erarbeitete Vorlage als „Vorläufiges Passauer Positionspapier“ gebilligt und verschiedenen Gremien zur Stellungnahme übersandt. Die endgültige Verabschiedung ist nach Überarbeitung anlässlich der 31. Woche der Begegnung vorgesehen.

— Seelsorge unter Soldaten in den neuen Bundesländern.

— Vorbereitung der 31. Woche der Begegnung.

— Aufträge an die Sachausschüsse.

(3) Am 23. Februar in Bonn mit den Schwerpunkten:

- Bundeskonferenz der GKS 1991 in Heiligkreuztal.
- Gespräch mit dem neuen Militärbischof.
- Wehrdienstverweigerung im Zusammenhang mit Einsatz von Teilen der Bw in der Türkei.
- Position der GKS zum Golfkonflikt, Erklärung der deutschen Bischöfe zum Golfkrieg und andere Stellungnahmen aus dem kirchlichen Raum.
- Berichte aus den Bereichen/ Sachausschüssen.
- Bestätigung der deutschen Präsidentschaft des AMI durch den Hl. Stuhl.
- Seminar 3. Lebensabschnitt.
- Aktion der GKS zur Betreuung von Rekruten (Ost).

2.2 Exekutivausschuß (EA)

Der Exekutivausschuß ist der geschäftsführende Vorstand der GKS und nimmt die laufenden Aufgaben der GKS auf Bundesebene zwischen den Sitzungen des Bundesvorstandes wahr, dessen Entscheidungen er vorbereitet oder umsetzt. Der EA tagte seit der Woche der Begegnung 1990 viermal. Neben den im Bundesvorstand zu behandelnden Themen befaßte er sich besonders mit

- Vertretung der GKS bei anderen Verbänden und (katholischen) Organisationen;
- Arbeit der Sachausschüsse;

- Informationsmaterial der GKS;
- Vertretung des Bundesvorstandes bei (Wehr-)Bereichskonferenzen;
- Feier des Weltfriedenstages durch die GKS;
- Jahresthema der GKS 1992;
- Gespräch des Vorsitzenden des Vorstandes ZV und des BuVors GKS mit dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages.

2.3 Bundesgeschäftsführung

Nach 20 Jahren Tätigkeit als Bundesgeschäftsführer bat Oberstleutnant Jürgen Bringmann um Entlastung von diesem Amt. Als Nachfolger wurde Hptm Günter Hagedorn berufen. Bringmann steht der GKS als Pressesprecher weiterhin zur Verfügung. Dank der guten Zusammenarbeit mit allen Ebenen und dem Verständnis der beteiligten Personen konnte ohne größere Schwierigkeiten die Kontinuität der Geschäftsführung gewahrt werden.

Durch direkte Kontakte sowie über 6 Rundbriefe wurden die Kreise (Wehr-)Bereiche und der Bundesvorstand über aktuelle Themen und die Arbeit der GKS informiert.

2.4 Haushalt

Haushaltsmittel standen 1990 im erforderlichen Umfang zur Verfügung. Für 1991 mußte der Mittelansatz reduziert werden. Die Arbeit der GKS wird aber durch sparsames Haushalten nicht eingeschränkt, wenn die im Handbuch 7.1 festgelegten Richtlinien regel-

mäßig beachtet werden.

Die Schwerpunkte des Haushalts liegen wie im Vorjahr bei

- selbständigen Veranstaltungen der GKS,
 - Wochenendveranstaltungen,
 - Familienfreizeiten,
 - (Wehr-)Bereichskonferenzen,
 - Ausflüge,
 - Gesamtkirchliche Veranstaltungen (Weltfriedenstag),
 - Sonstige Veranstaltungen (Akademie Oberst Helmut Korn und, einmalig für 1991, die Jakobuswallfahrten in Nord- und Süddeutschland);
- Reise- bzw. Fahrkosten;
- Referentenhonorare;
- Zeitschriften (Auftrag) und Veröffentlichungen;
- Verwaltungs- und Bürobedarf.

Weitgehend werden Veranstaltungen gemäß Handbuch GKS durchgeführt, für die kein vorheriger Antrag erforderlich ist. Bei Veranstaltungen zum Weltfriedenstag und anderen Veranstaltungen, die nicht im Handbuch enthalten sind, ist nach wie vor rechtzeitig (ca. 6 Wochen vorab) ein Antrag gem. Handbuch, Ziff. 7.2, Anl. 3, erforderlich.

Aus dem Spendenkonto der GKS wurden Spenden für

- Maximilian-Kolbe Werk,
- Kirche in Not und ein
- Solidaritätsbeitrag DDR zum Katholikentag in Berlin überwiesen.

2.5 Redaktion Auftrag

Am 1.5.90 übernahm Oberstleutnant Klaus Brandt die verantwortliche Redaktion für den „Auftrag“ von Oberst a. D. Helmut Fettweis. Auch weiterhin wird der „Neue“ von seinem Vorgänger mit Rat und Tat unterstützt, dafür sagt die GKS ein herzliches Vergelt's Gott! Redaktionsarbeit sollte Teamarbeit sein, wo stecken GKS-Mitglieder, die bereit sind, regelmäßig an der Redaktionsarbeit teilzunehmen und den „Auftrag“ mitzugestalten?

Im Berichtszeitraum wurde auf ein vierteljährliches Erscheinen umgestellt. Der Auftrag erhielt ein neues Layout, das hoffentlich bei der Leserschaft Anklang findet. Ziel ist es, die Lesbarkeit zu steigern und durch die künftige Aufnahme von Bildern eine aufgelockerte Gestaltung zu erreichen. Die Redaktion bittet die Einsender von Beiträgen, möglichst s/w Bilder beizufügen, da diese gegenüber Farbbildern besser reproduzierbar sind.

Seit März 1990 wurden 4 Hefte sowie ein Sonderheft veröffentlicht. Inhaltliche Schwerpunkte waren dabei

- Jahresthema 1990 „Der Soldat
 - Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“;
- 30. Woche der Begegnung;
- deutsche Einheit;
- Menschenrechte;
- Weltfriedenstag 1991.

Weitere Themen beschäftigten sich mit

- Militärseelsorge;
- allgemeinen religiösen Fragen unserer Zeit;
- der religiösen Entwicklung in den mittelost- und südeuropäischen Staaten sowie in der UdSSR;
- Soldatsein in den neunziger Jahren unter den grundlegend veränderten sicherheits- und militärpolitischen Rahmenbedingungen;
- Gefahren für das Christentum infolge der offensiven Islamisierung Afrikas und Asiens;
- dem Golfkrieg und seinen Folgen;
- dem Leben des Apostel Paulus;
- der Entwicklung im südlichen Afrika sowie
- Umweltproblemen.

Inhalt des Sonderheftes war die Weiterbildungsreise der in der Militärseelsorge leitend tätigen Laien. Sie hatte im vergangenen Herbst über zahlreiche kulturhistorische Stationen in Norditalien nach Rom geführt und in der für jeden Teilnehmer sehr persönlichen Begegnung mit den heiligmäßigen Eheleuten Klaus und Dorothee von Flüe geendet.

Die Redaktion ist auch weiterhin dankbar für Anregungen und Beiträge zum „Auftrag“.

2.6 Pressesprecher der GKS

Bei der 30. Woche der Begegnung übernahm Jürgen Bringmann die Aufgaben des Pressesprechers von Oberst a. D. Helmut Fett-

weis.

Der Pressesprecher hat die Aufgabe, in enger Abstimmung mit dem BuVors die GKS gegenüber den Medien und der Öffentlichkeit zu vertreten. Er erstellt Presseerklärungen der GKS, arbeitet an sonstigen Erklärungen und Veröffentlichungen mit und nimmt aus Sicht der GKS Stellung zu aktuellen Fragen und Ereignissen, die den Dienst des Soldaten, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Militärseelsorge betreffen.

Aktivitäten im Berichtszeitraum im einzelnen:

- Presseerklärungen wurden bei der Woche der Begegnung täglich herausgegeben.
- Über die Bücher der GKS „Christen für den Frieden“ (zusammen mit der AKSF) sowie „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ wurden Presse und Bundeswehr/Öffentlichkeit informiert. (Die Bücher können noch angefordert werden.)
- Über die Sitzungen des BV GKS wurden Presseerklärungen herausgegeben.
- Die Erklärungen der GKS
 - „Unser Dienst in einer sich wandelnden Welt“ (25 Jahre Gaudium et Spes)
 - „Position zu Kontakten der GKS zur NVA“,
 - „Die Einheit lohnt jede Anstrengung“ (Zur Bildung gesamtdeutscher Streitkräfte), wurden in Presse und Öffentlichkeit verbreitet.
- Über die Arbeit der GKS wurde

regelmäßig und im Zusammenhang mit aktuellen Anlässen berichtet.

- Ansprechpartner im Bereich Presse waren vor allem KNA, Weltbild, NIMM, DLF, DPA, Bw aktuell, Deutsche Tagespost, DIE WELT, FAZ, die Bonner Presse und natürlich alle kirchlichen Medien. In KNA, Weltbild, NIMM und Bw aktuell waren die Reaktionen gut.
- Auch Berichte über das Apostolat Militaire International (AMI) wurden erfreulich umfang- und inhaltsreich von den Medien übernommen.

Neben den genannten Schwerpunkten, die auch in Zukunft gelten, sollen folgende Ziele verfolgt werden:

- verstärkte Information im Bereich der kirchlichen Medien,
- stärkere Beteiligung an Veranstaltungen mit Wirkung in die Öffentlichkeit,
- Aufbereitung (Mustererklärungen) von Aktivitäten der GKS für die Basis,
- Jahresauswertung der Pressearbeit der GKS. (Hierzu ist es erforderlich, daß die Kreise/Bereiche der GKS den Pressesprecher regelmäßig mit Informationen aus ihrem Bereich versorgen — Berichte in der Presse, Fotos usw.). Merke: „Klappern gehört zum Handwerk“ — auch in der GKS. Wer uns nicht kennt, nimmt uns nicht zur Kenntnis.

2.7 Bericht des geistlichen Beirates

Ein Jahr voller Dynamik, eine Zeit gefüllt mit Freude und Hoffnung, aber auch Trauer und Angst bei vielen Menschen liegt seit der 30. Woche der Begegnung hinter uns.

Katholische Verbände stehen an der Schnittstelle zwischen Kirche und Welt. So hat sich die GKS immer wieder zu den vielfältigen Ereignissen im kirchlichen und gesellschaftlich-politischen Leben zu Wort gemeldet. Von den zurückliegenden Aktivitäten möchte ich herausheben:

- die kleine Delegation beim 90. Deutschen Katholikentag,
- das Positionspapier zu Kontakten von Soldaten der Bundeswehr zur NVA,
- Die Bonner Erklärung zur Bildung gesamtdeutscher Streitkräfte,
- die Erfahrung von GKS Mitgliedern im Bw-Kdo Ost und
- der Aufruf zur Betreuung von ostdeutschen Rekruten und Lehrgangsteilnehmer im Westen,
- die Erklärung des Bundesvorsitzenden zum Krieg am Arabischen Golf und
- die Unterstützung für das „Projekt Freundschaft“, schließlich
- die Überlegungen zur Zusammenarbeit zwischen GKS und den Militärgeistlichen, Pastoralreferenten und Pfarrhelfern sowie den Beratungsgremien des Laienapostolates.

Bei all diesen mehr in die Öffentlichkeit wirksamen Aktionen soll nicht das vergessen sein, was im Verborgenen als „Kleines und Stilles“ seinen großen Wert für Kirche und Verband entfaltet.

Der erste Zeitraum des zu betrachtenden Abschnittes war bestimmt vom Prozeß der deutschen Einigung, dem Zusammenwachsen in Frieden und Solidarität. Die GKS hat versucht, im Rahmen des ihr Möglichen, Einfluß zu nehmen:

- im Politischen mit den schon oben genannten Erklärungen,
- im Kirchlichen durch das Bekenntnis vieler GKS Mitglieder als aktive Christen und Katholiken in ihrer Verwendung im Bw-Kdo-Ost,
- durch das gemeinsame „Flaggezeigen“ von Sachausschüssen in Dresden in Gottesdiensten und beim Bischofsbesuch.

Der zurückliegende Zeitabschnitt hat auch andere Erfahrungen gebracht: Die Realität von Spannung und Aggression, Krieg und Blutvergießen in der Welt. Viele Deutsche haben diese Realität nach jahrzehntelanger friedlicher Entwicklungsmöglichkeit, abgestützt auf NATO und befreundete Nationen, aus den Augen verloren. Sie reagierten auf die Auseinandersetzungen im Arabischen Golf mit panischer Angst. Auch unsere politisch Verantwortlichen, Regierung wie Opposition, waren verwirrt und irritiert. Bei Auslandsreisen wird manch einer merken, daß

wir Deutschen einiges an Vertrauen an unsere Zuverlässigkeit zurückgewinnen müssen. Der GKS ist mit der Erklärung zum Krieg am Arabischen Golf und ihrem Engagement für das „Projekt Freundschaft“ ein erster glaubwürdiger Ansatz gelungen.

Das „Aus-den-Augen-verlieren der Realität“, die „Heiden-Angst“ vieler Zeitgenossen ist keine christliche Tugend. Unser Militärbischof sagt hierzu: „Menschen, die sich in Gottes Hand wissen, brauchen auch keine tödliche Angst vor der Zukunft zu haben, denn sie wissen, daß Gott allein der Herr der Geschichte ist und daß er ein Gott des Lebens ist.“ Wahre Christen erkennt man am Vertrauen auf Gott und ihrer Zuversicht inmitten aller Gefahren.

Als geistlicher Beirat möchte ich schließen mit einem Dank an alle, die mittun in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Dank für all das Engagement, Dank für viele persönliche Begegnungen und Gespräche mit manch einem von Ihnen, Dank für die gute Zusammenarbeit mit dem Amt. Bitte vergessen Sie nicht: die Wirksamkeit eines Verbandes hängt wesentlich von der Zeugniskraft der Mitglieder und der Darstellung des Verbandes insgesamt ab.

3. Berichte aus den (Wehr-)Bereichen

3.1 Wehrbereich I

Der Wehrbereich I besteht aus acht Kreisen — Hamburg I, Ham-

burg III, Itzehoe, Neumünster, Rendsburg, Eckernförde, Kappeln, Schleswig — und aus einer Einzelperson.

Am 9.6.90 wurde die Sternfahrt der GKS im WB I nach Kappeln durchgeführt. Sie dient der Kontaktaufnahme und dem Kennenlernen der Kreise untereinander. 81 Teilnehmer waren ein sehr positives Ergebnis der Bemühungen.

Bei der Anversus-Wallfahrt, die der Bischofvikar für die Katholiken in Schleswig-Holstein und Hamburg alljährlich veranstaltet, nahmen Mitglieder der GKS in Uniform teil. Entsprechend unserem Selbstverständnis zeigten sie damit Flagge in einer Umgebung, der Katholisches und katholische Soldaten häufig fremd sind.

Im November 1990 wurde ein Familienwochenende im Kloster Nüttschau durchgeführt. Es nahmen ca. 80 Personen teil. Thema dieser Veranstaltung: „Abarten des Religiösen“ (neue Kultbewegung, New Age u. a.), Referent Dipl.-Päd. Wolfgang Kuhnhäuser; eine eindrucksvolle und nachdenklich stimmende Einführung in die „Welt der spirituellen Drogen“, denen nicht nur unsere Jugendlichen ausgesetzt sind.

Über Ergebnisse von Kontaktaufnahmen zu Soldaten aus den neuen Bundesländern kann noch nicht berichtet werden. Verbindungen bestehen zur „Aktion Christen“ in Mecklenburg über den Landespastoralrat in Schleswig-Holstein.

Die GKS im Wehrbereich I ist im Landespastoralrat Schleswig-Holstein und in der Gemeinschaft der Katholischen Männerverbände Deutschlands, Diözese Osnabrück, durch Mitglieder vertreten.

3.2 Wehrbereich II

Es bestehen z.Z. 18 Kreise im Wehrbereich II.

Die Frühjahrskonferenz hatte das Jahresthema behandelt. Referent zum Jahresthema war Brigadegeneral Richter.

Die Herbstkonferenz beschäftigte sich mit den Themen: Bibelarbeit, Vorbereitung von Standortgottesdienst und Vorbereitungen zur Jakobuswallfahrt in Norddeutschland.

Der Weltfriedenstag wurde wieder als standortübergreifende Veranstaltung in Hildesheim, Munster und Oldenburg durchgeführt.

Die GKS im Wehrbereich II beteiligte sich an der Männerwallfahrt der Diözese Hildesheim nach Germershausen und nahm an der Wallfahrt nach Bethen/Cloppenburg teil.

In die Diözesansynode von Hildesheim wurden 1989 aus dem Wehrbereich II als Mitglieder Militärdekan Burger und Major Kieserling berufen. Zum Abschluß im Juni 1990 konnten sie erreichen, daß im Schlußdokument unter anderem ausgesagt wird:

„Gleich, ob sich Christen für Wehr- oder Zivildienst entscheiden: keiner darf für sich in Anspruch nehmen, ein besserer

Christ zu sein, oder gar dem anderen das Christsein absprechen, weil er eine andere Position vertritt. Vielmehr muß es darum gehen, in den Gemeinden und Verbänden das gemeinsame Gespräch nach den Regeln des geschwisterlichen Dialogs zu suchen, die unterschiedlichen Überzeugungen zu achten und sich gemeinsam den ethischen Fragen im Licht der kirchlichen Friedenslehre zu stellen (Gerechtigkeit schafft Frieden)“.

Die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Männerverbände in der Diözese Hildesheim (AGKM) ist dank der Arbeit von Oberstleutnant a.D. Emil Kladiwa, der im Vorstand der AGKM mitarbeitet, sehr gut.

3.3 Wehrbereich III

Im Wehrbereich III bestehen derzeit 11 aktive Kreise und zwei Kreise im Aufbau (Neugründungen).

Die einzelnen GKS-Kreise arbeiten in der Regel sehr eng mit den Pfarrgemeinderäten zusammen, so daß, von einigen Ausnahmen abgesehen, Veranstaltungen sowohl von PGR als auch von den jeweiligen GKS-Kreisen gemeinsam vorbereitet und durchgeführt wurden. Das Interesse an rein religiösen Veranstaltungen war sehr gering. Gute Erfahrungen wurden mit der Durchführung von Informationsveranstaltungen für Rekruten gesammelt, wie sie bereits im Jahr 1989 vom SA InFü initiiert wurden. Diese Veranstaltungen sind ein

Angebot älterer Soldaten, die sich aus christlicher Verantwortung heraus zur Verbesserung der zwischenmenschlichen Beziehungen in den Streitkräften im und nach Dienst um jüngere Soldaten kümmern wollen. Sie sollen natürlich auch die Möglichkeit eines Laienapostolats in der Bundeswehr und unter dem Schirm der Militärseelsorge deutlich machen.

Die Teilnehmer einer OffzAkademie an der Kath. Akademie Schwerte besuchten das InstBtl 1 in Potsdam und hatten dort Gelegenheit zu einem intensiven Gedankenaustausch mit Offizieren und Unteroffizieren der ehemaligen NVA. Diese Gespräche fanden auf beiden Seiten ein sehr positives Echo und waren getragen von tiefer Achtung und Wertschätzung voreinander. Das dabei gewonnene Vertrauen zeigte auch zu einem späteren Zeitpunkt tiefgreifende Wirkung.

Der Wehrbereichsdekan III, Prälat Kusen, wurde bei der Vorbereitung und Durchführung von religiösen Orientierungstagen für Soldaten aus den neuen Bundesländern, die keiner Kirche angehören, durch die GKS unterstützt. Sowohl bei den wehrpflichtigen Soldaten als auch bei den ehemaligen Berufs- und Zeitsoldaten fanden diese Tage in St. Meinolf breite Anerkennung. Die Mehrzahl möchte sich mit religiösen und ethischen Fragen, die besonders ihren Beruf als Soldat betreffen, auseinandersetzen.

Die jährliche WB-Konferenz war in zwei Teile geteilt, einen Bildungs- und einen Konferenzteil. Im Bildungsteil haben sich die Teilnehmer mit Fragen der zeitgemäßen religiösen Erziehung auseinandergesetzt. Hierbei wurden die Fragen nach dem Beitrag des Religionsunterrichtes an Schulen und dem Anspruch, dem dieser Unterricht von seiten der Eltern und Lehrer unterliegt, gestellt. Im Konferenzteil wurde das Jahresthema der GKS „Der Soldat — Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ behandelt.

Am 2.1.91 traten fast 700 Wehrpflichtige aus den neuen Bundesländern in sieben Standorten des WB III ihren Dienst an. Hierzu wurde im Dezember 90 von seiten der GKS (Bundesvorsitzender) eine schriftliche Information an die GKS-Kreise bzw. StOPfr der sieben Standorte verteilt, mit der Bitte, uns unserer besonderen Herausforderung in der Sorge um diese Menschen bewußt zu werden und uns hier zu engagieren.

Sehr intensiv wurden die Friedensgottesdienste in Aachen (hier mußte er leider wegen einer gezielt geplanten Demonstration ausfallen), Köln und Münster in Vorbereitung und Durchführung unterstützt.

Die GKS-Kreise Köln I, Unna/Iserlohn und Münster arbeiten jeweils in den regionalen Gliederungen der Arbeitsgemeinschaften Kath. Verbände (AGKV) mit. Darüber hinaus sind im Diözesanrat

Köln Mitglieder der GKS in den Sachausschüssen „Kinder und Jugend“ sowie „Frieden, Entwicklung und Mission“ vertreten.

3.4 Wehrbereich IV

Nachdem im Sommer 1990 der Kreis Sobernheim gegründet wurde, hat die GKS im Wehrbereich IV, der die Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland umfaßt, 12 Kreise. Versuche, im Saarland einen Kreis aufzubauen, sind gescheitert.

Im Oktober wurde von seiten der Laiengremien der Wehrbereichsdekan IV, Prälat Hubert Bittorf, in Hofheim verabschiedet, der mit Vollendung des 65. Lebensjahres am 30.1.91 aus der Militärseelsorge ausschied.

Der Vorsitzende der GKS im WB IV war bemüht, die Kreise im Laufe des Jahres 1990 aufzusuchen und vor Ort die jeweilige Situation kennenzulernen; leider ist dies infolge von Terminschwierigkeiten nicht bei allen Kreisen gelungen. In den Kreisen wird unterschiedlich gearbeitet. Es gibt Kreise, die eigenständig und -verantwortlich ihre Vorstellungen von Jahresarbeit verwirklichen und es gibt Kreise, die in enger Anlehnung an StOPfr und PGR arbeiten, zumal viele Mitglieder der GKS gleichzeitig im jeweiligen PGR tätig sind. Der Freiraum, den die Ordnung der GKS hier den Kreisen läßt, wird so nach den Bedingungen des jeweiligen Seelsorgebereichs genutzt.

Auffällig und für die GKS-Arbeit vor Ort bemerkenswert ist, daß in Kreisen mit größerer Selbständigkeit die Frage der Sprechernachfolge durch rechtzeitige Wahlen leichter und zuverlässiger zu lösen ist. Hervorzuheben ist der Kreis Ahrweiler, der zum einen rechtzeitig ein neues Sprecherteam wählte und zum anderen im Januar 1991 vorbildlich die Jubiläumsfeier anläßlich 25jähriger Tätigkeit in der kath. Militärseelsorge für Dechant Molzberger ausrichtete.

Die Aktion „Betreuung von Rekruten aus Ostdeutschland“, die zum Grundwehrdienst in Standorte im WB IV einberufen wurden, hat gezeigt, daß in neun betroffenen Standorten nur ein GKS-Kreis bestand. Aktivitäten seitens der GKS in Bezug auf Betreuung vor Ort usw. waren damit nicht möglich.

Folgern muß man, daß gerade im WB IV im Hinblick auf die vielen militärischen Standorte die GKS über mehr als 12 Kreise verfügen müßte. Leider sind katholische Soldaten, die an Standorte ohne GKS-Kreis versetzt werden, zu selten bereit, sich um Gleichgesinnte zur Gründung eines Kreises zu bemühen. Die Gewinnung von Verantwortungsträgern auf Kreisebene (Sprecher) wird jedoch auch bei bestehenden Kreisen immer schwieriger. Prinzip scheint zu sein: „Mitmachen ja, jedoch keine Verantwortung übernehmen.“ Es müßte uns gelingen, und die GKS sollte sich dieser Aufgabe mit al-

len Mitteln stellen, jüngere Kameraden so früh wie möglich zur Mitarbeit zu gewinnen.

Das langjährige Führungsteam der GKS im WB IV, Vorsitzender und Stellvertreter, trat am 15.3.91 bei der WB-Konferenz in Hofheim nach teilweise über 11jähriger Amtszeit wegen der anstehenden Versetzung in den Ruhestand zurück. Verantwortung für die GKS in diesem Wehrbereich übernahmen und wurden durch die Delegierten der WB-Konferenz gewählt:

- Major Martin Wurstner als Vorsitzender der GKS im WB IV,
- Hauptmann Heinrich Dorndorf als sein Stellvertreter.

3.5 Wehrbereich V

Trotz struktureller Veränderungen in einigen Standorten im WB V konnten die bestehenden 15 GKS-Kreise erhalten werden.

Zwei Diözesen, die Erzdiözese Freiburg und die Diözese Rottenburg/Stuttgart, erstrecken sich über Baden-Württemberg. In diesen Diözesen liegt der „zivile“ Wirkungsbereich der GKS im WB V.

Das Spektrum der Aktivitäten in den Kreisen reicht von Familienwochenenden, Samstagsveranstaltungen, ökumenischen Begegnungen, geselligen Zusammenkünften bis hin zur mehrtägigen Fußwallfahrt oder Beteiligung an den Angeboten der StOPfr. Die GKS-Kreise zeigen Reaktionen durch Rückantworten an den GeschFhr im WB.

Die deutsch-französische Briga-

de konnte bisher noch nicht in die Arbeit der GKS einbezogen werden.

Bei den WB-Konferenzen der GKS, die unter genügender Berücksichtigung der Interessen der GKS in Verbindung mit den Arbeitskonferenzen des Wehrbereichsdekans stattfanden, wurden die Themen behandelt

- Herbstkonferenz: „Die Würde des Menschen im aktuellen, politischen und gesellschaftlichen Geschehen“
- Frühjahrskonferenz: „Das Gewissen“.

Bei Einführung von StOPfr und Pastoralreferenten gehört ein Begrüßungswort des Sprechers der GKS vor Ort, wie auch des WB-Vorsitzenden, zum festen Bestandteil.

Zum Männerwerk (KMW) der Diözese Rottenburg bestehen seit Jahren durch Teilnahme an den Sitzungen des Diözesanführungskreises und am -männertag Verbindungen. Auch zu den Kath. Männer-Verbänden (KMV) in der Erzdiözese Freiburg konnte der GeschFhr der GKS im WB V Kontakte knüpfen und an einer Sitzung der Diözesanführungsgruppe teilnehmen.

Mit Pax Christi der Diözese Rottenburg sind mehrere Gesprächsrunden geführt worden. Pax Christi sieht, auch Soldaten vertreten christliche, katholische Gedanken, sie stehen zur Kirche. Es war bei sachlich geführten Gesprächen zu spüren, wie in den letzten 1½ Jahren sogar Vertrauen zuein-

ander wächst.

Darüber hinaus kamen über den Jugendoffizier durch Teilnahme an Gesprächen und einer Podiumsdiskussion Verbindungen zur KJG und zum BDKJ zustande. Dieser JgdOffz ist ein Mann aus unseren Reihen, der im Rahmen seiner Aufgaben auch bereit ist, unser Selbstverständnis und unsere Positionen in Gespräche einzubringen. Kontaktpersonen zu Pax Christi, KMW, KMV, BDKJ, KJG schaffen Verbindungen, zeigen unsere Standpunkte und Dialogfähigkeit auf und machen die GKS zudem bekannter.

Zusammenfassung und Ausblick:

Die Zusammenarbeit mit Verbänden, insbesondere dem KMW, verstärkt sich. Erfolge zeigen: Gemeinsamkeit im eigenen Bereich, ein Zu-gehen auf andere Gruppen und Verbände baut Scheu ab, ein tolerantes Miteinander hilft beiden Teilen, stärkt die GKS und unsere Arbeit. Die Bereitschaft unserer GKS-Mitglieder, ihre Freizeit dafür einzubringen, muß dankbar anerkannt werden. Unsere Arbeit wird weitergeführt werden. Für eine weitere gezielte Mitarbeit werden Personen gesucht, die Werbung um Nachwuchs und Mitglieder nicht übersehen. Wir sind guten Mutes und haben Hoffnung.

3.6 Wehrbereich VI

Bei der Wehrbereichskonferenz II/90 vom 7.—9.12.90 in Fürstentried bei München wurde ein neuer

WB-Vorstand der GKS gewählt:

- Vorsitzender: Hptm Albert Goll, StO Sonthofen
- 1. Stellv.: HptFw Eduard Kufner, StO Passau
- 2. Stellv.: StFw Heinrich Vierlinger, StO Freyung

Bei dieser WB-Konferenz wurde der bisherige Vorsitzende OTL i. G. Volker Traßl im Spiegelsaal des ehemaligen Jagdschlusses Fürstenried in würdiger Form verabschiedet. Nach vielen Jahren aktiven Einsatzes für die GKS fiel ihm der Abschied aus diesem Freundeskreis sichtlich schwer.

Die Arbeitskonferenz stand bereits unter dem 91er Jahresthema „Europa“. Als Referenten konnten gewonnen werden: Dr. Thomas Goppel, Bayerischer Staatsminister für Europaangelegenheiten und Prälat Reitzer, langjähriger Leiter des „Kirchlichen Europäischen Hilfsfonds“. Das Thema „Europa“ wurde auch in den Arbeitskreisen der Delegierten bearbeitet.

Am 31.1.91 zelebrierte der Bischof von Augsburg, Dr. Josef Stimpfle, im hohen Dom von Augsburg einen Friedensgottesdienst, an dem ca. 600 deutsche und amerikanische Soldaten aus den Standorten des Bistums teilnahmen. Dem Gottesdienst schloß sich eine kurze Begegnung der Soldaten mit dem Bischof an.

Für die Arbeitskonferenz 1/91 vom 26.4.—28.4.91 in Leitershofen bei Augsburg ist ebenfalls das Thema „Europa“ vorgesehen. Als

Hauptredner hat sich Bischof Dr. Josef Stimpfle, der „Europa-Bischof“ (Ottobeuren) angekündigt. Des weiteren ist die Behandlung des Themas „Schutz der ungeborenen Kinder“ vorgesehen.

Der Sprecher des GKS-Kreises Donauwörth, HptFw Kurt Unglert, ist der Mitorganisator der Jakobus-Pilgerfahrt durch Süddeutschland vom 23.9.—3.10.91.

3.7 Bereich See

Der Bereich See besteht aus den Kreisen Cuxhaven, Tarp und Wilhelmshaven.

Der GKS-Kreis Flensburg hat sich Anfang 1991 aufgelöst. Die durch die Dekane See und Wehrbereich I herbeigeführte strikte Trennung ihrer Bereiche, besonders in Flensburg, ließ eine bereichsübergreifende Arbeit der GKS nicht mehr zu.

Viele Aktivitäten wurden gemeinsam mit anderen katholischen und evangelischen Organisationen durchgeführt.

Der Bereich See ist u.a. auch sehr stark in die Vorbereitungen für die AMI-Konferenz 1991 einbezogen.

3.8 Bereich Ausland

Der Bereich Ausland setzt sich aus drei GKS-Kreisen — Brunsum/NL, Budel/NL und Cottesmore/GB — zusammen. Damit hat sich die Anzahl der Kreise gegenüber dem Vorjahr um einen (Cottesmore) erhöht.

In diesem Zusammenhang werden die Vorsitzenden aller (Wehr-)

Bereiche weiterhin um Informationen gebeten, wenn aus ihrem Bereich ein GKS-Mitglied in das Ausland versetzt wird.

Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung und vorwiegend religiösem Schwerpunkt werden im Rahmen der örtlichen Gegebenheiten durchgeführt.

Als Ersatz für die fehlende Arbeitskonferenz des Bereichs Ausland mit Beteiligung der GKS werden sich bis auf weiteres dessen Delegierte bei der Woche der Begegnung treffen und auf diese Weise die notwendige Verbindung halten.

4. Berichte aus den Sachausschüssen

4.1 Internationaler Sachausschuß (IS)

Die Zusammensetzung und Aufgabenstellung des IS sind dem letzten Bericht zu entnehmen.

Die Aufgaben für das Jahr 1990 wurden in folgende Aktivitäten umgesetzt:

- Koordinierung der Verbindungsaufnahme zwischen der alliierten Militärseelsorge und militärischen Laienorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland und den regionalen GKS-Kreisen.
- Koordinierung der Teilnahme der GKS an der Soldatenwallfahrt nach Santiago de Compostela (8.—24.7.90) mit 20 deutschen Teilnehmern. Projektbeauftragter war HptFw Hütten.

- Koordinierung der deutschen Teilnahme an der AMI-Familienfreizeit 1990. Projektbeauftragter der GKS war OSTBtm Thy.
- Koordinierung der Teilnahme der GKS und Vorbereitung der Delegierten an der Konferenz des AMI in Wien vom 20.—25.9.90.
- Bemühungen um Kontakte im Bereich GE/FR Brigade (bisher ohne sichtbaren Erfolg).

Im Rahmen der Unterstützung hilfsbedürftiger ausländischer Soldaten und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland wurde die Portugal-Hilfe in diesem Jahr mit einem Gesamtspendenaufkommen von DM 10000,— für hilfsbedürftige portugiesische Soldaten abgeschlossen.

Ausblick

- Planung, Organisation, Durchführung der Teilnahme an der AMI-Konferenz 1991 (6.—11.6.91) in Flensburg.
- Planung, Organisation, Durchführung der 5. AMI-Familienfreizeit vom 16.—30.8.91 in Davos (Schweiz).
- Koordinierung der Teilnahme der GKS und Vorbereiten der Delegierten/Teilnehmer an der
 - Herbstkonferenz 1991 der österreichischen AKS (Termin liegt noch nicht fest),
 - AMI-Konferenz 1992 in Columbien,
 - AMI-Familienfreizeit 1992 (soll in Italien stattfinden, Ter-

min liegt noch nicht fest),

- Soldatenwallfahrt nach Santiago de Compostela im Jahr 1992.
- Koordinierung der Teilnahme spanischer Soldaten an der Jakobus-Wallfahrt im süddeutschen Raum.
- Fortsetzung der Bemühungen um Kontakte im Bereich der GE/FR Brigade sowie mit der US und NL Militärseelsorge in der Bundesrepublik Deutschland.
- Fortsetzung der Koordinierung der Verbindungsaufnahme zwischen der alliierten Militärseelsorge und militärischen Laienorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland und den regionalen GKS-Kreisen.

4.2 Sachausschuß „Sicherheit und Frieden“

Schwerpunkt der Arbeit des Sachausschusses war die Diskussion um einen Entwurf zur Thematik „Strategie und Ethik“ vor dem Hintergrund der sich verändernden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen im Ost-West-Verhältnis:

- Verringerung der Bedeutung militärischer Kräfte durch positive Veränderungen im Osten Europas und in der Sowjetunion;
- politische Veränderungen durch demokratische Entwicklungen in den Nachbarstaaten Deutschlands;
- Zerfall des Warschauer Paktes;

Konzept einer gegenseitigen Sicherheit;

- Übergang von Konfrontation über Dialog zu Kooperation;
- erster KSZE-Vertrag;
- bis zu der Überwindung der Teilung Europas.

Die Arbeit an diesem Papier konnte noch nicht abgeschlossen werden; insbesondere Versetzungen und zeitweilige Verwendungen von Mitgliedern im begetretenen Teil Deutschlands erschwerten die Arbeit erheblich.

Zusätzlich machte es die rasant veränderte politische Lage erforderlich, die Arbeit darauf abzustimmen.

Der Sachausschuß befaßte sich ferner mit folgenden Themen:

- Erklärung zum „Mörder-Urteil“ des Landgerichts Fankfurt;
- Erklärung „25 Jahre Gaudium et Spes“;
- Entwicklung der deutschen Einheit und Entwicklung der Bundeswehr nach dem 3. Oktober 1990 (Sitzung Dresden 7.—9.12.90).

Die Zusammenarbeit mit dem AKSF sowie mit Pax Christi und BDKJ wurde ebenfalls, allerdings nur marginal, behandelt.

4.3 Sachausschuß „Konzeption und Information“

Während der 30. Woche der Begegnung war die Zusammenlegung der Sachausschüsse „Konzeption“ und „Information“ beschlossen worden. Bei seiner konstituierenden Sitzung am 10.8.90

wurden zunächst die Aufgaben des neuen Ausschusses festgelegt:

Er soll grundlegende Themen der GKS behandeln, Anregungen geben und Zukunftsperspektiven entwickeln. Die einzelnen Tätigkeiten sind im Protokoll der Ausschußsitzung vom 28.9.90 enthalten. In insgesamt 3 Sitzungen versuchten die Ausschußmitglieder den ihnen gestellten Anforderungen gerecht zu werden.

Behandelt wurden folgende Themen:

- Struktur der GKS,
- Zusammenarbeit GKS—Militärseelsorge,
- Jahresthema 1991.

Arbeitsergebnisse:

Es wurde Verbindung zum Jugendhaus Düsseldorf aufgenommen, um die dortige Organisation und Verbandsstrukturen kennenzulernen. Es sollte geprüft werden, ob deren Satzung für Teilbereiche der GKS geeignet sind. Ziel war es, durch eigene Beiträge finanziell unabhängiger und flexibler zu werden. Das Vorhaben wird derzeit wegen geringer Akzeptanz bei den Mitgliedern nicht weiter verfolgt.

Der Bundesvorstand hat ein vorläufiges Positionspapier zur Zusammenarbeit zwischen GKS und Militärseelsorge verabschiedet. Das Papier wurde an die entsprechenden Gremien der MilSeelsorge mit der Bitte um Stellungnahme gesandt. Die Antworten der Dekanekonferenz und des Priesterrates müssen noch beraten und eingear-

beitet werden.

Das Jahresthema bildete den Schwerpunkt der Arbeit, obwohl die Ausarbeitung dazu von einem vom KMBA benannten Pastoralreferenten, Herrn Kisse, übernommen wurde. Leider wurde Herr Kisse, nachdem etwa die Hälfte des Themas behandelt worden war, krank. Aufgabe des Sachausschusses war es nun, die Arbeit soweit zu vervollständigen, daß sie für die Gemeinschaft verwendbar ist. Zum Jahresthema wird ein Informationsstand bei der 31. Woche der Begegnung eingerichtet.

Schwerpunkt der künftigen Arbeit wird die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Basis, d.h. GKS-Kreise, und dem Bundesvorstand sein. Inhaltlich wird sich der Ausschuß mit dem neuen Jahresthema (1992) und der Vorbereitung des Katholikentages in Karlsruhe befassen.

4.4 Sachausschuß „Innere Führung“

(1) Entsprechend dem Selbstverständnis und gemäß dem Verantwortungsbewußtsein ihrer Mitglieder für den dienstlichen Auftrag und die gesellschaftlichen Aufgaben will die GKS mit dem Sachausschuß IF ihre Kompetenz erhöhen, für eine gerechte Verwirklichung der Grundsätze der Inneren Führung eintreten und zur wertgebundenen Weiterentwicklung dieser Führungskonzeption beitragen.

Dem Sa IF gehören z.Z. 10 Mit-

glieder an, von denen 4 als Berater in den SA berufen wurden.

(2) Es wurden im Berichtszeitraum fünf Sitzungen (davon eine in Dresden) mit folgender Thematik durchgeführt:

— Informationsveranstaltungen mit Rekruten:

Die Empfehlungen aus dem Lagebericht 1989 (Muster für Begrüßungsschreiben und Handreichung für Ansprechpartner) konnte nicht verwirklicht werden, weil wichtige SA-Mitglieder in das BwKdO Ost versetzt wurden und andere Schwerpunkte bilden mußten. Ergebnis dieser Überlegungen des SA waren aber konkrete Empfehlungen an die Kreise, sich besonders um die in die alten Bundesländer eingezogenen Rekruten aus dem beigetretenen Teil Deutschlands zu kümmern (s.a. RdBrief 6/90 u. ergänzendes Schreiben BuVors an WBVors v. 11.2.90).

— Verhältnis der GKS zur NVA, zu den in die Bw übernommenen Soldaten der ehemaligen NVA, Verhalten katholischer Soldaten in den neuen Bundesländern, zur dortigen Kirche und zur Bevölkerung:

Die Gemeinschaft hatte ihre Position sehr früh und deutlich definiert. Die vorgeschlagene Strategie, offensiv und bekennd auf alle zuzugehen, hat sich bewährt. Der unmißverständlich vorgetragene Anspruch von Soldaten auf eine besondere Seelsorge ist bei den kirchlichen Stellen in beiden Teilen Deutschlands zumindest in der

katholischen Kirche auf Verständnis gestoßen und führt zu den gewünschten Maßnahmen. Gerade die militärische Führung der Bw hat die Position der GKS aufgegriffen und als willkommene Unterstützung des eigenen Anliegens betrachtet.

— Golfkonflikt:

Die Diskussion im Sachauschuß hat sich in der „Erklärung des BuVors der GKS zum Krieg am Arabischen Golf“ niedergeschlagen, die starke Beachtung sowohl innerhalb der kath. Kirche als auch im BMVg gefunden hat. Bezüglich eines Einsatzes der Bw außerhalb des NATO-Vertragsgebietes empfiehlt der SA, eine Klarstellung im Grundgesetz für Einsatzmöglichkeiten unter UN-Bedingungen zu unterstützen. Dies ist eine politische und keine Frage katholischer Friedensethik.

Der BV GKS sollte prüfen, ob der Golfkonflikt und die aus diesem Anlaß geführte kirchliche Diskussion nicht eine Fortschreibung der GKS-Broschüre „Wenn Soldaten Frieden sagen“ erforderlich macht.

— Wehrpflicht:

Der SA empfiehlt der GKS, sich an der Diskussion pro und kontra Wehrpflicht-/Freiwilligensteitkräfte zu beteiligen.

Dabei sollte sorgfältig auf die Diskussionsebenen geachtet werden. Zunächst sind die Fragen der Legitimation von Streitkräften in Deutschland, Stärke, Auftrag, Struktur, Bewaffnung, Ausrüstung

und Ausbildung zu klären. Erst wenn diese verfahrenstechnischen Fragen, für deren Beantwortung der Staat, insbesondere die Regierung, zuständig ist, geklärt sind, kann die ideelle Problematik der Wehrpflicht diskutiert werden. Für diese Ebene sind das Parlament und die an der politischen Willensbildung teilnehmenden gesellschaftlichen Gruppen zuständig. Spätestens bis zum Herbst sollte sich in der GKS zur künftigen Wehrform eine fundierte Meinung gebildet haben.

5. Dieser Lagebericht 1990 wurde auf der Grundlage von Einzelberichten durch den BuGeschFhr zusammengestellt. Er hat den Stand: 10.4.91.

Bericht zur Bundesvorstandswahl

Zunächst hatten die GKS-Delegierten die vier Mitglieder des Bundesvorstandes aus dem Einzugsgebiet des Katholischen Militärbischofsamtes neu zu wählen.

Fristgerecht wurden beim Wahlausschuß — Maj Kieserling, OSFw a.D. Murgas und OTL Brandt — vier gültige Wahlvorschläge eingereicht, die in alphabetischer Reihenfolge folgende Kandidaten enthielten:

O i.G. Bringmann, Hfw Hübsche, Hfw Hütten, Hptm Jermer, OTL i.G. Schulz, Hfw Stenzig und OLT Thiele.

Bei der Wahl gaben alle 49 Stimmberechtigten ihre Voten ab. In der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen wurden gewählt:

1. Walter Hütten
2. Paul Schulz
3. Jürgen Bringmann
4. Helmut Jermer

Entsprechend den weiteren Stimmenanteilen stehen als mögliche Nachrücker fest:

5. Frank Hübsche
6. Hans Thiele
7. Hans Joachim Stenzig

Einstimmig wählte die GKS dann Paul Schulz für weitere zwei Jahre zu ihrem Bundesvorsitzenden. Ebenso wurden die stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Walter Hütten und Heinz Köpflinger, wiedergewählt.

Als Bundesgeschäftsführer wurde Günter Hagedorn, als Redakteur Klaus Brandt und als Pressesprecher Jürgen Bringmann im Amt bestätigt.

Klaus Brandt



Spendenkonto: Post giro Köln 556-505

Mozartstraße 9
5100 Aachen

Tag der Zentralen Versammlung

Wort zur Eröffnung der Zentralen Versammlung am 1. Mai 1991

Von **Militärgeneralvikar
Dr. Ernst Niermann**

Verehrte Herren Vorsitzende,
verehrte, liebe Damen
und Herren Delegierte!

Eine simple, aber hartnäckige Erkrankung hinderte mich daran, die diesjährige Zentrale Versammlung selbst zu eröffnen. Ich habe meinen Mitbruder, Militärdekan Theis, gebeten, Ihnen meine für diese Eröffnung bestimmten Gedanken zu übermitteln.

Erinnern Sie sich noch, daß wir vor wenigen Jahren die Sorge um die Zukunft des Glaubens in unserem Land zum Thema einer Woche der Begegnung gemacht haben? Damals hat keiner von uns ahnen können, daß die politischen Umwälzungen seit 1989 diese Sorge schwerer gemacht hat. 80, vielleicht sogar 85 Prozent der 20- und 30jährigen in den neuen Bundesländern gehören keiner Kirche an; die meisten von ihnen, ca. 70 bis 75 Prozent, sind niemals getauft worden. Ca. 15 Prozent der Getauften sind evangelisch, drei bis höchstens 5 Prozent katholisch. Die Lage der wenigen Christen dort ist also grundverschieden von den Verhältnissen, in denen

wir hier leben. Nach dem 3. Oktober 1990 müssen wir sagen, daß es zwischen dort und uns keine Grenze mehr gibt, hinter die wir uns zurückziehen könnten. Die Lage der Christen drüben ist seitdem unsere eigene Lage!

Mir drängt sich der Eindruck auf, daß man mit der Christianisierung weiter Bereiche in unserem Lande wieder von vorne anfangen müßte —: nochmals anfangen. Denn die Menschen, die zu keiner christlichen Kirche gehören, haben doch ein ihnen überliefertes Bild von Christentum und Kirche in unserem Lande; einige haben auch eigene Erfahrungen, Enttäuschungen und Verletzungen. Wenn sich die Gemeinschaft der Gläubigen ihnen heute zuwendet, wird sie wissen müssen, daß dies wie ein zweiter Beginn ist. Ein Vergleich: Wenn eine personale Beziehung zwischen Menschen tief gestört und verletzt, ja zerrissen ist, bedarf es besonderer Behutsamkeit und Sensibilität, wenn man wieder zueinander finden will. Gilt dies auch für den zweiten Beginn des Christentums? Unser Hl. Vater spricht im Blick auf die Länder Osteuropas von einer *Neuevangelisierung*. Dieser Begriff ist sicher treffender und bringt die spezifische Situation mehr zum Ausdruck als die uns geläufige Rede von der Missionierung.

Die Bemühung um die Weitergabe des Glaubens ist heute drängender und dringender denn je. Weitergabe vor allem durch das

persönliche Zeugnis eines christlichen Lebens. Eine weitere Aufgabe stellt sich den Christen und der Kirche. Die Bischöfe, Priester und Laien in den neuen Bundesländern erkennen mehr und mehr, daß zur Aufgabe der Kirche die Vermittlung von Werten, d.h. der Anerkennung der personalen Würde des Menschen und der Aufbau einer menschenwürdigen Ordnung des Zusammenlebens in einer nicht religiösen Umwelt gehört. Wie sehr die Vorstellungen der meisten Menschen in jenen Ländern unseren christlichen Vorstellungen entgegenstehen, wird die Auseinandersetzung um eine einheitliche gesetzliche Regelung des Schutzes des vorgeburtlichen menschlichen Lebens zeigen, die bis zum 31. Dezember 1992 so oder so zu einem Ergebnis führen muß. Die Katholiken „drüben“ berichten von Erwartungen der Zeitgenossen an die Kirche und die Christen, die nichts mit Religion, wohl aber mit solchen Werten zu tun haben, die eine politische und soziale Ordnung gründen und gewährleisten, die durch Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gekennzeichnet ist.

Menschen außerhalb der Kirche erwarten von den Christen Orientierung für ihr politisches und menschliches Handeln.

Wenn wir diese, und ich betone unsere, Situation verstehen und die sich der Kirche stellenden Aufgaben begreifen wollen, werden wir denen aufmerksam zuhören

müssen, die den unmittelbaren Umgang mit jenem nicht-religiösen Milieu haben und die den statistischen Niedergang des religiösen und kirchlichen Lebens in den vergangenen Jahrzehnten selbst erlebt haben.

Ich weiß nicht, wieviele Soldaten aus Pfarrgemeinderäten ihren Dienst im Bereich des Korps- und Territorialkommandos Ost angetreten haben. Aller Voraussicht nach werden sie dort keine Gruppen oder Kreise von Gleichgesinnten finden oder gar bilden können. Ihr christliches Zeugnis in dieser Situation wird das Zeugnis des einzelnen sein und bleiben!

Den Christen zu befähigen, als einzelner mit seinem Leben Zeugnis von seinem Glauben zu geben — und die im lebendigen Zusammenhang mit der Gemeinschaft der Gläubigen *am Ort*, die Vermittlung von Werten und wertgebender Handlung (Orientierung) in einem nicht-religiösen Umfeld, das auch die Bundeswehr dort charakterisiert — das sind nach meinen bruchstückhaften Erkenntnissen in den vergangenen Monaten zwei Elemente für die pastorale Orientierung der Militärseelsorge, die wir für die neuen Bundesländer erst noch finden müssen.

Ihnen, liebe Damen und Herren Delegierte, wünsche ich eine gute und erfolgversprechende Beratung der Themen, die Sie sich vorgenommen haben. Vor allem aber wünsche ich Ihnen eine gute erste

Begegnung mit unserem neuen Militärbischof!

Einbringen der Beschlußvorlagen

„Es geht um das Leben“

1. Einleitung:

Im Auftrag des Vorstandes lege ich Ihnen die Beschlußvorlage „Es geht um das Leben“ zur Abstimmung vor.

Sie wurde Ihnen inzwischen ausgehändigt.

2. Entstehung der Beschlußvorlage

Der Vorstand sprach auf seiner November-Sitzung 1990 wichtige, aktuelle Themen im kirchlichen und gesellschaftlichen Bereich an, die den Sachausschüssen zur weiteren Bearbeitung übertragen wurden. Der SA Frau und Familie sollte sich mit dem sehr weitreichenden Thema „Welche Maßnahmen müssen zum Schutz des Lebens ergriffen werden“, befassen.

Darum begrenzte der SA auf der Sitzung im Januar 91 das Thema auf den Schutz des Lebens, insbesondere des ungeborenen. Durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist die Frage nach dem Schutz des ungeborenen Lebens erneut aktuell geworden und öffentliche Stellungnahmen dazu sind dringend nötig. Bis 1992 soll eine neue gesetzliche Regelung gefunden werden.

Viele Diözesanräte, Katholikenräte und das ZdK haben Erklärungen und Stellungnahmen zu dem Thema abgegeben.

Viel Material mußte sondiert werden.

Es entstand ein erster Entwurf „Unser Einsatz für den Schutz des Lebens“. Er wurde dem Vorstand auf der Januar-Sitzung 91 vorgelegt und mit dem Rundbrief 1/91 des Herrn Vorsitzenden vom 23. Februar 1991 allen Pfarrgemeinderäten und GKS-Kreisen zugeleitet mit der Bitte, diesen Entwurf zu diskutieren und Stellungnahmen bis Mitte März an mich zu geben.

Die Resonanz war nicht sehr groß. Der Sachausschuß hätte sich mehr Stellungnahmen gewünscht. Ich erhielt Zuschriften von zwei Arbeitskonferenzen, 1 PGR und 3 Einzelpersonen. Außerdem wurde der Entwurf durch zwei Fachleute auf sachliche Richtigkeit überprüft.

Auf der Sitzung des Sachausschusses am 20. April d.J. wurde der Entwurf unter Zugrundelegung der Stellungnahmen modifiziert.

Er bekam außerdem eine neue Überschrift:

„Es geht um das Leben“.

Grund: Es geht hier nicht nur um die Darstellung unseres Einsatzes, sondern es werden auch Forderungen an den Gesetzgeber und die Kirche gestellt.

Die Beschlußvorlage paßt thematisch voll in die Initiative der deutschen Bischöfe „Eine Woche für das Leben“.

3. Wesentliche Gedanken

Ich möchte nun versuchen, Ihnen wesentliche Gedanken der Beschlüßvorlage zusammenfassend nahezubringen:

- Aus der aktuellen Situation heraus, fühlen sich die katholischen Soldaten, die sich als Lebensschützer verstehen, herausgefordert, die Achtung der Würde des Menschen einzuklagen und das Recht des Menschen auf Leben, insbesondere für diejenigen, die sich selbst nicht wehren können, nämlich die ungeborenen Kinder, zu verteidigen.
- Sie fordern vom Gesetzgeber weitreichendere soziale Maßnahmen und strafrechtliche Ahndung.
- Sie fordern die Kirche auf — die im übrigen schon sehr viel zum Schutz des Lebens leistet — dies weiterhin zu tun und Mahnerin der Würde des Menschen zu bleiben und mehr das Gespräch zu suchen über Sexualerziehung und verantwortete Elternschaft.
- Ein ganz wesentlicher — für mich der wesentlichste — Punkt dieser Vorlage ist, sich selbstkritisch zu fragen: Hilfe ich mit durch mein Denken, Reden und Handeln, ein Klima der „Lebensförderlichkeit“ in der Gesellschaft zu schaffen? Wirkt sich dieses auch in der Kindererziehung aus? Hier schließt sich die nächste Frage an:

Kann ein Mensch, dessen Würde ständig mit Füßen getreten wird, Achtung vor anderem Leben haben?

4. Was ist zu tun?

Die Verfechter der Fristenregelung sind, wie Sie sicher alle schon bemerkt haben, sehr aktiv. Es beginnt bei Stellungnahmen von Parteien, Frauenverbänden, in den Medien veröffentlicht, über öffentliche Briefe an Politiker von 12 Frauenzeitschriften bis zum Tribunal § 218, das im Juni in Berlin stattfinden soll.

Darum ist es wichtig, daß auch wir uns zu Wort melden.

Diese Vorlage sollte genützt werden und nicht im Aktenordner oder gar in der „großen Ablage“ verschwinden.

Versehen mit dem Briefkopf eines PGR, eines GKS-Kreises, kann sie versandt werden an Politiker im kommunalen Bereich wie im Landes- und Bundesbereich. Informieren Sie Ihre Tageszeitung vor Ort! Nützen Sie die Funktion des Frauenbüros, die anderen tun es auch!

5. Hinweis auf Ausstellung

Unter der Verantwortung des SA Frau + Familie

6. Annahme

Ich bitte Sie, die folgende Beschlüßvorlage bis morgen aufmerksam zu lesen und Ihre Meinung in die Aussprache einzubringen.

Es geht um das Leben

Die Frage nach dem Schutz des Lebens ungeborener Kinder ist durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten erneut aktuell geworden.

Die katholischen Soldaten der Bundeswehr verstehen ihren Dienst als Hüter und Schützer der Sicherheit und Freiheit der Völker. Diese Schutzfunktion leitet sich ab aus dem elementaren Grundrecht auf Leben. Zur Sicherung dieses Grundrechtes ist der Soldat bereit, sein eigenes Leben einzusetzen. Um so mehr ist er betroffen über die Auseinandersetzung um den Schutz ungeborener Kinder.

Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs*) nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Das grundlegende Menschenrecht ist das Recht auf Leben. Unser Grundgesetz garantiert eindeutig in Artikel 2 allen Menschen dieses Recht.

Wir stellen fest, daß die Würde des Menschen und damit sein Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit vielfältig bedroht, gefährdet und verletzt werden. Dies stellt sich dar in der Zunahme — von Ungerechtigkeit, Ungleichgültigkeit, Ausbeutung in allen Bereichen menschlichen Lebens, Brutalität und Gewalt (z.B. Mißhandlung von Kindern und Frauen, Vergewaltigung innerhalb und außerhalb der

Ehe, sexueller Mißbrauch von Kindern),

- eines mangelnden Wertebeußtseins,
- der Tötung ungeborener Kinder.

Die Fristenregelung in den neuen Bundesländern und die Praxis der Indikationsregelung (§ 218ff StGB) in den alten Bundesländern dienen nicht dem Schutz des Lebens. Unser christliches Menschenbild verpflichtet uns zu verantwortlichem Handeln gegenüber allen Menschen in all ihren Lebensbezügen und Lebensbedingungen. Jede Abtreibung spricht dem anderen das Recht auf Leben ab; darum ist sie als Unrecht anzusehen und grundsätzlich unter Strafe zu stellen. Strafsanktionen müßten für alle Beteiligten gelten. Wenn aber in bestimmten Fällen einer Notlagenindikation von Strafe abgesehen wird, darf daraus kein Rechtsanspruch auf Abtreibung abgeleitet werden. Eine künftige Regelung muß diese Fehlinterpretation eindeutig ausschließen!

Der Gesetzgeber ist durch die Verfassung verpflichtet, Leben zu schützen; deshalb fordern wir:

1. der Schutz des Lebens ungeborener Kinder muß ausdrücklich im Grundgesetz verankert bleiben,
2. eine qualifizierte Beratung der Schwangeren und ihres Partners mit dem Ziel Schutz des ungeborenen Kindes — verpflichtend geregelt in einem

- Bundesberatungsgesetz,
3. Begleitung und Hilfen für Frauen in Schwangerschaftskonflikten, um ihnen eine positive Entscheidung für das Kind zu erleichtern und Nachsorge flächendeckend sicherzustellen,
 4. ausreichenden, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum für kinderreiche Familien und Alleinerziehende,
 5. Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie bis zum vollendeten 3. Lebensjahr des Kindes,
 6. ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen,
 7. die Erweiterung der Anrechnung von Erziehungszeiten auf Rentenansprüche,
 8. die Ausweitung des Familienlastenausgleiches,
 9. die Beibehaltung der bisherigen geltenden Regelung, daß niemand verpflichtet werden kann, an einer Abtreibung mitzuwirken.

Die gegenwärtige Situation ist eine Herausforderung für uns alle. Eine Veränderung der zur Zeit weitverbreiteten lebensfeindlichen Einstellung läßt sich mit staatlichen Maßnahmen und Gesetzen allein nicht erreichen. Das Bewußtsein für die Würde des Menschen in allen Lebensphasen muß in jedem Lebensbereich entwickelt, gefördert und vertreten werden.

Die Kirche ist gefordert:

- Überzeugend Stellung zu nehmen, wo die Würde des Menschen verletzt wird, Möglichkeiten und Hilfen aufzuzeigen zu verantwortungsbewußterem Umgang mit dem Leben.
- In maßgeblicher Zusammenarbeit mit Familie und Schule umfassende Sexualaufklärung und Sexualerziehung, die die Fragen der Empfängnisverhütung und verantworteter Elternschaft mit einbezieht, zu fördern.

Jede und jeder von uns ist aufgefordert, selbstkritisch seine Werte- und Moralvorstellungen zu überprüfen, d.h. Denken, Reden und Handeln darauf zu hinterfragen, ob es Leben fördert, einschränkt oder verhindert.

Wichtig ist, daß sich nicht nur die Frau, sondern auch der Mann die Rolle und die Verantwortung bewußt machen, die ihnen zukommen beim Miteinanderleben, beim Entstehen menschlichen Lebens und in Konfliktsituationen. Die Partner tragen die Verantwortung gemeinsam.

Wieviel uns das Leben und der Schutz des Lebens wert sind, zeigt sich nicht zuletzt daran, wie wir mit den Mitmenschen (dem ungeborenen Kind, der Partnerin, dem Partner, den werdenden Müttern, den Kindern, den Alleinerziehenden, den Behinderten, den Kranken, den Alten und den Sterbenden) umgehen.

Bei der Erziehung unserer Kinder muß immer wieder die Würde

des Menschen der Mittelpunkt sein, damit aus ihnen verantwortungsbewußte, das Leben bejahende Erwachsene werden.

Der Einsatz für das Leben ist nur dann echt und christlich, wenn er ausnahmslos und gleichermaßen allen Menschen gilt, auch den Müttern und Vätern, die sich nicht in der Lage sahen, das Leben des Kindes anzunehmen. Persönliche Begleitung und Zuwendung ist gerade nach einer solchen Erfahrung notwendig.

Die deutschen Bischöfe haben, unterstützt vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken, die Woche vom 10.—16.6.1991 zur „Woche für das Leben“ erklärt. Ziel dieser Woche ist es, das Bewußtsein und die Sensibilität unserer Mitbürger für die unantastbare Würde des Menschen zu stärken und aufzuzeigen, wo diese Würde heute besonders verletzt oder bedroht ist.

Wir rufen alle Pfarrgemeinderäte und GKS-Kreise auf, diese Woche in geeigneter Form mitzugestalten und sich für den Lebensschutz aktiv einzusetzen.

Die Beschlußvorlage wurde von den Delegierten der ZV angenommen.

Anmerkungen

- *) Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs
— ist ein Laiengremium, das dem in den Bistümern der katholischen Kirche Deutschlands jeweils eingerichteten Diözesanrat entspricht;

— setzt sich zusammen aus Verbandsdelegierten der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (KGS) und den Vertretern bzw. Vertreterinnen der örtlichen Pfarrgemeinderäte;

— hat neben vielen anderen Aufgaben vor allem die, zu Fragen des öffentlichen und kirchlichen Lebens Stellung zu nehmen und dazu den Militärbischof und seine Gremien zu beraten.

„Nachbarschaftshilfe 1991“

Der Sachausschuß V, Soziales Engagement, der u.a. karitative Maßnahmen und Aktionen im Bereich der Laienarbeit anregen soll, hat im Auftrag des Vorstandes ZV ein Projekt „Nachbarschaftshilfe 1991“ vorbereitet.

Zunächst aber zur „Nachbarschaftshilfe 1990“: Die ZV hat im vergangenen Jahr in Bad Segeberg beschlossen, das Ergebnis der Aktion „Nachbarschaftshilfe 1990“ dem Mutterhaus der schlesischen Schwestern vom Hl. Karl Borromäus in Trebnitz zukommen zu lassen. Das Ergebnis, ein Scheck über 25558,87 DM, wird heute abend Schwester Justina Zgzik persönlich überreicht werden können.

Beschlußvorlage

Nachbarschaftshilfe 1991

1. Die Zentrale Versammlung im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs empfiehlt, die Aktion „Nachbarschaftshilfe“ über den Zeitraum eines Jahres, von Mai 1991 bis April 1992, als sozial-karitative Maßnah-

me katholischer Soldaten durchzuführen.

2. Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten schlägt vor, das Ergebnis der Aktion „Nachbarschaftshilfe“ zwei Säuglingsheimen und einem Waisenhaus in Satu Mare, Rumänien, zukommen zu lassen.

3. Projektbeschreibung

Seit 1970, als fast ganz Siebenbürgen in einer schlimmen Hochwasserkatastrophe unter Wasser stand, laufen Hilfsaktionen über das Erzbistum Köln, den europäischen Hilfsfonds in Wien, die Ostpriesterhilfe in Königstein und den Caritasverband in Freiburg.

Satu Mare, eine mittelgroße Stadt im äußersten Nordwesten Rumäniens, stellt einen besonders bedürftigen, aber „weißen Fleck“ auf der Landkarte der Hilfsaktionen dar.

Über den katholischen Militärpfarrer Ferdi Vater, Bundeswehr-Universität Hamburg, der schon seit vielen Jahren gegen die große Not der dortigen Bevölkerung kämpft, besteht die direkte Verbindung zu zwei Säuglingsheimen und einem Waisenhaus für ca. 250 Mädchen in Satu Mare. Die karitative Arbeit soll vor allem auf die Versorgung mit Lebensmitteln, medizinischen Geräten und Medikamenten zielen. In den genannten Einrichtungen fehlt es besonders an Milchpulver, Vitaminnahrung, Säuglingsflaschen, Einmal-Spritzen, aber auch an Sterilisationsmöglichkeiten, Betten und

ausreichenden sanitären Einrichtungen. Mit der „Nachbarschaftshilfe“ kann in diesen Bereichen eine wirksame und notwendige Hilfe geleistet werden.

Nachwahl eines Vertreters für das ZdK

Mit Schreiben vom 4.4.1991 teilte Brigadegeneral Wilhelm Tolksdorf mit, daß er zum 1.6.1991 pensioniert wird; damit scheidet er aus dem Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs aus und kann diesen Bereich nicht mehr im Zentralkomitee der deutschen Katholiken vertreten. Um keinen Mitgliedsplatz im Zentralkomitee vakant zu lassen, war die Wahl eines Nachfolgers aufgrund eines Dringlichkeitsantrags erforderlich. Dessen Mandatszeit beträgt ein Jahr, da 1992 alle Vertreter durch die Zentrale Versammlung neu zu wählen sind.

Als Nachfolger für Brigadegeneral Wilhelm Tolksdorf wurde auf Vorschlag des Vorstands ZV Brigadegeneral Friedhelm Koch gewählt.

hoffnung sieht,
was noch nicht ist,
aber werden wird.

(Charles Péguy)

Das Recht auf Leben im Konflikt mit dem Selbstbestimmungsrecht

Die verschiedenen Positionen zum § 218 hat Dr. Tallen engagiert und sachkundig aus katholischer Sicht betrachtet. Dabei handelt es sich um ein langfristiges Problem, was er beispielhaft an den Aussagen von Prof. Maihofer, FDP, und Prof. Mikat, CDU — 1974 im Deutschen Bundestag gemacht (Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll, 7. Wahlperiode, 95. Sitzung, 25.4.1974) — aufzeigte:

Prof. Maihofer als Befürworter der Fristenlösung zugunsten des Selbstbestimmungsrechts der Frauen:

Das bedeutet, klar gesagt, ein relatives, über die verschiedenen Stufen der Schwangerschaft immer mehr zurücktretendes Selbstbestimmungsrecht der Mutter auf der einen Seite wie ein relatives, in den verschiedenen Stufen der Schwangerschaft immer mehr überwiegendes Lebensrecht des Kindes. (...)

Diese aus der Verfassung selbst folgende Wertentscheidung für eine angemessene Berücksichtigung auch des Selbstbestimmungsrechts der Mutter im Wertkonflikt mit dem Lebensrecht des Kindes ist, wie ich meine, der tiefere Grund für das Eintreten aller derer, die in der sozial-liberalen Koalition der Fristenregelung anhängen, für diese Regelung. Sie entspricht damit nicht nur voll — auch das möchte ich so unverblümt wie geboten sagen — unse-

rer Verfassung, sie ist mehr noch Ausdruck eben dieses in unserer Verfassung selbst angelegten Wertverhältnisses zwischen Menschenwürde hier und Lebensrecht dort: Sie ist zudem aber auch, wie ich meine, der tiefere Grund des Wandels der Wertüberzeugungen nicht nur in unserer eigenen Bevölkerung, sondern in allen vergleichbaren Kulturnationen.

Erst wenn wir so auf die Frage zurückgehen: Welche Wertüberzeugungen, welche Wertentscheidungen im Rangverhältnis zwischen Selbstbestimmungsrecht und Lebensrecht liegen der einen oder anderen Lösung zugrunde, stehen wir recht eigentlich vor der Frage, um die es geht: Ob der einzelne in seiner Gewissensentscheidung von dieser oder jener Werthaltung ausgeht.

(...) In eben dieser hier verdeutlichten Wertüberzeugung liegt für die Anhänger der Fristenregelung der tiefere Grund für ihre Entscheidung — auch ihre Gewissensentscheidung — für eine solche Lösung. Diese Lösung ist damit für uns von allen hier möglichen gesetzlichen Regelungen die am ehesten in allen diesen Hinsichten menschliche oder, nüchterner gesagt, am wenigsten unmenschliche Lösung.

Prof. Mikat als Verfechter des Lebensrechts ungeborener Kinder gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht:

Und wo gibt es ein höheres Maß an Fremdbestimmung als im Töten?! Die Frage ist jetzt ganz einfach: Ist der noch nicht geborene

Mensch ein anderer für die Mutter? Ich meine, ja. Es gehört wesentlich zu ihrer Menschenwürde, daß sie für einen gewissen Zeitraum ihres Lebens diejenige ist, der dieser andere dann auch zum Schutz anvertraut ist.

Man wird mir sagen können: Wieso redest du als Mann überhaupt über all diese Dinge? Ich glaube aber, wir rühren hier an eine tiefgreifende anthropologische Frage, nämlich die des Verhältnisses von Mensch zu Mensch. Die Mutter ist diejenige, die vielleicht doch diese Beziehung vom Ich zum Du, auch wenn das Du sich noch nicht artikulieren kann, erfährt. In dieser Feststellung, Herr Maihofer, beseitigen wir nicht alle Konfliktlagen, sagen aber nur: Es handelt sich hier nicht um die Konkurrenz vom Selbstbestimmungsrecht und Menschenrecht, sondern um die Einbindung auch des Selbstbestimmungsrechts jedes Menschen in das allgemeine Lebensrecht. Mehr wollte ich dazu nicht sagen.

Der Dialog, Herr Maihofer, zwischen uns wird weitergehen müssen. Ich habe weder etwas ausgeblendet noch etwas verkürzt. Aber alleine das genannt zu haben zeigt, wie schwer die Frage ist. Aber Rechte auf Kosten anderer Rechte? Selbstbestimmungsrecht auf Kosten des Lebensrechtes? — Nein, das ist nicht Humanität, sondern das hebt die Humanität auf.

Das zu dieser Problematik ergangene Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 25.2.1975 legt in den nachste-

hend abgedruckten Leitsätzen zum BVG-Spruch die Maßstäbe für den Gesetzgeber zur Formulierung des § 218 fest:

1. Das sich im Mutterleib entwickelnde Leben steht als selbständiges Rechtsgut unter dem Schutz der Verfassung (Art. 2 Abs. 2 Satz 1, Art. 1 Abs. 1 GG).

Die Schutzpflicht des Staates verbietet nicht nur unmittelbare staatliche Eingriffe in das sich entwickelnde Leben, sondern gebietet dem Staat auch, sich schützend und fördernd vor dieses Leben zu stellen.

2. Die Verpflichtung des Staates, das sich entwickelnde Leben in Schutz zu nehmen, besteht auch gegenüber der Mutter.

3. Der Lebensschutz der Leibesfrucht genießt grundsätzlich für die gesamte Dauer der Schwangerschaft Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren und darf nicht für eine bestimmte Frist in Frage gestellt werden.

4. Der Gesetzgeber kann die grundgesetzlich gebotene rechtliche Mißbilligung des Schwangerschaftsabbruchs auch auf andere Weise zum Ausdruck bringen als mit dem Mittel der Strafandrohung. Entscheidend ist, ob die Gesamtheit der dem Schutz des ungeborenen Lebens dienenden Maßnahmen einen der Bedeutung des zu sichernden Rechtsgutes entsprechenden tatsächlichen Schutz gewährleistet. Im äußersten Fall, wenn der von der Verfassung gebotene Schutz auf keine andere Weise erreicht werden kann, ist der Gesetzgeber ver-

pflichtet, zur Sicherung des sich entwickelnden Lebens das Mittel des Strafrechts einzusetzen.

5. Eine Fortsetzung der Schwangerschaft ist unzumutbar, wenn der Abbruch erforderlich ist, um von der Schwangeren eine Gefahr für ihr Leben oder die Gefahr einer [2] schwerwiegenden Beeinträchtigung ihres Gesundheitszustandes abzuwenden. Darüber hinaus steht es dem Gesetzgeber frei, andere außergewöhnliche Belastungen für die Schwangere, die ähnlich schwer wiegen, als unzumutbar zu werten und in diesen Fällen den Schwangerschaftsabbruch straffrei zu lassen.

6. Das Fünfte Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 18. Juni 1974 (BGBl. I S. 1297) ist der verfassungsrechtlichen Verpflichtung, das werdende Leben zu schützen, nicht in dem gebotenen Umfang gerecht geworden.

Gerade der dritte Leitsatz stellt den Vorrang des Lebensrechts des ungeborenen Kindes gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht der Mutter heraus. Er werde aber nicht konsequent durch die Politik verteidigt, rügte Dr. Tallen. Gleichzeitig widerlegten die Leitsätze auch die Auffassung von Prof. Maihofer.

Aufgrund des § 31 Abs. 4 des deutschen Einigungsvertrages ist der Gesetzgeber verpflichtet, die Abtreibungsbestimmungen neu zu regeln. In diesem Zusammenhang wies der Referent darauf hin, Ziel der 1976 verabschiedeten Indikationsregelung sollte es sein, das ungeborene Leben besser zu schützen als zuvor. Dieses Ziel sei

aber vermutlich nicht erreicht worden. Nach seriösen Schätzungen belaufe sich die Zahl der jährlichen Abtreibungen auf 200000 bis 300000 im alten Bundesgebiet. Exakte Zahlen könne jedoch niemand mit Sicherheit angeben, betonte Dr. Tallen.

Bei einer **Novellierung** der Abtreibungsbestimmungen gelte es, **die Werteordnung des Grundgesetzes zu beachten**. Das heißt u. a.:

- a) „**Jeder**“ im Sinne des Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG ist „jeder Lebende“, anders ausgedrückt: Jedes Leben besitzende menschliche Individuum; „jeder“ ist daher auch das noch ungeborene menschliche Leben.
- b) Der **Staat** ist daher verpflichtet, sich **schützend und fördernd** vor dieses Leben zu stellen.
- c) Das **Recht auf Leben als Höchstwert** unserer Verfassung genießt grundsätzlich für die gesamte Dauer der Schwangerschaft **Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht** der Schwangeren. Der Stufentheorie wird damit eine Absage erteilt.
- d) Die **Abtreibung** sei eine **Tötungshandlung** und somit als **Unrecht** deutlich zu machen.
- e) Es besteht die **Möglichkeit**, daß der Gesetzgeber unter bestimmten Bedingungen die grundgesetzlich gebotene rechtliche Mißbilligung des Schwangerschaftsabbruches **auch auf andere Weise zum Ausdruck bringen kann als mit dem Mittel der Strafandrohung**, wie es im vierten Leit-

satz zum BVG-Urteil heißt, bemerkte der Vortragende

Eine **Fristenregelung**, die dem ausdrücklichen **Ziele** diene, dem **Selbstbestimmungsrecht** grundsätzlich Vorrang vor dem Recht auf Leben einzuräumen, **entspreche seines Erachtens nicht dieser Wertordnung**. Ein „**Recht auf Abtreibung**“ (wie in der ehem. DDR, dort auch noch ein Mittel der Familienplanung) **dürfe es nicht geben**.

In der **Beratung** spiegele sich der **Grundsatzkonflikt (Selbstbestimmungsrecht contra Recht auf Leben)** wider. Der Beratung müsse ein **Schutzeffekt zugunsten des ungeborenen Kindes** zukommen. Die jetzige gesetzliche Regelung (§ 218 b Abs. 1 Nr. 1 StBG) entspreche von der Intention her im Großen und ganzen dieser Forderung.

Für eine **künftige Regelung** der Abtreibungsbestimmungen könnte der von Frau Bundestagspräsidentin Süssmuth vorgeschlagene „**Dritte Weg**“ eine **Diskussionsgrundlage** (ferner: die gemeinsame Erklärung der evgl. u. kathol. Kirche v. August 1990) darstellen, meinte der Oldenburger Oberstudiendirektor. Positiv aus seiner Sicht wäre am Süssmuth-Vorschlag u. a. hervorzuheben:

- a) Die **Schaffung eines umfassenden Gesetzes zum Schutz des Lebens** (vom Embryonenschutz bis zum Schutz des sterbenden Lebens).
- b) Die **Verbesserung der Beratung**. Hilfen sollen mit einem **Rechtsanspruch** versehen werden.
- c) Die **verstärkte Einbeziehung des Mannes** in die Verhütungs-

beratung und in die Vermittlung von Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen.

Bezüglich des **Weigerungsrechtes** sollte die jetzige Formulierung „Niemand ist verpflichtet, an einem Schwangerschaftsabbruch mitzuwirken“ beibehalten werden.

Dr. Tallen verwies auch auf die eindeutige gemeinsame Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Lehmann, und des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dr. Kruse, vom 23.8.1990 für den Schutz des ungeborenen Lebens in Verbindung mit dem deutschen Einigungsprozeß.

Für die **bevorstehenden parlamentarischen Entscheidungen** sollte es weder Parteitagsbeschlüsse noch irgendeine Form von Fraktionsdisziplin geben. **Art. 38 GG** sollte von allen Parteien ernst genommen werden, forderte zum Abschluß der Referent.

Hermann Tallen ^{1/br}

¹⁾ Dr. Hermann Tallen 1938, in Lingen geboren, verheiratet, zwei Töchter; 1975 Promotion an der Universität in Münster mit dem Thema „Die Auseinandersetzungen zwischen der Katholischen Kirche und der SPD über die Reform des § 218 StGB“; Oberstudiendirektor am Gymnasium Gregorianum in Lingen — Fächer Politikwissenschaft und christliche Sozialwissenschaft.

Wort des Vertreters des Priesterrates

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch in diesem Jahr darf ich — diesmal als Moderator des Priesterrates — einige Wort an Sie richten. Insgesamt steht die 31. Woche der Begegnung unter dem Thema „Europäische Sicherheit — unser Beitrag zu einer gemeinsamen Wertordnung“.

Und in der Tat — es gibt eine Verantwortung, nicht eine beliebige, sondern eine spezielle Verantwortung der Christen in der pluralistischen Gesellschaft für eine Wertordnung. Damit steht diese Verantwortung des Christen — beispielsweise für das Leben — unter einem ungeheuren Anspruch, hinter dem wir häufig zurückbleiben — denn wir Christen haben dem zentralen Gebot der Nächstenliebe zu folgen.

Wir müssen daher versuchen, die christliche Verantwortung in aller Deutlichkeit, aber auch Behutsamkeit — also möglichst sorgfältig und differenziert — zu ermitteln und zur Diskussion zu stellen.

Dazu der Versuch von fünf Thesen:

1. Die Verantwortung der Christen in der Demokratie ist primär eine Verantwortung für die Demokratie, da die pluralistische Demokratie vom Gebot der Liebe und dem Geist der Nächstenliebe her einen es-

sentiellen Vorrang vor anderen politischen Systemen gewinnt.

2. Gegenüber aktuellen Krisen und Ängsten ist es Aufgabe der die Hoffnung und Liebe bezeugenden Christen, die Lösungskompetenz des freiheitlichen Rechts und Sozialstaates zu stärken.
3. Wir müssen uns für eine demokratische und sachliche Erziehung einsetzen, die alle Mitglieder unserer Gesellschaft zur Sicherung des Friedens in Freiheit befähigt.
4. Ein wichtiger Beitrag ist durch die vertiefte Besinnung auf die das Zusammenleben tragenden Grundwerte zu leisten, dabei kann der christliche Grundwert „Liebe“ die zentralen politischen Grundwerte „Freiheit“ und „soziale Gerechtigkeit“ sinnhaft interpretieren und orientieren helfen.
5. Jedes christliche Engagement muß sich vor Fanatismus, Fundamentalismus oder gar extremen Lösungen hüten, vielmehr differenzierte und sachliche Beiträge liefern.

Johannes XXIII. schreibt 1963 in der Enzyklika „*pacem in terris*“, daß auch das politische Wirken der Christen von der Liebe beseelt sein soll und aus dieser Liebe Kraft schöpfen muß. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen guten Verlauf der 31. Woche der Begegnung.

Schadt

Vortrag Arbeitsgruppen- ergebnisse GKS

Von den eingesetzten Arbeitsgruppen der GKS wurden drei Bereiche bearbeitet.

Als erstes wurde unter Leitung von HFW Hütten die Beteiligung der GKS am 91. Deutschen Katholikentag 1992 in Karlsruhe erörtert. Dabei ist besonders der Schwerpunkt 2 — „Die gesellschaftliche und politische Herausforderung“ — für eine Beteiligung der GKS vor allem auch unter dem soldatischen Aspekt geeignet. So wurde in diesem Zusammenhang für eine hochrangig besetzte Podiumsdiskussion unter dem Motto „Europäische Sicherheit — der soldatische Beitrag für eine gemeinsame Werteordnung“ plädiert. Aber auch werbewirksam gestaltete Stände der GKS sind vorgesehen. Auf ihnen soll das bisher durch unseren Verband Erreichte deutlich gemacht werden. Bei der Präsentation sollen auch Vertreter der AMI mit einbezogen werden.

Die zweite Arbeitsgruppe machte sich Gedanken zur allgemeinen Wehrpflicht. Unter Leitung von Hptm Jermer wurden dabei u.a. folgende Themenkomplexe andiskutiert:

1. Welche Bedeutung hat die allgemeine Wehrpflicht für unseren Staat, und ist sie unabdingbare Voraussetzung für unsere wehrhafte Demokratie?
2. Soll der Zivildienst zur Wehrpflicht die Ausnahme sein oder

gleichwertig neben ihr stehen?

3. Ist die Verweigerung des Kriegsdienstes das deutlichere Zeichen christlichen Friedensdienstes im Sinne der Bergpredigt?
4. Welche Pflichtdienste kann man im Zusammenhang mit dem Gemeinwohl sehen, und sollte es deswegen für Männer und Frauen eine allgemeine Dienstpflicht geben?
5. Kann auf dem Prinzip der Solidarität der bisher auf der Grundlage der Wehrpflicht geleistete Beitrag zum Gemeinwohl durch Freiwilligendienst erfüllt werden?
6. Sollte die Bundeswehr bei weiterer Abrüstung unter 370000 Mann in die Freiwilligenarmee umgewandelt werden?

Die dritte Arbeitsgruppe, geleitet von OTL Köpflinger, untersuchte Möglichkeiten der Kontaktpflege zu unseren verbündeten Streitkräften. Hier wurden zunächst die Erkenntnisse aus dem Projekt „Freundschaft“ — wie von Militärdekan Theis bereits vorgestellt — festgehalten. Schwierigkeiten treten bei der Kontaktpflege vor allem durch Unsicherheit, Sprachbarrieren, Angst vor Neuem und manchmal auch aus mangelndem Interesse auf. Es wurde darauf hingewiesen, daß es bereits erste intensive Kontakte auch zu sowjetischen Soldaten gibt und nicht nur im dienstlichen Bereich. Die GKS-Kreise wurden aufgefordert, ihre Aktivitäten auf diesem Gebiet fort-

zusetzen. Es wurde auch begrüßt, daß die GKS als Verband dem neuen Verein „Aktion Freundschaft e.V.“ beitreten will.

Bericht des Vorsitzenden der ZV vor der ZV am 1. Mai 1991

1. Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten —

Dieses vom Militärbischof anerkannte Gremium zur Förderung der Kräfte des Laienapostolates und zur Koordinierung der apostolischen Tätigkeit in seinem Jurisdiktionsbereich tritt ordnungsgemäß wenigstens einmal im Jahr zusammen. Im Jahre 1991 versammeln sich die Mitglieder dieses zentralen Laiengremiums für knapp zwei Tage im Kloster Heiligkreuztal. Was sie erwartet, ist eine Reihe von Aufgaben, die es in dieser knapp bemessenen Zeit abzuarbeiten gilt.

2. Die vom Militärbischof für die Zentrale Versammlung erlassene Ordnung enthält eine Fülle von Aufgaben, die nur dann mit einiger Aussicht auf Bewältigung angepackt werden können, wenn jedes Mitglied der Versammlung sich in die Arbeit einbringt. Da schon der Weg in das abgelegene Kloster Heiligkreuztal für die meisten der Anwesenden kein bequemer Ausflug war, deute ich Ihr Kommen und Ihr Hiersein als Bereitschaft, gemeinsam über eine Förderung des Laienapostolates in der Kirche

unter den Soldaten der Bundeswehr nachzudenken und anschließend draußen im Lande, in der Truppe, das hier Beschlossene auch wirksam werden zu lassen.

Als Vorsitzender der Zentralen Versammlung danke ich Ihnen deshalb für Ihr Kommen und die darin sichtbar werdende Bereitschaft zum Engagement für die Kirche unter den Soldaten der Bundeswehr.

3. Nach diesem sehr persönlich gemeinten Wort des Dankes für die nicht immer und überall selbstverständlich geleistete und auch angenommene Laienarbeit nun erst ein Wort des Grußes! Ich begrüße alle Anwesenden sehr herzlich zur Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Jahre 1991.

— Besonders willkommen ist hier aus naheliegenden Gründen jedes einzelne Mitglied dieses Laiengremiums, sei es durch einen (Wehr-)Bereich oder die GKS entsandt.

Die Zentrale Versammlung muß als Gremium feststellen, daß sie und ihre Arbeit nicht belanglos ist; denn eine Anzahl von Gästen verfolgt diese Versammlung sicherlich nicht ohne Interesse.

4. Ein Gremium, das wie die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten 74 Mitglieder umfaßt, kann sich nicht einfach zu einem zwanglosen Meinungsaustausch treffen und dazu ohne jede Vorbereitung kurzfristig zusammentreten. Vorbereitung und

Durchführung der Versammlung, Gedankenaustausch und Meinungsbildung zu den anstehenden — hoffentlich aktuellen — Themen erfordern gewöhnlich eine intensive Freizeitbeschäftigung der Mitglieder des Vorstandes mit der Veranstaltung bzw. dem der Zentralen Versammlung vorzulegenden Fragenkomplex.

Weil die Sicht des Vorstandes von der Aktualität bestimmter Fragen und Aufgaben nicht alle Bereiche berücksichtigen kann, in denen GKS und PGR vor Ort tätig und in denen sie unter Umständen auch mit neuen Fragestellungen konfrontiert werden,

- fordert der Vorsitzende zu Anfang eines jeden Jahres in einem Rundbrief immer wieder dazu auf, Beratungspunkte für die jeweils im Frühjahr fällige Zentrale Versammlung zeitgerecht zu benennen.
- In diesem Jahr bat der Vorsitzende am 23.2. im Rundbrief Nr. 1/91 darum, Anregungen für die Tagesordnung der ZV bis um 15.4.1991 an den Vorstand zu geben.

5. Nach Verstreichen dieses Zeitpunktes hat der Vorstand bei seiner letzten Sitzung am 29.4. gemäß § 3 der Geschäftsordnung für die ZV die Ihnen schriftlich ausgehändigte Tagesordnung aufgestellt.

Schon ein flüchtiger Blick auf diese Tagesordnung läßt die Arbeitsschwerpunkte dieser Zentralen Versammlung erkennen:

- Es kommt darauf an, deutlich zu machen, daß gerade Soldaten sich berufen fühlen, Leben zu schützen.
- Es kommt darauf an, bei den GKS-Kreisen und den PGR ein waches Bewußtsein für die Erfordernisse des Lebensschutzes und für die Menschenrechte zu entwickeln.
- Es kommt darauf an, GKS-Kreise und PGR zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen bzw. Aussagen zu den Grundrechten und dem darin verankerten Lebensschutz zu bewegen.
- Es kommt weiter darauf an, daß wir als Soldaten ein deutliches Zeichen setzen für die Überwindung von Gewalttätigkeit und für die Festigung des Friedens, indem wir uns unseren östlichen Nachbarn aus christlicher Nächstenliebe öffnen und versuchen, ihnen in der Aktion „Nachbarschaftshilfe 1991“ Gutes zu tun.

Ich lade Sie ein, Ihre Erfahrungen und Vorstellungen, aber auch Ihre Wünsche und Erwartungen — vor allem aber Ihre Bereitschaft zum Mittun in diese Zentrale Versammlung und darüber hinaus in die Kirche unter den Soldaten der Bundeswehr in den jeweiligen Standorten einzubringen.

6. Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für das Jahr 1991.

Der Bericht des Vorsitzenden vor dieser Versammlung ist nicht

leicht. Schwierig ist schon die Zusammenstellung des Berichtes; denn die Frage, was aus dem seit der Zentralen Versammlung des vergangenen Jahres verfloßenen Zeitraum uns hier und heute in die Erinnerung zu rufen ist, kann nur mit dem Mut zur Lücke und der Konzentration auf das — nach Ansicht des Berichterstatters — Wesentliche beantwortet werden.

Die Zeit seit der letzten Zentralen Versammlung in Bad Segeberg war nämlich voll von großartigen und erschreckenden, hoffnungsvollen und enttäuschenden Ereignissen, die in einer selten wahrzunehmenden Dichte aufeinander folgten und das gesamte Aufgabenspektrum abdeckten, das der Militärbischof seinem beratenden Laiengremium zur kritischen Beobachtung anvertraute.

Nur schlagwortartig will ich Ihnen einige dieser Ereignisse ins Gedächtnis rufen:

- erster gesamtdeutscher Katholikentag seit vielen Jahren in Berlin;
- NATO-Gipfel mit dem Angebot der ausgestreckten Freundschaftshand an die WP-Staaten in London;
- Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der DDR zur Anpassung der Lebensumstände in Deutschland;
- Übereinkunft zwischen dem sowjetischen Staatspräsidenten und dem deutschen Bundeskanzler über Deutschlands Bündnisfreiheit;
- Überfall des Irak auf Kuwait und Eingliederung dieses Scheichtums in den irakischen Staatsverband;
- Verurteilung der irakischen Aggression und Verabschiedung von Resolutionen zu ihrer Eindämmung durch den UN-Sicherheitsrat;
- Herbsttagung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda unter Teilnahme aller Bischöfe aus Ost und West;
- Unterzeichnung des „2 + 4“-Vertrages, einvernehmliche Regelung der Folgen des Zweiten Weltkrieges und Wiederherstellung der staatlichen Einheit wie der Souveränität Deutschlands;
- KSZE-Gipfel in Paris zur Billigung von Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen in Europa;
- Übernahme von Truppenteilen der ehemaligen NVA in die Bundeswehr, Aufbau eines BwKdo Ost und Beginn von Planungen zur Reduzierung der Bundeswehr auf den vertraglich vereinbarten Umfang: 370000;
- Ernennung eines neuen Militärbischofs für die Bundeswehr und Entschluß, die katholische Militärseelsorge auch im Bereich der neuen Bundesländer zu organisieren;
- Herbstvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken mit Vertretern aus Ostdeutschland und Sitzung

von Sachausschüssen der GKS in Dresden;

- Anwendung militärischer Gewalt gegen den irakischen Diktator und lähmende Verunsicherung darüber, vor allem in Deutschland;
- Zunahme nationalistischer Konflikte, vor allem in Jugoslawien und der UdSSR;
- Auflösung der Militärstruktur der WP-Organisation.

Alle aufgezählten Geschehnisse haben Auswirkungen auch auf die Kirche unter den Soldaten der Bundeswehr. Für den Durchschnittsstaatsbürger und das normale Kirchenmitglied ist es gewiß nicht einfach, diese Geschehnisse hinsichtlich ihrer Ursachen, ihrer Bedeutung und ihrer Folgen richtig einzuordnen, ist doch für manchen allein schon die lange Ereignisliste verwirrend. Im Hinblick aber auf weitere Auswirkungen, mit denen wir noch zu rechnen haben, ist die Empfehlung angebracht, verantwortliche und kluge Leute möchten sich daranmachen, das Geschehen des vergangenen Jahres geistig zu durchdringen. Angesichts der vielen Ereignisse und der Unmöglichkeit, sie in einem Kurzbericht zu würdigen, soll sich der heutige Bericht auf vier Punkte beschränken:

1. wird die Zentrale Versammlung über die Arbeit des Vorstandes im Berichtszeitraum unterrichtet;
2. werden einige Gedanken zum Auftrag von Soldaten und

Streitkräften aus dem Golfkrieg abgeleitet;

3. werden Überlegungen für ein engagiertes Laienapostolat in einem unchristlichen Umfeld vorgestellt;
4. wird „Europa“, dem Thema dieser Woche, noch die gebührende Beachtung geschenkt.
7. Die Zentrale Versammlung wählte im vergangenen Jahr in Bad Segeberg nicht nur das Thema dieser Woche „Europäische Sicherheit — unser Beitrag zu einer gemeinsamen Werteordnung“; sie wählte auch einen neuen Vorstand.

Dieser nahm bei seiner Sitzung am 9.6.1991 die folgende Aufgabenverteilung vor:

- SA I = „Dienstalltag und Christsein“:
O i.G. Riehl
- SA II = „Gemeindearbeit“:
Hptm Berding
- SA III = „Organisation“:
HptFw Kober
- SA IV = „Verbandsarbeit“:
HptFw Hütten
- SA V = „Soziales Engagement“:
Hptm Erkes
- SA VI = „Entwicklung, Frieden, Mission, Umwelt“:
OA Dr. Werner
- SA VII = „Information“:
Maj Belch
- SA VIII = „Frau und Familie“:
Frau Thye

Die für diese Aufgaben eingerichteten Ausschüsse haben fast alle die Arbeit aufgenommen. Beim Treffen der Räte wurde be-

reits über diese Arbeit informiert. Falls weiterer Informationsbedarf besteht, können ihn die Mitglieder des Vorstandes im Verlauf dieser Versammlung gewiß decken. Ich möchte Sie deshalb ermuntern, eventuell vorhandene Fragen zur Arbeit des Vorstandes und seiner Sachausschüsse jederzeit zu stellen.

8. Die Zentrale Versammlung des Jahres 1990 kam zu einer konkreten Willensbildung durch Abstimmung auf fünf Gebieten.

- Sie begrüßte die Erklärung der GKS „Unser Dienst in einer sich wandelnden Welt — 25 Jahre Gaudium et Spes“ und empfahl den katholischen Soldaten, sich mit den Aussagen der Pastoralkonstitution zum soldatischen Dienst wieder vermehrt zu befassen.
- Sie nahm das „Wort der Bischöfe zur Stellung der Verbände in der Kirche“ zum Anlaß, Militärggeistliche und PGR zu bitten, die Verbandsarbeit der GKS zu unterstützen und die Entstehung von GKS-Kreisen in den einzelnen Standorten zu fördern.
- Sie unterstrich in einer eigenen Erklärung „Zeit für den Lebenskundlichen Unterricht haben!“ die Bedeutung dieses Unterrichtes für den Soldaten und bat alle Betroffenen, sich persönlich dafür zu engagieren.
- Sie bat, getragen von der Freude über die friedlichen Revolutionen des Herbstes 1989 in

Mittelosteuropa, den Militärbischof darum, in jedem Jahr eine Sammlung zur Nachbarschaftshilfe im Jurisdiktionsbereich durchführen zu lassen, damit die Menschen dort bei der Überwindung wirtschaftlicher Engpässe und beim Aufbau einer freiheitlichen demokratischen Ordnung Unterstützung fänden.

- Sie schlug dem Militärbischof vor, die erste Aktion zur Nachbarschaftshilfe im Jahr 1990 zugunsten des Klosters vom Hl. Karl Borromäus in Trebnitz/Schlesien durchzuführen.

9. Über den bisherigen Verlauf der Aktion Nachbarschaftshilfe und über Vorstellungen zu ihrer Weiterführung wurde bereits berichtet. Ich messe dieser Aktion eine außerordentlich hohe Bedeutung zu,

- weil sie getragen ist vom Versöhnungsgedanken mit den Menschen Mittelosteuropas und damit ein Friedenswerk ist;
- weil sie auf die Bedürfnisse unserer Nachbarn ausgerichtet sein soll und damit Ausdruck christlicher Nächstenliebe sein kann;
- weil sie eine Gelegenheit für alle Angehörigen des Jurisdiktionsbereiches zum Mitmachen ist und damit das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken kann;
- weil sie als Aktion überlegtes, aufeinander abgestimmtes

Handeln erfordert und damit die Ebene klug formulierter, aber eben doch oft unverbindlicher Erklärungen verläßt.

10. Die in Bad Segeberg beschlossene Erklärung zum Lebenskundlichen Unterricht wurde der Leitung des BMVg, dem zuständigen Referat im Führungsstab der Streitkräfte wie auch dem Wehrbeauftragten zur Kenntnis gegeben. Dieser Beschluß wurde — wie übriens alle anderen auch — dem Priesterrat wie der Dekanekonferenz vom Vorsitzenden erläutert. Die Reaktion aller Angesprochenen wie Angeschriebenen war durchweg positiv. Der Leiter des zuständigen Referates FÜ S 14 wies in seiner Antwort auf
- die Neufassung des Erlasses über Regelungen für Dienst und Freistellung vom Dienst vom 11.6.1990 hin, in der durch die militärische Führung eindeutig die Bedeutung des Lebenskundlichen Unterrichtes unterstrichen werde;
 - eine neue Führungshilfe „Zusammenarbeit mit den Militärggeistlichen“ hin, die helfen solle, Schwachstellen in der Durchführung des Lebenskundlichen Unterrichtes zu beseitigen;
 - die Absicht seines Referates hin, in Zusammenarbeit mit den zuständigen kirchlichen Ämtern wie den FÜ TSK die Attraktivität des Lebenskundlichen Unterrichtes noch zu steigern.

Der Gedankenaustausch über dieses Thema mit dem Priesterrat und der Dekanekonferenz ergab eine Übereinstimmung in der Forderung, Militärfarrer müßten an den Tagen, an denen Soldaten angesichts der neuen Dienstzeitregelung üblicherweise am Standort sind, dort ebenfalls präsent sein. Hinsichtlich der notwendigen Attraktivität des Lebenskundlichen Unterrichtes fand die Aussage des früheren Militärgeneralvikars, Prälat Dr. Gritz, Zustimmung, der in einem Interview mit „Kompaß“ gemeint hatte: „...Die Frage, wann jetzt noch Lebenskundlicher Unterricht stattfinden kann, ist rein technisch. Die Zeit reicht auch in Zukunft für die Kirche, bei Wehrpflichtigen einen guten oder schlechten Eindruck zu hinterlassen.“⁽¹⁾

Wie die Erklärung mit der Bitte an alle katholischen Soldaten, sich aktiv in den Lebenskundlichen Unterricht einzubringen, von diesen, den GKS-Kreisen und den PGR aufgenommen wurde, ist nicht bekannt. Darüber in der Aussprache etwas zu erfahren könnte gewiß ein Wunsch des Herrn Militärgeneralvikars sein. Aber auch das Plenum müßte sehr daran interessiert sein zu erfahren, welche Rolle der Lebenskundliche Unterricht als Begegnungsmöglichkeit von Soldaten und Militärseelsorgern im Truppenalltag spielt

11. Im Berichtszeitraum haben wir sicher alle mit Spannung darauf gewartet, wann den deutschen

Soldaten auch im Osten unseres Landes der ihnen gesetzlich zugestandene *Anspruch auf Seelsorge* verwirklicht werden würde. Erfreulicherweise erklärte bereits am 14.11.90 der Berliner Bischof Sterzinsky in einem KNA-Interview: „...ich halte es für unsere Aufgabe, für eine seelsorgerliche Betreuung der Soldaten die Verantwortung wahrzunehmen. Ich denke, daß die Rahmenbedingungen, wie wir sie in Deutschland und in der Bundeswehr finden, gut sind und jeden Mißbrauch ausschließen. Die Befürchtungen, hier könnten Geistliche in den Dienst von Militärs genommen werden, sind unbegründet. Es ist recht und billig, wenn im Bundeshaushalt bestimmte personelle und materielle Kosten für die Militärseelsorge ausgewiesen werden...“

Ich habe Bischof Sterzinsky am 27.11. in einem Brief dafür gedankt, daß er die Seelsorge an Soldaten ausdrücklich als „Pflicht der Kirche“ ansieht.

Der Vorstand der Zentralen Versammlung hat auf seiner Sitzung am 25.1.1991 dem Militärbischof und dem Katholischen Militärbischofsamt für die Entscheidung gedankt, vom Januar 1991 an Militärseelsorge im Bereich des BwKdo Ost einzusetzen. Es ist gut, als Soldat zu wissen: Wohin auch immer man mich schickt, der Militärpfarrer ist in der Nähe, bleibt erreichbar.

Bedauerlicherweise können sich die evangelischen Landeskir-

chen in den neuen Bundesländern nicht dazu entschließen, für Soldaten Seelsorge im Rahmen des Militärseelsorgevertrages zu leisten. Als katholische Christen betrübt uns eine solche Haltung, weil wir mit unseren evangelischen Kameraden immer wieder erfahren, daß ein Militärseelsorger Menschen erreicht, die er in der normalen Gemeinde nie mehr antrifft.

Als Soldaten wünschen wir unseren evangelischen Kameraden, daß ihre Hoffnung auf eine „unmittelbare, eigenständige seelsorgliche Betreuung“ bald erfüllt wird.

12. In den Mittelpunkt der schon erwähnten letzten Vorstandssitzung am 25.1. rückte unversehens der Golfkrieg mit den durch ihn in unserem Land ausgelösten Gefühlsausbrüchen, die sich oft in unfairen, ja an manchen Orten gar in gewalttätiger Weise gegen Soldaten richteten.

Der Vorstand beauftragte den Vorsitzenden, den verantwortlichen Politikern und allen Bischöfen einen Brief zuzuleiten, der unter dem Leitgedanken „*Wider die Angst — für Klugheit!*“ entworfen worden war. Die wesentlichen Aussagen dieses Briefes sind:

— Niemand darf sich den Blick für die Wirklichkeit durch Unsachlichkeit und Selbsttäuschung trüben lassen, weil — so die deutschen Bischöfe 1977 — die Wahrnehmung der Wirklichkeit die Voraussetzung dafür ist, Gutes tun — also auch den Frieden bewirken zu

- können.
- Wachsende Gewaltbereitschaft und Rücksichtslosigkeit gegenüber Andersdenkenden waren bei Aktionen der „Friedensbewegung“ festzustellen; auch ein leidenschaftlicher Einsatz für den Frieden überzeugt nicht mehr bei friedlosem Verhalten.
 - Langfristig kann der Friede zwischen den Völkern nur durch eine in der UNO erst andeutungsweise vorhandene Weltautorität gesichert werden. Die Ausstattung dieser Autorität mit entsprechend wirksamen Mitteln forderte bereits das Zweite Vatikanische Konzil (GS 82). Eine Unterstützung der UNO ist darum angebracht.

An 50 Adressaten wurde der Brief versandt. 19 Empfänger des Briefes antworteten. Sehr detailliert war die Antwort des Bundeskanzlers. Vier Bundestagsabgeordnete sprachen sich für eine Weiterführung des Gedankenaustausches in einem Gespräch aus. Auf diese Anregung sollten wir bereitwillig eingehen, die vor zwei Jahren mit einer Einladung des Herrn Militärgeneralvikars gestarteten Politikergespräche wieder aufnehmen und dabei u.a. auch die Frage nach dem Schutz des Lebens in unserem Land aufwerfen.

13. Die heile Welt deutscher Vorstellungen, das Glück der friedlich herbeidemonstrierten staatlichen Einheit und der sich offensichtlich

mangels kaum noch bestehender Ost-West-Gegensätze unaufhaltsam ausbreitende Friede schwanden jäh dahin, als am 17.1.1991 die multinationale Streitkraft Gewalt gegen den Irak anwandte, um diesen zu zwingen, von der seit dem 2.8.1990 an währenden völkerrechtswidrigen Aggression Kuwaits Abstand zu nehmen. Für die Masse unserer Mitbürger begann erst damit der *Golfkrieg*.

Was seit dem 2.8.1990 an Gewalttaten und Unmenschlichkeit in der Golfregion verübt wurde, zählte nicht. Das Kontrastprogramm zum europäischen Friedenstheater wurde erst vom 17.1. an auf allen Kanälen geboten. Es war packend und furchteinflößend zugleich.

Bestimmte Phänomene, die im Gefolge des Golfkrieges auftraten, sind es wert, genauer betrachtet zu werden:

- *Da war über die Gewaltanwendung seitens der multinationalen Streitkräfte weithin Enttäuschung wahrzunehmen.* Diese Gefühlslage spiegelt auch noch das erst am 21.2.1991 verabschiedete „Wort der deutschen Bischöfe zum Golfkrieg“ wider, das in seiner Einleitung die Entwicklung zum Krieg hin folgendermaßen beklagt: „...Dieser Krieg hat auf viele wie ein brutaler Schock gewirkt. Noch vor kurzem hatten wir dankbar erlebt, daß gewaltfreie Revolutionen in Mittel- und Osteuropa und der ehe-

maligen DDR Diktaturen beseitigt und uns Deutschen die staatliche Einheit ermöglicht haben. Das waren Schritte in eine Zukunft, die mehr Gerechtigkeit, mehr Frieden und Sicherheit verspricht...⁽²⁾ Die weit verbreitete Hoffnung auf eine friedvolle, bessere Zukunft hatte getragen. Selbst das ausgeglichene, wegweisende und darum beachtenswerte Wort der Bischöfe konnte einen Anflug der auf unerfüllte Hoffnungen natürlicherweise folgenden Enttäuschung nicht verbergen.

- *Da waren durch den Golfkrieg nicht nur Gefühls-, sondern auch intellektuelle Kräfte berührt — Ernüchterung stellte sich ein.* Die Politik der Kriegsverhütung durch Abschreckung war stets auf Einsicht und Kalkulierbarkeit ausgelegt. Weil der nukleare Schlagabtausch zur gegenseitigen Vernichtung führen mußte, war er eben unsinnig und konnte ein Mittel der Politik nicht mehr sein. Vernünftigerweise ging man im europäischen Raum daran, die militärischen Potentiale zu verringern. Doch ernüchert mußte man feststellen: Ein Friede in Europa ist nicht unbedingt ein Friede für Europa! Auf die Vernunft, ethische Grundsätze und das Kalkül gegründete Politik wird sehr, sehr schwierig, tritt ihr eine einsichtigen Argumenten

nicht zugängliche, skrupellose, zu allem entschlossene Macht gegenüber. Saddam Hussein sagte in einem Interview ganz freimütig: ...Er wisse, daß die westliche Kultur zehntausend Tote nicht aushalte, während die islamisch orientierte auch Millionen aushalte...⁽³⁾

- *Da waren dann viele enttäuschte und ernüchterte Prominente, die sich zum Golfkrieg äußerten und manchmal arge Verwirrung stifteten.* Die Äußerungen, gerade auch aus kirchlichen Kreisen, reichten vom Aufruf zur Straftat über die Verurteilung der Entscheidungen von Politikern bis hin zur fachlichen Beurteilung des Kriegsgeschehens.

So bewertet der „Osservatore Romano“ am 22.2.1991 das Geschehen am Golf als: „...nicht nur eine rasche und begrenzte (chirurgische Operation), sondern als eine wirkliche Spirale von Tod und Gewalt...“⁽⁴⁾ Und Bischof Kampshaus kannte exakt die Kriegsgründe, als er bereits am 4.12.1990 ankündigte: „...Weil wir immer mehr kriegen wollen, vor allem Öl kriegen wollen, darum kommt der Krieg, der Ölkrieg...“⁽⁵⁾ Der Pfarrer der St. Elisabeth-Gemeinde in Mannheim-Gartenstadt setzte an das Ende eines Aufrufes „Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein“ in seinem Gemeindebrief die Sätze:

„...Wir erklären uns solidarisch mit allen Soldaten, die den Kriegsdienst verweigern. Unsere Häuser und Kirchen stehen für Deserteure offen.“⁶⁾ Es hat auch klare, nicht unkritische, aber doch hilfreiche Worte gegeben. Stellvertretend für die, die Maßstäbe gesetzt und nicht zur Verwirrung beigetragen haben, möchte ich Herrn Prof. Nagel, den Leiter des Instituts für Theologie und Frieden in Barsbüttel, nennen. Ich glaube, er hat Dank verdient!

- *Da gab es allerdings auch Soldaten, die mit ihren Äußerungen und ihrem Auftreten Anlaß zu tiefer Verärgerung boten.* Schon die Aufforderung des ehemaligen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium an die zum Einsatz in die Türkei kommenden Soldaten, den Dienst aus Gewissensgründen zu verweigern, war ein Ärgernis. Schlimmer wurde es, als Berufs- und Zeitsoldaten nach langen Jahren guten Verdienstes plötzlich die wirklichen Anforderungen ihres Dienstes und dann sogleich auch ihr Gewissen entdeckten. Peinlich waren dann nur noch die weinerlichen Beschwerden von Soldaten, die ihre Grundpflicht aus dem Auge verloren haben und sich fernsehwirksam über schlechte Unterkünfte, vier Tage lang ausbleibende Post oder die Länge des Einsatzes

beklagten: „...Vier Wochen, da ist das Ende gar nicht abzusehen“, meinte einer.⁷⁾

14. Welchen Sinn kann die Auswertung der Geschehnisse um den Golfkrieg für katholische Soldaten *und* ihre Angehörigen haben? Wir alle — Männer und Frauen — müssen am Beispiel des Golfkrieges den Auftrag von Soldaten und Streitkräften wieder einmal durchdenken, wollen wir dieses einschneidende Ereignis zu Beginn dieses Jahres nicht wie einen Unfall auf der Autobahn betrachten, an dem wir vorbeifahren und der unser Fahrverhalten dann nur kurzfristig beeinflusst.

- Ich meine, daß wir Soldaten zuallererst uns wieder eine klare Vorstellung von unserem Auftrag erarbeiten müssen. Diese Arbeit, das kann nicht die Arbeit eines Einzelkämpfers sein. Sie ist nur im Gespräch und Gedankenaustausch mit Politikern, Vorgesetzten und Kameraden, aber auch mit unseren Pfarrern und Familien zu erbringen. Ausgangspunkt aller Überlegungen müßte die Grundpflicht aus dem Soldatengesetz sein. Vor dem Hintergrund der Golfkrise darf man dann keineswegs Gedanken ausklammern, die ich mir erlaubte, vor einem Jahr beim Empfang des Militärbischofs in Bad Segeberg vorzutragen und deren Aktualität sich gerade erst wieder erwiesen: „...der Krieg ist nicht völlig

aus der Welt geschafft. (GS 79) Die Gewalt begleitet den Menschen seit den Tagen Kains. Statt Gewalt als Mittel der Einflußnahme zu verdammen und wegzudenken, statt sie damit aber Chaoten eines Hafenstraßenmilieus, streitsüchtigen Familiencians, irrational sendungsbewußten Politikern oder gar einer kriminellen Drogenmafia zu überlassen, sollte man sie in Recht und Gesetz binden sowie einer demokratischen Kontrolle unterwerfen. Nicht das Nein zur Gewalt macht den Frieden sicher, sondern ihre menschenfreundliche, verantwortungsvolle, kontrollierte Verwaltung...“ Wir kommen als Soldaten nicht um die Frage herum: Wie hältst du es mit der Gewalt? — Bist du bereit, dich ihr auszusetzen? — Unter welchen Umständen darfst du, mußt du selbst Gewalt anwenden?

Für die Suche nach Antworten erbitten wir die Hilfe unserer Militärpfarrer, erhoffen wir Maßstäbe gerade auch in kirchlichen Lehraussagen zu finden.

- Manche Worte, die um den Frieden besorgte bzw. vom Golfkrieg entsetzte Menschen von sich gaben, zeugen nicht gerade von fachlicher Beurteilungsfähigkeit wie z.B. die bekanntgewordenen Vokabeln vom Krieg als der „Spirale von Tod und Gewalt“ oder auch ein

weiteres Wort von der „Kriegslogik“.⁴⁾ Leider lassen die Erfahrungen unseres Jahrhunderts die Bedeutung der beiden Begriffe nicht ganz so unbegründet erscheinen. Das liegt vor allem daran, daß die Politiker sich nach Ausbruch eines Krieges meist, in Deutschland in diesem Jahrhundert, immer vor der Verantwortung ihres Amtes gedrückt und geglaubt haben, ihre Pflicht zur Gestaltung des nationalen wie internationalen Lebens nach vollzogenem Schritt in den Krieg den Soldaten als Trägern der Gewalt überlassen zu können. Nach Clausewitz ist der Krieg ein Akt der Gewalt, um den anderen zur Erfüllung ihm nicht genehmer Absichten zu zwingen. Was die beiden Schlagwörter von der „Kriegslogik“ bzw. der „Spirale von Gewalt und Tod“ aussagen, hat auch der Kriegphilosoph Clausewitz erkannt, nämlich, daß in jedem Krieg mit der äußersten Anstrengung die Gefahr äußerster Gewaltanwendung verbunden ist. Clausewitz forderte, daß dieses Gesetz des Äußersten durch den politischen Zweck des Krieges überlagert werden muß.⁸⁾ Kurz und bündig sagt der französische Philosoph André Glucksmann: „...Im Krieg muß die Politik (und die Moral und das Nachdenken) weitergehen...“⁹⁾

Nicht nur Soldaten haben über die ethischen Grundsätze der Bereitstellung und Anwendung staatlicher militärischer Macht und Gewaltmittel nachzudenken, vor allem auch Politikern ist solches Nachdenken abzuführen.

Staatsbürger in Uniform haben ein Recht, von den verantwortlichen Politikern Antworten zu erhalten auf Fragen nach dem militärischen Auftrag. Das Gespräch zwischen Politikern und Soldaten sollte deshalb nicht nur auf der Bundesebene, sondern auf den verschiedenen Ebenen immer wieder gesucht werden.

- Aufgabe der Politik muß es auch sein, die Gewaltanwendung überhaupt überflüssig zu machen. Die völkerrechtliche Ächtung des Krieges durchzusetzen ist ein Element der Friedenspolitik der Staatengemeinschaft. Diese muß aber in der Lage sein, einem Staat, der mit Waffengewalt den Frieden bricht, entgegenzutreten und „die zu Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen durchzuführen“. Diese Bestimmung des Artikels 42 der UN-Charta steht in Einklang mit der Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“ des Zweiten Vatikanums: „Es liegt auf der Hand, daß wir mit allen Kräften den Zeitpunkt vorberei-

ten müssen, an dem durch Übereinkunft der Nationen jeder Krieg schlechthin verboten werden kann. Dazu ist es freilich erforderlich, daß eine von allen anerkannte Weltautorität eingerichtet wird, die über wirksame Mittel verfügt, um für alle Sicherheit, Wahrung der Gerechtigkeit und Ehrfurcht vor den Rechten zu garantieren“ (GS Nr. 82). Das erfordert wie im Golfkonflikt äußerstenfalls den militärischen Einsatz zur Eindämmung von Mächten, die die internationale Sicherheit gefährden. Der Bischof von Hildesheim mahnte in einem Brief zur österlichen Bußzeit am 18.2.1991: „... Wo beispielsweise der Verzicht auf Gewalt zu Lasten Dritter geht oder Leben kosten kann, da ist die Frage zu stellen, ob nicht das Ziel, Feindschaft zu überwinden und eine friedvolle Gemeinschaft zu begründen, durch Verzicht auf Gewaltanwendung verraten und somit Jesu Willen durchkreuzt wird...“ Bischof Homeyer sagte im gleichen Brief: „... *Der Friede ist auch unsere Aufgabe.* Dieser Auftrag, selbst Frieden zu bewirken und zu bezeugen, führt uns an die Seite Jesu und hilft uns aus demselben Geiste zu leben, der auch ihn bestimmte. Er hat uns gerufen, so zu handeln, wie er handelte: die Menschen zu lieben, barmherzig zu sein, Wun-

den zu heilen, Ketten zu lösen...“

Mit seiner Mahnung zur Eindämmung willkürlicher Gewalt und seiner Aufforderung zur Überwindung jeglicher Gewalt gibt Bischof Homeyer genau das wieder, was die bereits zitierte Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“ des Zweiten Vatikanums mit Sinn für Realität und mit dem Wunsch auf eine bessere Zukunft folgendermaßen ausdrückte: „...Insofern die Menschen Sünder sind, droht ihnen die Gefahr des Krieges und wird ihnen drohen bis zur Wiederkunft Christi; insofern sie aber in Liebe verbunden, die Sünde überwinden, wird auch die Gewalttätigkeit überwunden...“ (GS Nr. 78).

Folgerung für uns: Der Frieden nimmt uns alle in die Pflicht. Es kommt nicht so sehr darauf an, für den Frieden zu demonstrieren; es kommt darauf an, daß möglichst viele Menschen täglich durch ihr Tun Frieden wirken.

Durch die rechte Ausübung unseres Dienstes tragen wir Soldaten zur Festigung des Friedens (vgl. GS Nr. 79) und damit zur Eindämmung von willkürlicher Gewalt bei. Durch ganz einfaches Bemühen, im Sinne christlicher Nächstenliebe Gutes zu tun, helfen wir, Frieden in unserer Umwelt zu bewirken.

15. Mit den zuletzt vorgetragenen

Gedanken zu einem Engagement für den Frieden sind wir bereits bei den *Überlegungen für ein überzeugendes Laienapostolat in einem unchristlichen Umfeld* gelandet. Die Notwendigkeit solcher Überlegungen mag das folgende Beispiel unterstreichen:

Im „Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr 1989“ vom 25. Juni letzten Jahres liest man unter der Überschrift „Spezifische Erkenntnisse über ausgewählte Zielgruppen“ auf der Seite 15 dieses zur kirchlichen Jugend: „Ablehnung, Vorurteile und Intoleranz gegenüber der Bundeswehr, dem Wehrdienst und der NATO-Strategie sind bei kaum einer Gruppe von Jugendlichen so ausgeprägt wie bei kirchlichen Jugendgruppen. Ausnahmen von dieser weitestgehend übereinstimmenden Erfahrung der Jugendoffiziere sind äußerst selten. Folgende Aussagen aus den Einzelberichten charakterisieren das Klima gemeinsamer Veranstaltungen:

- „Die Kriegsdienstverweigerung wird einmütig als deutlicheres Zeichen für den Frieden bewertet. Die ablehnende Haltung engagierter Christen zeigt dabei keine konfessionellen Unterschiede.“
- „Emotionalisiert begegnen sie ‚Andersgläubigen‘ mit Unverständnis und oft einer aggressiven Intoleranz, die man innerhalb der Kirche nicht vermuten würde.“
- „Feindesliebe“ ist unbekannt:

Veranstaltungen mit kirchlichen Gruppen sind häufig Tribunale gegen die Bundeswehr und anwesende Soldaten.

Die Aussagen dieses dienstlichen Berichtes haben mich nicht als Soldaten, sondern als katholischen Christen getroffen. Wenn fehlende „Feindesliebe“ und „aggressive Intoleranz“ das Merkmal kirchlicher Jugend ist, dann ist sie weit entfernt von den Voraussetzungen, die die Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“ für eine Überwindung der Gewalttätigkeit für erforderlich hält, — dann wird ihr unsere in religiösen Fragen gleichgültiger gewordene Umwelt das Glaubenszeugnis wohl nicht mehr abnehmen.

Zur Zeit des frühen Christentums sagte man von den Christen: „Seht, Sie sie einander lieben!“ Was soll man von der Art von Christen sagen, die der dienstliche Bericht der Jugendoffiziere beschreibt?.

Beachtenswert sind die Gedanken des Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Lehmann, die er angesichts der bevorstehenden deutschen Einheit in seinem Einführungsreferat vor der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz zum Ort der Kirche in einem neuen deutschen Staat sowie in Europa entwickelt hat. Er führte dazu aus:

— „...Möglicherweise wird sich ein gewisses Klima der Gleichgültigkeit gegenüber Fragen des Glaubens und der Kirche in

einem vereinten Deutschland noch verschärfen. Wesentlich für die Zukunft des Glaubens und der Kirche wird es daher sein, daß der einzelne Christ zum persönlichen Glaubenszeugnis entschiedener von Mensch zu Mensch befähigt wird, damit er Zeugnis ablegen kann ‚von der Hoffnung, die uns bewegt‘. Wir gehen in eine Zeit hinein, in der das Glaubenszeugnis des einzelnen und von Gruppen eine noch entscheidendere Bedeutung erhält...“

Welche Folgerungen für das Laienapostolat in der Kirche unter den Soldaten der Bundeswehr lassen sich aus den Worten des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, aber auch aus dem angeführten Beispiel ziehen?

— Zuerst müssen wir uns darüber klar werden, auf was wir die Hoffnung unseres Lebens gesetzt haben: Wir müssen unseren Glauben kennenlernen und versuchen, aus Christi Leben Maßstäbe für das unsrige zu gewinnen.

— Dann müssen wir die heute auch unter engagierten Christen weit verbreitete Sprachlosigkeit in Glaubensangelegenheiten überwinden: Wir müssen lernen, Glaubensgespräche offen und verständnisvoll miteinander zu führen.

— Im gleichmäßigen Wochenablauf müssen wir für einen Höhepunkt — im Dienst sehen wir

ihn auch vor — auch in religiöser Hinsicht sorgen: Wir müssen lernen, den Sonntag wieder als persönlichen, familiären und religiösen Feiertag zu gestalten.

- Wir müssen unsere Erfahrung auswerten, daß bloßes Frommsein und schlaues Daherreden über Glaubensfragen keinen Mitmenschen für Christus gewinnt: Wir müssen lernen, durch die Art, wie wir als Väter und Mütter, Bürger und Soldaten durch den Alltag gehen, das erfahrbar werden zu lassen, was unserem Leben Sinn gibt.
- Wir müssen uns stets daran erinnern, daß Christus uns ein Hauptgebot hinterlassen hat, das — strikt angewandt — das menschliche Leben auf diesem Planeten wirklich erleichtern und bereichern würde: Wir müssen lernen, Gutes zu tun und uns dafür zu engagieren.

Die dargelegten Zielvorstellungen für ein Leben aus dem Glauben, verwirklicht mit Hilfe unserer Militärpfarrer, müßten eigentlich eine gute Ausgangslage für das Laienapostolat in Deutschland und Europa für die nächste Zeit sein.

16. „*Europa muß wieder ein Europa des Geistes werden*“, das war die Schlagzeile, mit der der „*Osservatore Romano*“ die Botschaft des Papstes an den 90. Deutschen Katholikentag in Berlin überschrieb. Weil der 91. Deutsche Ka-

tholikentag im nächsten Jahr in Karlsruhe sich dem Thema Europa widmen soll, sind dazu noch einige Bemerkungen angebracht.

Aus der erwähnten Botschaft des Papstes an den Berliner Katholikentag sollte man sich mit dem Blick auf Karlsruhe die folgenden Sätze in Erinnerung rufen:

- „...Die Laien müssen erneut in Glaubensfragen und im daraus sich ergebenden ethischen Lebensvollzug Zeugnis ablegen...“
- „...Die Mitgliedschaft in katholischen Verbänden und Organisationen allein reicht nicht... Unsere persönliche Glaubensbereitschaft ist gefragt...“
- „...Sucht aus eurer Verantwortung als Christen zuerst die Auseinandersetzung mit Verhaltensweisen und Mentalitäten, die zu korrigieren sind...“
- „...Die Zukunft Europas muß uns allen ein Herzensanliegen sein. Nur ein Europa, das um seine geistigen Wurzeln weiß, kann zusammenfinden...“¹⁰⁾

Die auch für den einzelnen Bürger immer deutlicher wahrnehmbare Einigung Europas ist vor allem die Folge wirtschaftlicher und technischer Zwänge. Die Erfordernisse der Luft- und Raumfahrt z. B., die Versorgung der Bevölkerung auf dem einmal erreichten Anspruchsniveau, eine erfolversprechende Unterstützung der Dritten Welt, die Pflege der Umwelt, das alles ist nur noch im Zusammenar-

beit der Staaten auf europäischer Ebene zu bewältigen.

Diese Zwänge führen mit Ablauf des Jahres 1992 zu einem weiteren Zusammenrücken der Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft. Es kann aber für die Menschen in dieser Gemeinschaft unangenehme, vielleicht sogar bedrückende Folgen haben, wenn die Art des Zusammenrückens und Zusammenwachsens nur von Kaufleuten, Ingenieuren und Bürokraten bestimmt wird.

Eine Besinnung der Europäer auf ihre geistigen Wurzeln im Sinne der Mahnung des Papstes ist deshalb dringend geboten:

— „... Das gemeinsame und Gemeinsamkeit stiftende kostbare Erbe der europäischen Völker, die geistige Kultur und die politische Zivilisation Europas ist... christlichen Ursprungs und bis zum heutigen Tag, bis in unser Grundgesetz hinein, von christlicher Substanz. Wir vergessen nicht das Erbe der Antike. Doch hat das Christentum dem so entscheidend Neues hinzugefügt, daß der Antike (wie auch dem Judentum) — historisch gesehen — eine hinführende, gewissermaßen adventliche Bedeutung zugeschrieben werden muß...“

...Christlichen Ursprungs ist vor allem die Freiheit, wie wir sie heute verstehen... Nach christlichem Glauben nämlich muß sich jeder einzelne Mensch für sein Tun und Las-

sen beim Jüngsten Gericht verantworten als Person vor dem persönlichen Gott. Damit ist der einzelne prinzipiell vom „Ethos“ der Gesellschaft freigestellt, denn letztlich maßgebliche Instanz ist jetzt der persönliche Gott...“

Aus der Herkunft dieser neuen Freiheit folgt, daß der Mensch seinem Wesen nach frei ist, weil er Person ist...“⁽¹¹⁾

Aus dem Personsein des Menschen ergeben sich die hohe Einschätzung der Menschenwürde und die Bedeutung vieler Grundwerte und -rechte des menschlichen Zusammenlebens. Sie bilden insgesamt das Fundament der europäischen Zivilisation.

Diese zu verwirklichen ist „... auch eine Voraussetzung für die Förderung des Friedens in der Welt, denn Frieden kann es ohne verwirklichte Freiheit, Willen zur Gerechtigkeit und ein Mindestmaß an Lebensqualität nicht geben. Freiheit des Glaubens und Freiheit der Rede, Freiheit von Not und Freiheit von Furcht, so hat es Präsident Roosevelt 1941 in einer Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten am Beginn des Kampfes gegen die nationalsozialistische Bedrohung formuliert. Das entspricht christlich-europäischer Tradition und hat bleibende Gültigkeit...“⁽¹²⁾

Die am Vorabend des 90. Deutschen Katholikentages vom ZK vor einem Jahr verabschiedete *Berliner Erklärung deutscher Katholi-*

ken steht in dieser Tradition, wenn sie aussagt:

- „...Gemeinsam bekennen wir uns zur europäischen politischen Kultur, der die freiheitliche Demokratie entstammt. Diese Kultur ist im tiefsten auch christlich bestimmt und bezeichnet den Rahmen, in dem das Europa der Zukunft erbaut wird, ein Europa der Freiheit, der Einheit und des Friedens...“

Wie die deutsche Einheit, so ist auch die Europäische Einheit eine großartige Herausforderung, der sich die Christen nicht in Kleingläubigkeit und mit der Perspektive eines Kirchturmpolitikers stellen sollten. Eine geradezu handgreifliche Herausforderung sollte für uns katholische Soldaten und unsere Angehörigen, besonders die aus dem Wehrbereich V, im nächsten Jahr der 91. Deutsche Katholikentag in Karlsruhe sein.

- Das AMI und die GKS könnten sich beteiligen.
- PRG und GKS im Wehrbereich könnten gemeinsam zu einer kameradschaftlichen Begegnung europäischer Soldaten aufrufen.
- Das bewährte Modell von Soldatenwallfahrten könnte auch im Raum Karlsruhe erprobt werden und zu einem religiösen Gemeinschaftserlebnis führen.

17. Der Blick nach vorn auf das, was die Zukunft von uns fordert, muß zum Bericht eines Vorsitzen-

den dieser Versammlung gehören, und eigentlich sollte damit ein wirksamer Schlußpunkt sein. Die im Verlauf der Golfkrise wahrzunehmende Bösartigkeit von Menschen und das dadurch verursachte Leiden von Menschen, vor allem die zuletzt wahrgenommenen Bilder von ermordeten Kurden und Schiiten, von Familien auf der Flucht, von darbenenden Kindern, von weinenden Frauen und von zurückgewiesenen Männern — all das läßt sich zusammenfassen in dem Satz: *Es muß doch Friede werden.*

Im Kriegsjahr 1916 schrieb unter dieser Überschrift in einer mir nicht bekannten Zeitung ein mir nicht näher bekannter Martin Rade:

Ich freue mich auf die Zeit,
 wo man wieder das Gute gut
 und das Böse böse nennen kann,
 wo wir uns wieder gerade richten
 können
 von all den Verschiebungen
 und Verkrümmungen,
 die diese Zeit in unseren Köpfen
 und
 Gewissen hervorgebracht hat,
 wo wir wieder mit jedem Menschen
 (jedem?)
 ein vernünftiges Wort reden können
 über das, was war und was ist
 und was sein wird,
 wo eine ungeheure Arbeit sich auf-
 tun wird,
 ein Wiederaufbauen und Neu-
 bauen

auf den Trümmerfeldern,
tausendfache Gelegenheiten für
Zähigkeit
und Tatenlust, für Genie und Ver-
mögen,
für schwierige Hände und
für Wissenschaft.

Und wenn's am Kapital fehlen soll-
te
und an Menschen: aber am Glau-
ben
darf dir's nicht fehlen, mein Volk!

...
Und auf eine Zeit,
wo die Ströme zurückgehaltener
Liebe
und Menschlichkeit sich ergießen
werden

von beiden Seiten
und werden den Haß und die Lüge
und die Verblendung verschlingen
wie das Rote Meer die Ägypter.

Auf das und auf vieles andre freue
ich mich.

Da wollen wir dann zusammen hin-
gehen

und die Gräber der Gefallenen
schmücken.

Nicht mit Blumen nur.

Wir wollen Bäume darauf pflan-
zen,

die tief hineinwurzeln in ihre
Asche

und hohe, reiche
weitschattende Kronen haben,
Bäume, die Blüten und Früchte
tragen

zu ihrer Zeit.

Es muß doch Friede werden.

Es ist ja auch wieder Frühling ge-
worden

und Ostern.¹³⁾

Anmerkungen:

- 1) Martin Gritz „Armee hat den Frieden gefestigt“ in KOMPASS, Nr. 16 vom 27.7.1990, S. 3, Sp. 4.
- 2) „Wort der deutschen Bischöfe zum Golfkrieg“ vom 21.2.1991 in PRESSEDIENST der Deutschen Bischofskonferenz — Dokumentation PRDD91G-01 Anlage 5 vom 21.2.1919, S. 1.
- 3) Dr. Barbara Zehnpfennig „Der Geist darf nicht vor der Gewalt kapitulieren“ in FAZ vom 8.2.1991, zitiert bei NIMM, Nr. 6 vom 14.2.91, S. 23.
- 4) „Spirale von Tod und Gewalt“ in L'OSSERVATORE ROMANO — Wochenausgabe in deutscher Sprache, Nr. 8 vom 22.2.1991, S. 1, Sp.2/3.
- 5) Zitate in RHEINISCHER MERKUR/CHRIST UND WELT, Nr. 4 vom 25.1.1991, S. 23, Sp. 6.
- 6) „gemeindebrief st. elisabeth mannheim-gartenstadt“, Nr. 3 vom 12.2.91.
- 7) vgl. Jürgen Berg, „Heimweh und Walkman“ in LOYAL, Nr. 4/91, S. 10.
- 8) vgl. Carl von Clausewitz „Vom Kriege“, 16. Auflage, Bonn 1952, S. 89—98.
- 9) André Glucksmann „Das wilde Tier muß wieder in den Käfig“ in RHEINISCHER MERKUR/CHRIST UND WELT, Nr.8 vom 22.2.1991, S. 21, Sp. 3.
- 10) Botschaft Papst Johannes Pauls II. an den 90. Deutschen Katholikentag in Berlin „Europa muß wieder ein Europa des Geistes werden“ in L'OSSERVATORE ROMANO — Wochenausgabe in deutscher Sprache, Nr. 22 vom 1.6.1990, S. 8, Sp.1/2.
- 11) Prof. Dr. Hans Buchheim „Europa — Zu seinen geistigen und ethischen Grundlagen“ in KIRCHE UND GESELLSCHAFT, Nr. 175, hrsg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle, Mönchengladbach 1990, S. 4—5.
- 12) Prof. Dr. Hans Buchheim „Europa — Zu seinen geistigen und ethischen Grundlagen“, a.a.O., S. 14f.
- 13) zitiert nach Pfarrbrief der Pfarre Christi Auferstehung Bonn-Röttgen + Woche vom 24.3.—1.4.1991, S. 2.

Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS vor der ZV am 2.5.1991

1. Selbstverständnis der GKS

Ich freue mich, HH Erzbischof, daß ich bei Ihrer ersten Teilnahme an der Zentralen Versammlung (ZV), Ihrem Laienberatungsgremium, Gelegenheit habe, einige Aspekte aus der Arbeit des katholischen Verbandes vorzutragen, der zu Ihrem Jurisdiktionsbereich gehört.

Auch wenn Sie und diese ZV den Verband kennen, erlaube ich mir, noch einmal unser Selbstverständnis darzustellen.

Am 14. Februar 1990 hatte Ihr Vorgänger im Amt des katholischen Militärbischofs, Erzbischof Dr. Kredel, der Gemeinschaft Katholischer Soldaten die kirchliche Anerkennung als „katholischer Verband“ gem. can 215 CIC erteilt. Katholische Soldaten machen von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch, das sich aus der Würde und Freiheit der Person ergibt. Sie schließen sich zu einem Verband zusammen der

- Katholiken in der Bundeswehr
- Soldaten in der katholischen Kirche
- katholischen Soldaten in einem weltanschaulich neutralen Staat und in einer pluralistisch-säkularen Gesellschaft

geistliche Orientierung, geistige Heimat und nicht zuletzt publizistisches Gewicht und gesellschaftspolitischen Einfluß geben will.

Es kommt uns darauf an, daß die Mitglieder befähigt werden, aus ganzheitlicher Sicht ihres religiösen, familiären, beruflichen und gesellschaftlichen Lebens ihr Apostolat als Christen in der Welt auszuüben. Dort, wo der einzelne steht, soll er Zeugnis von seinem Christsein ablegen. Der Verband soll ihm die Inspiration geben, daß er dies mit Begeisterung — in der ursprünglichen Wortbedeutung, d.h. erfüllt vom Geist — auch kann.

2. Deutscher Einigungsprozeß und Seelsorge an Soldaten

Mit dieser Selbsteinschätzung hatte sich die GKS frühzeitig in den deutschen Einigungsprozeß eingebracht und der Bildung gesamtdeutscher Streitkräfte nach dem bewährten Modell „Bundeswehr“ als der größten Herausforderung der letzten Jahre gestellt. Die Annahme dieser Herausforderung geschah in einem bemerkenswert harmonischen Zusammenspiel aller Säulen der katholischen Militärseelsorge. Die konzertierte Aktion von Militärbischofsamt, Räten und GKS

- insbesondere aber die geduldige, stille Diplomatie des Herrn Militärgeneralvikars,
- flankiert von der deutlichen Formulierung der Vorstellungen der GKS, sowie
- die offene Präsenz von katholischen Soldaten und
- das Einfordern wie die Inanspruchnahme ihrer Rechte in

den neuen Bundesländern haben wesentlich zur Meinungsbildung in Sachen Seelsorge an Soldaten beigetragen und die Zustimmung der Bischöfe im beigetretenen Teil Deutschlands in unserem Sinne positiv beeinflusst.

Es gilt, in nächster Zeit, alle sich bietenden Möglichkeiten zu nutzen, um in den Wehrbereichen VII (Leipzig) und VIII (Neu-Brandenburg) eine GKS-Struktur aufzubauen. Da bei der geringen Zahl von katholischen Soldaten im Ostteil Deutschlands zunächst sich keine GKS-Kreise bilden können, müssen wir neue Wege gehen. Ich hoffe, es lassen sich in verschiedenen, möglichst in allen Standorten zuverlässige Einzelmitglieder gewinnen. Mit diesen sollte versucht werden, ein flächendeckendes System von Ansprechpartnern aufzubauen, daß jeweils über einen Wehrbereichsvorsitzenden geführt wird.

Ich danke Ihnen, Herr Erzbischof, daß der Aufbau einer katholischen Soldatenseelsorge in den neuen Bundesländern realisiert wird und bereits Gestalt annimmt.

3. Golfkrieg und soldatisches Selbstverständnis

Dank schulden wir katholische Soldaten Ihnen auch für Ihren bischöflichen Seelsorgebrief „Suchen Sie immer die Begegnung mit den Soldaten“ vom 2. Februar an die Militärpfarrer sowie für Ihre deutliche Predigt gegen die übertriebene Kriegsangst und zum Auf-

trag des Soldaten im Bonner Münster anlässlich der Verabschiedung Ihres Vorgängers im Amt des Militärbischofs. Mit Ihnen und vielen Verantwortungsträgern in unserem Staat teilen wir die Auffassung, Ratlosigkeit und Angst sind schlechte Grundlagen für Gewissensentscheidungen. Gut und gerecht zu sein reicht für politisches Handeln nicht aus.

Die Erfahrungen und noch unsicheren Folgerungen aus dem Golfkrieg haben nicht unerheblich unsere Arbeit mit dem Jahresthema und Motto dieser Woche der Begegnung „Europäische Sicherheit — unser Beitrag zu einer gemeinsamen Werteordnung“ beeinflusst. Nicht nur wir katholischen Soldaten hatten unsere Probleme, die Aussagen der katholischen Friedenslehre mit der Realität einer von der Völkergemeinschaft sanktionierten militärischen Gewaltanwendung in Einklang zu bringen. Auch das Ringen der Deutschen Bischofskonferenz, in einer Erklärung zum Golfkrieg trotz aller Differenzen in der politischen Bewertung einen theologischen Konsens zu finden, zeugt von dieser Problematik. Gerade deshalb danken wir den deutschen Bischöfen für ihr klärendes Wort und den uns erteilten Rat.

Auch die GKS muß trotz schriftlicher Fixierung ihrer Position einerseits den Rückschlag des Golfkrieges und andererseits den Rechtsfortschritt durch das entschlossene und einheitliche Han-

del der Völkergemeinschaft noch analysieren und daraus Folgerungen für ihre ethische Position ziehen.

Ich bin davon überzeugt, daß wir als katholischer Verband unsere Grundüberzeugung „Der Soldat ist Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ nicht ändern müssen.

Krieg ist sicher kein Mittel, um Probleme zwischen Staaten zu lösen; Krieg bedeutet auch nach wie vor das Scheitern der Politik. Ich kann mich aber nicht der gerade durch christliche und katholische Gruppen geäußerten Auffassung anschließen, nichts rechtfertige die Anwendung militärischer Gewalt. Krieg kann ein größeres Unrecht verhindern, wenn aggressive Gewalt rechtzeitig durch Gegengewalt eingegrenzt und zurückgedrängt wird.

Aufgabe der Politik ist es, nach Erreichen dieses Zweckes gerechte Strukturen und eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen.

Nicht Gewalt, sondern „Gerechtigkeit schafft Frieden!“

4. Streitkräfte als Rückversicherung

Der Generaltruppeninspekteur des österreichischen Bundesheeres, General Karl Majcen, hatte am Dienstag, dem Tag der GKS, vor diesem Forum einen sehr eindrucksvollen Vortrag zum Thema „Der Auftrag des Soldaten in einem zusammenwachsenden Europa“ gehalten. Dabei betonte er,

daß zwar die Gefahr einer Konfrontation der Weltmächte in Europa kaum bestehe, die Möglichkeit regionaler Krisen und Konflikte aber zugenommen habe. In der gegenwärtigen Phase des Umbruchs und der politischen Instabilität in Europa besäßen Streitkräfte eine herausragend wichtige Schutzfunktion zur Stabilisierung des Wandels mit dem Ziel anhaltender Friedenssicherung. Wir wären in dieser Situation gut beraten, verbleibende Risiken durch Streitkräfte trotz anhaltender Abrüstungsbereitschaft zu minimieren.

Es geht darum, den „Rückfall in die Unvernunft“ (R. v. Weizsäcker) zuverlässig zu verhindern. Unsere Streitkräfte sind in diesem Sinne eine lebenswichtige Rückversicherung.

5. Akademie „Oberst Helmut Korn“

Die GKS wird sich im Herbst erneut und intensiv mit dem Jahresthema „Europäische Sicherheit — unser Beitrag zu einer gemeinsamen Werteordnung“ beschäftigen. Vom 28. 10. bis 1. 11. diesen Jahres führt die GKS das dritte Seminar der Akademie „Oberst Helmut Korn“ durch. Wie Ihnen bekannt ist, wurde diese Akademie nach dem Mitbegründer und geistigem Vater der Gemeinschaft, Oberst Dr. Helmut Korn († 1983) benannt.

Im Bonifatiushaus, einer Bildungsstätte der Diözese Fulda, hat die GKS einen angemessenen

und heute in Deutschland zentral gelegenen Ort der Begegnung gefunden, der durch die vom „Apostel der Deutschen“ begründete christliche Tradition und die damit verbundene geistig-geistliche Aufgeschlossenheit bestimmt ist.

Wir beginnen die Akademie '91 mit dem Vortrag eines Europäers, des Alt-Erzbischofs von Luxemburg, und schließen mit einem Referat des unserer Gemeinschaft angehörenden Generals Dieter Clauß über „Den Auftrag des Soldaten in einer europäischen Friedensordnung“.

Wir danken Ihnen, Herr Erzbischof, daß Sie mit uns in der Bonifatiuskapelle in Kleinheiligkreuz die Hl. Messe feiern und anläßlich des Akademieabends einen Empfang geben wollen. Mit den Veranstaltungen der Akademie erhoffen wir uns, jungen Führern — Offizieren und Unteroffizieren — Hilfen für ihre persönliche Bildung und ethische Standortfindung zu bieten.

6. Zusammenarbeit in der Militärseelsorge

Die Bundeskonferenz der GKS hat sich mit dem Thema der „Zusammenarbeit zwischen der GKS und den Militärgeistlichen, den Pastoralreferenten, den Pfarrhelfern und der ersten Säule der Laienarbeit, den Räten“, beschäftigt. Dazu haben wir ein Positionspapier erarbeitet, welches diesen

Personenkreis ansprechen und ihm unser Anliegen verdeutlichen soll.

Die Arbeitshilfe will aus Sicht des Verbandes Anregungen geben und Möglichkeiten deutlich machen, wie die Zusammenarbeit zwischen GKS und den Organen der Militärseelsorge verbessert, vertieft und gefördert werden kann. Wir wollen Spannungen, die im täglichen Miteinander auftreten, abbauen bzw. vermeiden helfen. Wir wollen aber auch aufzeigen, daß unsere Gemeinschaft zum Gemeindeleben eines Seelsorgebezirkes gehört, eine zuverlässige Kraft ist und zur Bewältigung der pastoralen Aufgaben hilfreich beitragen kann.

Das den Delegierten ausgehändigte Papier wird nach drucktechnischer Überarbeitung an die angesprochenen Zielgruppen verteilt. Ich empfehle es Ihrer Aufmerksamkeit, nicht im Sinne einer flüchtigen Information, sondern als dauerhafte Arbeitshilfe.

7. Soldat und Schutz des Lebens

Ohne erneut zum Thema „Golfkrieg“ zurückzukehren, bewegt mich eine Frage. Es wäre interessant, wenn darauf Sozialwissenschaften oder die Psychologie eine Antwort finden könnten.

Soldaten müssen bereit sein, in einer kriegerischen Auseinandersetzung ihr Leben für Recht und Freiheit zu opfern. Im pazifistischen Lager wird Leben als das

höchste Gut angesehen, Töten im Kriege kompromißlos als Mord bezeichnet und moralisch als in keinem Fall erlaubt kategorisch abgelehnt. Wie kommt es, daß Soldaten häufig und vehement für den Schutz ungeborener Kinder von Anfang an eintreten, während Pazifisten beim Schutz ungeborener Kinder offensichtlich zu Zugeständnissen bereit sind?

Die GKS unterstützt jede sinnvolle Initiative — insbesondere die der katholischen Kirche Deutschlands und natürlich der Zentralen Versammlung —, das Recht ungeborener Kinder auf Leben zu schützen. Ist es doch Auftrag aller staatlichen Gewalt und damit auch des Soldaten, die Unantastbarkeit der menschlichen Würde zu schützen (Art. 1 GG). Dazu gehört als fundamentales Gut das menschliche Leben, das in der Wertehierarchie ein „Höchstgut“, aber nicht das höchste Gut darstellt (vgl. GKS-Erklärung 1982 „Frieden in unseren Tagen — Frieden in der Zukunft“ Nr. 15). Das Recht, auch des ungeborenen Kindes, auf Schutz ist nicht Sondergut der Kirchen oder einzelner politischer Parteien, sondern integraler Bestandteil der Verfassung unseres Landes.

Wer als Soldat geschworen oder gelobt hat, die Rechte und die Freiheit der Menschen zu schützen, muß in diesen Schutz konsequenterweise alles menschliche Leben einbeziehen, weil Lebensschutz nicht teilbar ist.

8. Jahresthema 1992

Erlauben Sie mir zum Abschluß meiner Ausführungen noch einen Hinweis auf das Jahresthema 1992. Die GKS will in der Kontinuität der thematischen Zwei-Jahresschritte im nächsten Jahr die begonnene Europaarbeit fortsetzen. Das Thema, es muß noch ausformuliert werden, lautet zunächst „Missionsland Europa“.

Gerade unsere Erfahrungen auf dem Weg zur Einheit Deutschland mit den Menschen im beigetretenen Teil Deutschlands und den Soldaten der ehemaligen NVA hat uns gezeigt, welches ideologische, ideelle und religiöse Defizit entsteht, wenn ein System, das den ganzen Menschen beansprucht und ihn seiner Gewissensfreiheit beraubt hat, zusammenbricht. „Mit der Christianisierung Deutschlands muß noch einmal begonnen werden.“ Die ersten, die nördlich der Alpen Zeugnis von Christus ablegten, waren römische Soldaten und Kaufleute. Mit Genuß höre ich dem Fuldaer Domkapitular Dr. Kathrein zu, wenn er während der Akademie „Oberst Helmut Korn“ über die Missionstätigkeit des Hl. Bonifatius und seiner irischen Mönche spricht. Die Missionsleistung des Hl. Bonifatius war technisch nur möglich, weil er die Infrastruktur, die Organisation und den Schutz des fränkischen Militärs genutzt hatte. Warum soll das heute nicht wieder möglich sein? Die Weitergabe des

Glaubens erfolgt heute, wie es damals geschah, durch das persönliche Zeugnis eines christlich gelebten Lebens. Dort, wo man steht, in der Familie, im Beruf, in der gesellschaftlichen Gruppe können christliche Werte in einer nichtreligiösen Umwelt vermittelt werden.

Ich glaube, um einen wichtigen Gedanken aus Ihrer gestrigen Predigt, Herr Erzbischof, aufzugreifen, damit können Soldaten ein Zeichen ihrer Treue gegenüber ihrem Glauben und ihrer Kirche setzen. Gegenwärtig haben Soldaten die Chance Avantgarde, Vorhut ihrer Kirche zu sein. Nutzen wir diese Chance, und setzen wir ein Zeichen der Treue in unserer Kirche.

Paul Schulz

Wort des Militärbischofs an die Delegierten der 31. „Woche der Begegnung“ am 2.5.1991

Zunächst möchte ich all denen meinen herzlichen Dank aussprechen, die in der Laienarbeit mitmachen, sowohl hier in der Zentralen Versammlung wie an ihren Standorten. Dank für ihren engagierten dienstlichen Einsatz als katholische Soldaten und für ihren darüber hinausgehenden apostolischen Einsatz ganz im Sinn der Enzyklika „Redemptoris missio“ von Papst Johannes Paul II. über die fortdauernde Gültigkeit des mis-

sionarischen Auftrages, der in unserer jetzigen Situation besonders deutlich wird. Auf einige Punkte möchte ich kurz eingehen:

1. Zur Katholischen Militärseelsorge in den neuen Bundesländern: Sie wissen ja, daß wir gegenüber unseren evangelischen Brüdern in der beneidenswerten Lage sind, daß sich alle Bischöfe der deutschen Bischofskonferenz völlig einig sind, auf der Grundlage der Statuten für den Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr Katholische Militärseelsorge auch in den neuen Bundesländern aufzubauen. Gleichzeitig werden auf evangelischer Seite Fragen nicht nur im Osten an die Militärseelsorge gestellt, sondern diese Infragestellung schwappt auch auf den Westen über und ruft hier Bedenken wach. Wir werden versuchen zu gemeinsamen Lösungen zu kommen und dabei auch die Evangelische Militärseelsorge stützen, wo wir können. Ich bitte Sie aber um Verständnis dafür, daß wir in den neuen Bundesländern behutsam vorgehen. Vielleicht etwas behutsamer als manchem hier notwendig erscheint, damit es nicht zu einer „Invasion“ von Militärseelsorgern aus dem Westen kommt. Wir brauchen dort natürlich Seelsorger, die aufbauen. Es wird sicher besser sein, wenn wir Standortpfarrer aus den dortigen Bistümern und Jurisdiktionen gewinnen können, auch wenn sie nicht sofort für die Mili-

tärseelsorge abgeordnet werden können. Wir haben auch die deutlichen Worte des Militärgeneralvikars bei der 36. Gesamtkonferenz der Evangelischen Militärpfarrer in Friedrichshafen gehört. Sie bringen zum Ausdruck, was wir gemeinsam vorhaben. Und wir können nur hoffen, daß die Schwierigkeiten in den evangelischen Landeskirchen überwunden werden. Derzeit brauchen wir, wie gesagt, etwas Geduld.

2. Zum Golfkrieg und den sich daraus ergebenden Zukunftsfragen darf ich auf das Wort der deutschen Bischöfe hinweisen. Da steht: „Wir sind aufgerufen zu tätiger Solidarität . . . mit der Völkergemeinschaft in der Verteidigung einer gerechten internationalen Ordnung.“

Dies führt uns natürlich in die Zukunft: Wir wollen mit der Völkergemeinschaft gemeinsam Fortschritte machen. Und deshalb habe ich dies auch explizit in meiner Erklärung zur UNO-Resolution 688 begrüßt, denn wir müssen zu einem neuen Begriff der Souveränität kommen. Es geht nicht mehr an — und da spreche ich auch als einer, der fast 10 Jahre in Afrika regierungsamtliche Blutbäder vor Ort erlebt hat —, daß man Millionen Menschen ausrotten oder über die Grenzen treiben kann und dann internationalen Schutz mit dem Hinweis abwehrt, daß es sich um interne Angelegenheiten der jeweiligen Regierung handele. Ich komme ja selbst aus dem Völker-

recht, war ursprünglich Jurist und habe meine erste Dissertation in Heidelberg 1954 über das Thema „Der Einfluß des Krieges auf die völkerrechtlichen Verträge“ geschrieben. Und so sehe ich die Zukunftsperspektiven darin, daß die Völkergemeinschaft vielleicht zunächst in Europa und dann in den Vereinten Nationen zu einem effektiven Schutz der Menschenrechte, der Minderheiten, ja zu einer gerechten Internationalen Ordnung kommt. Und wenn es dazu kommt, dann sind auch viele Probleme der Bundeswehr gelöst, weil wir sie dann nicht mehr allein und für uns lösen, sondern dadurch, daß wir uns als gleichberechtigte Partner ins Bündnis einbringen. Schon mehrfach habe ich erwähnt, daß die Bundesrepublik Deutschland weder tapferer noch zurückhaltender als andere sein muß, sondern einen ganz normalen Beitrag wie unsere Partner in Europa und in der Welt leisten soll. Und ich glaube, daß hier die Zukunft liegt und daß wir an dieser Entwicklung mitarbeiten sollten, auch auf unseren internationalen Begegnungen. Wo immer ich das kann, werde ich in dieser Richtung mithelfen. Als nächste Gelegenheit bietet sich wahrscheinlich in Rom die Möglichkeit, dazu zu sprechen, wohin ich unmittelbar nach der Lourdes-Wallfahrt fliege.

3. Ein Wort noch zur Woche des Lebens. Es hat mich sehr gefreut, wie lebendig hier über Ihre Beschlusvorlage „Es geht um das Le-

ben“ diskutiert wurde und daß wir zu einer solchen klaren Äußerung gekommen sind. Ich darf zu einem häufig geäußerten Argument, das ich natürlich auch häufig zu hören kriege, und das schon zu Recht zurückgewiesen wurde, etwas sagen. Da wird gesagt: „Sie sind so bekannt für ihren Einsatz für das ungeborene Leben, wie können Sie Militärbischof werden? Sie werden völlig unglaubwürdig, wenn Sie sich da einsetzen.“ Da muß man wirklich sagen: „Umgekehrt wird ein Schuh daraus“! Denn wenn sie schon gegen die Tötung im Krieg sind, wie sehr müßten sie dann gegen die Tötung unschuldiger Kinder sein. Und das sind sie ja bekanntlich gar nicht so entschieden. Aber wer für die Schonung unschuldiger Kinder ist, kann sich auch für den Schutz Unschuldiger vor Unrecht einsetzen und im äußersten Fall den Einsatz militärischer Gewalt zur Verteidigung gegen Unrecht akzeptieren, wenn sie das geringere Übel ist.

Wissen Sie, es ist ja wirklich paradox, wenn Sie heute einem Hund ins Gesäß treten, dann landen Sie vor dem Gericht und müssen froh sein, wenn Sie mit einer Geldstrafe davonkommen. Wenn Sie aber ein ungeborenes Kind töten, dann passiert gar nichts. Und man muß natürlich auch mit großem Bedenken die zukünftige Entwicklung betrachten. Sehen Sie, wir haben heute schon in Holland Gesetze, die folgendes vorsehen: Wenn durch pränatale Diagnostik festge-

stellt wird, daß das Kind behindert ist, müssen die Eltern, wenn sie es zur Welt kommen lassen wollen, unterschreiben, daß sie für dieses Kind nie Ansprüche an den Staat stellen werden. Was heißt das für die Behinderten, die leben? Wenn ein Kind ohne Ärmchen oder mit einem schiefen Hals nicht zur Welt kommen darf, was heißt das für die, die so geboren wurden und die so leben, denen man doch damit sagt: „Du bist natürlich ein Verkehrsunfall, Dich dürfte es eigentlich gar nicht geben, wenn wir die Gesetzgebung schon fortschrittlich genug ausgelegt hätten.“ Und es wird ja dann weitergehen. Es wird dann immer mit der Unzumutbarkeit argumentiert werden. Wir haben jetzt die Unzumutbarkeit, daß die Geburt stattfindet, wenn das nicht in die Lebensplanung der Eltern paßt; das ist die Notlagenindikation. Das glaubt ja nun kein Mensch, daß in einer noch nie gekannten Wohlstandsgesellschaft —, in einer Wohlstandsrepublik, wie wir sie noch nie gehabt haben — daß da die Notlagen der Frauen so groß sind, daß sie nur durch hunderttausendfache Tötung ungeborener Kinder gelindert werden kann.

Es ist also nicht zumutbar, wenn es meiner Lebensplanung nicht paßt. Wenn heute die Geburt nicht zumutbar ist und in Holland die Geburt Behinderter nicht zumutbar ist, dann wird natürlich bald auch das Ende des Lebens angegriffen. Wie heißt es dann? Dann

heißt es so — auch diese Gesetzentwürfe liegen in den Niederlanden bereits vor —: Wenn am Ende der Schmerz nicht mehr zumutbar ist, dann muß man, natürlich nur nach Beratung, die Möglichkeit eines schmerzlosen und würdigen Todes eröffnen, natürlich nur mit Einstimmung und mit Beratung. Dies ist der Einstieg; dann geht es weiter, wenn es nachher von der Behinderung her nicht mehr möglich, nicht mehr zumutbar ist, oder von der Pflege her nicht mehr zumutbar ist, und so weiter. Da werden herrliche Terminologien gefunden, aber wenn es erst einmal — bei allen Kautelen — gesetzlich möglich wird, daß wir einen Gnadentod einführen, dann müssen Sie sich doch mal überlegen, unter welchem Druck ältere Menschen geraten, die jetzt krank und pflegebedürftig werden.

Wenn es diese Möglichkeit überhaupt nur gibt, dann ist die 80jährige Tante Emma natürlich verunsichert. Die Verwandten gucken sie an und sagen: Du brauchtest eigentlich gar nicht so leiden. Und wir brauchten auch nicht diese furchtbare...“ Sie müssen einmal überlegen, worauf wir jetzt zugehen! Wir gehen auf eine Masse älter werdender Egoisten zu, die die junge Generation dezimiert haben die Pyramide wird ja oben immer breiter. Von wem erwarten denn dann diese vielen alten Leute, gepflegt zu werden? Das kommt dann soweit, daß sie sagen: „Aber warum willst Du Dich noch

quälen?“ Wir sind jetzt schon auf dem besten Wege dazu, daß die häusliche Pflege angerechnet und aufgerechnet wird. Jetzt stellen Sie sich mal vor, daß jede Nachtwache beim kranken Kind und jedes Wenden des wundgelegenen Großvaters in der Nacht berechnet und ersatzpflichtig wird, das gibt natürlich eine Explosion. Das darf so nicht weitergehen. Diese Entwicklung müssen wir durch unsere christliche Wertauffassung nicht nur beeinflussen, sondern umzukehren suchen. Deshalb sollten wir an der Woche des Lebens, die ja jedes Jahr auch auf der europäischen Ebene kommen soll, an der noch andere Nationen regelmäßig mitmachen, deutlich manifestieren, damit nicht so viele glauben, sie wären eine Minderheit, was wir den Medien nach zu sein scheinen. In Wirklichkeit gibt es wirklich große schweigende Mehrheiten, wir wir von Allensbach hören. Aber in den Medien gelten wir so als die letzten Unbelehrbaren, und da sollten wir etwas deutlicher werden.

4. Zu diesem Bericht der Jugendoffiziere: Sie wissen vielleicht, daß die Bischöfe ihre eigenen und zum großen Teil dieselben Schwierigkeiten mit dem BDKJ hatten. Ich will Ihnen nur ein Beispiel sagen. Jetzt wurde der BDKJ gefragt, an der Woche für das Leben teilzunehmen und etwas zu veranstalten. Sie haben uns dann wissen lassen, da wären die Fristen viel zu kurz, um da noch Ter-

mine zu machen. Wenn das im Juni sein sollte, hat der BDKJ im März oder Februar schon gesagt, ist das zu kurzfristig für die Planung. Wenn dagegen ein Golfkrieg ausbricht, dann können sie in zwei Tagen reagieren. Und hier sollen vier Monate zu kurz sein, um irgendetwas Vernünftiges zu planen? Aber damit werden wir auch versuchen, zu einer Besserung zu kommen, zumal ja auch, was jetzt nachwächst in der Jugend, schon ganz anders aussieht. Aber wir haben natürlich noch einen großen Bestand an Jugendfunktionären von früher. Sie wissen, die Hauptamtlichen in der katholischen Jugendarbeit gingen früher zu Verbänden, in die Wirtschaft und zu Landratsämtern usw. Hauptamtlicher in der katholischen Jugendarbeit war eine derartig positive Empfehlung, daß sie keine Probleme hatten, Stellen zu finden. Nur was sich zwischen 1968 und 1978 angesiedelt hat, das bleibt. Das gilt natürlich nicht für alle, da gibt es sehr verdienstvolle Leute. Aber als sie mit 22 kamen, haben sie lauthals gesungen: „Trau keinem über 30.“ Mittlerweile sind sie 41 und immer noch in der Jugendarbeit. Ein Wechsel ist auch bei den heutigen arbeitsrechtlichen Bedingungen natürlich schwierig. Aber wir werden versuchen — wir haben ja auch die „aktion kaserne“, die sich da verdienstlich macht —, da zu einer gewissen Auflockerung zu kommen.

5. Zur europäischen Einigung:

Sie kommt näher, und wir müssen unseren Beitrag einbringen. Es ist natürlich klar, wir haben einen weitaus höheren Organisationsgrad und viel stärkere staatskirchliche Systeme als in den anderen Ländern. Das hat Vorteile und Nachteile. Wir müssen versuchen, die Vorteile beider Systeme zu kombinieren, sowohl der größeren Trennung und Freiheit in den anderen Ländern und der größeren Zusammenarbeit bei uns. Im übrigen hoffe ich, daß ich dann beim nächsten Mal schon etwas mehr Erfahrung mitbringe als diesmal und wir dann, besonders in Hinblick auf die Lösung unserer Fragen bezüglich Wiedervereinigung, zusammenarbeiten, damit nicht verlorengelut, was wir in der Bundesrepublik und in unserem Grundgesetz, in unserer Staatskirchenverfassung und in der staatlich-kirchlichen Zusammenarbeit haben. Ich wünsche Ihnen einen guten Abschluß. Ich freue mich, daß wir uns gestern und auch heute so gut verstanden haben. Ich bin offen für alle Anregungen und alle Impulse, die Sie mir zukommen lassen wollen. Untereinander wollen wir Kinder Gottes bleiben. Und in dieser Kombination Kinder vor Gott und einander voll ernstnehmend, erhoffe ich mir die zukünftige Zusammenarbeit. Danke.

Kloster Heiligkreuztal, 2. Mai 1991

Johannes Dyba

Pontifikalamt

Der Katholische Militärbischof, Erzbischof Dr. Dr. Dyba hat am 1. Mai 1991 in der Münsterkirche von Kloster Heiligkreuztal um 17.30 Uhr ein Pontifikalamt mit den Gästen und Delegierten der 31. Woche der Begegnung gefeiert.

In seiner Predigt ermutigte Erzbischof Dr. Dyba die katholischen Laien in der Bundeswehr, dem Beispiel des heiligen Josef zu folgen

und in Treue fest zur Kirche und zum Glauben zu stehen. Die Tugenden des Heiligen, der am 1. Mai gefeiert wird, seien Bescheidenheit und Treue. Diese Werte sind unabhängig von jeder Tagesaktualität von Bedeutung für das Leben jedes einzelnen vor Gott, betonte der Militärbischof.

Im Anschluß an das Pontifikalamt lud er zu einem Gästeabend ein.

br/Presse-Info KMBA

Reden aus Anlaß des Gästeabends der 31. Woche der Begegnung

**Generalvikar
Eberhard Mühlbacher,**

Hochwürdigster, lieber Herr Erzbischof, verehrte Damen, sehr geehrte Herren,

entschuldigen Sie bitte diese kurze Anrede, aber ich bin zutiefst ergriffen über diese differenzierte Vorstellung der Gäste durch meinen Kollegen Ernst Niermann. Ich glaube, ich muß das nicht wiederholen. Ich heiße Sie herzlich willkommen im Namen unseres Bischofs Dr. Walter Kasper der Sie sehr herzlich grüßen läßt.

Ich heiße Sie willkommen hier in

dieser unserer schönsten Bildungsstätte der Diözese Heiligkreuztal. Sie befinden sich auf dem Boden der Diözese Rottenburg/Stuttgart. Ich betone das, Sie sind ja als eine Militärdiözese, die das ganze Bundesgebiet abdeckt, gewissermaßen abgehoben von den Territorialstrukturen der deutschen Kirche.

Mein besonderer Gruß gilt Ihnen, verehrter Herr Erzbischof. Ich hatte das Vergnügen, Sie schon vor 25 Jahren, am Rande des Konzils kennenzulernen. Damals gab es jede Woche einen Stammtisch der Konzilssekretäre, zu dem auch unsere deutschen Vertreter aus der Staatssekretarie dazukamen.

Einen herzlichen Gruß meinem Kollegen, Dr. Ernst Niermann und Ihnen allen, ich habe es bereits gesagt. Eingangs dieses Gottesdienstes hat Herr Pfarrer Sieger schon auf die historische Bedeutung die-

ser Stätte hingewiesen, es ist einigen wenigen Leuten gelungen aus dieser halbzerfallenen Stätte das zu machen, was es heute ist und das zu machen nicht nur im Blick auf die Gebäulichkeiten, sondern eine Bildungsstätte zu machen in der Menschen aller Berufsgruppen, aller Altersstufen, Menschen auch mit vielerlei Problemen zusammenkommen und hier Vertiefung, Hilfe und Ermutigung bekommen. Es ist das große Verdienst der Stefanus-Gemeinschaft, das darf ich hier sagen sowie ihres Motors und Promotors Alfons Bacher, daß dies Werk gelungen ist, natürlich auch mit Hilfe der kleinen Schärflin der Diözese des Bundes und des Landes. Wir freuen uns auch, das haben Sie auch vielleicht bemerkt, daß eine kleine klösterliche Gemeinschaft, zwar nicht die Zisterzienserinnen, aber die Schwestern der hl. Klara hier wieder Fuß gefaßt haben.

Meine Damen und Herren, Ihre Begegnung findet am 1. Mai statt, das ist der Tag der Demonstrationen, der roten Fahnen, der starken Sprüche, Sie haben es heute gehört wahrscheinlich in den Nachrichten, früher der Militärparaden — ein schönes Gefühl diese Bilder im Fernsehen nicht mehr sehen zu müssen vom Roten Platz oder vor anderen roten und ähnlichen Plätzen. Ich möchte Ihnen allen in diesem Sinne ganz einfach Dank sagen für das was Sie im Apostolat der Kirche unter Soldaten leisten. Wenn Sie diesen jun-

gen Menschen Mut machen und Selbstbewußtsein schenken, auch aus Aspekten des Glaubens heraus. Die besondere Struktur der Militärseelsorge, eine Art Teilkirche zu sein, macht ihre Arbeit in mancher Hinsicht gewiss nicht leichter. Ich persönlich wünsche mir immer, daß auch die Ortspfarren unserer Standorte sich um die Menschen am Ort kümmern, nicht etwa in Konkurrenz zum Militärfarrer, aber wir haben ja gar nicht so viele. Jeder gängelt sie. Meine Damen und Herren, auf Ihrer Begegnungstagung verweisen Sie auf ihren Beitrag zu einer gemeinsamen Werteordnung. In einer Predigt Ihres unvergessenen Vorgängers, lieber Erzbischof, Erzbischof Elmar Maria Kredel, bekam ich den Hinweis auf ein Wort Johannes Paul II., daß er am Ende seines ersten Deutschlandbesuchs im November 1980 ausgesprochen hat. Er sprach damals von der Zukunft Europas, der er wünschte, daß er — ich zitiere: „daß sich in ihr jene Zivilisation der Liebe verwirklicht, die vom Geist des Evangeliums inspiriert und zugleich auch zutiefst humanistisch ist.“ Und dabei machte er deutlich, was er unter Zivilisation der Liebe versteht — und zitiere wieder: „die Liebe gestattet allen sich wirklich frei und in der Würde frei zu fühlen, dazu muß auch die Politik eine aufrichtige Solidarität mit beitragen, die es unmöglich macht, daß sich jemand des anderen zu seinem eigenen Nutzen bedient. Zugleich

schließt sie jede Form der Ausbeutung und Unterdrückung aus.“

Dieses Wort meine Damen und Herren, das Wort des Hl. Vaters bezog sich unmittelbar auf die Gestaltung Europas. Wir stehen gemeinsam vor großen Aufgaben in dieser Hinsicht. Die Soldaten des Nordatlantischen Bündnisses geben jedes Jahr ein überzeugendes Beispiel für den Aufbau einer Wertordnung. Ich denke mit Ergriffenheit noch immer an eine Soldatenwallfahrt nach Lourdes, an der teilzunehmen ich die Ehre hatte. Es war ein überwältigendes Erlebnis, Junge Soldaten zahlreicher Nationen — auch außereuropäischer — zu sehen, wie sie gemeinsam miteinander die Liturgie gestalteten. Liturgie gestalten aber ist nicht möglich ohne sich gleichzeitig um eine Lebensgestaltung in Christus zu bemühen. Und das tun Sie und dafür verdienen Sie unser aller Dank. Ich finde nicht viele vergleichbare kirchliche Gruppen, die in ähnlicher Weise grenzüberschreitend wirken, abgesehen von den Städtepartnerschaften, in die manchmal Kirchengemeinden einbezogen sind und abgesehen von den finanziellen Hilfen, die wir aber oft mehr in eine Einbahnstraße hinausgehen lassen. Unsere katholische Kirche in Europa hat es leider zur Stunde noch nicht geschafft, weitere merkbare Zeichen für Europa, für ein Europa des Miteinanders und mit dem Hl. Vater verbundenen Ortskirchen zu setzen. Es ist höchste Zeit dafür,

sonst besteht die Gefahr, daß die Kirche einfach in die Provinzialität abrutscht. Und ganz gewiß werden dann andere Kräfte diesen Part — unseren Part — übernehmen.

Meine Damen und Herren, lieber Herr Erzbischof, lassen Sie uns gemeinsam fortfahren, mitzubauen an dieser Zivilisation der Liebe, die unser Hl. Vater fordert. Diese nämlich ist die wichtigste Voraussetzung jeglicher Werte.

Ich möchte Ihnen für Ihre weitere Arbeit Mut zusprechen — und vor allem, jetzt nicht mehr weit von Pfingsten, den Hl. Geist wünschen mit all seinen Gaben, vor allem mit den Gaben des Rates und der Stärke.

Generalmajor Horst Albrecht

Herr Militärbischof, Sie merken die unterschiedliche Anrede, meine Damen und Herren!

Zunächst meinen ganz persönlichen herzlichen Dank für die Einladung zu dem heutigen Abend. Ich bin sehr gerne hierhergekommen, weil ich, Herr Direktor Bacher weiß das natürlich, hier fast ein Heimspiel habe. Denn diese Räume, genau die, wo heute Abend diese Zusammenkunft stattfindet, haben auch schon einen anderen Kreis gesehen. Wir finden uns hier in diesem Raum, jedes Jahr z. B. zu der großen Kommandeurtagung des II. Korps zusammen, um die Richtung für die künftigen Monate zu bekommen. Wir sind also auch hier ein bißchen zu Hause. Ich

übermittele die Grüße des Herrn Kommandierenden General, Generalleutnant Ferstl und damit auch die Grüße aller aktiven Soldaten im Südbereich, ich darf das jetzt schon einmal vorwegnehmen mit der Struktur 5, nachdem Ulm ja nun entschieden worden ist als neues Heereskommando Süd, nehme ich gleich das Territorialheer und alle die darin mit Dienst tun, mit hinein. Damit Sie sich gleich daran gewöhnen! Ich möchte aber Ihnen den Tagungsteilnehmern, herzlich danken für Ihr Engagement, ich komme noch einmal zum Schluß darauf zurück. Fürchten Sie aber nicht, daß es eine lange Rede wird, ich weiß, daß man sich große Verdienste erwerben kann, wenn man ein Grußwort sehr kurz faßt.

Ich meine, daß wir Soldaten zwar schon immer die Kirche brauchten, daß wir Soldaten aber ab sofort und in der Zukunft dieser Hilfe ganz besonders bedürfen. Denn es kommen schwierige Aufgaben und Prüfungen auf das Heer zu, die es in dieser Dimension bisher nicht gab. Ich darf sie nennen, so wie ich sie in der Wirklichkeit sehe. Wir sind in den kommenden Jahren aufgefordert aufgrund eines politischen Entschlusses, die Bundeswehr zu reduzieren auf insgesamt 370 000 Mann. Das ist an sich ein erfreuliches Zeichen, daß wir das — aber dem Kreis der hier versammelt ist, brauche ich das nicht näher zu erklären, daß dahinter natürlich eine soziale Aufgabe

steht und wenn bei der Forderung nach der Rückführung der Bundeswehr auf 370 000 Mann bis Ende 1994 immer das Wort Sozialverträglichkeit benutzt wird, dann hört sich das vielleicht etwas harmlos an, aber genau auf diesen Punkt wird es ankommen. Denn hier ist die ganz persönliche Betroffenheit der Soldaten und Familien, die zu Ihnen gehören, zu spüren, denn dieses Herunterfahren auf eine solche Größe wird auch nicht spurlos an den Familien vorbeigehen. Hier brauchen wir auch Ihre Hilfe. Das ist die erste Priorität. Die zweite, so meine ich, ist das Hineinnehmen der Angehörigen der ehemaligen Nationalen Volksarmee ohne das ich das jetzt hier weiter vertiefen möchte. Ich habe einige Besuche in der Bundeswehr Ost hinter mir und Gespräche mit den jetzigen Bundeswehrangehörigen, früher NVA und ich habe das noch einmal bestätigt gefunden, was ich ohnehin mir schon vorher zurechtgelegt hatte. Es ist aus meiner Erfahrung heraus unvorstellbar, was mit den Menschen in diesen Jahrzehnten passiert ist. Diese Menschen, ohne das sie das vielleicht selbst erkannt haben oder auch sich dessen jetzt bewußt sind, sind im tiefsten Inneren in diesen Jahrzehnten verändert worden. Und wenn man die Gelegenheit hat, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und dieses Gespräch in eine etwas tiefere Ebene steuert, merkt man erst, wie diese Veränderungen,

diese Veränderungen der Seele möchte ich sagen, erfolgt sind und sie haben alle Schaden genommen, meine ich. Es ist unsere Aufgabe ihnen zu helfen, dieses zu überwinden. Ich bin aber sicher, daß das nicht eine Aufgabe ist, die wir in Monaten erledigen können, dafür wird es sicherlich vieler Jahre bedürfen, manche wird es geben, hoffentlich nur manche, die den letzten Schritt sicherlich nicht mehr machen können.

Mein drittes: Nach wie vor trifft uns Soldaten die in der Öffentlichkeit geführte Diskussion um das Frankfurter Urteil. Es ist nicht so, daß wir zur Tagesordnung übergegangen sind, das Urteil über die potentiellen Mörder ist etwas, was uns ganz tief getroffen hat. Ich wäre sehr dankbar, wenn in beiden Kirchen der Bundesrepublik — nicht nur in der Militärseelsorge, klare Worte gesprochen würden. Und ein letztes, das schließt den Kreis zu Ihnen und Ihrer Aufgabe auch in der Zukunft. Wir haben in der Vergangenheit in der Bundeswehr — so meine ganz persönliche Formulierung — mehr oder weniger in einem umhetzten, friedlichen Terrain gewohnt, beschützt durch die NATO die all die Dinge regelte aus unserer Sicht, die unangenehm waren und die in der weiten Welt passierten. Dieses ist mit dem 3. Oktober, mit dem Erreichen der vollen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland vorbei, unsere Nachbarvölker gucken uns an und fragen uns: Deutsch-

land was machst du mit deiner Souveränität in Zukunft und unterziehst du dich auch den gleichen Pflichten, denen wir uns unterzogen haben. Und zu diesen Pflichten gehört — da bin ich ganz sicher — auch, daß im Geist in weiter Zukunft auf uns Soldaten Aufgaben zukommen, Aufträge zukommen, die in der Vergangenheit in der Bundeswehr, aber auch bei den Soldaten zum Teil in Vergessenheit geraten sind. Ich glaube, wir werden in nicht allzuweiter Zukunft aufgrund politischer Entschlüsse Aufgaben zu erfüllen haben, die mit unserem Kriegshandwerk zu tun haben. Und gerade in diesem Zusammenhang ist es von existentieller Bedeutung, daß auch hier die Verbindung zur Kirche nicht abreißt. In diesem Sinne wünsche ich besonders den Delegierten, auch in der Zukunft eine erfolgreiche Arbeit. Herzlichen Dank.

Bürgermeister Karl Wolf

Verehrter Herr Militärbischof, meine Herren Generalvikare und Vertreter der Kirchen, Herren Generäle und Vertreter der Bundeswehr, meine Herren Bundestagsabgeordneten, meine sehr verehrten Damen und Herren,

als Bürgermeister von Altheim und somit auch dem schönen Heiligkreuztal darf ich Sie alle heute Abend sehr herzlich begrüßen und willkommen heißen. Zu einer Woche der Begegnungen haben Sie

sich hier in diesem ehemaligen Zisterzienserkloster Heiligkreuztal zusammengefunden um Gedanken und sicherlich auch Wünsche für eine europäische Sicherheit auszutauschen. Sie haben zu diesem wichtigen Thema einen Ort gewählt, der Ihnen Ruhe und Abgeschiedenheit bestätigt und gewährt, damit Sie sich auf Ihre Aufgaben konzentrieren können. Es schenkt Ihnen aber auch vielfältigste Begegnung mit der reifen Geschichte dieser Stätte und den vielfältigen Kunstschatzen. Und ein wenig, meine sehr verehrten Damen und Herren, finden Sie ganz in der Nähe auch etwas Europa vor, durch den Ausbau des ehemaligen Bauhofes des Stefanuswerkes, ein Gebäude dieser Gemeinschaft zum Übergangswohnheim für Aussiedler, so kann man wohl davon sprechen. In dieser Begegnung, mit den Menschen die dort leben, wird immer wieder deutlich, wieviel in unserer Welt im Argen liegt. Aber auch welche Kraft viele dieser Menschen aus ihrer Religiosität schöpfen. Als wir im vergangenen Jahr noch das Gefühl hatten, der Friede sei nahe wie nie, so brachte uns doch der Kreuzweg große Ernüchterung. Und unsere Bundeswehrsoldaten sahen sich der Situation eines evtl. Kriegseinsatzes gegenübergestellt. Jeder von uns weiß, welche Diskussionen es um eine Verfassungsänderung gibt und jeder ahnt die Sorgen und Nöte vieler Soldaten und ihrer Angehörigen

ob ihres künftigen Schicksals. Hier sind gerade die Militärseelsorger besonders gefordert. Und ich wünsche, daß gerade diese Begegnung in unserem schönen Heiligkreuztal Ihnen ein Stück weit Kraft gibt, dieser Aufgabe gerecht zu werden, jungen Menschen Hilfe und Stütze zu sein. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Kloster Heiligkreuztal so höre ich immer wieder, entläßt seine Gäste stets gestärkt in den Alltag, daß dies auch für Sie gelten möge, das wünsche ich Ihnen von Herzen.

Direktor Bacher

Sehr verehrter Herr Militärbischof, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Soldaten.

Im Namen der Stefanusgemeinschaft sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kloster Heiligkreuztal, unserer Bildungsstätte, heiße ich Sie in Heiligkreuztal noch einmal ganz herzlich willkommen. Ich überbringe Ihnen die Grüße, unseres im März neugewählten Leiters der Stefanusgemeinschaft des Herrn Oberstleutnant Werner Viotak aus München.

Zum erstenmal steht an der Spitze der Stefanusgemeinschaft ein aktiver Offizier der Bundeswehr, nachdem der Gründer der Stefanusgemeinschaft als Fallschirmjägerführer im letzten Krieg schwer verwundet worden war und als 100 %iger Krüppel aus diesem furchtbaren Geschehen des 2. Weltkriegs herausgekomm-

men ist und dann diese Gemeinschaft gegründet hatte. Ich heiße Sie alle willkommen mit einem Wort, das im Windfang unserer Eingangshalle unten steht. Sie haben das sicher schon öfter gelesen, seit Sie Heiligkreuztal kennen. Lateinisch „Porta patet magis cor.“ Ein Wort, das aus der klösterlichen Tradition des Mittelalters stammt, mit dem man viele Fremde, die als Gäste in die Klöster eingekehrt sind, begrüßt hat. Dieses Wort haben wir für unsere Tagungsstätte übernommen. „Unsere Türen stehen weit offen, unsere Herzen noch mehr.“ Das gibt ein Leitwort für all das, was hier in Heiligkreuztal geschehen soll. Ich hoffe und wünsche, daß hier in dieser Woche und alle die hier immer wieder im Laufe der Zeit einkehren, dies wirklich buchstäblich erfahren. Wir sind von der Stefanusgemeinschaft aus der katholischen Militärseelsorge, dem früheren Militärbischof Hengsbach, dem Prälaten Ludwig Steger, der uns die Verbindungen geschaffen hat und Anregungen nach Bonn gegeben hat, dem Militärbischöfamt in Bonn mit dem Generalvikar und all seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern außerordentlich zu Dank verpflichtet. Daß ganz am Anfang, als die Stefanusgemeinschaft dieses Kloster 1972 vom Land Baden-Württemberg gekauft hat, die Verbindung zur Militärseelsorge geschaffen werden konnte. Dank einer tüchtigen Finanzspritze des Militärbischöfs-

amtes, jedermann weiß wie hoch der Betrag ist, 700 000,— DM verlorener Zuschuß, 600 000,— DM Darlehen, die später in einen verlorenen Zuschuß umgewandelt worden sind und Dank der danach erfolgten großartigen Hilfe unseres Diözesanbischöfs von Rottenburg und sonstiger kirchlicher Stellen, konnten wir den Ausbau wagen und beginnen. Es ist in der Tat so, daß neben der Stefanusgemeinschaft die Soldaten aller Dienstgrade aus der Militärseelsorge aus den vielen Standorten hier in Heiligkreuztal Herz und Hände eingebracht haben. Wir wären noch längst nicht so weit in der Erneuerung dieses Klosters, wenn wir unter Ihnen nicht viele Freunde gefunden hätten. Dafür sind wir unendlich dankbar. Die ersten Arbeiten, die hier durchgeführt worden sind, wurden geleistet von Fallschirmjägern aus Calw und Nagold mit dem damaligen Militärpfarrer Appold, der dann nach Hamburg gekommen ist als Dekan als Pfarrer für die Bundeswehrhochschule. Viele andere Standorte sind nachgefolgt, auch alliierte Truppen haben uns geholfen. Besonders schön waren die Transportübungen amerikanischer Pioniere, weil wir mal nicht Raketen oder Munition transportiert haben, sondern geübt hatten, wie man aus der Stadt Stuttgart wunderschöne alte Pflastersteine in verschiedenen Marschgruppen von der Stadt Stuttgart nach Heiligkreuztal transportiert. Da deut-

sche Soldaten, wegen des Gewerbes, der Industrie und ihrer Freizeit, kein Bundeswehrfahrzeug einsetzen dürfen, haben uns die Verantwortlichen des II. Korps solche Verbindungen geschaffen und ich möchte all denen die an diesen Aktionen beteiligt sind, heute noch einmal herzlich danken. Ich werde sicher so schnell keine große Gelegenheit mehr haben, das einfach so zu sagen. Viele Menschen haben hier Herz und Hände in Heiligkreuztal eingebracht und ich hoffe und wünsche, daß Sie im Laufe der Zeit, wenn Sie hier aus- und eingehen als unsere ganz selbstverständlichen Freunde, sich auch daran erinnern, daß uns gegenseitig die Freundschaft trägt. Ich bin glücklich, daß die Stefanusgemeinschaft in der Militärsorge einen Partner gefunden hat, nämlich ganz normale und vernünftige Männer, abhold aller links- und rechtsextremen Entwicklungen und Wünsche oder Begebenheiten. Ich bin glücklich, daß wir diese Partnerschaft gefunden haben und auf diese Weise dieses Kloster Heiligkreuztal in 18 Jahren zu 2/3 erneuern konnten. Wir haben in der Zwischenzeit 32 Millionen DM investiert. 12 Millionen kamen von kirchlichen und staatlichen Stellen von Denkmalpflege und anderen Zuschußstellen. 20 Millionen DM sind eingebracht worden von Spenden unserer Freunden und Förderer und die vielen Arbeitsleistungen am Ort. Heiligkreuztal soll natürlich voll-

det werden. Wenn ich gefragt werde, was es noch kosten würde, dann sage ich immer ganz bescheiden, wir schätzen so etwa 20 Millionen DM wird es noch kosten. Aber ich habe keine allzugroße Sorge, seit ich seit 2 Jahren in der Zeitung nur noch von Milliardenbewegungen an DM lese, 20 Milliarden dort, 100 Milliarden dort jedes Jahr. Seit ich das also lese, bin ich ganz zuversichtlich, daß von diesen gewaltigen Geldströmen, die dauernd unterwegs sind, man weiß nicht immer genau wohin sie gehen, daß von den gewaltigen Geldströmen, doch vielleicht möglich wäre, im Laufe von 10 Jahren 20 Millionen DM nach Heiligkreuztal abzuzweigen. Sie alle haben diesen Aufbau von Heiligkreuztal mitverfolgt. Wenn Sie das mit mir verfolgen, daß wir auf den Fundamenten religiöser Gläubigen leben, was hier in Jahrhunderten zum Ausdruck gekommen ist, im Gebet und Arbeit der vielen Zisterzienserinnen und Abtissinnen, die uns hier im Glauben vorangegangen sind, daß auf diesem Fundament für Sie und für uns alle und für die Zukunft der Kirche eine neue Stätte geistlichen Lebens entstehen möge, ein Ort, an dem man sich an Menschsein und auf sein Christensein besinnt. Ein Ort vielfältiger Bildungsarbeit, ein Ort der Begegnung, ein Ort ohne alle Berührungsängste. Wir dürfen unseren katholischen Glauben hier ganz unverfälscht und ungeniert leben, das ist selbstverständlich.

Aber wir begegnen allen, die zu uns kommen, allen evangelischen Mitchristen, den Orthodoxen und alle die zu uns kommen, allen Gästen, so wie es dieses Begrüßungswort aus mittelalterlicher Tradition aussagt: „Porta patet — cor magis — Unsere Türen stehen weit offen — unsere Herzen noch mehr —“ mit einem großen Respekt. Ich denke, daß wir in dieser Zeit in der wir leben, wir haben einige sehr bedenkenswerte Worte heute Abend schon gehört, daß es da notwendig ist, daß wir alle Kräfte des Glaubens an unseren Herrgott, an den einen Gott, auf den wir alle zugehen, alle diese Kräfte des Glaubens gemeinsam mobilisieren, uns gegenseitig ermutigen und uns gegenseitig stärken, damit wir unsere Aufgabe hier am Ort, aber dann vor allem, Heiligkreuztal ist nur sozusagen die praktische Stelle, wo man ein paar Anregungen bekommt, daß wir wenigstens draußen vor Ort unseren Pfarrgemeinden, unseren Dekanaten in unseren Diözesen, daß wir dort unsere Frau und unseren Mann stehen und weit über unsere Kirche hinaus für das Reich Gottes arbeiten. Ich wünsche Ihnen schöne Tage bei uns, ich wünsche Ihnen eine gute Arbeit, ich wünsche Ihnen die erfahrene Freundschaft zwischen all denen die hier aus- und eingehen, ich wünsche Ihnen Ermutigung und Stärkung.

Bundesvorsitzender GKS Oberstleutnant i. G. Paul Schulz.

Hochwürdigster Herr Erzbischof, meine Herren Generale, meine Herren Generalvikare, meine sehr verehrten Gäste, Damen und Herren Kameraden — kann ich ja sagen.

Es ist nicht meine Aufgabe, ein Grußwort zu sprechen, sondern ich habe einen anderen Anlaß hier ans Mikrofon zu treten. Ich möchte aber trotzdem die Gelegenheit nutzen, mich bei der Stefanusgemeinschaft ganz herzlich zu bedanken für die überaus freundliche Aufnahme. Durch meine Tätigkeit als Bundesvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten lerne ich ja nun viele katholische Häuser kennen. Unterschiedlichster Ausstattung, unterschiedlichsten Baustils und auch unterschiedlichster geistiger Atmosphäre. Hier weht ein so gesunder Geist in diesen Mauern, wie er sich nur in einem Haus, in dem Abgeschlossenheit und Ruhe vorhanden sind, sich entwickeln kann. Das ist ausgesprochen fruchtbar für unsere Arbeit. Sie sprachen eben, Herr Dr. Bacher, den Wahlspruch der klösterlichen Ordnung „ora et labora“ an. Wir neigen immer als Laien dazu, mehr labora zu machen. Hier kommt man verträglich, mehr als in den anderen Häusern, zur Besinnung auch zum gemeinsamen Gebet und es ist eine so ruhige harmoni-

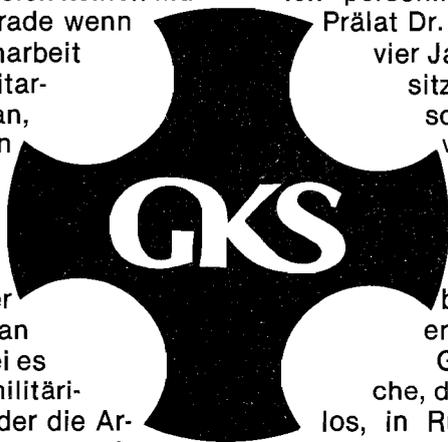
sche Atmosphäre, daß ich fest davon überzeugt bin, daß wir viel an Eindrücken, Anregungen mit nach Hause nehmen, um uns den Aufgaben im Truppenalltag und auch unseren Aufgaben im Apostolat als Laien in der Zukunft zu stellen. Ich bin auch Herrn General Albrecht dankbar, für die klaren Worte die er uns hier gesagt hat, auch das ist bei einer solchen Tagung wichtig, daß man klar erfährt, was auf einen zukommt auch auf die Familien, daß man sich keinen Illusionen hingibt. Gerade wenn man in der Laienarbeit steht, die ja Freizeitarbeit ist, weiß man, wie sehr man davon abhängig ist, daß die Familie mitspielt und das die Frauen auch zurücktreten, hinter dieser Arbeit die man zu erledigen hat, sei es die Erfüllung des militärischen Auftrages oder die Arbeit für den Glauben und für die Kirche.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich aber an Sie wenden, und meine eine ganz bestimmte Person hier im Raum, nämlich den Militärgeneralvikar des Katholischen Militärbischofs, Herrn Protonotar Dr. Ernst Niermann. Sie sind überrascht, Herr Generalvikar, das ist eben bei Soldaten so. Sie mögen Überraschungen und wenn es mir gelungen ist, freut es mich. Die Gemeinschaft Katholi-

scher Soldaten wählt den heutigen Tag und diesen Anlaß, um dem katholischen Militärgeneralvikar, Herrn Protonotar Dr. Ernst Niermann, öffentlichkeitswirksam zu danken und vor unserem neuen Militärbischof zu bezeugen, daß er sich in nun fast zehn Jahren Tätigkeit als Militärgeneralvikar als wahrer Schutzherr und Förderer der Laienarbeit wie der berechtigten Interessen der katholischen Soldaten gezeigt hat.

Ich persönlich habe in Herrn Prälat Dr. Niermann während vier Jahre als Bundesvorsitzender der Gemeinschaft einen klug abwägenden, weit-sichtigen, wenn auch strengen, so doch väterlichen Freund und Ratgeber unserer Arbeit erlebt.

Gerade die Tatsache, daß relativ reibungslos, in Ruhe, Ordnung und beinahe selbstverständlich die Seelsorge an Soldaten in den neuen Bundesländern ihre Arbeit aufnimmt, ist, Herr Generalvikar, Ihr Verdienst, um das Sie kein Aufheben machen. Das ist vielleicht noch wichtiger dabei, daß eben dieses alles im Stillen geschieht, aber es geschieht! Dekan Hecker ist seit Monaten im Bundeswehrkommando Ost eingesetzt und baut dort vor Ort die Militärseelsorge auf. Hierfür und für zehn Jahre Förderung der GKS-Arbeit



sowie vier Jahre gute — manchmal von Ihrer Seite geduldige und nachsichtige — Zusammenarbeit mit mir, möchte ich Ihnen von Herzen danken und als sichtbares Zeichen unserer Wertschätzung das Signum unseres Verbandes, das große Kreuz der GKS, mit den besten Wünschen für Ihre Gesundheit, wir freuen uns, daß es doch noch möglich war, daß sie gekommen sind, und weiteres segensreiches Wirken in der Seelsorge an uns Soldaten und für die Gemeinschaft Katholischer Soldaten überreichen.

Für die Gäste darf ich vielleicht dieses Kreuz kurz erläutern: Es ist ein Kreis, die Kreuzform kommt dadurch zustande, daß vier Kreis-segmente ausgeschnitten sind. Der große Kreis stellt dar, die Ge-

meinschaft in der wir leben, für die wir arbeiten, der wir uns verpflichtet haben und zu deren Ziel wir uns bekennen.

Die kleinen Kreise, die ja das Kreuz erst möglich machen, stellen die Organisation dieser Gemeinschaft dar, nämlich die Gemeinschaft auf der Wehrbereichsebene und vor allen Dingen vor Ort, dort heißen wir auch die Kreise der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Also in Verbindung der Basis der Kreise vor Ort mit der Gesamtgemeinschaft ergibt sich diese Kreuzform. Ich meine für uns Soldaten unverkennbar, die durchaus gewollte Ähnlichkeit mit dem Balkenkreuz an unseren Gefechtsfahrzeugen das Signum für die Streitkräfte.



(Foto: Belch)

OLT i.G. Schulz, GKS-Bundesvorsitzender, bei seiner Rede auf dem Gästeabend (r. sitzend Oberstarzt Dr. Werner)

Vorsitzender ZV Oberstleutnant Heinrich Havermann

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Generalvikar,

eigentlich war es ja gemein, vor den Anwesenden so lange zu klatschen, daß Sie nun das Kreuz der GKS tragen.

Meine Damen und Herren, wir haben einen neuen Militärbischof unter uns. Ich kann eigentlich nur mit dem Leitwort dieses Hauses, Herrn Bacher, sagen „Porta patet — cor magis“. Exzellenz, daß Sie mich hier auch öffentlichkeitswirksam wiederholen, was ich Ihnen Anfang Dezember nach Ihrer Ernennung durch den Hl. Vater schon schrieb: Das neue Amt belastet Sie mit zusätzlichen Aufgaben. Es vermehrt Ihre Arbeit.

Wir danken Ihnen dafür, daß Sie bereit waren, diese größere Last für uns Soldaten und für unsere Angehörigen zu tragen. Viele Angehörige, viele Laien Ihres neuen Jurisdiktionsbereiches sind bereit, sich für die Kirche unter den Soldaten der Bundeswehr einzusetzen und das gewiß auch unter Opfern.

Sie wurden Ende des letzten Jahres zu einem Zeitpunkt zum Militärbischof ernannt, als nicht nur in der Bundeswehr alle Terminkalender schon gefüllt waren. Ich kann mir vorstellen, auch der Ihre war schon randvoll.

Daß Sie gewissermaßen nachträglich für den heutigen Tag und

auch für den morgigen Tag Zeit für uns freigeschaufelt haben, danken wir Ihnen.

Den heutigen Abend will ich aber noch nutzen für ein weiteres Dankeswort. Herr Schulz sprach das schon an und er sprach auch die Militärpfarrer an, die schon im Bereich der neuen Bundesländer ihre Ernennung als Pfarrer im Nebenamt haben. Sie haben, Exzellenz, bereits am 30.11.1990 in einem Dpa-Interview auf die Frage nach einer zukünftigen Seelsorge an den wenigen Soldaten der Bundeswehr Ost erklärt, ich zitiere: „Die Zahl der zu betreuenden Soldaten spielt überhaupt keine Rolle. Jesus ermahnt uns sogar, dem einen verlorenen Schaf nachzugehen. Auf jeden Fall sehen wir die Bundeswehr als eine Einheit in der es keine zwei Klassen geben darf.“ Diesen Worten sind die Taten gefolgt, Ihnen und Ihrem Amt danken wir alle sehr herzlich dafür, daß Sie den Menschen, den Soldaten und seinen Anspruch auf Seelsorge in den Mittelpunkt Ihrer Überlegung gestellt haben, nicht irgendwelches staats- bzw. kirchenpolitisches Kalkül, was man hätte auch machen können.

Als Laien, die sich für die Kirche und auch in der Kirche engagieren, können wir die Erfahrung vieler Militärseelsorger bestätigen, daß sie mit ihrer Seelsorge vor Ort, in der Truppe, in der Bundeswehr, Menschen erreichen, die in einer zivilen Gemeinde gar nicht mehr anzutreffen sind. Die Kirche unter den

Soldaten der Bundeswehr ist eine, die auf die Menschen zugehen soll, nicht eine, die auf ein Kommen der Menschen wartet. Versuche, die Seelsorge an den Soldaten allein von einer zivilen Gemeinde abhängig zu machen, sind mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Scheitern verurteilt. So wenig, meine Damen und Herren, eine Gefängnisseelsorge ohne die Anstaltsleitung, eine Arbeiterseelsorge gegen den Betrieb, eine Studentenseelsorge ohne Berücksichtigung der Gegebenheiten des Hochschullebens organisiert werden kann, so wenig kann man den Soldaten eine wirkungsvolle Seelsorge anbieten, die das spezifisch Militärische außer acht läßt bzw. sogar gegen das Militär sich richtet. Bedauerlicherweise können sich die evangelischen Landeskirchen in den neuen Bundesländern nicht ganz dazu entschließen, für Soldaten Seelsorge im Rahmen des Militärseelsorgevertrages zu leisten. Als glücklicherweise davon nicht betroffene Katholiken haben wir zu schweigen. Als Soldaten, Herr General, verpflichtet zur Kameradschaft, melden wir uns zu Wort und sagen sehr deutlich, daß wir unseren evangelischen Kameraden wünschen, daß ihre Hoffnung auf eine unmittelbare Seelsorge vor Ort sich bald erfüllen möge.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zentrale Versammlung wird sich morgen mit Themen befassen, die von den schon

angesprochenen Fragen europäischer Wertevorstellungen über Fragen nach dem Auftrag des Soldaten und nach ethisch zu verantworteter Gewaltanwendung über Fragen nach der Ausgestaltung geplanter caritativer Aktionen zugunsten von Menschen in Mittel- und Osteuropa über Fragen nach Umfang und Art einer Beteiligung am 91. Deutschen Katholikentag in Karlsruhe bis zur Frage des Lebensschutzes in unserem Staat reichen.

Die Zeit nach der Herstellung der Deutschen Einheit und vor dem Zusammenwachsen der europäischen Völker unserer Zeit, das ist eine Zeit, reich an Aufgaben. Eine große Herausforderung für uns. Sind wir ihr gewachsen?

In einem Kirchenlied bitten wir: „Sonne der Gerechtigkeit, gehe auf zu unserer Zeit, brich in deiner Kirche an, daß die Welt es sehen kann. Weck die tote Christenheit aus dem Schlaf der Sicherheit, daß sie deine Stimme hört, sich zu deinem Wort bekehrt.“

Und nun, Herr Generalvikar Mühlbacher, ein Zeichen des europäischen Miteinander, ich bitte den Leiter des Sachausschusses „Soziales Engagement“ und Herrn Oberstarzt Dr. Werner, hier an das Mikrofon zu treten, Herr Oberstarzt Dr. Werner ist Träger der Idee von der finanziellen Unterstützung des Klosters vom Hl. Karl Borromäus in Trebnitz und ich begrüße deren Oberin sehr herzlich unter uns, Sr. Justina.

Herr Oberstarzt Dr. Werner begrüßt Sr. Justina aus Trebnitz

Verehrte Frau Oberin, der Vorstand der Zentralen Versammlung Katholischer Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs, hat Anfang des Jahres 1990 den Sachausschuß „Europa“ im Diözesanrat von Augsburg besucht. Sie kennen den Herrn Vorsitzenden, Herrn Professor Binder, Sie kennen den Geschäftsführer, Herrn Lachermayer, beide haben Sie schon besucht in Trebnitz. Wir haben den Sachausschuß gebeten, uns Vorschläge zu machen, welches unterstützenswerte Objekt unserem geplanten Unternehmen einer Nachbarschaftshilfe zu empfehlen wäre. Wir hatten im vergangenen Jahr bei der Zentralen Versammlung als Dank für die Gnade des 9. November 1989 eine Nachbarschaftshilfe, eine alljährliche Nachbarschaftshilfe für den Osten Europas beschlossen. Es wurde nur ein Vorschlag gemacht: Kloster Trebnitz.

Das Mutterhaus der schlesischen Schwestern vom Hl. Karl Borromäus in Trebnitz, 20 km nördlich von Breslau, ist ein Kloster, dessen Bau 1218 vollendet und das zuerst von Bamberger Benediktinerinnen besiedelt wurde. Das Kloster hatte teilweise deutschen, teilweise polnischen Charakter. Dorthin zog sich die Hl. Hedwig von Andechs (Bayern) nach dem Tod ihres Mannes, des Herzogs

Heinrich I. von Schlesien, und dem Tod ihres in der Schlacht bei Liegnitz gegen die Mongolen gefallenen Sohnes Heinrich II. zurück. Dort starb sie 1243. In der dortigen Stiftskirche wurde sie begraben.

Der weitläufige Klosterkomplex beherbergt heute u. a. ein staatliches Krankenhaus, in dem die etwa hundert Ordensschwwestern tätig sind. Diese kümmern sich außerdem um die vielen Pilger, die jährlich zum Grab der Hl. Hedwig kommen. Sie führen auch Kurse für Jugendgruppen durch.

Das Kloster wurde nach der Säkularisation 1810 ein Gefangenenlager, dann ein Lazarett. Ein Friedhof erinnert noch heute an Soldaten, die damals an Typhus starben.

Wir waren sehr froh um diesen Vorschlag, denn das unterstützte sozusagen unsere Werbekampagne. Wir konnten dieses Dreiecksverhältnis zwischen Ihrem Kloster, dem Kloster der Schwestern des Hl. Karl Borromäus, auf der einen Seite und den ersten Bewohnern des Klosters aus dem 13. Jahrhundert, den Benediktinerinnen aus Bamberg, aus der Diözese unseres damaligen Militärbischofs und vor allem der Gründerin dieses Hauses, die auch bei Ihnen in der Stiftskirche ihre letzte Ruhe gefunden hat, der Hl. Hedwig von Andechs, vom Hl. Berg in Bayern, auf der anderen Seite, nur begrüßen.

Ehrwürdige Mutter, liebe Schwester Justina, wir freuen uns, daß der Leiter des Sachausschusses,

der diese Sammlung dann durchgeführt hat, Ihnen heute hier sein blaues Papier überreichen darf, einen Scheck über den Betrag von 25558,87 DM.

Sr. Justina: „Ganz, ganz herzlichen Dank!!!“

Militärbischof, Erzbischof, Dr. Dr. Johannes Dyba

Ja, hochverehrte Gäste, meine Damen und Herren,

ich bin sehr beeindruckt, von dem, was ich hier heute Abend alles gehört habe. Ich bin ja, wie Sie vielleicht wissen, als ungelernter Militärbischof angetreten.

Das kam fast wie der Scheck von der ehrwürdigen Mutter aus heiterem Himmel, aber wenn ich noch öfter so konzentrierte Kurzvorträge wie die Soldaten gehört haben, mitbekomme, dann werde ich bald ein gelernter Militärbischof sein, denn da erfährt man ja doch viel und ich fand, es war hochinteressant und hat manche Wissenslücke gefüllt. Apropos Ungelernter: Das stimmt, ich habe aber doch bald gemerkt, daß eine Reihe von, ja, Veranlagungen mir bei diesem Geschäft nicht schlecht zupaß kommen. Sie wissen ja, Bischof von Fulda, da gibts viele Klagen, eine Klage, die ich noch nie gehört habe, im Gegensatz zu vielen Theologen, ist die, daß man nicht verstehen würde, was ich meine. Daß ich für das, was ich meine, auch dann bereit bin den Kopf hinzuhalten, wird mir

als Militärbischof auch sehr zu-statten kommen. Ich habe schon gemerkt, welcher Agressionsstau sich entlädt, bevor ein neuer Militärbischof überhaupt das erste Mal den Mund aufgemacht hat. Aber wie gesagt, daß ich — ich will's mal so sagen: „Ich war 1968, der Zeit der großen Studentenrevolte in Lateinamerika, und wurde da eingesetzt und gerufen, wenn Kathedralen besetzt wurden und als die Kardinäle etwas ins Schlid-dern kamen. Ich war dann vier Jahre, in diesen schönen Jahren 1968 also 1969 bis 1972, na wo wohl, in Holland und wurde dann in den Kongo versetzt, wo gerade ein Staatskirchenkampf mit Mobutu Seseko ausgebrochen war. Mein letzter Posten in Afrika war Liberia. Ich habe in Afrika ungefähr ein halbes Dutzend Negeraufstände überlebt und deshalb glaube ich, daß ich das, was jetzt auf mich zukommt, auch überlebe.

Sie werden merken, daß ich mich freue hier zu sein, hier unter Ihnen, das erste Mal und ich habe ja schon guten Kontakt aufgenommen mit Oberstleutnant Havermann, dem Vorsitzenden der Zentralen Versammlung und mit Oberstleutnant Schulz, GKS. Beide hatte ich in Fulda schon öfter getroffen, auch in unserem Bonifatiushaus in Fulda, Akademie Oberst Korn usw., Wir haben ja da schon ganz gute Kontakte und die werden wir weiter ausbauen und in Verbindung bleiben und natürlich dieses nunmehr mehrfach zitierte

Wort aus dem Mittelalter gilt natürlich auch hier, ich brauche es nicht noch mal wiederholen. Wir wollen uns mit offenen Herzen entgegenkommen und die Freude nicht zu kurz kommen lassen. Das, was mir jetzt so furchtbar aufgefallen ist — nach über 20 Jahren „draußen“ und fast 10 Jahren in der Dritten Welt — ist, daß da die Armut zwar größer ist, aber Freude und Zufriedenheit auch. Daß man hier in einen Wohlstand kommt, wie man ihn sich kaum vorstellen konnte und dann dazu schwarzgallige und miesepetrige Gesichter serviert bekommt, daß man das überhaupt nicht mehr begreift. Ich

meine, das soll bei uns, das kommt bei uns natürlich garnicht vor. Mein Wappenspruch gilt natürlich auch für den Militärbischof: Kinder Gottes sind wir und daß wir uns dessen bewußt werden, und daß dies heute mal eben durchbricht und ich hätte nie geglaubt, daß das so schwer sein würde. Ich bin ein bißchen verwöhnt durch die Kirche in der Dritten Welt, diese Stimmung, die dort ist, aufgerichtet kommt man her und glaubt gar nicht, daß das so schwer sein sollte, in die Freude mitzureißen. Und dann, ich meine auch als Kind Gottes habe ich natürlich Angst, das ist menschliche Empfindlich-



(Foto: Belch)

**Der katholische Militärbischof Dr. Dr. Dyba
im Gespräch mit Oberst i. G. Bringmann, Präsident des A.M.I.
und GKS-Pressesprecher**

keit. Aber wir sind gerade dazu aufgerufen, da rauszukommen, als Kinder Gottes brauchen wir keine Angst zu haben. Das häufigste Wort Jesu im neuen Testament ist: „Fürchtet euch nicht“. Und dann also versuche ich das mal und ich hab das natürlich auch, weiß ich, mit der Jugend z. B., daß man das, Jugend müßte doch eigentlich den kürzeren Weg zur Freude haben und zum „ja, haben Sie keine Angst?“ Als Kind Gottes hab' ich keine Angst! Ich habe Angst vor Ihnen, ich habe Angst vor Menschen, die keine Angst haben.

Also es ist manchmal schwerer als man denkt. Aber da gebe ich Ihnen eine gute Regel: Wenn man zugleich zur richtigen vollen Freude des Christen durchdringen kann, das kommt ja vor an einem nebligen Morgen mit allen möglichen Sorgen, dann empfehle ich Ihnen die Notbremse des Humors. Das kann man selbst dann, wo die Freude noch nicht ganz verbunden durchkommt, aber zum Humor müßte es eigentlich reichen. Na ja, nun sage ich das als Kind eines Berliner Vaters und einer linksrheinischen Mutter, wenn man sich in die Veranlagung begibt. Ich bin jetzt genau auf der Mitte gelandet in Hessen, in Fulda, und da muß man zweimal durchatmen aber dann kommt's auch. Militärpfarrer Schadt, der weiß das.

Ernennung von Oberstarzt Dr. Wigbert Werner zum Ritter des Hl. Papstes Sylvester

Mir wurde gesagt, 1. nicht zu lange, 2. muß ja eine Überraschung dabei sein. Was Sakrales, die Überraschung besteht darin, daß einer aus unserem Kreise, einer jener die unter uns sitzen, vom Papst in die Ritterrunde des hl. Sylvester berufen wurde. Wir haben also einen neuen Ritter des Sylvesterordens, einen Offizier, der in der ganzen Zeit seines soldatischen Lebens immer aktiv mitgearbeitet hat, jetzt müßten Sie so allmählich darauf kommen nicht? Immer dann wenn noch sehr viel — also Pfarrgemeinderat, Pfarrgemeinderatsvorsitzender und dann Diözesanrat, jetzt wird's allmählich heiß, Diözesanrat Augsburg, Sachausschuß, ach, dann hat er auch so eine tolle Idee gehabt, in Richtung Kloster Trebnitz. Herr Oberstarzt Dr. Werner, herzlichen Glückwunsch!

Ich hatte eine noch längere schriftliche Biographie, aber dann dachte ich, die brauchen so viel Zeit für den Applaus. Also diese Verdienste haben völlig ausgereicht, um den Hl. Vater zu diesem Schritt zu bewegen. Jetzt weiß ich nicht genau, ich sagte ja, ich bin ein völlig ungelerner Militärbischof, wo wird das befestigt?

Und das ist die Urkunde, die ist auch lateinisch, hier steht was er sich sonst noch alles leisten kann.

Dann meine ich, hätten wir jetzt

verdient, unsere Freude an diesem reichen Büfett auszulassen. Danke.

Schlußwort bei der Woche der Begegnung in Heiligkreuztal

Wir befinden uns in einer schnellebigen Zeit. Wie schnell ist für uns diese Woche vorübergegangen. Wie schnell ist uns der Ablauf der letzten zweiundfünfzig Wochen vorgekommen.

Als wir vor einem Jahr in Bad Segeberg auseinandergingen, dachte niemand von uns an die drohende Gefahr eines Krieges. Daß eine Weltautorität, wie die UN, ein gemeinsames Vorgehen der Staaten gegen einen Aggressor ermöglicht, schien uns damals auch nicht vorstellbar.

Als wir das Jahresthema 1991 festlegten, wußten wir noch nicht, in welche Richtung eine neue Sicherheitsordnung sich entwickelt. Sind nicht heute die Hilfsmaßnahmen für die Kurden Einstieg in ein neues Bewußtsein für eine sich abzeichnende neue Weltordnung? Weitere Einsätze mit Soldaten wurden während dieser Woche diskutiert. Einsätze, mit denen ein Leben in Frieden und Freiheit für alle Völker erreicht werden kann.

Viele Gruppierungen melden sich heute zu Wort und beeinflussen damit auch die Entwicklung. Ist die Entwicklung auch immer in unserem Sinne? Können wir uns mit ihr identifizieren? Haben wir keine Angst davor, daß eine Einflußnahme unsererseits nicht möglich ist? Wir leben in unseren Gemeinden und Kreisen mit der sogenannten schweigenden Mehrheit zusammen. Versuchen wir, sie zu motivieren und zu mobilisieren. Lassen wir uns leiten von unserem diesjährigen Jahresthema: Für eine europäische Sicherheit.

Leisten wir unseren Beitrag für eine gemeinsame Werteordnung. Leisten wir ihn dort, wo wir leben und gefordert werden.

Zum Schluß möchte ich mich bei Ihnen für Ihre Mitarbeit während der Woche der Begegnung bedanken. Im voraus danke ich schon für Ihr Engagement bei der Umsetzung dessen, was wir uns vorgenommen haben. Ihnen eine gute Heimfahrt, alles Gute und Gottes Segen für Ihre Zukunft.

Walter Hütten

Weg

in die Hoffnung:
der Glaube
an Jesus.

Zur Zusammenarbeit

zwischen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und den Militärgeistlichen, Pastoralreferenten und Pfarrhelfern sowie den Beratungsgremien im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die deutsche Bundeswehr

1. Zielsetzung

Diese Arbeitshilfe will Anregungen geben und Möglichkeiten aufzeigen, die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und den Militärgeistlichen, Pastoralreferenten und Pfarrhelfern sowie den Beratungsgremien im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs zu vertiefen und zu fördern.

Sie soll das Zusammenleben und Miteinander im Alltag erleichtern und Spannungen im täglichen Leben vermeiden helfen. Ebenso soll sie das Verständnis für Probleme, Konflikte und Schwierigkeiten der jeweils anderen Gruppiierung wecken und gegebenenfalls Hilfen und Unterstützung anbieten.

Es soll aufgezeigt werden, daß die Gemeinschaft Katholischer Soldaten im Leben eines Seelsorgebezirks zur Bewältigung des pastoralen Auftrages der Katholischen Militärseelsorge hilfreich

mitwirken kann. Daher richtet sich diese Arbeitshilfe auch an die pastoralen Mitarbeiter der Katholischen Militärseelsorge.

2. Grundsätze zum Wirken der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)

Für das Leben der Kirche und für die Präsenz in der Gesellschaft ist die gemeinschaftliche und organisierte Form des Apostolats von besonderer Bedeutung. Ihr Träger im Bereich der Bundeswehr und der Kirche unter Soldaten ist auf Verbandsebene die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS).

2.1 Die Einbindung in Familie, Beruf und Gesellschaft ist für den Menschen ein lebensprägender Faktor. Die GKS knüpft daher an die gesellschaftliche Stellung und die damit gegebene Lebenslage der Soldaten und ihrer Angehörigen an und verwirklicht so ihre Aufgabe als Zusammenschluß katholischer Christen in der Bundeswehr.

2.2 Verbindlich für die GKS ist, daß sie sich am Glauben und an der Lehre der Kirche gemäß dem Evangelium orientiert, das religiös-sittliche Bewußtsein bildet und die Verantwortung für die gesellschaftlichen Probleme und Aufgaben aktiviert. Sie dient dem Leben der Kirche und der Erfüllung ihres Auftrages in Bundeswehr und Gesellschaft.

2.3 Für ihre Mitglieder will die GKS Rückhalt und Lebenshilfe

sein. Sie will zum gesellschaftlichen Handeln befähigen. Sie versteht sich nicht als Interessenorganisation. Auf der Grundlage geliebten Glaubens führt sie Soldaten und ihre Familien zu persönlicher Begegnung und zur Gemeinschaftsbildung und überwindet damit auch Anonymität und Isolation.

2.4 Als freiwilliger Zusammenschluß von Katholiken in der Bundeswehr ist die GKS aus eigener Initiative und Verantwortung tätig. Zur Verwirklichung des besonderen Apostolates der GKS haben die Mitglieder Anspruch auf priesterliche Mitwirkung und auf die Mitarbeit der Militärgeistlichen als Geistliche Beiräte.

2.5 Die GKS arbeitet zur Verwirklichung ihrer spezifischen Aufgaben mit anderen Verbänden, Organisationen und Institutionen im kirchlichen und gesellschaftlichen Bereich zusammen.

3. Situationen, die immer wieder zu Konflikten und Sorgen Anlaß geben

Die Anfangsmotivation für die Mitglieder der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) ist sehr vielfältig. Sie reicht vom persönlichen Engagement als Christ bis zur gemeinsamen Freizeitgestaltung. Man kann davon ausgehen, daß niemand Mitglied in der GKS wird und mitarbeitet, der nicht Fragen hat, die seinen Glauben und seine Rolle als katholischer Christ in der Bundeswehr betreffen.

Bei katholischen Christen in der Bundeswehr kann eine Spannung zwischen der Lebenswirklichkeit und den bestehenden kirchlichen Normen bestehen. Daraus erwachsen Schwierigkeiten.

3.1 Menschen sind betroffen von ihrem persönlichen Lebensschicksal, von besonderen Lebenslagen ihrer Familie, von der Akzeptanz als Soldat in Kirche und Gesellschaft und vielem mehr. Manche glauben, kein Verständnis in der Kirche zu finden. Sie „wandern aus“ und ziehen sich zurück, weil sie sich nicht mehr im Blick dieser Kirche wähen. Ein Gefühl der Ausgrenzung, der Gleichgültigkeit, der Individualisierung kann sich einstellen und in eine Isolation führen. Dem will die GKS entgegenwirken.

3.2 Die GKS will ihre Vorstellungen auch nach außen hin vertreten, um so Gesellschaft und Staat, aber auch Kirche mitzutragen, zu bilden und unter Umständen zu verändern. Dies kann auch zu Spannungen mit Verantwortlichen der Militärseelsorge führen.

Demgegenüber ist entscheidend, daß sowohl die GKS als auch die Militärgeistlichen die Chance wahrnehmen, Menschen zu begegnen, die sonst für die Kirche nicht mehr erreichbar sind, aber auch gesellschafts- und kirchenpolitisch engagierte Personen, die zu einer konstruktiven Mitarbeit und Mitgestaltung aus christlicher Sicht bereit wären. Sie zu gewinnen, ist eine große Aufga-

be und Herausforderung.

3.3 Bei allen Konflikten gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, zu reagieren:

3.3.1 Zu vermeidende Reaktionen:

- Ausgrenzung: Dem Betroffenen Vorwürfe machen; ihm das Recht absprechen, dazuzugehören; weitere Mitarbeit verwehren.
- Gleichgültigkeit: Versuchen, die Situation zu entschuldigen; Konflikte vermeiden; alles weiterlaufen lassen in der Hoffnung, daß keiner nachfragt und sich beschwert.
- Individualisierung: Den einzelnen allein verantwortlich machen; wenn überhaupt,

dann eine individuelle Lösung vorschlagen, ohne die gesellschaftlich bedingten Ursachen anzugehen.

3.3.2 Gewünschte Reaktion:

- Konstruktive Auseinandersetzung: Die Situation klar sehen; nichts vertuschen; zum Mittun ermutigen und miteinander versuchen, von den Orientierungen des Glaubens her nach Wegen des Vergebens, Helfens und des Neuanfangs zu suchen; die Wirkung auf andere mit einzubeziehen.
- Mit dieser Reaktion sollen die nachstehenden Beispiele für Konflikte angegangen werden.

4. Konflikte aufgrund einer Lebensweise, die im Spannungsverhältnis zu den Normen der Kirche steht — Anfragen —

4.1 Mitarbeit und Mitgliedschaft von Gläubigen, die nicht mehr zur Kirche gehen

Der regelmäßige Kirchgang ist ein wesentliches, nicht aber das alleinige Kriterium für die Kirchlichkeit. Zielvorstellungen dürfen hier nicht zur Vorbedingung erhoben werden. In der GKS-Arbeit wird immer wieder die Erfahrung gemacht, daß gemeinschaftliches Mittun und Mitleben dazu herausfordern, sich den Fragen und Entscheidungen zu stellen. Dies gilt auch für den Gottesdienstbesuch.

4.2 Beteiligung von wiederverheirateten Geschiedenen

Die kirchliche Pastoral sieht eine besondere Aufgabe in der seelsorglichen Begleitung auch solcher Katholiken, die nicht voll am kirchlichen Leben teilnehmen können. Dazu will auch die GKS einen Beitrag leisten.

Die Einladung zum Mittun ist entscheidend. Gemeinsames Engagement schafft Offenheit für Gespräche über die persönliche Lebenssituation.

Die Wahrnehmung einer Leitungsfunktion durch diesen Personenkreis ist nicht möglich. Die Erfahrung zeigt, daß die Betroffenen in der Regel Verständnis dafür haben. Sie haben kein Interesse daran, daß ihre persönliche Lebenssituation Gegenstand einer öffentlichen Diskussion wird. Diese Situa-

tion darf aber nicht zur Ausgrenzung führen.

4.3 Mitgliedschaft und Mitarbeit von Menschen, die unverheiratet zusammenleben

Es ist eine gesamtgesellschaftliche Erscheinung, daß Menschen aller Altersgruppen oft unverheiratet zusammenleben. Die kirchliche Pastoral will ihnen helfen, den Weg zur sakramentalen Ehe zu finden. Weil die Motive der einzelnen sehr unterschiedlich sind, empfiehlt sich eine differenzierte und zurückhaltende Beurteilung. Heute mehr denn je kann nur die Glaubens- und Sittenlehre der Kirche annehmen, der sie versteht und als positiven Wert entdeckt.

Jedes Mitglied der GKS muß sich der Wirkung seines Handelns auf andere bewußt sein und darf sich ihr nicht entziehen. Das Zeugnis gläubiger Christen ist gefragt. Die GKS empfiehlt deshalb in solchen Situationen, Betroffene zur Mitarbeit einzuladen, jedoch nicht als Funktionsträger.

4.4 Mitgliedschaft und Mitarbeit von Christen anderer Konfession

Konfessionsverschiedene Ehen sind der häufigste Grund für das Interesse an einer Mitarbeit in der GKS seitens evangelischer Christen. Dies ist zugleich ein Zeichen dafür, daß sie die Ziele der Gemeinschaft bejahen. Es ist eine Chance gelebter Ökumene und bietet die Gelegenheit, das Gemeinsame herauszustellen. Die GKS hat mit solchen Mitgliedern positive Erfahrungen gemacht.

Für das nichtkatholische Mitglied muß klar sein, daß es Angehöriger eines katholischen Verbandes ist. Andererseits muß es der GKS bewußt sein, daß sie eventuell ein Mitglied in innere Auseinandersetzung bringen kann. Die Achtung vor der Glaubensüberzeugung des anderen muß den Umgang miteinander bestimmen.

5. Konflikte, die sich aufgrund der Autonomie und der gesellschaftspolitischen Aufgaben der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) ergeben können

5.1 Konfliktfeld gesellschaftspolitische Aussagen und Forderungen

Gesellschaftspolitische Fragen sind immer wieder in die Diskussion einzubringen, selbst um den Preis von Konflikten.

Auch katholische Soldaten können unterschiedliche Vorstellungen zur Lösung gesellschaftspolitischer Fragen haben. Dabei darf keine Seite die Autorität des kirchlichen Amtes für ihre Position in Anspruch nehmen.

5.2 Konfliktfeld Kirche und Soldaten

Das Rollenverständnis derer, die im Geiste des II. Vatikanischen Konzils Kirche bilden, ist auch in der Kirche unter Soldaten nicht immer einheitlich. Daraus ergibt sich, daß nicht immer reibungslos zusammengearbeitet wird.

Nach der Einführung der Rätestruktur ist es nicht überall gelungen, die unterschiedlichen Aufga-

ben der GKS und der Räte deutlich zu machen und dafür Verständnis zu wecken. In Verbandsstruktur und Rätestruktur verwirklicht sich das Laienapostolat. Deshalb gilt für beide das Prinzip der Ergänzung; Versuche des gegenseitigen Auspielens sind untauglich und der gemeinsamen Aufgabe abträglich.

5.3 Konfliktfeld Dienst — Gemeinschaft

Die hierarchische Struktur mit Befehl und Gehorsam im militärischen Bereich kann zu Konflikten führen. Gewisse militärische „Spielregeln“ müssen auch unter christlichen Soldaten eingehalten werden, ohne daß dadurch die Gemeinschaft gefährdet ist. Durch korrektes und beispielhaftes Verhalten im und außer Dienst trägt jeder Angehörige der GKS zum Ansehen auch als katholischer Soldat bei.

6. Aufgaben und Erwartungen

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) ist sich bewußt, daß sie bei ihrer Arbeit nicht im Theoretischen und Grundsätzlichen steckenbleiben darf. Je konkreter ihre Arbeit ist, um so wirkungsvoller wird sie sein.

Um ihre Arbeit zu verbessern, erwartet die GKS Kritik an Schwachpunkten, aber auch Würdigung für gute Arbeit.

Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Militärseelsorge sollten immer im Auge behalten, daß die Arbeit im organisierten Laienapostolat

innerhalb der Militärseelsorge fast ausschließlich ehrenamtliche Mitarbeit in der Freizeit ist. Daraus ergeben sich Erwartungen an Militärggeistliche und Laien im pastoralen Dienst.

Die Rolle des Militärggeistlichen und der Laien im pastoralen Dienst

6.1 Erwartungen an den Militärggeistlichen

6.1.1 Der zuständige Standortpfarrer ist Geistlicher Beirat des GKS-Kreises. Daraus ergeben sich folgende Erwartungen:

- Er sollte den Kontakt zu den Mitgliedern pflegen und das geistige und geistliche Profil der Gemeinschaft mitgestalten.
- Er sollte über die besonderen Aufgaben der Militärseelsorge im allgemeinen und am Standort im besonderen informieren und über aktuelle kirchliche Ereignisse und Strömungen unterrichten.
- Er sollte die Mitglieder der GKS zum „Weltdienst der Kirche“ motivieren.
- Er sollte die Mitglieder der Gemeinschaft zu einem Leben aus dem Glauben inspirieren.
- Er sollte für die Koordinierung der pastoralen Grunddienste die vom Pfarrgemeinderat beim katholischen Standortpfarrer, von den kirchlichen Gremien der Ortsgemeinde und vom GKS-Kreis geleistet werden, Sorge tragen.
- Er hat eine Mittlerfunktion und

sollte so seinen „Dienst an der Einheit“ leisten.

- Er sollte trotz zeitlicher Belastung in der Seelsorge an Vorstandssitzungen, Veranstaltungen usw. der GKS teilnehmen und dies nicht als lästige Pflicht, sondern als pastorale Chance ansehen.

6.1.2 Der Zuständige katholische (Wehr-)Bereichsdekan ist Geistlicher Beirat der (Wehr-)Bereichskonferenz. Die Erwartungen an ihn sind analog denen des Geistlichen Beirats eines GKS-Kreises zu sehen.

6.1.3 Die Aufgaben des zuständigen Referenten im Katholischen Militärbischofsamt sind analog zu sehen.

6.2 Laien im pastoralen Dienst

6.2.1 Auch die Pastoralreferenten sollten in ihrer spezifischen Dienstfunktion mit Rat und Tat die GKS-Arbeit und den Geistlichen Beirat unterstützen und die ehrenamtlichen Mitarbeiter, besonders die GKS-Vorsitzenden und Sprecher, begleiten. Bei der Gewinn-

nung von Mitarbeitern bittet die GKS um ihre Mithilfe.

6.2.2 Trotz vielfältiger Belastungen werden die Pfarrhelfer in der Militärseelsorge gebeten, die Arbeit der GKS zu unterstützen. Andererseits sollten die Mitglieder der GKS dem Pfarrhelfer nach Kräften zur Seite stehen.

7. Gemeinsame Verantwortung von Klerikern und Laien

Gemeinsam mit den Bischöfen, den Priestern und den Diakonen bilden die Laien das Volk Gottes. Sie sind durch Taufe und Firmung zum Apostolat der Kirche berufen und tragen Mitverantwortung für deren Heils- und Weltauftrag. Dabei ist „den Laien der Weltcharakter in besonderer Weise eigen“, wie das II. Vatikanische Konzil erklärt.

In diesem Gesamtzusammenhang sieht und erfüllt die Gemeinschaft Katholischer Soldaten ihre Aufgabe in der Kirche unter Soldaten.

MEHR
ALS EIN BUCH!

Jahr mit der Bibel 1992

VERSCHIEDENES

Deutsche und polnische Soldaten reichen sich die Hand zur Versöhnung

Soldatenwallfahrt zur Schwarzen Madonna von Tschenschow

„Ich war entsetzt, als ich den Befehl erhielt, deutsche Soldaten in meiner Kaserne unterzubringen“, bekannte der Kommandant des 10. Schützenregiments in Oppeln am letzten Tag seinen deutschen Kameraden. Die Kluft ist noch tief, die Vergangenheit kann und darf nicht einfach überspielt werden. „Dabei ist es so einfach. Mit den polnischen Soldaten haben wir uns sofort prima verstanden.“ 38 Offiziersanwärter und Offiziere der Luftwaffe waren unter Leitung von Militärpfarrer Johannes Link aus Fürstenfeldbruck zu der ersten Begegnung mit polnischen Soldaten aufgebrochen. Es war mehr als Anspannung, eher schon Beklemmung, als die Soldaten aus dem Flugzeug der Luftwaffe auf das Rollfeld von Kattowice schauten, wo sie von drei polnischen Offizieren erwartet wurden.

Die gemeinsamen Erlebnisse beim begeisternden Gottesdienst mit Papst Johannes Paul II. auf dem Jasna Gora in Tschenschow, das Singen und Spielen in der Kaserne gipfelten am letzten Tag in regem Uniformtausch. Ein polnischer Hauptmann sah plötzlich aus wie ein Kadett der deutschen Luftwaffe, ein tschechischer Gefreiter zog das Wams eines österreichischen Leutnants an, einen deutschen Fähnrich zierte die Tellermütze seines polnischen Kameraden. Ein Uniformtausch nur für den Augenblick?

„Wir pilgern auf ein gemeinsames Ziel hin. Unseren Weg weist die Schwarze Madonna und dieser Weg führt in ein gemeinsames und friedliches Europa“, faßt Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann das Programm der Soldatenwallfahrt vom 12.—16. August zusammen. So war es dann auch kein Zufall, das die Fahne der Militärseelsorge den Soldatenpilgerzug anführte. Pfarrhelfer Fritz Kiener hatte sie eigens aus Fürstenfeldbruck mitgenommen. Und mit erkennbarem Stolz versammelten sich die Soldaten hinter dem wehenden Christkönigkreuz. Sogar Staatssekretär Wimmer war bereit, einmal hinter der Fahne herzulaufen. Der Weg zu einer tiefen und dauerhaften Versöhnung zwischen Deutschen und Polen ist noch weit: Mit Gesprächen über die vielfältige

Teilung und Eroberung Polens, die verzweifelten Aufstände polnischer Bauern, die schier unlösbaren Probleme verschiedener Volksgruppen in einem Staat, Überfall, Krieg und Vertreibung im II. Weltkrieg haben die Soldaten versucht, auch heiße Eisen anzufassen. Daß dies nur zaghafst geschah, ist kein Verlust. „Aber wir müssen auch darüber reden. Ohne Erinnerung an die Vergangenheit gibt es keine Zukunft“, resümierte ein Fahnenjunker.

Es ist das erklärte Ziel, in den nächsten Jahren auch weitere Nationen für die Soldatenwallfahrt zu gewinnen, erklärte der neu ernannte polnische Militärbischof Glodz.

Diesmal waren seiner Einladung Soldaten aus Frankreich, Österreich, Italien, Ungarn, der Tschechoslowakei sowie ein US-amerikanischer Militärfarrer gefolgt. Sogar von 700 litauischen Soldaten in Zivil war die Rede — sie hatten für die Dauer der Wallfahrt mehr dem Ruf des Papstes gehorcht, denn ihren Vorgesetzten. Und nächstes Jahr wieder in Tschenstochau zu Füßen der Schwarzen Madonna? Die Ereignisse um uns herum machen deutlich, daß es kaum etwas Wichtigeres gibt, wenn der Friede in Europa eine Chance haben soll.

Heinz-Gerhard Justenhoven



**Uniformtausch als Zeichen der Versöhnung:
Ein polnischer Oberfeldwebel in deutscher Kluft,
ein deutscher Kadett in polnischer Montur**

UdSSR: Glaube nimmt zu

Nach Ansicht des „Unionszentrums für Meinungsforschung“ in Moskau nimmt das Interesse am Glauben in allen Republiken der früheren UdSSR ständig zu. Sowohl die orthodoxe Kirche, als auch in den asiatischen Regionen der Islam, sind zu Symbolen der nationalen Selbstbestimmung geworden. So vertrauen heute 63 Prozent der Russen der russisch-orthodoxen Kirche — danach folgt immerhin die Armee mit 59 Prozent.

Indifferent gegenüber jeglichen Religionen verhalten sich 16 Prozent der alten UdSSR, 16 Prozent der Befragten gaben keine Antwort.

Allerdings: Die Zahl der Gläubigen ist seit drei Jahren noch nicht angestiegen und liegt bei den Erwachsenen weiter zwischen acht bis zwölf Prozent. Überrepräsentiert sind wie stets die Frauen mit bis zu 80 Prozent sowie Erwachsene, die mehr als 50 Jahre alt sind. Jedoch ergaben Untersuchungen, daß allmählich auch das Ansehen der Religion bei den jungen und bei den gebildeten Menschen zunimmt.

15 Prozent der Bevölkerung sind sogar der Meinung, daß Mitglieder der russisch-orthodoxen Kirche gegenüber Atheisten und Anhängern anderer Religionsgemeinschaften — vor allen Dingen bei

der Vergabe von öffentlichen Funktionen — bevorzugt werden sollten. Mehr als ein Drittel dieser Befragten ist älter als 55 Jahre.

Von den Befragten gaben 32 Prozent an, daß sie an ein Leben nach dem Tode glauben, 24 Prozent glauben an die Existenz des Teufels, 19 Prozent an das Paradies und 25 Prozent, daß es eine Hölle gibt.

Auch unter den Soldaten nimmt das Interesse an der Religion zu. In Polen stellte man fest, daß dort sehr viele Russen jetzt in Uniform und mit ihren Familien zu den russisch-orthodoxen Gottesdiensten der dort lebenden ukrainischen Minderheit erscheinen. Dazu: Die meisten Ukrainer leben in Niederschlesien, wo sich auch die meisten Sowjetgarnisonen befinden.

Kritische Anmerkung: In der Führung der einst Kreml-hörigen russisch-orthodoxen Kirche hat sich jedoch nichts geändert. So war das Verhalten der Metropoliten und Patriarchen während des Führungsputsches in Moskau recht fraglich. Einige änderten „für jeden Fall“ rasch ihre Predigten und Fürbitten zugunsten der Putschisten. In einem Fall wurde sogar offene Sympathie für diese bekündigt. Lediglich die Kirchenführung von Leningrad — heute wieder St. Petersburg — bekundete offene Sympathie für Boris Jelzin und den mutigen Bürgermeister der Stadt, Sobtschak.

Joachim G. Görlich

Internationaler Kongreß über soziale Kommunikation und Massenmedien

20 Jahre Pastoralinstruktion Communio et Progressio

Fast 100 Teilnehmer aus 7 europäischen Ländern hatten sich zum Internationalen Kongreß über soziale Kommunikation und Massenmedien vom 6. bis 8. Juni 1991 in Wien gemeldet. Anlässlich von „20 Jahren Pastoralinstruktion Communio et Progressio“ wurde der Kongreß durch die internationale katholische Vereinigung für Radio und Fernsehen, „unda“, durchgeführt. Schirmherr der Veranstaltung war Kardinal König, Wien. Die Leitung hatte der unda-Präsident für Europa, Msgr. Dr. Peter Dusterfeld, Leiter der Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz.

Das Grußwort zur Eröffnung sprach der Generalintendant des ORF, Gerd Bacher, im Großen Sendesaal des ORF. Er wies darauf hin, daß die Pastoralinstruktion eine treffende und treffliche Gebrauchsanweisung für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Medien ist und laufend an Aktualität, Bedeutung und Wichtigkeit gewinne. Dann wies er darauf

hin, daß Information heute weniger der Orientierung als der Massenunterhaltung dient und die sogenannte Vierte Gewalt sehr oft das Mißverständnis eines Berufsstandes ist, der sich zu allem berechtigt und für wenig verantwortlich hält. Dennoch seien auch die offensichtlichen Positiva der Massenmedien unübersehbar. Die Selbstbefreiung Osteuropas wäre ohne die Botschaften freier Medien undenkbar.

Den anschließenden Festvortrag hielt Prof. DDR. Johann Baptist Metz zum Thema „Kommunikation in der einen Welt“. In seinen Ausführungen zum Verhältnis Kirche und Medien behauptet er: „Die westliche Rationalität, ihre Technik und ihre Informations- und Kommunikationsindustrie umspannt heute unsere ganze Welt und verändert offensichtlich auch die Mentalität der Völker.“ Nach Prof. Metz: „Ein Balinese, der ein Auto fährt, ist schon ein halber Europäer. Und ein Indio, der sich keine Geschichten mehr erzählen läßt, sondern fernsieht, auch.“ Am Beispiel der Entdeckung Amerikas behauptet er weiter, daß die Indios nur Opfer europäischer Herrschaftsansprüche seien. Ob die Freiheit der anderen und damit die Gerechtigkeit nun in Europa für die Menschen der Dritten Welt anerkannt ist, setzt er ebenso in Fragezeichen wie den gleichwurzeln den Geist der Kirche.

Er fragt an, ob das Fernsehen nicht doch zu sehr das zerstreute,

das vergleichgültigende Zuschauen fördert, ob nicht vielmehr eine sekundäre Unmündigkeit entsteht? Auch ein Krisengewöhnungsdenken breitet sich nach Meinung von Prof. Metz aus und lasse die Menschen sich an die Armutskrisen in der Welt gewöhnen.

Für den Redner ist auch bedenklich, daß nur vier Nachrichtendienste, AP und UPI in den USA, Reuter in Großbritannien und AFP in Frankreich, 70 % der Nachrichten und Informationen in der Welt anbieten. Damit ergebe sich die Gefahr einer neuen, sekundären Kolonisation, die schnell und wirksam die Menschen in der Dritten Welt erreiche. In Südamerika sei das Fernsehen „ein großer Supermarkt, der an die Armen imaginäre Güter verteilt“. Auch aus diesem Grunde ruft Prof. Metz zur vorrangigen Förderung des Hörfunks und der Printmedien auf, damit die Menschen nicht auch noch um ihre eigene Sprache gebracht werden.

Der kirchlichen Kommunikationskultur wird empfohlen, neue kirchliche Lebensformen zu entwickeln und eine nüchterne, unsentimentale Diasporapastoral, die sich in die nüchterne, technische Welt wagt. Dabei sollte dem Trend zu kirchlichem Fundamentalismus ebenso widerstanden werden wie einem reinen Traditionalismus und der Gefahr einer künstlichen Isolation der Verkündigungssprache. Zu verkennen sei aber auch nicht, daß es „unter Theolo-

gen und Journalisten immer auch solche (gibt), die zur Selbstintronisation neigen und die deshalb um ihrer selbst willen in die Medien drängen, um dort ihre Sondermeinungen zu verkünden und anstelle von professionell erarbeiteten Informationen eine längst zum Klischee erstarrte Kirchenkritik vortragen.“

Prof. Metz macht einen strikten Kommunikationsvorbehalt: es dürfe keine Eucharistie im Fernsehen geben. Er wünscht sich die in den 50er Jahren für das Fernsehen geforderte Arkandisziplin. Dabei handelt es sich um eine Verpflichtung zur Geheimhaltung von Mysterien oder auch des Verbotes der Veröffentlichung besonderen Wissens, das in der frühen Christenheit vor allem der Eucharistiefeyer galt. Dazu weist der Redner darauf hin, daß die Kirche ihren Geheimschutz aufgegeben habe in einer Zeit, wo die profane Gesellschaft immer stärkeren Datenschutz einführt. Zu bedenken sei auch, daß durch die Reproduktionsmedien neben der Authentizität, wegen der Aufhebung der Differenz zwischen Original und Kopie, auch die Tradition verlorengelange. Letztere, weil das reproduzierende Medium seine Inhalte aus den zeitlichen und räumlichen Zusammenhängen löst.

Prof. Metz ist überzeugt, daß die Kirche in die Falle eines gefährlichen Modernismus getappt ist, aus der er sie gerne befreien möchte.

Am folgenden Kongreßtag wurden in Arbeitsgruppen die Themenbereiche „Die Kirche Osteuropas nach ihrer Befreiung“, „Lateinamerika — Europa: 500 Jahre Kommunikation?“ und „Evangelisation durch Massenmedien — Möglichkeiten und Grenzen für die Glaubensverkündigung“ sehr engagiert und teilweise kontrovers diskutiert. Ergebnisse wurden deswegen auch nicht vorgetragen. Es wird eine ausführliche Dokumentation daraus zusammengestellt, deren Auswertung interessante Meinungen zutage bringen wird.

Der Abschluß des Kongresses folgte einem Vortrag des österreichischen Bundesministers für Wissenschaft und Forschung, Dr. Erhard Busek, zum Themenbereich: „Auf dem Weg zu einer globalen Medienpolitik, Anfragen und Erwartungen an die Weltkirche.“

Zu Beginn weist Dr. Busek auf das mediale Erscheinungsbild unserer Kirche hin und die erkennbaren Diskrepanzen, die nicht allein in den Medien begründet sind, sondern vor allem in der Selbstdarstellung der Kirche. Dabei behauptet er, daß die Kirche von Anfang an eines der größten und revolutionärsten Medien der Geschichte war und bis heute ist. Der Bundesminister belegt dies mit der Wirkung, die das wöchentliche Friedensgebet in Leipzig hatte, aus dem dann nämlich die wöchentliche Montagsdemonstration wurde. Jeder Politiker blicke mit Neid auf ein so großartiges

Medium, wo regelmäßig jede Woche einmal in jedem kleinen Ort eine Versammlung mit zumindest einem Zehntel der Mitglieder und Interessenten zusammenkommt, ohne Einladung und ohne einen prominenten Versammlungsredner. Parteien oder Gewerkschaften könnten von solchen optimalen Gelegenheiten nur träumen.

Um so erstaunlicher ist, daß die Kirche große Schwierigkeiten hat, ihre Botschaft zu vermitteln. Ja, sie leidet darunter, als Medium unwirksam zu werden. Richtig ist dabei, daß stundenlange Radiosendungen und Fernsehshows keine andere Welt mehr vermitteln als die des Mediums selbst. Die Kirche dagegen, so der Minister, kann sich nicht selbst zur Botschaft machen, sondern sollte sich als Mittlerin und Dienerin einer ihr übertragenen Botschaft machen. Dabei solle sie gar nicht im Stil eines onkelhaften, milden Verständnisses die Augen zudrücken, sondern die Kirche müsse verstehen wollen und ihre Botschaft verstehbar machen und verständlich verkündigen. Viele Menschen sind hungrig nach einem Wort, das sie in ihrer Erstarrung erschüttert, aber sie hören niemand in ihrer Sprache reden. Die Menschen wollen keine Beschwichtigungen und Beschönigungen, keine Rechthabereien oder Preisnachlässe, sondern sie wollen ein Wort der Wahrheit hören, das frei macht, ein Wort, das wieder zur Menschwerdung verhilft und den Geist ent-

zündet. Der Redner fordert Worte der Hoffnung, der Verheißung, die sich nicht im bestehenden Rahmen des schon Bekannten erfüllen kann, sondern eine neue Qualität, eine neue Zukunft, einen neuen Lebenshorizont aufzeigt.

Die Kirche müsse diese Hoffnung nicht nur innerhalb ihrer Mauern, sondern in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit aussprechen. Der öffentliche Raum, der heute weltweite Dimensionen hat, ist ein medialer Raum. Dr. Bussek weist die Kirche und uns alle darauf hin: Wenn man in dieser Öffentlichkeit und mit dieser Öffentlichkeit in Kommunikation treten

will, muß man sich der Medien bedienen. Zu erkennen und danach zu handeln ist aber auch: Man muß und kann sich der Medien aber nicht nur bedienen, sondern die Medien sind vom Instrument der Kommunikation selbst zum Kommunikations-Partner geworden.

Zum Abschluß fordert der Minister, über diese Probleme weiter nachzudenken. Dies bleibe nicht nur Aufgabe der Journalisten und Publizisten, sondern Aufgabe aller in der Kirche. Diese Aufgabe aber ende nicht mit dem Schluß dieses wichtigen und Anstöße gebenden Kongresses.

Willy Trost

Ganztagsbetreuung nicht allein durch die Schule

Die zunehmende Nachfrage vieler Eltern nach einer ganztägigen Betreuung ihrer Kinder veranlaßt das Diözesankomitee katholischer Verbände zu dieser Stellungnahme.

Wir sehen im wesentlichen zwei Ursachen für den steigenden Bedarf:

— Auch bei Familien, in denen beide Elternteile mit den Kindern zusammenleben, sind in zunehmendem Maße beide Partner berufstätig. Zum einen,

weil sie feststellen, daß ein Einkommen für den Lebensunterhalt der Familie nicht ausreicht; zum anderen haben aufgrund der verbesserten schulischen und beruflichen Ausbildung von Frauen Ehepaare vermehrt Lebensvorstellungen entwickelt, die eine Integration von Familie und Beruf für beide Partner anstreben.

— Die Zahl der Kinder, die von alleinerziehenden Müttern oder Vätern erzogen wird, steigt kontinuierlich an. 1987 lebten 10,7% aller Kinder unter 15 Jahren in einer Familie mit nur einem Erziehungsberechtigten. Die alleinerziehenden Mütter und Väter sind jedoch, wenn sie nicht von der Sozial-

hilfe abhängig sein wollen, in der Regel auf eine ganztägige außerhäusliche Erwerbstätigkeit angewiesen.

1. Die Rahmenbedingungen für die Familien müssen verbessert werden!

Das Diözesankomitee hält es im Blick auf eine menschliche Gestaltung unserer Gesellschaft mit dem Ziel einer gleichen Teilhabe von Frauen und Männern an Familie und Beruf für begrüßenswert, wenn Frauen in einem stärkeren Maße im Erwerbsleben und Männer im Familienleben präsent sein können.

Die außerhäusliche Erwerbstätigkeit der Eltern darf nicht zu Lasten der Kinder gehen, deshalb muß diese Entwicklung Konsequenzen für die Familienpolitik und für die Arbeitswelt haben. Gefordert sind mehr Kreativität und Flexibilität bei der Gestaltung elternfreundlicher Arbeitszeitbedingungen; dies bedeutet vor allem einen weiteren Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen für Frauen und Männer. Gleichzeitig ist die gesellschaftliche und staatliche Anerkennung von elterlicher Erziehungsarbeit zu stärken, ihre Bezahlung zu erweitern und die Familienerziehung durch Bildungsmaßnahmen stärker zu fördern. In diesem Zusammenhang fordern wir auch die Väter auf, ihren Anteil an der Familien- und Erziehungsarbeit stärker wahrzunehmen.

2. Die Schule darf nicht überfordert werden!

Die Schule scheint nur auf den ersten Blick mit ihren personellen, räumlichen und organisatorischen Möglichkeiten besonders geeignet, den Bedarf nach Ganztagsbetreuung von Kindern und Jugendlichen zu decken. In Wirklichkeit werden hier vielerlei Erwartungen an die Schule herangetragen, die sie allzuleicht überfordert.

Schon durch die Rahmenbedingungen wie Schulpflicht, Leistungsorientierung und -bewertung, hohe Regelungsdichte (Gesetze, Erlasse, Richtlinien) oder Pluralismus der Erziehungsziele sind dem Erwerb von Sozialkompetenzen Grenzen gesetzt.

Auch familiäre Defizite (z. B. Beziehungsprobleme, mangelnde personale Zuwendung) können unter den gegebenen Bedingungen von Schule bzw. in einem Umfeld, das von diesen Bedingungen kaum ablösbar ist, nur sehr schwer aufgearbeitet und ausgeglichen werden. Solche Probleme erfordern neben einem hohen persönlichen Engagement des einzelnen Lehrers eine Erziehungsberatung und familientherapeutische Maßnahmen.

3. Das Wohl der Kinder und Jugendlichen muß im Mittelpunkt stehen!

Schüler wünschen und brauchen mit zunehmendem Alter in ihrer Freizeit Räume, in denen sie ihr

Leben selbst organisieren und verschiedene Rollen — und eben nicht nur die Schülerrolle — erproben können. Sie sollten sich ihre Freizeitpartner für den Nachmittag selbst aussuchen können und nicht in einer Klassengemeinschaft bleiben müssen, in der z. B. die soziale Hierarchie bereits weitgehend feststeht und Regie und Aufsicht „verordnet“ werden wie beim Unterricht.

Freizeitbeschäftigung und -betreuung am Nachmittag kann von anderen Institutionen wie den freien Trägern der Jugendarbeit jugendmäßiger gestaltet werden als von der Schule. Diese Jugendarbeit ist von erheblich weniger Zwängen bestimmt und verlangt ein ungleich höheres Maß an persönlichem Engagement und Gestaltungskraft. Außerdem kann Jugendarbeit gezielt wertorientiert gestaltet werden.

Aus diesen Gründen erwartet das Diözesankomitee, daß die Träger der Jugendarbeit bei der Ganztagsbetreuung mitarbeiten und die von Kindern und Jugendlichen benötigten Freiräume und zugleich die für eine Erziehung unabdingbaren Wertorientierungen anbieten können. Das kommt dem Interesse von Schülern und Eltern entgegen, vergrößert deren Wahlfreiheit und ist sinnvoller als eine einseitige Ausdehnung der schulischen und damit in der Regel staatlich reglementierten Erziehung, die zudem über einen ethischen Minimalkonsens nicht hinausgehen kann.

An Schulen mit Ganztagsunterricht sollten die gesetzlich anerkannten Träger der Jugendarbeit Gelegenheit erhalten, über ihre Arbeit zu informieren und zu werben.

Das Diözesankomitee regt Pilotprojekte an, um die praktische Umsetzung dieser Kooperation in vielseitigen Formen zu erproben; dabei können aber die Kommunen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

Die Modalitäten für die erweiterten Angebote in der Ganztagsbetreuung und für den Zugang der Jugendverbände zur Schule müssen im Rahmen der Schulmitwirkung und unter Wahrung des Elternrechtes geregelt werden.

(Münster, den 18. Juli 1991

(Diözesankomitee katholischer Verbände im Bistum Münster)

Frisch & Fromm.

Die Katholische Presse gibt erfrischend
andere Antworten auf aktuelle Zeifragen.

Ihr Fundament ist und bleibt der christliche Glaube.

Und der ist überraschend vielseitig.

Überzeugen Sie sich selbst davon.

Eine Informations-Broschüre liegt für Sie bereit.

Rufen Sie an: 02 28 / 21 53 34.



**KATHOLISCHE
PRESSE**

ÜBERRASCHEND VIELSEITIG!

„Europäische Sicherheit — Chancen und Risiken“

Auf dem Weg von der Konfrontation zur Kooperation

Vorspann

Nach über 40 Jahren der Konfrontation zwischen Ost und West, nach der Zeit des kalten Krieges, hat in den letzten Jahren und vor allem im vergangenen Jahr ein neues sicherheitspolitisches und militärpolitisches Denken eingesetzt, dem eine Neuordnung der Politik und der militärischen Kräfte folgen wird.

Wir treten jetzt in eine Phase der Kooperation ein. Sie bedarf neuer Mechanismen für Sicherheit und Stabilität bei uns, in Europa und darüber hinaus. NATO, KSZE-Prozeß und EG spielen dabei herausragende Rollen.

Maßgeblich für diese Entwicklungen waren und sind die erfolgreiche, friedenssichernde Politik der NATO, aber auch die Änderungen der sowjetischen Politik unter Präsident Gorbatschow.

Besondere Bedeutung kommt bei der vor uns liegenden politischen Entwicklung dem vereinigten Deutschland zu, dessen Mitverantwortung für Frieden und Si-

cherheit durch die Vereinigung deutlich zugenommen hat und weiter zunehmen muß.

Gefahren und Risiken für die Zukunft

Frieden in Europa bedeutet in Zukunft nicht mehr in erster Linie das Bemühen um die Stabilisierung der politischen Ordnung eines in Blöcke geteilten Europas. Weitreichende Veränderungen der politischen Lage gehen einher mit einer deutlichen Abnahme der militärischen Bedrohung.

Aber der Aufbau und Erhalt einer neuen europäischen Ordnung bedürfen auch zukünftig der Absicherung gegen Normenverletzungen und Drohung. Das gilt allgemein, aber sicher besonders im Verhältnis zur Sowjetunion.

Die Sowjetunion will auch weiterhin Groß- und Nuklearmacht bleiben. Als einziger Staat in Europa kann sie ihre Verteidigung auch ohne Bündnispartner gewährleisten. Auch nach Rüstungskontrollvereinbarungen wird sie über mehr Streitkräfte als jeder andere europäische Staat verfügen. An diesen Tatsachen muß sich die künftige Sicherheitspolitik der westeuropäischen Staaten im NATO-Rahmen ausrichten. Sie muß das sowjetische Militärpotential politisch und militärisch ausgleichen.

Trotz wachsender Zusammenarbeit kann und wird es in Europa auch künftig politische Spannungen und Krisen geben. Minderhei-

tenprobleme, kulturelle und nationale, wirtschaftliche und soziale Gegensätze verstärken sich auch neue können auftreten. Der Bürgerkrieg in Jugoslawien ist nur ein Beispiel für militärische Konfliktmöglichkeiten in Südosteuropa. Zunehmend wirken sich auch Konflikte und sicherheitspolitischer Druck aus Ländern südlich des Mittelmeeres und des Nah- bzw. Mittelostbereichs auf Zentraleuropa aus. Der Krieg um Kuwait, die gesamte Lage im Nahen Osten und in Nordafrika zeigen, daß Gewalt als Mittel der Politik weiterhin angewendet wird und nur durch Gegengewalt eingedämmt werden kann.

Unsere Sicherheitspolitik muß darauf ausgerichtet sein, Konflikte und Spannungen vor allem mit politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Mitteln zu lösen. Die Gefahr militärischer Gewaltanwendung als letztes Mittel wird aber auch künftig nicht auszuschließen sein. Für diesen Fall müssen der Politik militärische Machtmittel zur Verfügung stehen, um kriegerische Auseinandersetzungen schon im Entstehen zu unterbinden oder soweit einzudämmen, daß eine politische Lösung möglich wird. Dafür können jedoch geringere militärische Potentiale als heute ausreichen, die aber um so effektiver strukturiert, ausgebildet und ausgerüstet sein müssen.

Deutsche Sicherheitspolitik Im Rahmen des Atlantischen Bündnisses

Sicherheitspolitik in der Zukunft ist umfassend zu sehen; sie hat politische, militärische, wirtschaftliche und ökologische Dimensionen.

Für eine künftige Friedensordnung in Europa bleiben Stabilität und Verteidigungsfähigkeit aller Staaten entscheidende Voraussetzung. Deutschland findet diese Bedingungen in der Gemeinschaft des westlichen Verteidigungsbündnisses; es leistet einen wichtigen Beitrag zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in Europa. Geographische Lage, Wirtschaftskraft und zukünftige Stellung in Europa übertragen den Deutschen gestiegene Verantwortung.

Für die Zukunft des Atlantischen Bündnisses, die deutsche Einigung und den sicherheitspolitischen Status Deutschlands waren im vergangenen Jahr drei Ereignisse von entscheidender Bedeutung:

- Der Londoner NATO-Gipfel vom 5./6. Juli 1990;
- die Übereinkunft zwischen Bundeskanzler Kohl und Präsident Gorbatschow, zusammengefaßt in der 10-Punkte-Erklärung des Bundeskanzlers vom 17. Juli 1990 und schließlich
- der KSZE-Gipfel vom 19.—21. November 1990 in Paris.

Der Londoner Gipfel hat eine umfassende Neugestaltung der NATO und ihrer Aufgaben einge-

leitet. Folgende Beschlüsse sind von ausschlaggebender Bedeutung:

1. Der Gesamttenor der Londoner Erklärung ist auf bündnisübergreifende Zusammenarbeit ausgerichtet. Wörtlich heißt es: „Die atlantische Gemeinschaft wendet sich den Ländern Mittel- und Osteuropas zu, die im Kalten Krieg unsere Gegner waren, und reicht ihnen die Hand zur Freundschaft.“

Die NATO wird künftig das Schwergewicht vermehrt auf die Wahrnehmung ihrer politischen Funktionen legen, ohne dabei die verteidigungspolitischen Aufgaben außer acht zu lassen. Der Betonung ihrer stabilisierenden, friedenserhaltenden Funktion kommt überragende Bedeutung zu.

Auf dieser Grundlage findet das Bemühen um Friedenssicherung und Kooperation Ergänzung durch:

- Intensivierung des KSZE-Prozesses als System bündnisüberwölbender, kooperativer Sicherheitsstruktur; dabei Schaffung tragfähiger Institutionen zur politischen Krisen- und Konfliktkontrolle;
- Fortsetzung der VSBM-Verhandlungen;
- Fortsetzung der KSE-Verhandlungen;
- Abschluß eines Abkommens über „Offene Himmel“;
- Angebote zu verstärkter wirtschaftlicher Kooperation (im Rahmen der EG);
- Hilfe und Unterstützung beim

Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen.

2. Die NATO hat den Staaten des Warschauer Paktes eine gemeinsame Erklärung darüber vorge schlagen, daß sich beide Seiten nicht länger als Gegner betrachten und sich feierlich zu einem umfassenden Gewaltverzicht verpflichten. Sie hat ihre Bereitschaft zu intensiven militärischen Kontakten mit den Staaten Osteuropas erklärt sowie diesen Staaten angeboten, ständige diplomatische Verbindungen mit der NATO in Brüssel aufzunehmen. Alle Staaten des bisherigen Warschauer Paktes haben dieses Angebot inzwischen angenommen.

3. In London wurde auch der Wille zu einer noch stärkeren politischen Ausrichtung der NATO und zu einer umfassenden Strategieüberprüfung bekräftigt. Dabei wurde besonders vor dem Hintergrund der neuen politischen und militärischen Lage in Europa auf die abnehmende Bedeutung von Kernwaffen in Europa hingewiesen. Eine neue NATO-Strategie, so heißt es im Text, müsse „die Nuklearkräfte wahrhaft zu Waffen des letzten Rückgriffs machen“.

Voraussetzung für eine Strategieveränderung ist aber das durch Rüstungskontrollverhandlungen zu erreichende konventionelle Gleichgewicht zwischen NATO und der Sowjetunion und die Begrenzung nuklearer Waffen auf ein gleichgewichtiges Minimum. Von zentraler Bedeutung bleiben je-

doch der Abzug sowjetischer Truppen aus Osteuropa und der auch aus den inneren Strukturen der Streitkräfte der Sowjetunion erkennbare Übergang von einer offensiven Ausrichtung zur reinen Verteidigungsfähigkeit.

Schwerpunkte der Strategieveränderungen sind:

- Das Bündnisprinzip der gemeinsamen Sicherheit, der „Verteidigung auch der Grenzen von Verbündeten“, bleibt erhalten. Zunehmend treten hierbei die Flankenregionen des Bündnisses, besonders der Süden, in ihrer Bedeutung hervor, wie z. B. die Entwicklungen an der Grenze der Türkei zum Irak zeigen.
- Der politische Inhalt der „Vorverteidigung“ als „Verteidigung des Territoriums an seinen Grenzen“ bleibt grundsätzlich erhalten. Die militärische Planung hierfür ändert sich.
- Abschreckung und Verteidigung werden einer längeren Vorwarnzeit — statt Tagen Monate — und den veränderten Bedingungen angepaßt.
- Die nukleare Abschreckung wird durch eine Konzeption der Rückversicherung ersetzt, in der Nuklearwaffen ihre Funktion nur noch als Waffen des letzten Rückgriffs erfüllen.
- Ein neues operatives Konzept der „Gegenkonzentration“ der Kräfte in gegnerischen Haupt-einfallrichtungen soll reaktionsfähige, bewegliche Kräfte

in der Tiefe des Raumes bereithalten, um sie je nach Hauptstoß konzentrierten Feindschaften entgegenzuwerfen — aus welcher Richtung auch immer sie angreifen mögen.

4. Die Londoner Erklärung bringt ferner den festen Willen des westlichen Bündnisses zum Ausdruck, die europäischen Abrüstungsprozesse intensiv fortzusetzen; und zwar im konventionellen wie auch im nuklearen Bereich.

Das ist inzwischen Wirklichkeit geworden.

Nach dem ersten KSE-Abkommen hat die NATO und haben die KSZE-Staaten Folgeverhandlungen zur weiteren Stärkung von Sicherheit und Stabilität in Europa aufgenommen. Dabei sind weitere Reduzierungen, Begrenzungen und stabilisierende sowie vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen Gegenstand der Verhandlungen. Für Deutschland wird es dabei wegen seiner bei VKSE 1 abgegebenen einseitigen Verpflichtung zur Reduzierung der gesamtdeutschen Streitkräfte auf 370 000 aktive Soldaten darauf ankommen, Personalreduzierung in den Mittelpunkt zu rücken. Eine Singularisierung Deutschlands darf es dabei nicht geben.

Tiefgreifende Veränderungen zeichnen sich für den Umfang der alliierten Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland ab. Großbritannien hat erklärt, es werde seine Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland in den näch-

sten Jahren um die Hälfte verringern.

Frankreich hat für die nächsten zwei Jahre den Rückzug der Hälfte seiner Streitkräfte aus Deutschland angekündigt und plant längerfristig weitere Abzüge.

Die USA werden ihre in Europa stationierten Streitkräfte deutlich reduzieren — der Golf-Krieg und die Lage im Nahen Osten insgesamt werden hierauf erheblichen zusätzlichen Einfluß haben. Reduzierungen sind auch von den Niederlanden zu erwarten. Belgien und Kanada wollen ihre Streitkräfte weitgehend abziehen.

Diese beträchtlichen Reduzierungen sind unter den künftigen politisch-militärischen Bedingungen vertretbar. Dennoch sollen Streitkräfte der Verbündeten, vor allem der USA, dauerhaft in Deutschland stationiert bleiben und Elemente der Integration dort weiter verstärkt werden, wo es militärisch sinnvoll ist. Auch die Bildung multinationaler Korps aus nationalen Einheiten kann diesem Ziel weiter bestehender NATO-Solidarität und -Integration dienen. Das geplante Allied Rapid Reaction Corps und das projektierte deutsch-französische Korps sind Schritte in diese Richtung.

Diese Beschlüsse des NATO-Gipfels waren die Basis für die Übereinkunft zwischen der sowjetischen Führung und der deutschen Bundesregierung über die äußeren Aspekte der deutschen Einheit.

Die wichtigsten Ergebnisse der Vereinbarung zwischen Bundeskanzler Kohl und Präsident Gorbatschow haben für die weiteren sicherheits- und verteidigungspolitischen Planungen besondere Bedeutung:

- Deutschland verfügt seit dem Tag der Vereinigung über seine volle und uneingeschränkte Souveränität, auch in der Frage der Bündniszugehörigkeit. Deutschland bleibt Mitglied der NATO, wie dies von unseren westlichen Verbündeten gefordert wurde und von den osteuropäischen Staaten begrüßt wird.
- Die sowjetischen Streitkräfte verlassen deutsches Gebiet bis spätestens 1994. — Dieser Abzug verläuft bisher planmäßig. —
- Bis zum vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen werden keine Strukturen der NATO auf das Gebiet der neuen Bundesländer ausgedehnt; danach können östlich der Elbe und auch in Berlin der NATO assignierte Streitkräfte stationiert werden, mit der Ausnahme von ausländischen Truppen, Atomwaffen und Atomwaffenträgern.
- Die Schutzgarantie der NATO (Art. 5,6 NATO-Vertrag) findet seit dem 3. Oktober auf das gesamte Gebiet des vereinten Deutschlands Anwendung.
- Außerdem hat sich die Bundesregierung bereit erklärt, bis

Ende 1994 die Streitkräfte Deutschlands auf eine Personalstärke von 370000 Mann zu begrenzen.

- Deutschland hat sich ferner verpflichtet, auch weiterhin auf die Herstellung, den Besitz und die Verfügung über ABC-Waffen zu verzichten.

Mit der Unterzeichnung des „Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ in Moskau am 12. September 1990 und mit der Aussetzung der 4-Mächterechte ab 3. Oktober 1990 bis zur Ratifizierung dieses Vertrages waren alle für die Vereinigung notwendigen Maßnahmen getroffen. Inzwischen ist dieser Vertrag von allen Vertragspartnern ratifiziert worden.

Der KSZE-Gipfel in Paris vom 19.—21.11.1990 hat die Erklärungen des Londoner NATO-Gipfels, die deutsch-sowjetischen Vereinbarungen und die Verträge zur Herstellung der deutschen Einheit in seinen Beschlüssen und Vereinbarungen aufgegriffen, berücksichtigt und weitgehend Grundlagen für die zukünftige Zusammenarbeit in Europa und Europas mit Nordamerika festgelegt:

1. Der in Wien vereinbarte erste VKSE-Abrüstungsvertrag wurde unterzeichnet. Dieser Vertrag soll innerhalb von 40 Monaten zu einer konventionellen militärischen Parität zwischen NATO und Warschauer Pakt in Europa führen. Obergrenzen für die wichtigsten Waffenkategorien wurden festge-

legt. Je 20000 Kampfpanzer, 20000 Artilleriegeschütze, 30000 gepanzerte Fahrzeuge, 6800 Kampfflugzeuge und 2000 Kampfhubschrauber dürfen beide Seiten behalten. Über 50000 Panzer, Geschütze, Schützenpanzer, Hubschrauber und Kampfflugzeuge sind zu verschrotten. Allein die Sowjetunion muß mehr als 30000 Panzer beseitigen. Durch regionale Obergrenzen wird die Konzentration von zu viel Waffen in bestimmten Bereichen verhindert; vereinbarte Verifikation soll die Kontrolle dieses Prozesses und die Einhaltung der Vereinbarungen möglich machen. Folgeverhandlungen sollen weitere einschneidende Begrenzungen der Offensivfähigkeit der konventionellen Streitkräfte in Europa bringen. Zahlenmäßige Obergrenzen der Streitkräftestärken sollen festgelegt werden.

Auch soll ein System für Luftinspektionen entwickelt und das Ziel des „offenen Himmels“ erneut angestrebt werden.

Es ist geplant, diese zweiten KSE-Verhandlungen bis Ende 1992 abzuschließen.

2. Wichtig ist die abgegebene gemeinsame Erklärung der 22, also der Mitglieder der NATO und des damals noch existierenden Warschauer Paktes. In dieser Erklärung betrachten sich die beiden Bündnisse nun auch offiziell nicht mehr als Gegner, sondern wollen neue Partnerschaften aufbauen und einander die Hand zur Freundschaft reichen. Sie erklären, nur

solche militärischen Potentiale aufrechtzuerhalten, die zur Kriegsverhütung und für eine wirksame Verteidigung notwendig sind. Insbesondere verpflichten sie sich, sich der Androhung oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten und keine Waffen jemals einzusetzen, außer zur Selbstverteidigung oder in Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen.

3. Schließlich werden in der Abschlusserklärung des KSZE-Gipfels, der „Pariser Charta für ein neues Europa“, die Grundzüge der neuen Friedensordnung für Europa dargelegt. Die Einheit Europas in einem neuen Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Freiheit wird gefordert; dabei wird die deutsche Einigung als bedeutender Beitrag für eine dauerhafte europäische Friedensordnung gewürdigt. Rüstungskontrollpolitische und vertrauensbildende Maßnahmen sollen festgeschrieben und fortgesetzt werden; dabei soll der Rahmen der Verhandlungen über Rüstungskontrolle ab 1992 von den 22 Mitgliedern von NATO und Warschauer Pakt auf die 34 (jetzt 38) Mitglieder der KSZE erweitert werden.

Die wichtige Rolle der Europäischen Gemeinschaft für die politische und wirtschaftliche Entwicklung wird anerkannt. Das Konzept der sozialen Marktwirtschaft soll das Modell der ökonomischen Weiterentwicklung zwischen und in den KSZE-Staaten sein.

Die besonders von Deutschland

geforderte Institutionalisierung des KSZE-Prozesses kommt voran. Die KSZE erhielt ein ständiges geschäftsführendes Sekretariat in Prag. Die Außenminister der KSZE-Staaten treten mindestens einmal jährlich als „Rat für Sicherheit und Zusammenarbeit“ zusammen. KSZE-Folgetreffen, verbunden mit Gipfeltreffen, finden alle zwei Jahre statt. In Wien wurde ein „Konfliktverhütungszentrum“ zur Umsetzung der vertrauensbildenden Maßnahmen eingerichtet, die Chefs der VSBM-Verhandlungen bilden darin den „Ständigen Konsultativrat“. Es soll eventuell später nach Berlin verlegt werden. Schließlich wird in Warschau ein „Amt für freie Wahlen“ eingerichtet, um Informationsaustausch im Zusammenhang mit Wahlen in den Teilnehmerstaaten zu erleichtern.

Alle diese Beschlüsse dienen dazu, den Frieden in Europa sicherer und die politische Lage stabiler zu machen. Streitkräfte, wenn auch in geringerem Umfang als bisher, werden bei dieser Stabilisierung der europäischen Lage und zur Absicherung Europas insgesamt, der Bündnispartner und der einzelnen Nationen auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Dies gilt auch für die gesamtdeutschen Streitkräfte unseres Landes.

Zusammenfassung

Europa, die NATO und das vereinte Deutschland stehen vor einschneidenden Änderungen.

Der Weg von der Konfrontation zur Kooperation zwischen Ost und West ist die logische Konsequenz aus dem politischen Wandel. Er bedarf der umfangreichen Absicherung im politischen, militärischen und wirtschaftlichen Bereich. Hierzu gehört auch die Schaffung einer Friedensordnung, die allen Beteiligten das Maß an äußerer Sicherheit gibt, das sie für die Bewältigung ihrer inneren Probleme brauchen.

Europa muß nicht nur wirtschaftlich, sondern auch außen- und verteidigungspolitisch zusammenwachsen, wenn es die Probleme der Zukunft bewältigen will. EG und WEU müssen hierzu die Basis bilden.

Der abschließende Erfolg des Wandels in Osteuropa ist aber in wichtigen Bereichen noch nicht gesichert. Stagnation und Rückschläge sind nicht auszuschließen. Daher sind auch während der Zeit des Wandels die politischen Realitäten zu berücksichtigen. Unsere Verteidigungsfähigkeit trägt zur Stabilität zwischen Ost und West bei und sichert somit auch die Umgestaltung im Osten.

Zwar ist die Sowjetunion heute zum Ausgleich bereit; durch beiderseitige, vertraglich abgesicherte Abrüstung setzt sie Kräfte frei, die für Reformen und Umgestaltung dringend gebraucht werden. Aber auch nach Umsetzung der ersten Rüstungskontrollergebnisse bleibt die Sowjetunion die wichtigste Größe im europäischen Gleich-

gewicht mit der Fähigkeit, machtpolitisch auf Europa einzuwirken.

Wir bleiben deshalb auf ein notwendiges Maß an Verteidigungsfähigkeit angewiesen, um gegen mögliche Unwägbarkeiten der Zukunft gewappnet zu sein.

Schließlich wird es auf absehbare Zeit selbst im Rahmen einer europäischen Friedensordnung keine überstaatliche Exekutiv-Kompetenz geben, um Verstöße gegen ein neues System gegenseitig vereinbarter Sicherheit zu verhindern oder zu sanktionieren. Unsere nationale Verteidigungsfähigkeit im Rahmen des Atlantischen Bündnisses bleibt deshalb unverzichtbar.

Jürgen Bringmann

Die Akademie des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr

„Gesundheit ist das größte Gut“, sagte sich auch die Leiterin des BRK-Seniorenkreises in Poing, Bereitschaftsführerin Ulla Eschenbacher, und so vereinbarte sie mit

den zuständigen Stellen eine Besichtigung der „Akademie des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr“ in München.

Dort wurde die Poinger Besuchsgruppe von Oberstarzt Prof. Dr. Claus-Jürgen Mayer sehr herzlich empfangen. Er erläuterte anhand von Video-Bildern den Aufbau und die Aufgaben der Akademie, in der jährlich in 80 Lehrgangsarten über 7000 Lehrgangsteilnehmer ausgebildet werden.

Die Akademie gliedert sich in den Akademiestab und dieser wiederum in vier Gruppen: Personalführung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, militärische Sicherheit, Organisations- und Ausbildungsunterstützung sowie die Materialversorgung. Das zweite Gebiet ist der Bereich Studien und Wissenschaft, der sich mit der Radio- und Mikrobiologie, dem Fachmedienzentrum und der wehrpathologischen Sammlung befaßt. Dann sind zwei Lehrgruppen eingegliedert: die Lehrgruppe A, die den Auftrag hat, Sanitätsoffiziere auszubilden und in Spezialfunktionen einzuweisen und die Pflege des Erfahrungsaustausches mit den verbündeten Streitkräften durchzuführen. Die Lehrgruppe B, welche die Aufgabe hat, die Ausbildung der Unteroffiziersanwärter vorzunehmen.

Schließlich gibt es noch das „Sanitätsbataillon 851“, das der Akademie als Lehr- und Versuchsgruppe dient und eine sanitätsdienstliche Bereitschaft für Kata-

stropheneinsätze im In- und Ausland zu erfüllen hat.

Nach dieser Unterrichtung führte Oberfeldapotheker Dr. Manfred Buchner durch die sehr übersichtlich angeordnete Sanitätsgeräte-Lehrschau. Als besonderes Merkmal gilt, daß die Geräte sehr lange lagerfähig sein müssen und sich auch gut beherrschen lassen. Es wurde bereits anerkannt, daß der Sanitätsdienst der deutschen Bundeswehr über das beste und modernste Sanitätsgerät im Bereich der NATO verfügt. Im Frieden stehen 3000 Betten für erkrankte Menschen zur Verfügung, im Verteidigungsfall kann diese Zahl bis auf 195000 erhöht werden.

Dr. Buchner wies dann noch sehr eingehend auf den Einsatz des Sanitätsbataillons 851 in der „Operation Kurdenhilfe“ im Lager Jegiran (Provinz Baktharan) im Iran in diesem Frühjahr hin. Zur Betreuung von 180000 Flüchtlingen, die in primitiven Zelten untergebracht waren und keine Versorgung mit Trinkwasser hatten sowie zur Behandlung von 24800 Patienten wurden ca. 140 Bundeswehrärzte und Sanitäter sowie Reserve-Sanitätsoffiziere unter Leitung von Oberfeldarzt Dr. Reinhard Erös in den Mittleren Osten entsandt. Mit 85 Transportflügen wurden in nahezu 70 Einsätzen und 1200 Flugstunden über 1800 Tonnen Hilfsgüter — vor allem Trinkwasser und Nahrungsmittel — in die bis zu 2000 m hohen Flüchtlingslager transportiert und 2500

Menschen befördert.

Bei seinem Besuch in Ost-Anatolien sagte Bundesminister für Verteidigung Dr. Gerhard Stoltenberg: „Wir sind in diesen Tagen alle stolz auf unsere Soldaten. Ihre vorbildliche Haltung und Leistung findet breite Zustimmung und Unterstützung!“

Arthur Schopf

Seligspredigt Kolpings am 27. 10. 1991 in Rom

Adolph Kolping: Ein Selig für unsere Zeit

Die Entwicklung von einer ständischen Agrargesellschaft zur modernen Industriegesellschaft mit ihren weitreichenden Auswirkungen im Europa des 19. Jahrhunderts prägte auch den Lebensweg Adolph Kolpings.

Adolph Kolping wurde am 8. Dezember 1813 in Kerpen, einer Kleinstadt zwischen Köln und Düren, als viertes von fünf Kindern geboren. Der Vater, von Beruf Schäfer und Kleinlandwirt, konnte seine Familie nur mit Mühe ernähren. Wie bescheiden und einfach es in seinem Elternhaus zuging, berichtete Kolping später selbst: „Meine Eltern waren stille, ehrbare Leute, deren ganzes Vermögen in einer zahlreichen Familie bestand,

deren Unterhalt ihnen vollauf zu tun gab. . . Worauf aber doch meine Eltern mit emsiger Sorge acht hatten, war die Erziehung ihrer Kinder. Den Unterricht durften diese um keinen Preis verabsäumen.“

Noch nicht 13 Jahre alt, begann Adolph Kolping die Schuhmacherlehre in Kerpen, weil der erwünschte Besuch eines Gymnasiums wegen fehlender Mittel des Elternhauses nicht zu verwirklichen war. Nach der Gesellenprüfung arbeitete er in verschiedenen Werkstätten der näheren Umgebung. Schließlich fand er auch eine Anstellung als Geselle in einer der führenden und bekanntesten Werkstätten Kölns. Die mögliche Einheirat in ein Schuhmachergeschäft in Köln lehnte er ab, weil er sich entschlossen hatte, Priester zu werden.

Seit 1837 besuchte Kolping das Kölner Marzellengymnasium, an dem er nach nur dreieinhalb Schuljahren 1841 die Reifeprüfung bestand. Seine Lehrer und Prüfer entließen ihn „mit den besten Wünschen, daß er sein mit solchem Ernste und so vielen Entbehrungen erstrebtes Ziel glücklich erreichen und den Segen an sich selbst erfahren möge, den er anderen zu erwirken berufen werden wird.“

Nach gründlichen theologischen Studien in München, Bonn und im Kölner Priesterseminar empfing Kolping am 13. April 1845 in der Kölner Minoritenkirche, die später Zentrum seines seelsorglichen Wirkens wurde, die Priester-

weihe. Sein Verständnis vom Priestertum war für die damalige Zeit bei weitem nicht selbstverständlich. Kolping setzte eigene Akzente: „Denn das ist gewiß, heutzutage ist es mehr wie je wahrlich nicht genug, daß man auf der Kanzel das Christentum theoretisch predigt. . . , sondern es tut in unserem vielfach entchristlichten praktischen Leben selbst wieder mit christlichen Augen anschauen zu lehren, not tut es, daß die Lehrer der göttlichen Wahrheit auch wieder mitten unter das Volk, ich sage sogar in sein geselliges Leben, treten, damit das Menschliche auch da wieder durch das Göttliche von den Toten erweckt und in rechter Weise zu leben anfangen.“

Seine erste Stelle als Kaplan und Religionslehrer erhielt Adolph Kolping in Wuppertal-Elberfeld. Diese Jahre im stark vom Protestantismus und von der Industrialisierung geprägten Wuppertal waren für ihn eine zweite Lehrzeit. Dort konnte er eine neue Sichtweise der sich schnell verändernden Arbeitswelt gewinnen. Hier erlebte er das soziale Elend der Handwerksgesellen noch drastischer als er es am eigenen Leibe in Köln erfahren hatte. An seinen Lehrer Prof. Dr. Ignaz Döllinger in München, bei dem er eine Doktorarbeit schreiben wollte, schrieb er am 29. November 1848: „Die große Masse der Fabrikarbeiter schmachtet im Elend, wie ich es nur im Wuppertal kennengelernt.“

In Elberfeld stieß Kolping auf einen Jüngling- bzw. Gesellenverein, der sich unter der Leitung des dortigen Lehrers Johann Gregor Breuer (1829—1897) gebildet hatte. Durch die Mitarbeit als Präses in diesem Verein erkannte er seine eigentliche zukünftige Aufgabe. Aufgrund der gemachten Erfahrungen verfaßte er dazu seine Schrift: „Der Gesellenverein. Zur Beherzigung für alle, die es mit dem wahren Volkswohl gut meinen.“ Wahlspruch des Zusammenschlusses der jungen Handwerker war: „Beten, Lernen und Arbeiten, alles mit Ernst und doch mit Fröhlichkeit.“ Er faßte die Schrift zusammen unter dem Wort: „Tätige Liebe heilt alle Wunden, bloße Worte mehren nur den Schmerz.“

Im Jahre 1849 auf eigenes Betreiben als Domvikar nach Köln versetzt, gründet er hier ebenfalls mit sieben Gesellen einen Gesellenverein, den er in der Folgezeit mit der ihm eigenen Energie und Zielstrebigkeit zum Zentrum aller katholischen Gesellenvereine in Europa und Nordamerika machte. Auf vielen Reisen schuf er unzählige Kontakte, die der Ausbreitung seines Werkes förderlich waren. Die besten Werber für sein Werk waren aber die Gesellen selbst, für die berufliche Wanderschaft damals noch selbstverständlich war.

Glaube, Gottvertrauen und Gebet waren für Adolph Kolping die Grundlagen seines Priesterlebens, das er als gelebte Christuskolpingfolge verstand. Er wußte sich von

seinem Schöpfer und Erlöser getragen in guten wie in schlechten Tagen. Sein unerschütterliches Gottvertrauen gab ihm die Kraft, auch ausweglos erscheinende Lebenssituationen zu meistern. „Wer Gutes unternimmt im Vertrauen auf Gott, hat doppelten Mut. Der Mut wächst nämlich immer mit dem Herzen und das Herz wächst mit jeder guten Tat.“ Das Gebet war für ihn ein ständiger Dialog mit seinem Herrgott: „Durchdrungen von der Überzeugung, daß buchstäblich kein Haar von unserem Haupte fällt, ohne den Willen unseres Vaters im Himmel, glaube ich in einer vielleicht etwas eigenen Weise an die Kraft des Gebetes.“

Kolpings Christen- und Priestertum waren in seinem Leben keine aufgesetzten Äußerlichkeiten. Er dachte und fühlte mit der Kirche. Er freute sich, zu ihr zu gehören. Darum konnte er auch mit ihr leiden, wenn er offensichtliche Defizite erkannte. Sein Anliegen war es, Kirche nicht nur im geweihten Kirchenraum zu verwirklichen, sondern auch draußen in der Welt: „Die Kirche kann und darf sich von der sozialen Frage nicht zurückziehen, sie darf das bürgerliche Leben ihren geborenen oder geschworenen Feinden nicht allein überlassen, sie muß ins Leben hineintreten und den Kampf mit ihren Widersachern nicht scheuen.“

Damit leitete Adolph Kolping auch die innerkirchliche Diskussion über die soziale Frage ein.

Der Glaube war für ihn die Vorbedingung für die Lösung der sozialen Fragen und Probleme. Das bringt er zum Ausdruck, wenn er sagt: „Auf dem Glauben ruht das Leben; das soziale Leben ist nur der lebendige Ausdruck des Glaubens, mag es beschaffen sein, wie es will.“ Aus diesem Glaubensverständnis heraus wollte Kolping an der Lösung der sozialen Fragen und damit an der Erneuerung der Kirche und Gesellschaft mitwirken. Seine Devise dafür lautete: „Es wird darauf ankommen, das Christentum dem Geiste und der Praxis nach ins gesellschaftliche Leben hineinzutragen.“ In diesem Sinne hat Adolph Kolping so sehr an der Lösung der sozialen Frage mitgewirkt, daß wir ihn heute zu Recht als einen der bedeutendsten Seelsorger und Sozialreformer des vergangenen Jahrhunderts bezeichnen dürfen.

Am 4. Dezember 1865 — wenige Tage vor seinem 52. Geburtstag — starb Adolph Kolping. Seine letzte Ruhestätte fand er in der Minoritenkirche zu Köln, für deren Renovierung er als Rektor großzügig gesorgt hatte. Die Verehrung, die dem Volkspriester an seinem Grab bis auf den heutigen Tag dort entgegengebracht wird, ist ein Zeichen dafür, daß viele Menschen seinen Dienst an der Kirche und Welt angenommen haben.

Vielen sprach Kolpings Freund Eduard Steinle aus der Seele, wenn er sagte: „Ich kannte nur wenige Menschen, bei denen das

ganze Leben so aus einem Stück bestand, in denen der Beruf sich so einfach und klar ausgesprochen; er folgte ihm treu und arbeitssam, wie ein rechter Knecht Gottes. Ich kann nicht genug sagen, wie ich die Berufstreue in Kolping ehre; sie beruht bei ihm auf klar und bestimmt ausgeprägter Natur, und ich glaube, er hat das Talent, ein Heiliger zu werden.“

Heinrich Festing

Das Kolpingwerk heute

„Das Kolpingwerk ist die von Adolph Kolping geschaffene und geprägte familienhafte und lebensbegleitende katholische Bildungs- und Aktionsgemeinschaft zur Entfaltung des einzelnen in der ständig zu erneuernden Gesellschaft“ (Programm des Kolpingwerk Deutscher Zentralverband, Ziff. 1)

Seit seiner Gründung ist das Kolpingwerk ein internationaler Verband gewesen, bereits Adolph Kolping hat durch die Gründung von Gesellenvereinen in verschiedenen Ländern Europas die entsprechende Grundlage geschaffen. Gerade in den letzten 20 Jahren hat allerdings die Internationalität des Verbandes eine neue Dimension bekommen; war der Verband über lange Zeit hinweg schwerpunktmäßig auf Europa beschränkt, so arbeitet das Kolping-

werk nun auch in ganz anderen Kulturbereichen und konnte sich erfolgreich in Afrika, Asien und Lateinamerika ausbreiten. Gerade in jüngster Zeit ergaben sich auch neue Möglichkeiten in Osteuropa, wobei zum Teil an alte Traditionen angeknüpft werden konnte.

Die gewachsene Internationalität bringt eine größere Vielfalt im Kolpingwerk mit sich. In den verschiedenen Ländern sind aufgrund unterschiedlicher gesellschaftlicher, politischer, kultureller und religiöser Rahmenbedingungen auch die Schwerpunkte der verbandlichen Arbeit unterschiedlich, allerdings auf der Basis entscheidender Gemeinsamkeiten. Dies ist zum einen die Ausrichtung der Arbeit an den grundlegenden Ideen und am persönlichen Beispiel des Gründers Adolph Kolping, zum anderen das Bemühen, durch die Aktivitäten des Verbandes Menschen zu befähigen, sich als Christen in der Welt zu bewähren und an der ständigen Erneuerung und Humanisierung der Gesellschaft mitzuwirken.

Das starke Wachstum des Internationalen Kolpingwerkes in vielen Teilen der Welt zeigt, wie sehr die Zielsetzung des Verbandes auch heute Menschen begeistern und motivieren kann. Dabei ist der Verband bei allem Wandel seinen ursprünglichen Ideen treu geblieben. Adolph Kolping verstand sein Werk auch und gerade als Beitrag zur Lösung der sozialen Frage; er wurde damit zu einem Wegbereiter

der katholischen Sozialbewegung und auch der katholischen Soziallehre.

Das Internationale Kolpingwerk ist heute in 38 Ländern der Erde vertreten mit rund 370000 Mitgliedern in 3700 örtlichen Kolpingsfamilien.

Das Kolpingwerk Deutscher Zentralverband ist die größte nationale Organisation im Internationalen Kolpingwerk. Seit der Wiederherstellung der deutschen Einheit gehören ihm 271000 Mitglieder in 2800 Kolpingsfamilien an. Der Verband sieht eine vordringliche Aufgabe darin, seine Mitglieder zu verantwortlichem Mitdenken, Mitsprechen und Mithandeln in allen Bereichen der Gesellschaft anzuregen und zu befähigen. Unter diesem Ansatz und Anspruch übernehmen und übernehmen immer wieder zahlreiche Mitglieder des Verbandes Aufgaben in allen relevanten Bereichen von Gesellschaft und Politik, gerade auch im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Selbstverwaltung.

Über das verbandliche Wirken hinaus unterhält das Kolpingwerk Deutscher Zentralverband auf Bundes- und Landesebene in den Diözesanverbänden und Kolpingsfamilien vielfältige besondere Einrichtungen wie Bildungswerke, Familienferienwerke, Kolpinghäuser, deren Aufgabe und Zielsetzung darin besteht, Menschen — insbesondere benachteiligten Gruppen

unserer Gesellschaft — besondere Hilfen und Dienste anzubieten.

Wettbewerb „Soziale Ideen“ bis zum Jahresende 1991 verlängert

Aus Anlaß des 100. Jahrestages der Veröffentlichung der ersten Sozialenzyklika „Rerum novarum“, hat das Katholisch-Soziale Institut der Erzdiözese Köln zu einem Wettbewerb „Soziale Ideen“ aufgerufen.

Da in einigen Verbandszeitungen der Hinweis auf diesen Wettbewerb erst kurz vor der Sommerpause veröffentlicht wurde, hat die Institutsleitung den Einsendeschluß vom 15. September 1991 auf den 31. Dezember 1991 verlegt, um noch weiteren Einsendern eine Chance zu geben, ihre Ideen und Vorschläge einzureichen.

Anschrift: Katholisch-Soziales Institut der Erzdiözese Köln

Kardinal-Frings-Haus

Postfach 1460

W—5340 Bad Honnef 1



AUS GKS UND PGR

Wallfahrt der Militärkirchen- gemeinde Mainz

Als PGR und GKS 1990 für den 9. Juni 1991 eine Fußwallfahrt planten, konnte man noch nicht ahnen, daß diese Wallfahrt im Zusammenhang mit der Aktion „Woche für das Leben“ gebracht werden konnten.

Ausgangspunkt der ca. 13 km langen Wallfahrt war der Ort Schlagenbad im Rheingau. In der Ortskirche wurde mit einer Statio begonnen. Die Statio wies sowohl auf das Leitthema der kommenden Woche als auch auf die vor uns liegende Wallfahrt hin.

Mittelpunkt der Statio war eine Meditation — „Was ist der Mensch?“ Vier Themenkreise sollten während der Wallfahrt an bestimmten Haltepunkten besprochen werden:

- Was ist der Mensch?
- In welchen Bereichen ist menschliches Leben gefährdet?
- Wie können wir als Gemeinde und als einzelner helfen für den Schutz des ungeborenen Lebens?
- „Es geht um das Leben“; das in Heiligkreuztal während der Woche der Begegnung verabschiedete GKS-Papier.

So machten sich insgesamt 34 Erwachsene, Jugendliche und Kinder auf den langen Weg. Eine kleine Gruppe — unsere Senioren — nahm einen kürzeren, wenn auch nicht gerade leichteren Weg.

Voran wurden Vortragekreuz und eine neue Fahne unserer Militärgemeinde getragen. Gestaltet und gefertigt wurde diese Fahne von unserem ehemaligen Standortpfarrer Pater Franz Senn. Der Entwurf dazu entstand zu mitternächtlicher Stunde im IC-Speisewagen des Sonderzuges II auf der Rückfahrt von Lourdes.

Unterwegs wurden die o.a. Themen diskutiert, und mit Gitarrenbegleitung wurde aus einem eigens für diese Wallfahrt angefertigten Liederheft gesungen. Über die Höhen des Rheingaus, entlang einem Teil der Riesling-Route, erreichten die Wallfahrer mit einigem Schweißaufwand das Kloster Tiefenthal, wo uns die Dernbacher Schwestern sehr herzlich begrüßten.

Hier im Kloster wurde dann Eucharistie gefeiert und die Ergebnisse der Wallfahrer eingebracht.

Was ist der Mensch?

- Abbild Gotte, Geschöpf Gottes
- Lebewesen aus Fleisch, Blut, Knochen, Geist und Seele
- vergängliches Lebewesen, das schon bei der Geburt dem Tod entgegenseht
- Gast auf Erden

- Bewahrer, aber auch Zerstörer des Lebens
- ein kleines, aber jedes für sich ein wichtiges Rad in einem großen Getriebe
- Krone der Schöpfung
- auf Gemeinschaft angewiesen
- für sich allein hilflos, wehrlos von Geburt bis ins hohe Alter
- unfriedlich, unzufrieden, neidisch, oberflächlich, konsumorientiert
- gelenktes Objekt (Mode)

In welchem Bereich ist menschliches Leben gefährdet?

- Umwelt
- Straßenverkehr
- Arbeitsplatz
- Abbruch der Schwangerschaft — in einer Notlage — Leben der Mutter
- Tabletten, Drogen, Alkohol, Nikotin, besonders während einer Schwangerschaft
- Egoismus — ungeborene Kinder können sich nicht wehren.

Wie können wir als Gemeinde oder als einzelne helfen zum Schutz der ungeborenen Kinder?

- Informationen einholen und weitergeben
- politisch Einfluß nehmen
- Eintreten für die Schaffung von Kindergartenplätzen
- angemessene Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern
- Eintreten für menschenwürdige Lebensbedingungen u.a. bezahlbarer Wohnraum
- Amtskirche muß Angebote machen

„Es geht um das Leben“ (GKS-Papier)

- Insgesamt wird die Stellungnahme befürwortet, obwohl sie kontrovers diskutiert wurde
- die folgende Passage aus dem GKS-Papier wurde jedoch eindeutig hervorgehoben:
Die Kirche ist überfordert
- überzeugend Stellung zu nehmen, wo die Würde des Menschen verletzt wird, Möglichkeiten und Hilfen aufzuzeigen zum verantwortungsbewußteren Umgang mit dem Leben
- in maßgeblicher Zusammenarbeit mit Familie und Schule umfassende Sexualaufklärung, die die Fragen der Empfängnisverhütung und verantworteter Elternschaft miteinbezieht, zu fördern.

Ein gemeinsames Kaffeetrinken in der Cafeteria des Klosters beschloß die Wallfahrt und einen anstrengenden aber sehr schönen Tag.

Heinz Dorndorf

20 Jahre GKS Freyung

Der Kreis Freyung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) feierte am 5. Juli 1991 seinen 20. Gründungstag in der Kaserne „Am Goldenen Steig“ des Gebirgspanzeraufklärungsbataillons 8. Der Beginn des Jubi-

läumsfestes wurde am Glockenturm auf dem Kasernengelände mit einem Feld- und Standortgottesdienst eingeleitet. Er wurde konzelebriert vom Katholischen Wehrbereichsdekan VI, Dekan Peter Rafoth, dem für Freyung zuständigen Militärpfarrer Friedrich Mecke, seinen Vorgängern Alfred Hable, P. Ludwig Wöhrle, Albin Dröge und Matthias Wilhelm sowie dem Linzer Militärdekan Konrad Waldhör aus Österreich.

In seiner Predigt bat Dekan Rafoth die Soldaten inständig, sich vom Glauben beseelen zu lassen und für diesen Glauben auch bei ihrem Dienst in der Bundeswehr Zeugen zu sein. Solche Zeugen für die Botschaft Jesu, denen ihr Glaube viel bedeute, seien in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten zu Hause. Es sei ermutigend, in der GKS gläubige Männer zu wissen, die weltoffen und glaubwürdig mit beiden Beinen auf dem Boden stehen.

Eine Sammlung beim Festgottesdienst für die bei der 31. Woche der Begegnung in Heiligkreuztal beschlossene Nachbarschaftshilfe 1991 erbrachte 234,— DM. Im Rahmen dieses Projektes werden ein Waisenhaus für Mädchen und zwei Säuglingsheime in Satu Mare in Rumänien unterstützt.

Dem Gottesdienst schloß sich ein Festakt im Unteroffiziersheim an, bei dem der GKS-Kreisvorsitzende, Hauptfeldwebel Heinrich Vierlinger, neben den bereits genannten kirchlichen Würdenträ-

gern u. a. MdL Josef Blöchl, Landrat Alfons Urban, Bürgermeister Fritz Wimmer, Generalmajor a.D. Michael Greipl (Freyung gehörte zu seinem Kommandobereich als Kommandeur der 1. Gebirgsdivision in Garmisch-Partenkirchen) und den Kommandeur des Geb-Pz-AufklBtl 8, Oberstleutnant Reinhard Köhler, als Hausherren begrüßen konnte.

Die Mitgliederzahl des GKS-Kreises Freyung ist in den 20 Jahren seines Bestehens von 35 in 1971 auf heute 105 Soldaten und Angehörige angewachsen, unter denen sich auch der Kommandeur des Btl befindet.

Klaus Brandt

Grußwort zum 20jährigen Gründungsjubiläum der GKS Freyung am 5.7. 1991

Sehr geehrte Ehrengäste, liebe Festgäste, liebe Familien, Mitglieder und Freunde der GKS Freyung.

Es ist mir als Militärpfarrer und geistlicher Beirat der GKS Freyung eine ganz besondere Aufgabe und Freude, heute Ihnen, liebe Familien, Mitglieder und Freunde der GKS Freyung, von Herzen zum 20jährigen Bestehen Ihres Kreises zu gratulieren.

Als Seelsorger erfüllt es mich mit Dank, hier am Standort Freyung einen aktiven GKS-Kreis zu wissen, der es von der ersten Stunde an als seine Aufgabe sieht,

christliche Soldatenfamilien in einer echten Gemeinschaft zusammenzuführen und so einen Hauptpunkt der kirchlichen Seelsorgearbeit wie auch des Laienapostolates nach dem II. Vatikanischen Konzil ganz konkret zu verwirklichen. Ganz im Sinne des Selbstverständnisses und der Leitsätze „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ wird hier in zahlreichen und verschiedensten Veranstaltungen und Aktivitäten vor Ort „GKS“ realisiert, so daß der Freyunger GKS-Kreis aus dem öffentlichen Leben einfach nicht mehr wegzudenken ist. Das Leben und die Arbeit des Kreises geschieht nicht zurückgezogen, auf Sparflamme oder sozusagen „im stillen Kämmerlein“, sondern hat, blättert man die Chronik durch, ein Profil von Vielfalt, das dem Verband vor Ort sicher seinen Reiz verleiht und jedes Mitglied für sich etwas finden läßt und bietet, sei es auf dem Gebiet der verschiedensten Bildungsthemen oder der Beteiligung an kirchlichen Veranstaltungen und Feiern oder der soldatischen Kameradschaft.

Was hier in den vergangenen Jahren geleistet wurde, ist nicht nur mühsame Aufbauarbeit, Dank dafür allen Verantwortlichen, den Sprechern und Vorsitzenden sowie meinen Vorgängern als geistliche Beräte, sondern es ist ebenso ein Beispiel der Übernahme und Wahrnehmung von Verantwortung in Gesellschaft und Kirche. Wenn gleich sich das Engagement des

Aktiven als mühsamer Einsatz darstellt, ist es ein Dienst für die anderen, getragen von persönlicher Glaubensüberzeugung, kameradschaftlichem Zusammenhalt und staatsbürgerlichem Bemühen als mündige Christen. Und gerade dies — und die persönliche Atmosphäre — ist es, was den GKS-Kreis Freyung prägt und sympathisch macht und ihn nicht nur am heutigen Tag feierlich strahlen läßt; denn die Kameradschaft wirkt weiter täglich im Berufsfeld „Kaserne“ und die Freundschaft privat unter den Familien. Daß dies noch viel mehr werden und noch lange so bleiben möge, hoffe ich zusammen mit allen Mitgliedern und Freunden des GKS-Kreises.

Ich tue es gern und sage mit Vergnügen, daß ich heute an diesem Jubiläum aus Freude zu Gott bete und für das Wohl Eurer Familien, für Euren Dienst an unserer Gesellschaft und für Eure Gemeinschaft Katholischer Soldaten hier in Freyung. Möge Gott uns segnen und eine gute Zukunft geben.

Den Dank an Gott haben wir im Gottesdienst gefeiert. Doch möchte ich als äußeres Zeichen des Dankes und der Wertschätzung — nicht zuletzt auch für die Mühe anläßlich der heutigen Feier — dem langjährigen Sprecher und Vorsitzenden, dem Organisator und Moderator unseres GKS-Kreises, Herrn Heinrich Vierlinger in Freundschaft und in symbolischer Weise für die gesamte GKS Frey-

ung eine kleine Aufmerksamkeit in die Hand geben zum Dank für alles Bisherige und als Ermutigung für die Zukunft.

Friedrich Mecke

Rückschau und Ausblick

Meine Damen und Herren,
liebe Kameraden,

1. Von den Anfängen der organisierten Laienarbeit

20 Jahre sind eigentlich für Vereine, vor allem für unsere Traditionsvereine oder Verbände (Kölping 80 Jahre z. B.), keine Zeit. Für die organisierte Laienarbeit katholischer Christen in der immerhin auch erst 35 Jahre alten Bundeswehr jedoch sicher einen Zeitpunkt, an dem man einmal kurz anhalten darf, um dieses Jubiläum in bescheidener Form ein bißchen zu feiern.

Wer Rückschau halten will, tut gut daran, seine eigene Geschichte nicht losgelöst von den Vorgängen um sich herum zu betrachten. So will und muß ich zunächst einmal etwas ausholen.

Vom 14. bis 18. März 1960 fand im „Haus der Begegnung“ in Königstein im Taunus eine Akademietagung statt, zu der das kath. Militärbischofsamt Katholische Offiziere der Bundeswehr eingeladen hatte. Sie stand unter dem Thema: „Das Ansehen der Bundeswehr und des Offiziers — Selbstbestimmung und Forderung“. Überlegungen während dieser Ta-

gung führten zur Gründung des „Königsteiner Offizierkreises“ am 17.3.61. Mit der Einladung zu dieser Akademietagung schien die kath. Militärseelsorge Neuland betreten zu haben. Darauf läßt eine Äußerung des damaligen Militärgeneralvikars Prälat Werthmann aus dem Jahre 1960 schließen.

Zitat: „Die Frage der besonderen religiösen Betreuung unserer Offiziere ist ein sehr ernstes, schwieriges und vordringliches Problem. Wir dürfen nicht auf dem Endpunkt der Vorkriegszeit stehenbleiben, wo es uns nicht gelungen ist, über die religiöse Betreuung der einfachen Soldaten hinauszukommen. Es ist das Signum der kaiserlichen, der Reichswehr- und der Wehrmachtseelsorge, daß es den Militärpfarrern nicht gelungen ist, die Unteroffiziere und noch weniger die Offiziere religiös anzusprechen.“

Mit dieser Tagung war also der 1. Schritt getan. Man hatte die feste Absicht, dies zu ändern.

2. Entwicklung der GKS — vom KOK zur GKS

2.1 Der „Königsteiner Offizierkreis“ (KOK)

- Erste Akademietagung kath. Offiziere vom 14. — 18. März 1960, Vorentwurf einer Ordnung;
- Zweite Akademietagung in Königstein, Taunus, Gründung des Königsteiner Offizierkreises durch
 - Verabschiedung der sog.

- Königsteiner Grundsätze am 17.3.61 (Gründungsdatum der kath. Laienorganisation in der Militärseelsorge der Bundeswehr)
- Inkrafttreten der „Ordnung des KOK“ am 15.7.61.
 - Damals bildete sich ein Kreis aus engagierten katholischen Offizieren, die
 - sich als Mitarbeiter der Militärseelsorge anboten,
 - eine verbindliche Form für die Laienbewegung in der Kirche unter den Soldaten entwickelten,
 - sich aus katholischer Sicht vor allem mit ethischen Fragen des soldatischen Dienstes auseinandersetzen,
 - ihre Position auch in der Öffentlichkeit vertreten wollten.
 - Selbstverständnis und Zielsetzung des KOK wurden wesentlich von Hauptmann Dr. Helmut Korn (später Oberst, gest. 1983) beeinflusst. Er formulierte folgenden Auftrag:
 - Wertvorstellungen für den Soldaten in einer Demokratie aus dem Glauben heraus anbieten;
 - Herausforderungen, die sich aus den politischen und ethischen Problemen der Atombewaffnung und Verteidigung unter den Bedingungen eines Nuklearkrieges ergeben, annehmen und diskutieren;
 - Eintreten für politische Bildung aus dem Geist christlicher Verantwortung.
 - Damit sollte ein wichtiger und wertbezogener Beitrag zur geistigen Formung der Bundeswehr geleistet werden. (Rolle von Militärbischof Dr. Franz Hengsbach 1962—1978).
- ## 2.2 Gründung der GKS
- Im KOK herrschte bald Klarheit darüber, daß
 - nach dem Schriftwort (Röm 2.11) „Denn es gibt kein Ansehen der Person bei Gott“
 - Mitgliedschaft nicht nur Offizieren vorbehalten sein dürfte.
 - Der Aufbruch vom Offizierkreis zu einer Gemeinschaft für Soldaten aller Dienstgrade vollzieht sich in den Jahren 1969/70.
 - In einem kritischen Artikel faßte 1969 der damalige Major i. G. Clauß (seit 1990 DSACEUR und General) die wesentlichen Gründe für die Öffnung des KOK für alle Dienstgrade zusammen:
 - Die Grundsätze der „Königsteiner Ordnung“ 1963 erforderten keine Begrenzung der Mitgliedschaft auf die Dienstgradgruppen der Offiziere;
 - katholische Unteroffiziere und Feldwebel sollten sich der Gemeinschaft anschließen können;
 - Mitglieder müßten sich stärker für ihre Gemeinschaft verantwortlich fühlen;
 - katholische Soldaten sollten sich an der Meinungsbildung in allen Bereichen des öf-

fentlichen Lebens beteiligen.

- Mit der Konstituierung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten am 19.3.1970 während der 10. Woche der Begegnung in Essen ging der KOK in der GKS auf.

3. Die Freyunger GKS im Spiegel der Zeit (Von den Anfängen bis zur Gegenwart)

Hier beginnt nun auch die Geschichte der Freyunger GKS.

1971, so übermittelte mir der 1. Sprecher, der damalige HptFw und Spieß Leo Schuster, fand die Gründungsversammlung mit ca. 35 Mitgliedern statt. Freyung gründete damit den ersten Kreis in der Bundesrepublik.

Folgende Sätze aus einem Brief, den der katholische StO-Pfarrer aus Günzburg und der 1. Vorsitzende der dortigen GKS im Februar 1972 an den damaligen Sprecher der Bundes-GKS, Oberstleutnant Dr. Helmut Korn, richtete, mögen zu dieser Zeit auch für die Freyunger GKS zugetroffen haben.

Zitat: : Die Interessen der GKS Günzburg sehen ganz anders aus: Wir verstehen uns als ein Kreis christlich geprägter Soldaten und deren Ehefrauen. Wir möchten dazu beitragen, den Kontakt zwischen Militärfarrern, Soldaten und Soldatenfamilien zu fördern und zu festigen. Durch Familienveranstaltungen sollen auch die Frauen und Kinder die Gemeinschaft der Militärkirchengemeinde erleben. Durch Vorträge und Dis-

kussionen werden neue Informationen vermittelt und das Leben bereichert. Die GKS soll sich mit allgemein interessierenden Themen auseinandersetzen, aber nicht schwerpunktmäßig Hüter der Wehrpolitik und heutzutage umstrittener soldatischer Grundsätze sein.“

Diese Sätze zeigen die Problematik und das Interessenspektrum auf, das in dieser noch jungen GKS vorhanden war. Es stellte sich also auch damals die Frage, wie auch heute, ob sich diese katholische Laienorganisation vornehmlich auf die Bewältigung von Problemen im Umkreis der Militärgemeinde konzentrieren oder ob man weitergesteckte Ziele anstreben sollte. Einen entsprechenden Hinweis bot Korn in seiner Antwort vom 3.3.72:

Zitat: „Ist Standortfindung heute in Kirche und Gesellschaft notwendig? Wenn ja: Kann man sie nur durch persönliche oder familiäre Kontakte ermöglichen oder gehört auch geistige Auseinandersetzung dazu? Kennt die GKS Günzburg die ‚Ordnung 70‘ der GKS? Wie steht sie zu der darin niedergelegten Aufgabenstellung der GKS, ‚zur Besinnung auf die Aufgaben des Soldaten und zur Erfüllung seines Auftrages beitragen zu wollen‘? Hält die GKS Günzburg es für erforderlich, daß sich katholische Soldaten hier und heute Gedanken machen über die Sinnfrage soldatischer Existenz und Rechtfertigung? Was hält die GKS Günz-

burg vom Konzil und seiner Bedeutung für die Erneuerung unserer Kirche?“

Ich denke, mit dieser Grundsatzfrage war damals auch die Freyunger GKS konfrontiert. Sie kam unterdessen in ihr 2. Jahr und erlebte den Wechsel ihres geistlichen Beistandes. MilPfr Pater Alwin Dröge wurde durch Pater Ludwig Wöhrle im Amt des katholischen StO-Pfarrers Passau abgelöst. Schon ab 1971 nahm der 1. Sprecher oder sein Vertreter, der damalige Olt Böhm, an der jährlichen Woche der Begegnung, der Bundesversammlung der Laien, regelmäßig teil.

Der Kreis war also präsent, und er nahm sich der Probleme (nicht aller) dieser Jahre an. Eines davon, wohl eines der gravierendsten, war die Diskussion um den § 218. Diese Frage war, blieb und ist aufs neue wieder höchst aktuell. Ich komme darauf noch einmal zurück.

Ein 1. Höhepunkt der noch jungen GKS war sicher im November 1975 die Beteiligung an der internationalen Soldatenwallfahrt nach Rom. Obwohl Romwallfahrten eigentlich An Schub geben (bei mir war es wenigstens im Jahr 1978 so), schien diese beim Freyunger Kreis nicht zu sein. Der Grund lag aber vermutlich in der Versetzung des 1. Sprechers, wie der Vorsitzende damals noch bezeichnet wurde, nach Weiden (siehe auch Rundbrief von Leo Schuster).

Die GKS Freyung stagnierte für

ca. 3 Jahre. Sie war zwar nicht „tot“, aber leicht „eingenickt“. Mit Hptm Leo Kilger, dem damaligen Chef 3./-, ging es am 17.3.80 wieder aufwärts.

24 Mitglieder waren zur Versammlung im Offz-Heim erschienen, HptFw Peter Klonowski, der damalige 1. Sprecher der GKS Pokking, half mit einem Grundsatzreferat mit, und Kilger wurde zum 1. Sprecher gewählt.

Um Sie aber nun nicht unnötig zu strapazieren, vor allem aber, um noch für ein paar programmatische Gedanken Zeit zu gewinnen, werde ich nun die Ereignisse der Jahre teilweise nur im Telegrammstil streifen bzw. nur noch auf Schwerpunkte eingehen.

Im Frühjahr des Jahres 1982 Personalwechsel

28.3.82 MilPfr Pater Roland Stemmler löst MilPfr Pater Ludwig Wöhrle ab.

11.5.82 Neuwahlen bei der GKS, Hptm Kilger gibt sein Amt aus dienstlichen Gründen ab. HptFw Vierlinger wird sein Nachfolger. Ab 1982 Verlagerung der Aktivitäten hin zu offensiverer Arbeit im Rahmen der gestellten Aufgaben.

Dabei: Zielgruppenanalyse für die Informationsarbeit mit dem Ergebnis, es sind dies für die GKS die

- Vertreter der Geistlichkeit
- Laienorganisation und deren Vertreter.

Die teilweise mit erschreckender Unkenntnis geführte Friedensdiskussion, ab dem Beginn der

80er Jahre, gerade auch aus dem Bereich der Kirche (Geistlichkeit, vor allem aber bei den Laien), forderte uns geradezu zur Gegensteuerung im Rahmen unserer Möglichkeiten heraus.

So kam es zu einer Reihe von Informationsveranstaltungen, mit dem Ziel, zunächst einmal an die „Multiplikatoren“ im kirchlichen Bereich Grundwissen über z. B. die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik heranzutragen, um dann natürlich auch über ihre ethische Vertretbarkeit zu diskutieren (Friedenswort der deutschen Bischöfe).

23.3.82 Informationsveranstaltung für Geistliche beider Konfessionen der Dekanate Freyung, Waldkirchen und Grafenau mit OTL Dietrich und Pater Ludwig Wöhrle

23.6.87 Informationstagung der GKS und des katholischen StO-Pfarrers mit Pfarrern, Kaplänen, Religionslehrern, Pastoralassistenten, Vertretern von Pax Christi und BDKJ mit Generalleutnant a.D. Carl-Gero von Ilseman und Professor Dr. Friedrich Schröger UNI Passau gegen die Pax-Christi-Erklärung „Gewaltfrei widerstehen — Kriegsdienste verweigern.“

29.6.88 Gespräch mit Pax Christi und BDKJ über ethische Fragen der Friedenssicherung

17.11.89 Informationstagung für die Vorsitzenden/Bildungsbeauftragten/Jugendbeauftragten der Freyunger katholischen Vereine/Verbände (30 Gäste).

Auch die Veranstaltungen zu

den Weltfriedenstag in Freyung am 23.1.83 Weltfriedenstag in Freyung mit Weihbischof Franz Xaver Eder, 270 Teilnehmer und

am 21.2.86 Weltfriedenstag in Freyung mit unserem Bischof Franz Xaver Eder, dem katholischen Wehrbereichsdekan VI Pater Rafoth, Gästen aus Passau, Pocking, Regen, Österreich (Linz und Freistadt) sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Es kam uns dabei immer darauf an, deutlich zu machen, daß mit Utopien keine verantwortbare Politik für die Sicherheit eines Staates betrieben werden kann und daß wir katholische Soldaten für die bewaffnete Sicherung des Friedens eintreten, weil es dazu keine Alternative gab und wohl auch nicht geben wird. Die relativ große Unkenntnis über die Zusammenhänge von Sicherheit und Entspannung, über die Bundeswehr, aber auch z. B. die Militärseelsorge, ließ in uns dann Ende 89/Anfang 90 den Entschluß reifen, diese Informationsveranstaltungen dem Priesterseminar in Passau anzubieten. Regens Dr. Wagenhammer hatte spontan zugesagt.

So kam es bisher zu 2 Tagesveranstaltungen, und zwar am

16.5.90 1. Informationstag für den Pastorialkurs des Priesterseminars Passau in Zusammenarbeit mit dem katholischen StO-Pfarrer (15 angehende Neupriester mit Regens Dr. Wagenhammer) und am

23.4.91 2. Informationstagung

für den Pastorkurs des Priesterseminars Passau, 8 Neupriester und Regens Dr. Wagenhammer waren Gäste der GKS.

Sie werden fortgesetzt. Nachbardiözesen, z.B. Augsburg, planen ebenfalls derartige Tagungen. Sollte uns hier eine „Initialzündung“ geglückt sein, wären wir schon ein bißchen stolz darauf.

Lassen Sie mich nun noch einige andere in unserer Geschichte bedeutsame Ereignisse ansprechen.

30.6.85 Verabschiedung des MiIPfr Pater Roland Stemmler im Rahmen einer Bildungsfahrt zur Asamskirche nach Altenmarkt (Osterhofen)

18.10.85 Begrüßungsabend für den neuen MiIPfr Alfred Hable mit einem Gottesdienst in der St.-Gunter-Kapelle in Freyung (40 Mitglieder)

2. Halbjahr 86, 18.12.86 Einweihung des Glockenturmes, einer „Einmaligkeit“ in Bayern, erbaut durch die GKS; Planung OFw Kammermeier, Bauleitung: StFw Platen. Stiftung der Glocken durch den WB-Dekan VI Pater Rafoth, Bauholz durch Herrn Hilz, Neu- hütte

14.6.89 Teilnahme am Diözesan- jubiläum mit 1700 Soldaten in Passau. Der Marsch von 1700 Soldaten von Passau-Ingling den Inn abwärts, durch die Stadt zum Dom mit dem Freyunger Musikzug sowie das Hochamt im Dom, ein unvergeßliches Erlebnis.

16.12.90 Adventfeier mit Verab-

schiedung von MiIPfr Alfred Hable
29.1.91 Begrüßungsabend für den neuen MiIPfr Friedrich Mecke im Rahmen einer Andacht und einer kleinen Feier

Regelmäßige Veranstaltungen in den Jahren ab 1980

- Adventfeiern
- Beteiligung an den Akademieabenden für Unteroffiziere in Regensburg
- Ausrichtung der Jugendskiwochenenden für die Militärkirchengemeinden Passau-Pocking-Freyung
- Durchführung von Skifreizeiten in Hochpillberg/Schwaz
- Beteiligung an Fahrten zum Salzburger Adventsingen in den Jahren 1986—1989
- Abendvorträge mit unterschiedlichen Themen aus den Bereichen Geschichte, Kultur, Reisen, Glauben usw.
- Beteiligung an der Fronleichnamsprozession
- Beteiligung an religiösen Familienwochenenden

Mitgliedschaften:

Die GKS ist Mitglied des Katholischen Kreisbildungswerkes (KBW) und des Bildungswerkes der Stadt Freyung.

Der 1. Vorsitzende der GKS ist im Beirat des KBW und seit 1990 2. Vorsitzender des Bildungswerkes der Stadt Freyung.

Am 9.12.1990 wurde StFw Heinrich Vierlinger in München von den Delegierten der GKS aus Bayern zum 2. stellvertretenden Wehrbereichsvorsitzenden der GKS ge-

wählt. Er ist damit automatisch auch Angehöriger des Bundesvorstandes der GKS.

4. Positionen der GKS

Es ist hier und heute natürlich nicht möglich, alle Veröffentlichungen und Erklärungen mit ihrem Inhalt vorzustellen bzw. darüber zu referieren. Ich will mich deshalb damit begnügen, die wichtigsten Veröffentlichungen der GKS zu nennen, Sie vielleicht darauf etwas scharf zu machen, um dann noch kurz einen Ausblick auf die heranstehenden Aufgaben zu geben.

Die GKS hat bisher folgende Schriften herausgegeben:

- „Wenn Soldaten Frieden sagen“; 1974, 1980, 1988; (Fettweis/Loch);
- „Dem Frieden dienen? Wozu Bundeswehr?“; 1975, 1980, 1982, 1984; (Bringmann);
- „Begegnungen mit der Kirche im Wandel der Zeit“ (Rom-Seminare); Bd. I u. II; 1980, 1988; (Fettweis/Lehmkämper);
- „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker; 1990; (Bringmann/Fettweis);

Die zur Zeit aktuellste und vorrangigste Aufgabe, an der die GKS auf Bundesebene arbeitet, ist ihr Eintreten für den Schutz ungeborener Kinder.

Sie macht dies, weil die katholischen Soldaten ihren Dienst als Hüter und Schützer der Sicherheit und Freiheit der Völker verstehen. Diese Schutzfunktion leitet sich

ab aus dem elementaren Grundrecht auf Leben. Zur Sicherung dieses Grundrechts ist der Soldat bereit, sein eigenes Leben einzusetzen. Um so mehr ist er betroffen über die Auseinandersetzung um den Schutz ungeborener Kinder. Der Wortlaut dieser Erklärung liegt hier vor. Er wurde allen Fraktionen des deutschen Bundestages zugestellt.

Es ist ganz klar, dies ist ein Konflikt zwischen dem Recht auf Leben, dem Fundament aller Menschenrechte, und dem Recht auf Selbstbestimmung. Jeder Laie kann eigentlich ohne besondere Rechtskenntnis ermessen, welches von beiden das höhere Rechtsgut ist, und es ist mittlerweile wissenschaftlich gut belegt, wann menschliches Leben beginnt, mit Sicherheit nicht erst nach dem 3. Monat einer Schwangerschaft.

Zurück aber nun zu den bevorstehenden Aufgaben.

Auf Standortebene werden wir so weitermachen wie bisher, wir werden also versuchen, weiterhin qualitativ gute Arbeit nach innen zu leisten. Wir müssen vor allem junge engagierte Mitglieder werben. Nach außen werden wir unsere Informationstagen und -gespräche mit den Geistlichen, den angehenden Priestern und den kirchlichen Gruppierungen fortsetzen. Vor allem, wir wollen uns nicht verstecken, sondern sichtbar demonstrieren, wie wir denken und fühlen. Dies erfordert schon

jetzt, daß wir uns vor allem sachkundig machen und auf dem laufenden halten, was die Sicherheitspolitik und die damit zusammenhängenden Fragen, wie Wehrpflicht und/oder Berufsarmee, angeht, oder aber auch, daß wir Stellung beziehen zu der Frage der Ausweitung der Aufgaben der Bundeswehr, z.B. im Rahmen von UNO-Einsätzen. Sie wissen, daß gerade diese Diskussion zur Zeit höchst aktuell ist. Ich habe sie deshalb auch in mein Programm aufgenommen und bin sehr dankbar, daß ich für die Behandlung dieser Themen einen kompetenten Mann gefunden habe.

Ich habe Herrn General a.D. Greipl gebeten, ein Kurzreferat zu halten über die Frage: „Hat die UNO nach Überwindung des Ost-West-Konfliktes die historische Chance, eine ‚weltpolitische Autorität‘ im Sinne des Friedenswortes der deutschen Bischöfe ‚Gerechtigkeit schafft Frieden‘ zu werden?“

Heinrich Vierlinger

Vortrag anlässlich des 20jährigen Bestehens der Gemeinschaft Katholischer Soldaten in Freyung am 5. Juli 1991

„Historia vitae magistra“ — Die Geschichte ist die Lehrmeisterin des Lebens —, so hat Jakob Burckhardt im letzten Jahrhundert

der Geschichte und der Beschäftigung mit ihr den Platz in unserer gesellschaftlichen und staatlichen Wirklichkeit zugewiesen. Unter diesem Aspekt möchte ich mit Ihnen im Rahmen dieser Feierstunde die Frage des Themas, das mir Herr Stabsfeldwebel Vierlinger gestellt hat, untersuchen.

„Hat die UNO nach Überwindung des Ost/West-Konflikts die Chance, eine „weltpolitische Autorität“ i.S. von „Gerechtigkeit schafft Frieden“ der deutschen Bischöfe zu werden?“

Zur neueren Geschichte unserer Kirche gehört in jedem Falle — auf das Thema bezogen — die Sorge um den Frieden, das Eintreten für ihn, das Vermitteln unter Streitenden, ja einfach die gesamte Friedenspolitik der Kirche und der Päpste.

Am deutlichsten ragt heraus in der neuesten Kirchengeschichte die Konzilsaussage in dem Dokument „gaudium et spes“, die ich in ihrem wesentlichen Satz zitieren möchte: „Solange die Gefahr von Krieg besteht und solange es noch keine zuständige internationale Autorität gibt, die mit entsprechenden Mitteln ausgestattet ist, kann man, wenn alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung erschöpft sind, einer Regierung das Recht auf eine sittlich erlaubte Verteidigung nicht absprechen.“

Diese Aussage wurde von der amtlichen Lehrmeinung der Kirche auf allen Ebenen, durch die Päpste, durch die Bischofskonferen-

zen auf der ganzen Welt bestätigt und unterstrichen. Natürlich muß man dabei absehen von einzelnen Gruppen, den Angehörigen der Friedensbewegungen aus der katholischen Jugend, einzelnen Theologen, die in der Verkennung des realen Menschenbildes und in ihrer Leugnung allen Bösen auf dieser Welt dem utopischen Slogan „Frieden schaffen ohne Waffen“ das Wort reden. Päpste und Konzil dagegen stehen in der nüchternen Einschätzung der menschlichen Schwachheit auf dem Boden der Wirklichkeit, wenn sie den Menschen als „unbeständiges und schwaches Wesen“ bezeichnen, als das er sich häufig zeigt, und damit den prinzipiellen Pazifismus verwerfen.

Vor diesem Hintergrund der neuesten Aussagen der Kirche zum Thema Frieden und Friedenserhaltung, die sich in der Forderung nach einer „internationalen Autorität, die mit entsprechenden Mitteln ausgestattet ist“ zusammenfassen lassen, stehen wir heute, da — nach allgemeiner Auffassung — der Ost/West-Konflikt und damit die seit Ende des 2. Weltkriegs aufgebaute Konfrontation der 2 großen Machtblöcke auf der Welt abgebaut ist.

Ist er denn abgebaut, dieser Konflikt? Ich denke da an die Worte des schwedischen Kanzlers Oxenstierna, die er aus Anlaß des westfälischen Friedens an seinen Sohn geschrieben haben soll: „An nescis, mi fili, quantilla prudentia

regatur orbis?“ (Weißt du nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird?) — und er meinte mit dieser Klage beide kriegführenden Seiten! Und ich füge hinzu: Nichts hat sich geändert auf der Welt!

Wenn die Überwindung des Ost/West-Konflikts dem gestellten Thema nach eine wesentliche Voraussetzung für das Werden einer „weltpolitischen Autorität“ der UNO sein sollte, dann muß aber doch der Frage nachgegangen werden, ob dieser Konflikt tatsächlich sein Ende im Auseinanderbrechen des Ostblocks, in der Auflösung des Warschauer Paktes, in der — behaupteten und propagierten — Realisierung von Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion gefunden hat. Ich möchte nicht falsch verstanden werden: Die Entwicklung in den bisherigen Satellitenstaaten ist ohne Einschränkung als positiv — auch für den Frieden — zu bewerten. Mit Sorge aber muß man auf die Zukunft der Sowjetunion schauen — ob man nun Gorbatschow Erfolg oder Mißerfolg wünscht, ob man ihn für ehrlich oder gefährlich hält.

Daß es im Sowjetreich nicht wie noch unter Breschnew weitergehen konnte, hatte dessen Nachfolger Andropow mit seiner KGB-Riege klar erkannt und setzte als schon todkranker Mann zum Vollstrecker der neuen Strategie sein politisches Ziehkind Gorbatschow ein. Und alle Analysen ostpoliti-

scher Experten führen zu dem Ergebnis, daß sich am Ziel der sowjetischen Politik: Weltmachtstreben, Abdrängen der Hegemonialmacht USA, nichts geändert hat. Daß in der neuen Strategie auch die deutsche Karte gespielt wird, mag im Hinblick auf die dadurch erreichte Einheit wie ein Geschenk aussehen, das aber bei der langfristig angelegten Politik der SU durch unsere Verantwortlichen sorgsamst gehütet werden muß. Das bequeme Vertrauen auf den Traum trügerischer Sicherheit könnte tödlich für unsere Freiheit enden. Alexander Solschenizyn schrieb in einer im Herbst 1990 veröffentlichten Studie: „Die Uhr des Kommunismus ist abgelaufen. Doch sein Betonbau ist noch nicht eingestürzt. Es darf nicht sein, daß wir alle, statt befreit zu werden, unter seinen Trümmern begraben werden.“ Dazu wäre noch ein Wort des ehemaligen außenpolitischen Beraters des Kanzlers, Horst Teltshick vom 22.9.90 anzuführen, in dem er auf die Frage nach der Entwicklung in der SU sagt: „Es könnte ein lebensgefährlicher Irrtum sein, zu glauben, daß wirtschaftliche Schwäche und mögliche politische Anarchie Aggressionen nach außen ausschließen.“ Für den Westen geht es in der angenommenen Situation der Überwindung des Ost/West-Konflikts darum, die Freiheit des östlichen Mitteleuropa und die deutsche Einheit zu sichern, ohne den Gefahren einer nicht durchschaubaren neu-

en Strategie der SU zu erliegen. Die Chancen des Westens stehen gut, wenn er die verdeckte offensive Strategie der SU erkennt und ihr begegnet. Gute und freundschaftliche Beziehungen zu Moskau sind dabei ein wichtiges und erstrebenswertes Ziel. Ein tatsächliches Ende des sog. Ost/West-Konfliktes werden wir im übrigen erst konstatieren können, wenn alle strittigen Fragen in der Rüstungskontrolle, im Einflußstreit zu den Problemen der 3. Welt in Abkommen über Begrenzung und Beendigung von Rüstungsexporten, in Übereinkommen zu der Verteilung von Einflusssphären in einem großen Generalvertrag der Supermächte geregelt sind. Das ist ein weiter und beschwerlicher Weg!

Nun meine ich aber, daß — wenn schon nicht die Überwindung, so doch wenigstens eine deutliche Entkrampfung des Verhältnisses Ost/West dem Ziel der Kirche, insonderheit dem Streben der deutschen Bischöfe im Friedenswort „Gerechtigkeit schafft Frieden“, bisher versperrte Wege zur Realisierung öffnet. Das Klima zwischen den bisherigen Blöcken ist durch die Entwicklung entzerrt, sogar die SU sieht sich — nolens volens — außerstande, Appelle der katholischen Hierarchie zu überhören. Die Geschichte am Ende des 2. Jahrtausends scheint sich so zu entwickeln, daß, was Konfliktbewältigung und Friedenssicherung betrifft, den Stimmen der Vernunft und deren moralisch-ethi-

schem Anspruch durchaus aufgeschlossene politische internationale Wetterbedingungen zuwachsen. Von daher hielte ich es geradezu für unumgänglich, daß die offizielle Kirche die Gunst der Stunde nutzt und ihre Bemühungen um Kriegsverhinderung und Friedenssicherung jetzt, wo allgemein schon die ewige Entspannung für gekommen geglaubt wird, fortsetzt und bei den politischen internationalen Gremien das Zustandebringen der notwendigen Mechanismen einfordert, die die deutschen Bischöfe in ihrem Hirtenwort von 1983 so eindringlich erläutert und vorgeschlagen haben.

In den Zeiten der Ost/West-„Hochspannung“ haben Papst Paul VI, das Konzil und schließlich die Bischofskonferenzen und die Synoden auf der ganzen freien Welt die Forderung nach einer von allen anerkannten öffentlichen Weltautorität erhoben, die *über wirksame Macht* verfügt, um für alle Sicherheit, Wahrung der Gerechtigkeit und Achtung der Rechte zu gewährleisten.

Natürlich war den Vertretern der Kirche nicht unbekannt, daß es ja schon eine Weltorganisation als kollektives Sicherheitssystem in Gestalt der UNO mit 160 Mitgliedstaaten gibt, es war ihnen aber auch nicht unbekannt, daß das Beschlußsystem der Vereinten Nationen und schließlich das Fehlen der notwendigen „wirksamen Macht“, um auch Sanktionen durchzusetzen, diese Weltorgani-

sation wenig effektiv machte. Daher fordern die deutschen Bischöfe das Solidaritäts- und das Subsidiaritätsprinzip für die zu bildende Institution, in der alle beteiligten Staaten bereit sein müssen, auf gewisse Souveränitätsrechte zu verzichten und sich verpflichten, die Entscheidungen eines einzurichtenden Weltgerichtshofes anzuerkennen.

Die deutschen Bischöfe bezeichneten 1983 ihre Forderungen selbst noch als utopisch vor dem Hintergrund der politischen Wirklichkeit. Diese politische Wirklichkeit hat sich indes so radikal geändert, daß sich jetzt bietende Chancen zur Realisierung eines freien, menschenwürdigen, gerechten Zusammenlebens aller auf dieser Welt nicht ungenutzt bleiben dürfen. Der von den Bischöfen 1983 vorgeschlagene Weg kann die Richtung weisen für den Übergang aller nationalen Verteidigung in ein System internationaler kollektiver Sicherheit. Er ist vor der heutigen politischen Wirklichkeit nicht mehr utopisch. Schon die kirchliche Forderung nach Ausstattung der internationalen Autorität mit „wirksamer Macht“ zeigt auf, daß alle Versuche auf dem Wege zur Realisierung eines weltumspannenden Sicherheitssystems zum Scheitern verurteilt sind, wenn den Überlegungen dazu ein idealistisches, irrealeres Menschenbild zugrunde gelegt wird. Die Feststellung in „*gaudium et spes*“ muß ihre Gültigkeit behal-

ten, daß der Mensch ein „unbeständiges und schwaches“ Wesen ist und nach *diesem* Menschenbild nur kann das Leben gestaltet werden, das immer Hilfen und Stützen braucht, um zum Guten geführt zu werden.

Die „*wirksame Macht*“ einer solchen Weltorganisation ist aber nur vorstellbar, wenn alle beteiligten Staaten sich zu ihr bekennen und sich an ihr beteiligen.

Zu ihr gehört begrifflich die Fähigkeit, Widerstand und Gewalt brechen zu können. Insoweit hat gerade die Bundesrepublik der Welt deutlich zu machen, daß ihre Beteiligung an einer solchen „*wirksamen Macht*“ für ein internationales Sicherheitssystem in jeder Weise Vorrang hat vor nationalen Überlegungen. Das gemeinsame Deutschland kann und darf sich nicht davor drücken, Pflichten, auch unbequemer Art, zu übernehmen, die dem Weltfrieden dienen.

„Videant consules, ne quid trimenti capiat res publica.“ Dieses mahnende Wort Ciceros möchten alle, die in Kirche und Staat Verantwortung tragen, auch bedenken, wenn es um Entscheidungen für den Frieden in der Welt geht.

Michael Greipl

Pressebericht aus „Weser-Kurier“ vom 24.7.1991 zu Jakobuswallfahrt

Nach 450 Jahren wieder Jakobus-Pilger in Bremen

Katholische Soldaten kamen zu Fuß aus Lübeck

mg. Fußmärsche sind für Soldaten nichts Besonderes. Aber jetzt machten sich Bundeswehrangehörige auf einen ganz und gar ungewöhnlichen Weg. Gestern kam eine Gruppe der Gemeinschaft katholischer Soldaten (GKS) nach einer Jakobus-Wallfahrt an ihrem Ziel, in Bremen, an. Hier konnten die Pilger gleich mehrfach Jakobus dem Älteren ihre Reverenz erweisen: im Schnoor, wo der Apostel als „Juxmajor“ verkannt wird, (was von Jacobus Major kommt), im Dom-Garten, bei der Martini-Kirche, in St. Jakobi in der Neustadt und im Focke-Museum.

„Inmitten der Tourismus-Zeit mit Komfort und Überorganisation wollten wir einmal auf ganz einfache Weise vorangehen und über den Alltag nachdenken“, schildert Dr. Eduard Quitter, Wehrbereichsdekan und geistlicher Leiter der Pilgerfahrt, die Intention. Und Oberstleutnant Emil Kladiwa, mit 67 Jahren der älteste der Pilgergruppe, gibt zu bedenken: „Früher kamen auf dem Jakobsberg Chri-

sten aus ganz Europa zusammen. An diese alte Tradition wollen wir jetzt, in einer Zeit, in der Europa noch mehr zusammenwächst, erinnern.“

Hinter den 23 Pilgern, unter denen auch sechs Ehefrauen sind, liegen zehn Tage Fußmarsch von Lübeck bis Bremen; über Berkenhien, Hamburg, Buxtehude, Stade, Bremervörde, Gnarrenburg und Osterholz-Scharmbeck. Vormittags wurde gewandert und dabei meditiert, der Nachmittag war die Zeit für Kirchenbesuche und Gottesdienste. „Wir sind die erste organisierte Gruppe, die nach rund 450 Jahren Pause wieder diesen Pilgerweg gegangen ist“, stellen die Wanderer zufrieden fest, „aber die Bedingungen waren sicher wehriger hart als im Mittelalter“.

Der Jakobsweg ist die große spanische Pilgerstraße von Pamplona über Burgos und León nach Santiago de Compostela, wo nach alter Überlieferung das Grab des Apostels liegt. In den Jahrhunderten vor der Reformation zogen unzählige Pilger aus nordeuropäischen Ländern über Deutschland und Frankreich bis hin zum spanischen Jakobsweg. Die nördlichste der Routen führte über die Hansestädte Lübeck, Hamburg und Bremen. Und dieses Teilstück sind die Pilger der Gemeinschaft katholischer Soldaten jetzt gewandert.

Hauptmann Thomas Allner, der vor zwei Jahren die Wallfahrt in Spanien begeistert mitgemacht hat, ist der Organisator dieser Pil-

gerwanderung auf den Spuren mittelalterlicher Frömmigkeit. Geschlafen wurde in Kasernen. Und jeden Morgen machte sich die Gruppe neu auf den Weg. Auch die sechs Frauen konnten mühelos mithalten. Weder bei ihnen noch bei den marschgeschulten Ehemännern waren Blasen größeren Ausmaßes an den Füßen oder andere Beschwerden zu beklagen.

Was die katholischen Pilger besonders gefreut hat, war die große Herzlichkeit, mit der man sie unterwegs in den evangelischen Gemeinden empfangen hat. Herzlich war auch das Willkommen in Bremen. Gestern früh nach ihrer Ankunft wurden die Pilger von Pastor Weißflog in der St.-Jakobi-Kirche empfangen. Die Gemeinde lud die katholische Pilgerschar nach einer Morgenandacht zu einem ausgiebigen gemütlichen Frühstück ein.

Vollgepackt ist das dreitägige Bremen-Programm. Dabei stehen die Jakobus-Statuen von Schnoor bis Focke-Museum im Vordergrund. Geplant ist auch ein „mittelalterliches Essen“ mit Vertretern der Bremer Jakobus-Brüderschaften. Den Abschluß bildet ein Gottesdienst in St. Johann. Danach geht es zurück nach Lübeck — per Bus.

Der alte Pfarrer sitzt vor seinem Roten, leckt sich die Lippen, schüttelt den Kopf und murmelt: „Seltsam! Wenn den Leuten der Wein schmeckt, sagen sie: ‚Deifi, is der guat!‘ Wenn er ihnen nicht schmeckt, heißt es: ‚Herrgott, is der sauer!‘“

Gespräche mit Pax Christi

Seit meinem ersten Bericht über ein offizielles Gespräch der GKS im WB V mit Pax Christi, Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart, sind nun 18 Monate vergangen und weitere 7 Gespräche wurden geführt, was ich zum Anlaß nehmen möchte, über meine Erfahrungen erneut zu berichten.

Nach ersten Kontakten anlässlich des Diözesanmännertages mit dem Sekretär von Pax Christi, Rottenburg, wurde ich von der Arbeitskonferenz beim Katholischen Wehrbereichsdekan V beauftragt, weitere Gespräche vorzubereiten und zu führen. Die Gespräche finden in einer etwa zweimonatigen Folge abwechselnd im Pfarrhaus des Präses von Pax Christi in St. Maria und im Offizierheim des WBK V in Stuttgart statt.

Von Pax Christi sind regelmäßig der Vorsitzende und der Sekretär in der Diözese Rottenburg sowie der Vorsitzende der Gruppe Schwäb. Gmünd, von der GKS abwechselnd verschiedene Offiziere einschließlich des WB-Vorsitzenden in der Regel mit Pax Christi zusammen, fünf bis acht Mann, an den Gesprächen beteiligt.

Mein Ziel ist es, innerhalb unserer katholischen Kirche die offene, zum Teil friedlose Konfrontation zwischen den Friedensschaffenden mit und ohne Waffen zu reduzieren und andererseits Verständ-

nis für die jeweils andere Auffassung zu finden, und das ist sehr, sehr schwierig.

Während der ersten beiden Gesprächsrunden haben wir uns an den Leitsätzen der GKS orientiert und versuchten, Verbindendes und Trennendes herauszuschälen. Es zeigte sich bald, daß zunächst viele sachliche Irrtümer und Fehleinschätzungen ausgeräumt werden mußten. Unsere Partner sind ausnahmslos Kriegsdienstverweigerer, die kaum eine Kaserne von innen gesehen haben, andererseits aber Erfahrungen aus den ärmsten Gebieten Südamerikas haben, wo Folter, Mord und Unterdrückung durch Militär unter zum Teil „katholischen“ Regimen an der Tagesordnung sind.

Erstaunlicherweise trennten uns die Leitsätze der GKS, so wie sie niedergelegt sind, kaum, es wurden jedoch jeweils andere Solvensansprüche in konkreten Situationen davon abgeleitet, da Begriffe wie Gewalt, Frieden oder Macht verschieden interpretiert werden.

Wichtig war für beide Seiten die Erfahrung, daß sich manche Konfrontation dadurch schon in nichts auflöst, wenn nur die angesprochenen Begriffe gemeinsam definiert werden.

Die nächsten Gesprächsrunden waren wegen des zeitlichen Zusammenhangs durch den Golfkrieg gekennzeichnet. Die bekannten Überlegungen über ein Wirtschaftsembargo, dessen Intensität und Dauer sowie die Rüstung

und deren Exporte, verbrecherischer Waffenhandel und „chirurgischer“ Waffeneinsatz wurden angesprochen. Es wurde häufig die Frage nach Ursache und Wirkung des Krieges und nach Gewichtung der einzelnen Faktoren in der Lagebeurteilung gestellt. Zum Vorschein kam aber bei diesen Gesprächen immer mehr, daß es doch einen Unterschied zwischen der veröffentlichten Meinung der Organisation, wie die Darstellung von Pax Christi während der Demonstrationen oder die Pressemitteilungen des Pentagons einerseits und der Beurteilung der Situation von uns Teilnehmern an den Gesprächen andererseits, gab, wo manch offenes Wort oder Bekenntnis gewechselt werden konnte. Beide wollen wir Frieden, er ist bestimmt weder durch reinen Pazifismus noch durch unverhältnismäßiges Eingreifen eines Weltpolizisten zu erreichen, und so stellte sich in unseren Gesprächen mehr und mehr die Frage, was ist an unserem jeweiligen Standpunkt das „Katholische“ oder Christliche.

Um das zu ergründen, nahmen wir uns für die nächsten Gesprächsrunden das Wort der deutschen Bischöfe „Gerechtigkeit schafft Frieden“ und den Konzilstext zu „Gaudium et spes“ vor.

Aber tatsächlich sind auch diese Texten nicht eindeutig, und man kann je nach dem eigenen Hintergrund und Erfahrungsbereich vieles hinein- oder herausinterpretieren.

Wo stehen wir? Ich glaube, von

der Verbandsseite her gesehen, dort, wo wir vor nunmehr eineinhalb Jahren angefangen haben. In bezug auf uns Teilnehmer als einzelne Katholiken jedoch konnte ich bei unseren Partnern dieselbe Intensität auf der Suche nach dem wahrscheinlich richtigen Weg oder dem wahrscheinlich geringeren Übel feststellen wie bei uns.

Sind also die Verbände mit ihren häufig plakativen Forderungen und Aufrufen schuld an den Mißverständnissen, oder liegt es daran, daß in den Verbänden Menschen etwas „verkaufen“ müssen, was ankommt, um ihre Daseinsberechtigung zu beweisen?

Ich bin mir der Härte dieser Aussage bewußt, und ich möchte keinen einzelnen Menschen, sondern unsere katholische Verbandsstruktur, wie sie sich zum Teil entwickelt hat, dafür verantwortlich machen. Ich möchte dafür plädieren, daß sich die Diskussion, das gegenseitige Befragen im Glauben, wieder mehr in der Ortsgemeinde abspielt, zwischen allen Gemeindemitgliedern, unabhängig von Alter, Ausbildung, Geschlecht und Beruf.

Trotzdem werde ich die Gespräche mit Pax Christi weiterführen. Vielleicht finden wir auf dem großen Acker der Friedlosigkeit zwischen den Menschen noch ein Feld, das wir gemeinsam bestellen können, aber vorher müssen noch viele Steine vom Acker geräumt werden.

Hans-Peter Bott

5. AMI-Familienfreizeit

Mit Beiträgen aus Österreich, Frankreich, Spanien

Die diesjährige Familienfreizeit des Apostolat Militaire International AMI fand vom 16.—30. August 1991 in Davos-Platz/Schweiz statt.

Nachdem im November 1990 das katholische Militärbischöfamt der Gemeinschaft Katholischer Soldaten „grünes Licht“ gegeben hatte, konnte die GKS das Ruder — statt der italienischen Freunde des AMI — übernehmen.

Die Italiener mußten für 1991 die Fahnen streichen, bieten nun aber für 1992 im September in Colle Iarco/Südtirol ein Haus für die dann 6. AMI-Familienfreizeit an. (Anmeldungen können umgehend an den Bundesgeschäftsführer der GKS gerichtet werden.)

Die Werbung für die Familienfreizeit in Davos lief im deutschen Bereich vom Wehrbereich VI bis zum Bundeswehrkommando Ost recht gut. Stark vertreten waren in diesem Jahr Familien aus dem süddeutschen Bereich. Sicherlich auch eine Frage der Ferienzeit.

Aus den vier Nationen Österreich, Frankreich, Spanien und der Bundesrepublik Deutschland trafen sich 43 erprobte und auch weniger erprobte Bergsteiger und Bergsteigerinnen, um gemeinsam vierzehn Tage in einem Haus der

Dominikanerinnen von Ilanz Urlaub zu verbringen.

Hier in diesem gastlichen „St. Josefshaus“ fand bereits 1989 die 3. AMI-Familienfreizeit statt.

Angeboten wurden in diesem Jahr: gemeinsame Wanderungen, Ausflugsfahrten, gesellige Abende mit Spaß und Spiel und aktive Mitarbeit an der Gestaltung der Gottesdienste.

Eine Veranstaltung dieser Art erinnert an das Vorbereiten und Entzünden eines Lagerfeuers:

Jeder bringt seinen Holzscheit mit, mit steigender Zahl gibt es ein größeres Feuer, es entwickelt sich mehr Wärme. Entfernt sich jemand aus diesem Kreis und nimmt seinen brennenden Scheit mit, so wird das Feuer kleiner; es wird kälter; der einzelne Scheit verlischt.

Jeder einzelne mit seinem Scheit kann kaum ausreichend für Licht und Wärme sorgen, erst wenn viele ihre Scheite zusammentragen, entsteht Helligkeit, Wärme — jeder profitiert vom anderen.

Die guten Geister des Hauses St. Josef, die Schwestern des Dominikanerordens, alle Teilnehmer haben ihren Scheit eingebracht. Auf diesem Wege darf ich „Danke“ sagen.

Günter Thye

Österreich

Die Ausschreibung bzw. weitere Information für die Familienfreizeit war umfangreich und aufschlußreich, so daß wir, meine Frau und ich, am 16. August nachmittags voller Erwartung im St. Josefshaus in Davos ankamen.

Nach der Zimmereinweisung durch Herrn Thye, Auspacken usw. fand sich unsere neue Gemeinschaft zusammen zum Abendessen. Das Bekanntmachen bzw. Bekanntwerden erfolgte spontan und in herzlicher Atmosphäre.

Was uns, allen Feriengästen, gleich auffiel, war, daß wir von den Schwestern mit so viel Freundlichkeit und Herzlichkeit betreut wurden, daß es eine Freude war. Das Ehepaar Thye hatte sowohl Vorschläge für gemeinsame Unternehmungen wie Wanderungen in der näheren und weiteren Umgebung (mit Sommerrodelbahn — was vor allem bei den Kindern gut ankam) sowie eine Pferdekutschenfahrt, welche für alle Teilnehmer ein Erlebnis war.

Das Wetter war ja ausgezeichnet, so daß sich in kürzester Zeit die wanderfreudigen „Bergfaxen“ zusammenfanden und Bergtouren unternahmen.

Jetzt ist es an der Zeit zu erwähnen, daß wir Feriengäste aus vier Nationen waren: Deutschland, Frankreich, Spanien und wir aus Österreich. Die Verständigung mit den Freunden aus Spanien erfolgte zumeist mit dem Dolmetscher Herrn Thye über Englisch, die fran-

zösische Equipe konnte sich deutsch verständigen. Wir Österreicher taten uns manchmal schwer mit den verschiedenen „deutschen“ Dialekten. Vor allem abends beim gemütlichen Beisammensein wurde uns klar, was uns alle Feriengäste verbindet: Sehnsucht nach Frieden und Freiheit für alle Menschen auf dieser Welt. In diesem Sinne feierten wir an den Sonntagen mit den Schwestern des Hauses gemeinsam Hl. Messen. Am zweiten Sonntag durften wir auch mit Herrn Mil. Dekan Theis die Messe feiern. Es waren schöne Erlebnisse, wie Vertreter aus allen Nationen sich an der Gestaltung der Hl. Messen beteiligten.

Am Vorabend des Abreisetages versammelte sich die AMI-Feriengemeinschaft nochmals zu einer Hl. Messe und Empfang des Reise segens.

Mit einer Verabschiedung und Überreichung eines Erinnerungsgeschenkes an die Schwestern des Heimes und einem zwanglosen Beisammensein endete auch der letzte Abend der AMI-Familienferienzeit in Davos.

Ich hoffe für die Teilnehmer der zukünftigen AMI-Familienfreizeitwochen, daß diese ebenso schön und harmonisch verlaufen wie die diesjährige.

Ich danke allen, die zum Gelingen dieser Veranstaltung beigetragen haben, vor allem dem Ehepaar Thye.

Ditmar Feimer

Frankreich

Wer Augen hat zu sehen!

Der Wunder des Lebens gibt es viele. Hier in Davos fühlen sich die Naturbetrachter schnell einer hervorstechenden Ästhetik ausgesetzt.

Für den Menschen existiert hier nicht die mögliche Trennung von Innen und Außen, von Mensch und Welt, von Inhalt und Form.

Die Natur und was der Mensch gebaut hat, ermöglicht ihm ein meditativ erlebendes Schauen weit über rationale, abstrakte Begriffe.

Für die verschiedenen Familien des Apostolat Militaire International AMI war das Wandern ein genußvolles Entspannen.

Davos hat die bequemen, flachen Spazierwege ebenso wie die Pfade durch steiles Gelände oberhalb der Waldgrenze. Dort oben sieht man häufig zur Freude der Kinder und Eltern Steinböcke, Rehbock und Ricke, Murmeltier, Hasen und Eichhörnchen, die nach dem spiralförmigen Erklettern der Bäume aus den Händen kleiner und großer Kinder etwas Nahrung zu erhaschen suchen — und auch erhalten.

Noch haben die Graubündener Bauern Ihre Rinder auf der Alp, bevor sie dann Anfang September ins Tal getrieben werden, ebenso wie die Schafe und Ziegen, die mit ihren Glöckchen sehr lieb miteinander zu musizieren scheinen.

Kulturfreunde kommen in Davos und seiner Umgebung ebenfalls

auf ihre Kosten; diese Landschaft hat viele Gesichter; es gibt:

- romanische und gotische Kirchen,
- romanische Deckengemälde, bestehend aus 153 Bildern aus dem Leben Christi und die die Legende des Hl. Martin erzählen.
- schicke, saubere Dörfer mit reizenden alten Bauernhäusern aus Holz,
- Sportveranstaltungen, Konzerte, Shows. . .

Dazu hat unser internationaler „Günter Thye“ bunte und amüsante Abende vorbereitet: Bergfest und Abschiedsabend.

Diese Abende werden wir nicht so schnell vergessen, denn Herr Gerster wurde von allen Teilnehmern als „Kanadischer Holzfäller“ anerkannt. (Mit verbundenen Augen und einem Fuß im Wasser gelang es ihm mit einer Axt seine Socken zu zerhacken.) Mercedes García Montalvo wurde eine Urkunde überreicht. Sie hatte es geschafft, ihre Stadtballerinas als Bergschuhe umzufunktionieren. Dieses Experiment gelang, aber sehr zum Leidwesen der Füße.

Vielen Dank für diese internationalen Ferien, wobei nur die Sprache ein Hindernis der Begegnung war.

Jean Weigel

Spanien

Davos, August 1991.
Urlaubseindrücke

Es wird allgemein gesagt, daß zweierlei Voraussetzungen erforderlich sind, um einen Urlaub wirklich genießen zu können:

Persönliche und seelische Einstellung auf den Urlaub (im Sinne einer Vorbereitung) und ein geeignetes Umfeld.

Zum ersten bedarf es keines Kommentars; wir waren gut vorbereitet, alles zu genießen, was dazu beitragen konnte, die Sorgen des Alltags für eine Weile zu vergessen.

Wenn etwas geschrieben werden muß, dann sicher zu dem Umfeld. Das St. Josefshaus mit den Schwestern, ihrer Fürsorge, Zuwendung und Freundlichkeit ließen den Aufenthalt zu einer Erholung werden.

Diese Kombination — das Verhalten der Schwestern und die malerische Landschaft und die Höhe des Gebietes (1586 m) vermittelten uns das Gefühl, dem Himmel ein wenig näher zu sein.

Die Arbeit und Hingabe, mit der der deutsche AMI-Delegierte alle organisatorischen Puzzle-Stücke zusammenfügte und seine persönlichen Urlaubstage dafür opferte, ließ traumhafte Tage Wirklichkeit werden, die wir freundschaftlich teilten mit einigen sehr netten Personen und Familien des AMI in Davos im August 1991.

Der Erwartungshorizont für zu-

künftige AMI-Familienfreizeiten ist sehr hoch gesteckt worden.

Wir danken Gott, den Schwestern und allen Teilnehmern des AMI:

Agustin Aviles Urunuwla

Gedanken zur Gemeinschaft

vorgetragen am Ende deines Gottesdienstes während der AMI-Familienfreizeit in Davos

Kurz hinter Omaha im amerikanischen Staat Nebraska steht am Rande der Lincolnautobahn ein Obelisk mit der Inschrift: Boys-Town (Jungen-Stadt).

Dort befindet sich die Figur eines Jungen, der seinen kleinen gelähmten Kameraden auf dem Rücken trägt.

Einer *wahren* Begebenheit zufolge antwortete damals der Junge auf die Frage des Priesters: „Ist er nicht zu schwer für dich?“ „He ain't heavy, Father, he's my brother.“ „Er ist nicht schwer, Vater, er ist mein Bruder.“

Diese Aussage steht als Symbol für Boys-Town und seinen Geist.

Im Jahre 1917 begann der irische Priester Edward Flanagan meist elternlose, verwahrloste Jungen in einem Vagabundenhotel, später in einem eigens gekauften Haus unterzubringen und zu versorgen.

Die Zahl der Jungen, die ihm zuliefen oder auch von Gerichten zugewiesen wurden, von alleinste-

henden Müttern anvertraut wurden, stieg ständig.

Jahre später entstand eine eigene Stadt: Boys-Town, durch den amerikanischen Staat mit allen Rechten ausgestattet. Eine feste Gemeinschaft, mit frei gewähltem Bürgermeister, Polizeipräsident, Stadtvertretern usw. aus den Reihen der Jungen.

Eine städtische Gemeinschaft, die u. a. eine Schule, Kirche, Sportplätze, Wasserwerk, Wäscherei und vieles mehr vorzuweisen hatte.

Beim Aufbau dieser Stadt haben alle Jungen — später fast 1000 — tatkräftig — jeder nach seinem Talent — mitgeholfen.

Jungen arbeiteten in der Verwaltung ihrer Stadt, ihrer Gemeinschaft, in der Schulküche, Handwerksbetrieben und überall da, wo sie benötigt wurden und Pfarrer Flanagan sie einsetzte.

Immer wieder gab es Rückschläge: Gelder für Bauvorhaben, Lebensmittel, Kleidung fehlten; offizielle Vertreter des Staates sabotierten Pfarrer Flaganans Vorhaben.

Jungen hatten Probleme, sich in die Gemeinschaft einzufügen, rissen aus oder wurden bei Delikten erlappt.

Das vorbehaltlose Vertrauen Pfarrer Flaganans zu seinen Jungen und umgekehrt, zu Christus — und die Liebe zueinander wie auch der feste Wille aller Mitglieder dieser Gemeinschaft, füreinander da zu sein, lösten auch schwierigste

Probleme.

Der allzu frühe und plötzliche Tod von Pfarrer Flanagan am 15. Mai 1948 in Berlin — er sollte hier im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums prüfen, inwieweit sich das amerikanische „Boys-Town“ auf deutsche Verhältnisse übertragen läßt — ... war schmerzhaft und wirkte auf die Jungen von Boys-Town wie ein Schock.

Die durch Liebe, Vertrauen zu Gott *und den Menschen* gefestigte Gemeinschaft blieb jedoch weiterhin ihrem Spruch treu:

Es ist nicht schwer, jemandem etwas Gutes zu tun, Vater, er ist mein Bruder, sie ist meine Schwester.

Günter Thyse

ott

hat auch dort noch
Möglichkeiten,
wo der Mensch
schon lange
keine mehr sieht.

(Josef Kentenich)

BUCHBESPRECHUNGEN

500 Jahre Amerika — Gott oder Gold

Informationen zum vierten Presseedienst von foto-present

„Christus ist nicht in die Welt gekommen, um für Gold zu sterben...“, so greift Bartolomé de las Casas die Conquistadoren in der Neuen Welt an. Diese würden nur an ihre persönliche Bereicherung denken, auf Kosten der zur Arbeit gezwungenen und gequälten Indianer.

Um den Ureinwohnern Amerikas zu helfen, schlägt Las Casas ganz im Sinne des europäischen Denkens vor, die Schwarzen auf den Plantagen und in den Bergwerken einzusetzen. Ein Vorschlag, den er später tief bereute. Doch da war es zu spät: Aus einer Zwei-Klassen-Gesellschaft wurde in Amerika eine Drei-Klassen-Gesellschaft; wurden die Indígenas auf die Stufe eines Tieres gestellt, so waren die Schwarzen nur noch ein Gegenstand.

Doch nicht die Humanisten, die Politiker oder Schriftsteller lehnten sich gegen diese Menschenverachtung auf; wenn jemand den Finger auf die Wunden legte, so waren es Christen: etwa Bartolomé de las Casas oder die Schwestern von „San Juan de Tarbes“, die sich in Geschichte und Gegenwart um die Indianer bemühen oder Pedro Claver sowie Missionare in der panamesischen Stadt Co-

lón um die Schwarzen. Daß sie die Welt nicht aus den Angeln heben konnten und können, ist nicht ihre Schuld. Aber sie schauen auch nicht bloß zu. Sie lassen den Menschen nicht nur Gerechtigkeit widerfahren, sondern sie sehen in diesen Menschen ihre Brüder und Schwestern, die sie lieben und für die sie sich mit ihrer ganzen Kraft einsetzen und ihnen helfen — auch wenn es, global gesehen, nur kleine Bereiche sind.

Christian Frevel, Birthe Marfording und Georg Raiml geben in ihren Reportagen Beispiele für diesen Einsatz der Kirche in Lateinamerika für die Benachteiligten der Geschichte: die Indígenas und die Schwarzen, eingebettet in historische Zusammenhänge und das Alltagsleben.

Der Gesundheits-Brockhaus

4., völlig neu bearbeitete Auflage. 848 Seiten mit über 1600 weitgehend farbigen Abbildungen, graphischen Darstellungen, einem Modell der inneren Organe und einer Anleitung zur Ersten Hilfe. Gebunden in Leinen, Verlag F.A. Brockhaus, Mannheim, 1990.

Der Gesundheits-Brockhaus ist Lexikon, Ratgeber und Wegweiser für alle die sich mit Fragen der Gesundheit, der Medizin und des menschlichen Körpers befassen und auseinandersetzen wollen.

Fachwissen auf allen Gebieten der Medizin wird für den Laien wie für den Fachmann allgemeinverständlich dargestellt. Durch Erklärung von Zusammenhängen gelingt es den Autoren — alles Experten ihrer jeweiligen medizinischen Fachbereiche — den Unterschied zwischen Gesundheit und Krankheit, das Krankheitsgeschehen selbst in Ursache und Wirkung wie die Möglichkeit von Abhilfe und Heilung — von der Ersten Hilfe bis zu hochkomplizierten klinischen Maßnahmen — auch für den Laien verständlich, darzustellen.

Aktuelle Themen wie Umwelgifte, Gentechnologie, Embryotransfer, AIDS werden ebenso auf dem neuesten Stand der Wissenschaft dargestellt wie die Gefährdungen durch Krebs, Herzinfarkt und andere moderne Zivilisationskrankheiten. Ein Buch, das jedem Interessierten genaue, verständliche und hilfreiche Auskunft über Voraussetzungen, Gefährdungen und Wiederherstellung der Gesundheit gibt.

Jürgen Bringmann

Botschaft der Kirche für heute

Franz Kardinal Hengsbach, 80 Seiten, Luthe-Verlag, Köln, ISBN 3-922-727-484

In diesem Büchlein mit dem Untertitel „Botschaft der Kirche für heute in den Briefen der geheimen Offenbarung an die sieben Kleinasiatischen Gemeinden“ hat Kar-

dinal Hengsbach, vermutlich als letzte Zusammenfassung vor seinem Tode, noch einmal seine Sorge und seine Hoffnung für unsere Kirche zum Ausdruck gebracht.

Im Vorwort bezieht sich der Autor auf die Parabel Kafkas „Eine kaiserliche Botschaft“. Das ist eine Botschaft des toten Kaisers, die infolge der Hindernisse und des langen Weges vom Boten nicht an den „einzelnen“ ankommt.

Ihm stellt Hengsbach den Sohn und Boten Gottes gegenüber, der alle Wirrnisse der irdischen Welt und sogar den Tod überwindet.

Dann wendet sich der Bischof dem Menschen von heute zu, der zwar die Botschaft erträumt, sie vielleicht auch erhält, der aber etwas dazu tun muß: sie zu befolgen und sie weiterzusagen.

Im einzelnen setzt sich der Autor dann mit den Fragen der Tage auseinander.

„Hat die Kirche eine Botschaft für heute?“ Zwischen atheistischem Denken und Handeln lebt die Sehnsucht nach Religiosität. In dieser Spannung hat die Kirche eine zeitlose Botschaft für das Heute. Aber die Menschen brauchen die Ermutigung der Liebe (Off 2,4). Das Beispiel von Ephesus wendet er auf die heutigen Gemeinden an.

So führt der Prediger mit den Aussagen der geheimen Offenbarung durch die Fastenzeit, um mit der Predigt zu Ostersonntag zu schließen.

Mit dem königlichen Hochzeitsmahl (Mt 22) begründet Hengsbach die Verheißung, die unwiderfliche Zusage Christi. Diese Tür zur *Herrlichkeit des Auferstandenen* kann niemand mehr schließen. Aber an den Menschen liege es nun, die Verheißung anzunehmen, dann werden Versagen und Schuld zur „*felix culpa*“, zum Wunder der Erlösung.

Der einfachen, klaren Sprache kann man sich nicht entziehen. Sie fesselt den Leser. Und wer Kardinal Hengsbach gekannt hat, weiß, daß er hinter diesem Wort bis in seinen Tod gestanden hat. Ein Zeuge, der Hilfe bringen kann.

Helmut Fettweis

Nimm dir etwas Zeit

Denkanstöße zu den Wochensprüchen des Kirchenjahres. Peter Klever, 64 Seiten. Verlag Ernst Kaufmann, Lahr, ISBN 3-7806-2260-2, 1991.

An jeden Wochenspruch des Kirchenjahres knüpft der Autor einige meditative Gedanken, stellt Fragen und formuliert aus der Heiligen Schrift Erwartungen und Antworten.

Die schlichten Verse nehmen durch ihre spannungsreiche Bezüglichkeit zum Alltag gefangen. Etwas Muße sollte man zum Lesen dieser Denkanstöße finden und die Zeit, um über die Texte in Ruhe zu reflektieren. Der Autor versteht es, stets eine Verbindung zwischen den Bibelsprüchen und alltäglichen

Gegebenheiten herzustellen.

Wenngleich das Büchlein die Flut der Texte zum Nachdenken weiter vergrößert, hebt es sich *durch seinen Inhalt von der Masse* positiv ab.

Elke A. Fettweis-Gatzweiler

Das soziale Stichwort

Christliche Sozialethik in Schlüsselbegriffen — nicht nur für Unternehmer. Franz Furger (Hrsg.), 112 Seiten. Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, Soester Straße 13, 4400 Münster, ISBN 3-402-03262-7, 1991.

100 Jahre nach *Rerum Novarum*, der Sozialenzyklika Leos XIII., und nach Erscheinen von *Centesimus annus*, der Sozialenzyklika Johannes Pauls II., verfügt die katholische Kirche über einen epochalen Schatz an Aussagen zur sozialen Frage. Und dennoch, obwohl sich viele in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung auf die Katholische Soziallehre berufen, bleibt oft unklar, was der einzelne gemeint hat.

Vor mehreren Jahren gründete der spätere Kardinal Joseph Höfner das Institut für Christliche Sozialwissenschaften an der Universität Münster. Der derzeitige Direktor des Instituts, Professor Franz Furger, hilft nun dem Notstand der Unsicherheit in den Begriffen dadurch ab, daß er zu Schlagworten aus der Christlichen Soziallehre subtile Begriffserklärungen herausgegeben hat.

Diese Darlegungen sind knapp, prägnant und aufschlußreich. Sie verhelfen dem Diskussionsteilnehmer zur Versachlichung der geistigen Auseinandersetzung. Ein Buch, das in die Hand eines jeden gehört, der an der Diskussion über diese brennenden Fragen teilnehmen will.

Elke A. Fettweis-Gatzweiler

Wider die Entsinnlichung des Glaubens

Gedanken zur Re-Evangelisierung Europas. Joachim Kardinal Meisner, 140 Seiten, Verlag Styria Graz, ISBN 3-222-11965-1, 1990.

Als Hauptursache für die Entchristlichung Europas erklärt der Kölner Kardinal Meisner die Entsinnlichung des Glaubens. Um diesem Mißstand Abhilfe zu schaffen, ruft er in dieser Publikation zur „Re-Evangelisierung“ auf.

Vielleicht ist es allzu menschlich, daß auch der Christ versucht, „das Christumysterium, die Fülle Christi, daß er wahrer Gott und wahrer Mensch ist, für sein Denken begreiflich und faßbar zu machen, indem er seine Größe verkürzt, seine Fülle beschränkt und seine Weite begrenzt“. Ebenso wie Christus zugleich Mensch und Gott ist, muß in der Kirche das Handeln gleichrangig neben dem Beten stehen. Gemäß seinem Vorwort „alles falsches Handeln beginnt beim falschen Denken“ betont Meisner, das „Evangelium ist nicht nur Fro-

he Botschaft, sondern Programm für das Handeln“. Daß seine Problemstellung nicht realitätsfern ist, verdeutlicht der Autor, indem er die Beziehung zu jüngsten Ereignissen aus Politik und Gesellschaft herstellt. Die Ereignisse in Europa in den Jahren 1989 und 1990 haben den Kampf gezeigt, den der Mensch gegen das „Reich des Antichristen“ focht. Jener von Menschen erschaffene Gott errichtete „einen Ameisenhaufen von gesichts- und namenlosen Individuen, den gottlosen Sozialismus in Gestalt eines Kristallpalastes, der kalt, gläsern, hart, durchsichtig mit Hilfe von Elektronenkameras ist“. Ein Christus, der nicht nur Mensch, sondern zugleich Gott ist, hatte hier keinen Platz. Ihn mußte man entthronen und ebenso wie den Glauben aus der Welt schaffen.

In dreizehn Kapiteln greift Meisner Fragen auf, die Glaube und christliches Handeln betreffen. Markant und modern formuliert sind nicht nur die Kapitelüberschriften.

Elke A. Fettweis-Gatzweiler

Debatten um die lokale Zeitgeschichte

Methoden, Träger, Themen, Formen. Wolfgang Isenberg (Hrsg.), Dokumentation einer Studienkonferenz in Zusammenarbeit mit dem Landschaftsverband Rheinland/Referat Heimatpflege, 136 Seiten. Bensberger Protokolle 67. Schrif-

tenreihe der Thomas-Morus-Akademie Bensberg, ISBN 3-89198-035-3, 1990.

Die Thomas-Morus-Akademie in Bensberg ist die Einrichtung der Erzdiözese Köln, die sich in besonderer Weise mit Fragen zu Kirche und Gesellschaft befaßt. Gemeinsam mit dem Referat Heimatpflege des Landschaftsverbandes Rheinland veranstaltete sie eine Studienkonferenz mit gleichlautendem Arbeitstitel. Die vorliegende Publikation dokumentiert die dort gehaltenen Vorträge und Referate in zum Teil überarbeiteter Form.

Ziel der vorliegenden Veröffentlichung ist es, die Fülle der Möglichkeiten, zugleich aber auch die Breite der Probleme lokalhistorischer Arbeit im Bereich der Zeitgeschichte darzustellen. Neben allgemeinen Beiträgen zu eher theoretischen Fragen umreißen Fallbeispiele Chancen und Grenzen. Mit dem Interesse an einer regional- und lokalgeschichtlich orientierten Zeitgeschichte, also mit der Historie des (eigenen) Dorfes, der (Heimat-)Stadt „verband sich die Suche nach Anknüpfungsmöglichkeiten für kollektive und individuelle Identifikationen, nach Ansatzpunkten für ein politisches Bewußtsein, das nun historisch fundiert, räumlich und auch zeitlich vermittelt ist“. Alltagsgeschichte bedeutet die Konzentration auf „konkrete landes-, regional- oder kommunalgeschichtliche Untersuchungsfelder, betont das Subjekti-

ve, das Konkrete, das Anschauliche in der geschichtlichen Entwicklung“. Damit dieser „Mikrogeschichte“ nicht die „Gefahr der Trivialisierung, der Auflösung von Geschichte in beliebige Geschichten“ droht, muß „das Alltägliche stets in bezug auf das Außeralltägliche, das Außergewöhnliche der politischen Entwicklung auf nationaler Ebene gesetzt werden“.

Die praktischen Schwierigkeiten, die der Ruf nach Lokalgeschichte möglicherweise aufwirft, verdeutlicht u. a. der Historiker Johann Paul am Beispiel „Bergisch Gladbach und Bensberg 1918—1945“. Lokale Zeitgeschichte — insbesondere die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit — kollidiert u. U. mit persönlichen Interessen einzelner Bewohner. Da sich meist die Kommune selbst für diese Alltagsgeschichte einsetzt, fragt der Autor, „wie frei ist eigentlich eine historische Forschung, die von kommunalen Auftraggebern initiiert wird?“

Neben theoretischen Darlegungen und Beispielen aus der Praxis, vermißt man ein Schlußwort, in dem ein kurzes Fazit der Tagung und evtl. Vorschläge für zukünftiges Vorgehen nachzulesen ist.

Bei der engen Verbindung der Akademie mit der Militärseelsorge und der GKS sind diese Themen auch für unsere Arbeit interessant.

Elke A. Fettweis-Gatzweiler/H. F.

In Obsequium Christi

Katalog zur Gedenkausstellung des Historischen Archivs des Erzbistums Köln zum 50. Todestag von Karl Joseph Kardinal Schulte, 123 Seiten. Historisches Archiv des Erzbistums Köln, Köln 1991.

Anlässlich des 50. Todestages von Karl Joseph Kardinal Schulte, 1920 bis 1941 Erzbischof von Köln, hat das Historische Archiv des Erzbistums Köln 1991 eine Ausstellung veranstaltet und einen Katalog zusammengestellt.

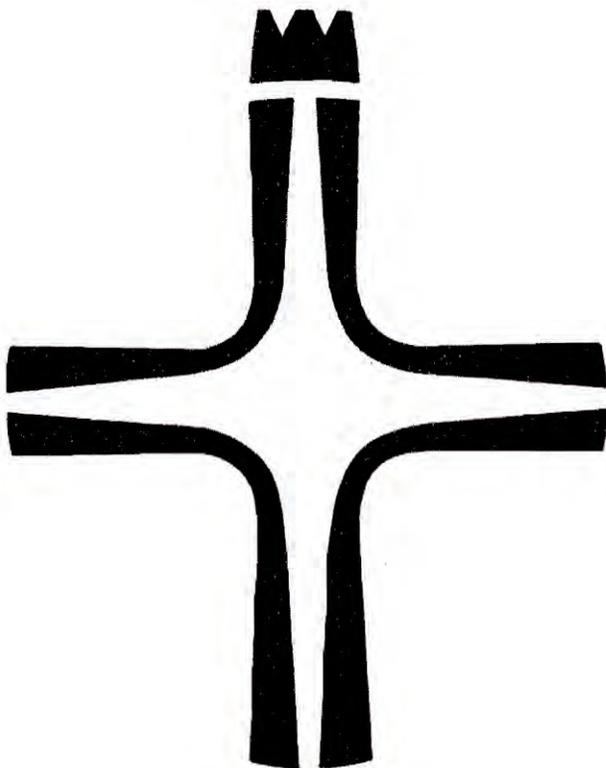
Privatdozent Dr. Ulrich von Hehl hielt nicht nur die Festansprache anlässlich der Eröffnung, sondern verfaßte auch für diese Dokumentation einen nicht-unkritischen biographischen Überblick. Will man den Menschen Karl Joseph Schulte, den Seelsorger, sein Handeln und seine Amtsausübung verstehen, darf man die äußeren Bedingungen, die historischen Gegebenheiten nicht außer acht lassen. Kardinal Schulte erlebte Köln in schweren Zeiten: Die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg, die Zeit der hohen Arbeitslosigkeit ohne soziale Absicherung, die Nationalsozialistische Diktatur sowie den Zweiten Weltkrieg. Das stille Wirken der Kirche in einer Zeit der Unterdrückung kommt in öffentlichen Diskussionen vielfach zu kurz. Den Glauben an den Glauben aufrecht zu erhalten und den einzelnen Menschen zu befähigen, aus dem Glauben die Kraft für moralisch und ethisch verantwortbares Han-

deln zu gewinnen, war Ziel und Aufgabe der Kirche und Kardinal Schultes. Seine dem 2. Korintherbrief entnommene Devise „In Obsequium Christi“ („Zum gehorsamen Dienst an Christus“) bildet den Schlüssel zum Verständnis seines — nicht allein priesterlichen — Lebens.

Der Katalog mit seinen zahlreichen Farb- und Schwarz-Weiß-Fotografien und Dokumenten wendet sich nicht ausschließlich an den Ausstellungsbesucher, sondern will auch den Nur-Leser ansprechen. Eine Zeittafel sowie ein Literaturverzeichnis runden diese Publikation ab.

Die Bemühungen des Kardinals, die Soldaten durch Schriften zu informieren, sind den Teilnehmern am 2. Weltkrieg unvergeßlich.

Elke A. Fettweis-Gatzweiler/H. F.



„auftrag“ ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint vierteljährlich

Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion:

Klaus Brandt, Oberstleutnant, verantwortlicher Redakteur

Helmut Fettweis, Oberst a.D., Redakteur

Wilhelm Lehmkämer, Oberstleutnant a.D., Gesellschaft und Kirche

Brief-Zuschriften: Klaus Brandt, Redakteur, Postfach 300303, 5060 Berg. Gladbach 1

Überweisungen: auf Konto Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506 Postscheckamt Köln — Generalvikariat des Katholischen Militärbischofs — Vermerk: „Spendenkonto der GKS“

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Schöntalweg 5, 5305 Bonn-Oedekoven

Nachbestellungen gegen eine Schutzgebühr von 5,— DM an den ausliefernden Verlag.